31761 07445686 4

Miller, Alfred
Ultramontanes Schuldbuch

JN
3946
Z5M5
1923

Ultramontanes Schuldbuch

Eine deutsche Abrechnung mit dem Zentrum und seinen Hintermännern

von

Alfred Miller

2. Auflage.

Breslau 1923

Verlag Paul Steinke, Breslau 1, Sandstraße 10.

Ultramontanes Schuldbuch

Eine deutsche Abrechnung mit dem Zentrum und seinen Hintermännern

von

Alfred Miller

Motto: „Ich betrachte den politischen Katholizismus der Zentrumspartei als ein religiöses Unglück für die katholische Kirche und zugleich als ein wahres Nationalunglück für das Deutsche Reich. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Politik des Zentrums zu immer größerer Zerrüttung und Zerstörung aller kirchlichen und staatlichen Verhältnisse führen muß."
Der Katholikenführer Reinhold Baumstark
(„Schicksale eines deutschen Katholiken" Straßburg 1900, S. 201 f.)

2. Auflage.

Breslau 1923.
Verlag Paul Steinke, Breslau 1, Sandstraße 10.

LIBRARY
JAN 10 1975
UNIVERSITY OF TORONTO

JN
3946
Z6M5
1923

Vorwort.

Über den Wirren und Nöten der letzten Jahre hat das deutsche Volk des alten Feindes vergessen, der heute, durch unsere Ohnmacht erstarkend, wiederum sein machtgieriges Haupt erhebt. Seit Gründung des Reiches durch Bismarck hat er in unablässiger, zäher Arbeit an der Unterwühlung des deutschen Staates gearbeitt, der ihm immer ein Dorn im Auge war. Auf den Trümmern des Reiches hat er nunmehr seinen Thron aufgerichtet.

Dies Buch will hineinleuchten in die geheimen Miniergänge des deutschen Ultramontanismus, will seine Arbeit Schritt für Schritt verfolgen, um so erklärlich zu machen, warum es mit unserem Vaterland so weit kommen konnte. Es richtet sich gegen einen Hauptschuldigen am Zusammenbruch, der heute mehr denn je sich in der breiten Öffentlichkeit in Gunst zu setzen weiß.

Nicht gegen die katholische Kirche habe ich dies Buch geschrieben, sondern gegen den politischen Katholizismus, der wie eine Seuche den religiösen ergriffen hat. Soweit es bei der Behandlung des Stoffes überhaupt möglich war, wurde eine scharfe Trennungslinie zwischen diesen beiden zu ziehen gesucht, die leider schon sehr weit ineinander übergegangen sind. Das Papsttum wird darum nur als politische Macht genannt, als ein politischer Faktor im Völkerleben, mit dem man eben rechnen muß. Wenn schon die Kurie sich mit Weltpolitik befaßt, dann muß sie es sich auch gefallen lassen, daß sie in die Arena des politischen Kampfes hineingezogen wird. Die Katholikentage wurden zur Beweisführung auch nur insoweit herangezogen, als auf ihnen rein politische oder mit der deutschen Politik zusammenhängende Äußerungen fielen. Die Katholikentage sind ohnehin seit langem keine religiösen Tagungen mehr, denn auch heute noch kann man von ihnen sagen, was ein Stadtpfarrer Knebel auf dem Katholikentage 1905 aussprach: „Die Katholikentage sind ein Werk des Zentrums, die wackeren Zentrumsführer von Mallinckrodt und Lieber sind auch die leitenden Geister der bedeutungsvollsten Katholikentage gewesen. Ohne Zentrum keine Katholikentage."

Erschöpfend konnte und sollte die ultramontane Frage hier nicht behandelt werden, es mußte leider vieles beiseite gelassen werden, was in diesen Fragenkomplex gehört, so z. B. der „Fall Erzberger", der ja noch in aller Erinnerung ist. Er allein würde ein ganzes Buch füllen. Erzberger war nur ein untergeordnetes, wenn auch stark hervorspringendes Organ in dem System, von dem ich hier ein einheit-

liches, zusammenfassendes Bild geben wollte, um aus der Vergangenheit die Gegenwart begreiflich zu machen. Ferner mußte leider infolge der Not der Zeit von einer eingehenden Stellungnahme zum Kulturkampf Abstand genommen werden, aus welchem von ultramontaner Seite das Recht zu der Haltung des Ultramontanismus dem Bismarckstaate gegenüber abgeleitet wird. Der Kulturkampf wurde, das steht geschichtlich fest, durch ultramontanen Größenwahn und ultramontane Anmaßung provoziert. Bevor jemand an einen Kulturkampf überhaupt dachte, gab es eine konfessionelle Partei, das Zentrum! Daß dem religiösen Katholizismus durch den Kulturkampf mancherlei Unrecht geschah, soll damit gar nicht bestritten werden.

Ich wage es, das hier offen auszusprechen, was leider in Deutschland vor allem in dieser Frage ganz außer Gewohnheit gekommen ist. Uns fehlt heute mehr denn je das, was Bismarck die „Zivilkourage" nannte, und bevor wir diese nicht wieder bekommen, wird es uns nicht besser gehen. Heute ist es soweit gekommen, daß man aus Angst vor dem Zentrum und dem von ihm erhobenen Vorwurf „Konfessionshetze" zu treiben, das Wort „ultramontan" nicht mehr auszusprechen wagt. Aus dieser Furcht hat der Ultramontanismus große Gewinne gezogen. Nur deshalb, weil man sich seit langem peinlichst gehütet hat, die ultramontane Frage grundsätzlich aufzurollen, konnte sich das Zentrum in seiner heutigen Stellung einnisten. Wer sich an der Tatsache, daß hier das Kind beim Namen genannt ist, stößt, der möge die vernichtende Kritik des Katholikenführers Reinhold Baumstark am ganzen ultramontanen System (u. a. S. 107) nachlesen. Nur Wahrheit, ungeschminkte Wahrheit kann uns helfen!

Auch mir wird man den Vorwurf machen, den „konfessionellen Frieden" gestört zu haben. Mit Unrecht! Denn nie und nimmer wird es in Deutschland einen konfessionellen Frieden geben können, solange nicht die ultramontane Richtung des Katholizismus durch eine wahrhaft nationale ersetzt sein wird. Wir brauchen den religiösen Frieden mehr denn je, aber darüber müssen wir uns klar sein, daß die ultramontane Frage bei weitem keine religiöse ist, als was man sie von ultramontaner Seite angesehen haben möchte, sondern sie ist eine rein politische Machtfrage.

Es traf sich ziemlich günstig, daß gerade in den Tagen, da diese Zeilen im Druck waren, im „Germania"-Verlag eine Schrift eines Monsignore Walterbach erschien: „Katholiken und Revolution." Sie konnte hier nicht mehr berücksichtigt werden, was sich auch wirklich nicht gelohnt hätte, denn die Ausführungen sind so ziemlich das Oberflächlichste und Einfältigste, was auf diesem Gebiete geschrieben werden konnte. Der Herr Monsignore — was kann man Besseres von ihm erwarten? — freut sich vor allem, daß der Militarismus, der „Deutschland ins Elend geführt hat", erledigt ist. Und die Revolution kam natürlich daher, daß der alte Staat „Mangel an sozialem Geist" hatte. Auf all diese Dinge bin ich hier sehr eingehend eingegangen, und wenn der Herr Monsignore noch Scham- und Ehrgefühl im Leibe hat, dann

kann ihm ob all der hier enthüllten Sünden des politischen Katholizismus die Schamröte aus dem Gesicht nicht mehr so schnell weichen.

Wie jeder Friede nur erkämpft werden kann, so auch der religiöse. Waffen zu diesem Kampf soll dieses Buch liefern, und ich hoffe und wünsche, daß die Kämpfer nicht fehlen werden.

Den Gegnern aber rufe ich das Wort Fichtes zu:

„Wem das Gesagte nicht gefällt, der schimpfe nicht, verleumde nicht, empfindle nicht, sondern widerlege die Tatsachen."

Im Oktober 1922.

Der Verfasser.

Vorwort zur 2. Auflage.

Trotz zielbewußter Totschweigetaktik der sogenannten nationalen Presse und trotz der schweren wirtschaftlichen Lage ergab sich die Notwendigkeit einer Neuauflage des „Ultramontanen Schuldbuchs", ein erfreulicher Beweis, daß man der hier behandelten Frage allmählich wieder ein erhöhtes Augenmerk schenkt. Da die Zentrumspresse anstatt der Aufforderung am Schluß des Vorworts der ersten Auflage nachzukommen, sich nur in unflätigem Geschimpfe erging, schließt sich der Text der zweiten Auflage vollständig unverändert an den der ersten an.

Im Februar 1923.

Der Verfasser.

Inhalt.

Grundsätzliches zur ultramontanen Frage 1

Das Zentrum, eine konfessionelle Partei 8

Papsttum und Zentrum 17

Ultramontanismus und nationaler Gedanke 28

Zentrum und Wehrmacht 39

Zentrum und Kolonialpolitik 51

Ultramontane Sozialpolitik 58

Ultramontane Saat 74
(Die Unterwühlung des deutschen Staates) 74

Ultramontane Polenpolitik 100

Reifende Früchte! 110
(Papsttum gegen deutsches Kaisertum) 110

Ultramontane Ernte 124

Schlußwort 147

Grundsätzliches zur ultramontanen Frage.

Die ultramontane Frage ist ein ebenso wichtiges Weltproblem, das tief in die Völker, vor allem in unser deutsches Volk, einschneidet, wie die Judenfrage. Beide Fragen hängen aufs engste zusammen, ja haben denselben Kern — nämlich jüdischen Pharisäismus —; beide, Judaismus und Ultramontanismus, streben nach Entwurzelung des Volkes aus seiner angestammten Art und Sitte und nach Aufhebung jedes völkischen Egoismus, beide haben dasselbe Ziel: Weltherrschaft; beide werten nach Quantität und weniger nach Qualität, nach Masse und nicht nach Persönlichkeit, und doch sind sich beide im tiefsten Grunde feind. Die Feindschaft der Rivalen, die sich dann und wann zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Die ultramontane Frage bewegt die Geister in Deutschland seit es eine ausgeprägte Hierarchie gibt. Denn unter deren religiösem Mantel verbirgt sich immer das Streben nach weltlicher Machtstellung, nach Knechtung der Geister auf jeglichem Gebiet.

Wer ein wahrheitsgetreues Bild von den treibenden Kräften der Geschehnisse der letzten Jahrzehnte gewinnen will, der kann an jenen zwei weltumspannenden Mächten nicht vorübergehen. Hier fassen wir an die Wurzel aller Geschehnisse.

Kein Volk braucht seine äußeren Feinde zu fürchten, wenn im Innern sich keine einnisten konnten. Die inneren Feinde sind gefährlicher, als die äußeren. Und wir Deutschen sind nur darum zusammengebrochen, weil wir diesen inneren Feinden zu wenig Augenmerk schenkten, weil wir uns von ihnen täuschen ließen. Wir haben die Schlangen an unserer eigenen Brust großgezogen, die uns dann auch die tödlichen Bisse versetzten. Darin liegt die Tragik unseres Schicksals! Unser Volk hat zu wenig seinem Herz- und Pulsschlag gelauscht, zu wenig auf seine Stimme der Vernunft gehört und dafür den fremden Volksverführern geglaubt. Es ist sich selbst unter deren Beeinflussung untreu geworden.

Ein Volk kann aber nur dann bestehen, wenn sich seine Eigenart rein erhält, wenn es innerlich national gefestigt ist, wenn das Gemeinschaftsgefühl, das starke Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Nation bei allen Volksgenossen lebendig glüht, so daß sie über alle Sonderinteressen und das eigene Ich das Wohl der Gesamtheit stellen. Ein wahrhaft nationales Volk ist, mögen noch so viele zersplitternde Richtungen politischer oder religiöser Art in ihm vorherrschen, trotzdem wie aus einem Guß. Der Wille der Einzelglieder des Volkes, jeweils nach Art und Veranlagung verschieden, vereinigt sich doch zu einem Gesamtwillen, der im Wohl der Gesamtheit seinen Ausdruck findet.

Alle aber, die bestrebt sind, einem Volke in seinem nationalen Willen Abbruch zu tun, alle, die das alle Volksgenossen umschließende Band des nationalen Bewußtseins zerschneiden wollen, die einem Volke in erster Linie ein anderes Ideal, als das des von allen zu erstrebenden Nationalwohls, sei es ein religiöses oder politisches, aufoktroyieren wollen, die alle sind die Feinde des Volkes. Nur auf der Grundlage eines starken, echten, völkischen Bewußtseins können etwaige Sonderbestrebungen fruchtbar wirken. Das völkische Bewußtsein ist die Grundlage aller Kultur und Sittlichkeit eines Volkes. Im nationalen Bewußtsein liegt die freiwillige Unterordnung unter die Gemeinschaft, um sie zu fördern. Das nationale Bewußtsein ist der fruchtbare Ackerboden, aus dem alle die Kräfte herauswachsen, die ein Volk braucht, um ein Volk zu bleiben: Religion, Sittlichkeit, Lebensenergie, Mut.

Wer diese Grundlage völkischen Seins auch nur im geringsten antastet oder zu untergraben sucht, ist ein Schädling des Volkes, der dessen Lebensnerv gefährdet. Der Lebensnerv eines Volkes ist seine innere Kraft, die dem völkischen Bewußtsein entspringt. Alles, was dieser Kraft zuwider ist, alles Volksfremde, wirkt zersetzend auf diese Kraft. Romanische Kulturanschauungen sind deutschem Denken ebenso fremd, wie jüdische. Damit ist dem übermäßig betonten Nationalismus noch nicht das Wort gesprochen, der nur seine Kultur gelten läßt, sondern die Achtung vor fremden Kulturwerten ist eine neue Triebkraft zur Entfaltung eigener Kultur. Fremde Kulturwerte, fremdes Denken nimmt ein Volk nur dann in sich auf, wenn es selbst geistig und kulturell verarmt ist; das wird aber immer da der Fall sein, wo die nationale Schwungkraft erlahmt ist, wo an Stelle völkischer Interessen vorwiegend internationale getreten sind. Dann aber befindet sich ein Staat im Zustand der Auflösung. Fremde Werte treten an die fehlenden eigenen, innere Leere und Hohlheit wird mit Wesensfremdem ganz oder teilweise ausgefüllt. Die fruchtbare Muttererde heimatlichen Volkstums ist ausgetrocknet!

In diesem Zustande befinden wir Deutsche uns heute. Nicht alle, sondern vor allem die Kreise, die dem Mammonismus, Marxismus und Ultramontanismus verfallen sind, und das sind leider die Mehrzahl der Deutschen. Alle drei sind antinational, nur durch Vernichtung des Nationalbewußtseins können sie herrschen.

Der Ultramontanismus hat an Stelle des Nationalbewußtseins das Konfessionsbewußtseins gesetzt. Wenn unsere deutschen Katholiken so nationalbewußt gewesen wären wie konfessionsbewußt (wenigstens unsere Parlamentarier), dann wäre Deutschland nicht in die heutige Lage gekommen. Das Konfessionsbewußtsein schließt aber so ziemlich jedes Nationalbewußtsein aus, ja macht es für einen Menschen unmöglich, wahres Nationalbewußtsein überhaupt zu verstehen. Darum fühlen sich die Ultramontanen alle so kernnational, weil sie in der konfessionellen Betätigung die nationale sehen. Und sie sind voll Entrüstung, wenn man ihnen den Vorwurf macht, nicht national zu sein. Hier tut sich eine unüberbrückbare Kluft auf.

Ein rein konfessionsbewußter Volksteil ist wie ein Pfahl im Fleische des Volkes, weil in der Seele des Konfessionsbewußten kein Raum mehr ist für das nationale Ideal. Der Ultramontanismus stellt die Religion über das Nationalbewußtsein, das er eben nicht würdigen kann. Es ist ihm fremd, er versteht es nicht und darum bekämpft er es als etwas, von dem er instinktiv fühlt und weiß, daß es seinem Konfessionsbewußtsein abträglich ist.

Die Religion ist hier also etwas Absolutes, sie geht nicht aus dem Nationalbewußtsein hervor. Paul de Lagarde sagte einmal mit Recht: „Der Materialismus ist das notwendige Korrelat des Jesuitismus: das Wasser in diesen kommunizierenden Röhren steht stets gleich hoch." Der Jesuitismus und Ultramontanismus will absolute Religion sein, die in der Luft hängt, und darum ist sie das Korrelat des Materialismus. Absolute Religion ist aber ein Unding, immer wird die Religion nationales Gepräge tragen müssen, d. h. sie wird aus dem Volkstum hervorgehen müssen. So gibt es ein romanisches Christentum, ein russisches, ein deutsches. Nur durch dieses innige Verbundensein mit dem Volkstum wirkt diese Religion fördernd und nicht hemmend, wie der Ultramontanismus in Deutschland. Er als absolute Religion, die er sein will, liegt in ewigem Kampfe mit dem Nationalbewußtsein, an dessen Ausrottung er das größte Interesse hat. Er möchte das Volk loslösen von den Wurzeln seiner nationalen Tradition, damit es nur in seinen Ideen aufgehe und lebe. Ganz ist ihm das ja nie gelungen und wird ihm auch nicht gelingen.

Daß die Religion nicht das Primäre, sondern das Sekundäre ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß es ein absolut religiöses Volk nicht gibt und noch nie gegeben hat. Ein solches Volk ist schlechthin nicht denkbar, es würde verfallen, gar keinen Staat bilden können, weil ihm die Kraft fehlen würde, die ein Volk aus dem Volkstum schöpft. Der lebendigen Liebe zum Volkstum, dem völkischen Bewußtsein entstammt all das, was man mit dem Sammelwort „Kultur" bezeichnet, zu der auch die Religion gehört. Sie ist wohl eine, aber nicht die Grundkraft völkischen Lebens. Sie ergänzt das Nationalgefühl zu einem herrlichen Akkord und gibt ihm, dasselbe läuternd, eine besondere Weihe. Wahres Nationalgefühl ist nicht denkbar ohne Religion, wohl aber Religion ohne Nationalgefühl.

National sein heißt, aus starker Liebe zu seinem Volke seine ganze Kraft für dasselbe einsetzen und in seinen Dienst stellen, heißt alle Bestrebungen parteipolitischer oder religiöser Art vor den wichtigsten Fragen zurückstellen, deren Lösung die Gesund- und Starkerhaltung, die Einigkeit des Gesamtvolkes gewährleistet.

Die konfessionsbewußten Deutschen sind demnach die ausgesprochenen Antipoden der nationalbewußten. Sie sind von religiösem Fanatismus erfüllt, und während sie sonst von Weltverbrüderung und ewigem Frieden träumen, treiben sie den anderen Volksgenossen gegenüber auf konfessionellem Gebiet „Annexions- und Expansions-Politik". Ihnen fehlt der Blick dafür, daß sie dadurch die Volkskraft schwächen,

und das Volk zuletzt in den Abgrund stoßen. Sie haben nur ein Ideal, für das sie durch dick und dünn gehen, ihr sogenanntes religiöses.

Konfessionsbewußt sein, heißt in erster Linie seine ganze Kraft für die Erhaltung und Verbreitung der als alleinseligmachend geltenden Religion einsetzen, heißt eine fremde Konfession, weil unberechtigt, unterdrücken oder gar ausrotten, heißt alle völkischen Fragen nur auf diesen konfessionellen Generalnenner bringen und vom konfessionellen Standpunkt aus lösen. Damit ist aber das innerste Wesen dessen gekennzeichnet, was man Ultramontanismus nennt.

Ultramontanismus ist religiöses Protzentum, ist maßlose Intoleranz,[1] ist Kampf gegen jede fremde Weltanschauung, ist Verquickung von Religion und Politik zur Erlangung politischer Macht; Ultramontanismus ist Streben nach Aufrichtung eines päpstlichen Universalreiches über alle Landesgrenzen und Völkergegensätze hinweg. Und darum ist der Ultramontanismus für uns Deutsche eine nationale Gefahr. Ultramontanismus ist nicht religiöser, sondern politischer Katholizismus. Ultramontanismus ist es auch, wenn man nur eine Religion als Staatsreligion anerkennt. Ultramontanismus und Nationalismus sind und bleiben darum unversöhnliche Gegensätze, deren Endkampf die Ausrottung des einen oder anderen bedingt.

Ultramontanismus ist politischer Katholizismus, also die Verquickung von Religion und Politik.[2] Beides sind grundverschiedene Dinge und darum ist ihre Verquickung eine ganz unglückliche, denn sie schließen sich ihrem Wesen nach aus. Das Wesen der Politik ist doch das Erstreben irgendeines Zieles auf völkisch-staatlichem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet. Partei-Politik ist als Streben einer Gruppe nach Macht zur Durchführung irgendeines gesteckten sozialen oder wirtschaftlichen Zieles.

Religion aber ist in ihrem innersten, reinsten Wesen die Erhebung des Geistes zu Gott, ist ein tiefinneres Erleben, das sich bei allen Völkern durch Gebet und Opfer nach außen kund tut.

Es liegt im Wesen wahrer Religiosität, daß sie tolerant ist, nicht nach Macht strebt, wenn sie überhaupt nicht ein Zerrbild der Religiosität werden will. Und es liegt vor allem im Wesen der

---

[1] Zur Illustrierung dieser Tatsache: „Einem evangelischen Pfarrer stirbt sein einziger Sohn im blühenden Alter von 19 Jahren. Kameraden eines katholischen Seminars im Nachbarort hätten gern an seinem Grabe mitgesungen: „Es ist bestimmt in Gottes Rat." Der Seminardirektor hat keine Bedenken, aber vom Religionslehrer hören die Seminaristen, daß sie der Exkommunikation verfallen, wenn sie diesen letzten Freundschaftsdienst am Grabe dem — Protestanten erweisen wollen. Dieser Fall hat sich in einem Ort der Mark Brandenburg ereignet. („Deutsch-evangelische Korrespondenz", 30. September 1921.)

[2] „Keine Partei ist nach ihrem Urgrunde und ihrem eigentlichen Wesensziel so christlich orientiert, wie die Zentrumspartei und bei keiner anderen Partei tritt die notwendige, die natürliche Verquickung von Religion und Politik so scharf in Erscheinung, als es beim Zentrum der Fall sein muß, wenn die Partei getreu ihrer Väterart sich auswirkt." Zentrumsabgeordneter Pfeiffer in den „Historisch-politischen Blättern." 166. Band, S. 574.

christlichen Religion, soweit sie noch nicht von eitlem Wahn durchtränkt ist, daß sie nicht nach weltlicher Macht strebt, denn ihr Reich ist nicht von dieser Welt! Es liegt ferner von jeglicher echten Religiosität weit ab, mit äußerem oder Gewissenszwang zu arbeiten, denn all das widerspricht religiösem Geist; wie es ihm auch entgegen ist, mit nicht einwandfreien Mitteln zu arbeiten. Die Religion erfaßt den inneren Menschen, die Seele, Politik aber ist etwas rein äußerliches, etwas ganz alltäglich-profanes, das, verbunden mit der Religion, dieser nur die innere Hoheit und Heiligkeit nehmen, nie aber förderlich auf sie wirken kann. Das liegt freilich im Wesen des Ultramontanismus begründet, daß er auf Grund des Dogmas der alleinseligmachenden Kirche, auf Grund der Zurückführung seiner Lehre auf Gott, einem solchen Größenwahn verfällt, der ihn so blind macht, daß er Religion von Religion nicht mehr unterscheiden kann, daß er Züge in sich aufnimmt und Bestrebungen huldigt, die dem Dogma der alleinseligmachenden Kirche zum bitteren Hohn gereichen. Denn wenn diese nach politischer Macht strebt, so kommt sie mit Christi Gebot in Konflikt: „Ihr wisset, daß die Regenten der Völker über sie herrschen und daß die Großen Gewalt über sie ausüben. Unter euch aber soll es nicht so sein; sondern, wer unter euch groß sein will, sei euer Diener, und wer unter euch der Erste sein will, sei euer Knecht. Wie auch der Menschensohn nicht gekommen ist, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen, ja sogar sein Leben zu geben als Lösegeld für viele. (Matth. XX, 25—28, Mark. X, 42—45, Luk. XXII, 25 bis 26.) Halten demnach die Katholiken ihre Kirche für Gotteswerk, so brauchen sie keine Zwangsgewalt, sondern sie wird durch die Schönheit und Wahrheit ihrer Ideen sich erhalten und verbreiten. Die katholische Kirchenlehre kennt auch kein politisches Programm. Die Kirche und ihre Lehre durch politische Macht stützen und verbreiten zu wollen, heißt darum nichts anderes, als an ihrer Göttlichkeit, an ihrer inneren Wahrheit, an ihrer göttlichen Kraft zweifeln. Toleranz ist gegründet auf den festen Glauben an den Sieg der Wahrheit, an die Sieghaftigkeit einer religiösen Idee. Intoleranz ist Schwäche, ein Gefühl des Unterlegenseins und darum bewußter oder unbewußter Zweifel an der Sieghaftigkeit und inneren Wahrhaftigkeit einer Sache. Das aber ist das Kennzeichen des Ultramontanismus überall gewesen, wo er auftrat, daß er nicht mit geistigen Mitteln kämpfte, sondern mit Gewalt, mit politischer Macht. Und damit hat er das Recht auf den Namen Religion überhaupt verwirkt. Sucht sich aber eine Konfession mit Zwangsmitteln, mit parlamentarischer Gewalt durchzusetzen, dann trägt sie zur Entwürdigung, zur Herabzerrung der Religion bei und wirkt somit nicht aufbauend, sondern niederreißend.

Man hört da bisweilen den Einwurf: „Die Religion ist die Hüterin der Ordnung und der Sittlichkeit. Darum ist es ein Gebot der Selbsterhaltung für den Staat, die Religion zu schützen." Nun daran wird ja auch gar nicht gerüttelt. Aber jede Religion garantiert dem Staat eben nur so lange Ordnung und Sittlichkeit, als sie eine aus innerster Überzeugung freiwillig geübte ist. Wird eine

Religion durch gesetzliche Maßnahmen aufgezwungen (wie es der Syllabus will), so verdient diese aufgezwungene Religion nicht mehr diesen Namen, weil sie nur mit Widerwillen anerkannt wird und in kritischen Zeiten versagt. Darum hat der Staat selbst das größte Interesse daran, jedem seiner Bürger freie Religionsübung zu gestatten, soweit diese nicht in die Rechte des Staates oder in die anderer Mitbürger eingreift.

Vielfach hört man auch das von Hochmut und Dünkelhaftigkeit strotzende Wort: „Der Irrtum kann nicht das gleiche Recht haben wie die Wahrheit. Darum darf nur die wahre Religion Staatsreligion sein und vom Staat geschützt werden." Doch da muß zuerst klipp und klar die absolute, objektiv für alle Menschen gültige Wahrheit festgestellt werden, dann ist dieser Satz ohne weiteres anzuerkennen. Aber die römischen Kaiser haben ihren Götterkult als alleinige Wahrheit angesehen und das Christentum mit Feuer und Schwert verfolgt. Mohammed sagte ebenfalls, der Irrtum kann nicht das gleiche Recht haben wie Wahrheit, und zwang die unterworfenen Völker zu Ablegung ihres Glaubens. Er hat es mit demselben Recht getan, wie es sich die ultramontanen Katholiken in Deutschland zu tun bemühen. Der Wahrheit allein gebührt allerdings die Ehre! Wer aber Anspruch auf Wahrheit erhebt, der muß diese erst als solche erweisen durch ihre innere Kraft und durch klare Beweise, nicht etwa durch Gebrauch politischer Machtmittel. Jede religiöse Gemeinschaft glaubt im Besitze der Wahrheit zu sein, und jeder Mensch sucht nach Wahrheit; der Staat muß und kann darum nur jeden einzelnen gewähren lassen, wenn er nicht sich selbst ins eigene Fleisch schneiden will. Wohl hat der Irrtum nicht das gleiche Recht wie die Wahrheit, was aber Irrtum und was Wahrheit ist, darüber kann der Staat nicht entscheiden, sondern nur der Geist. Der Irrende hat aber das gleiche Recht wie der, der die Wahrheit zu haben wähnt. Beide sind gleichberechtigt, weil beide die Wahrheit zu haben g l a u b e n.

In einem Staat, der sich aus verschiedenen Bekenntnissen zusammensetzt, ist darum Parität und Gleichberechtigung die Grundbedingung allen völkischen Gedeihens. Ein Grunderfordernis ist darum gegenseitige Achtung und Duldsamkeit. Wo diese nicht herrscht, wird eine tiefe Kluft in das Volk hineingetragen, das Volk zerfleischt sich, wird geschwächt und gerät an den Abgrund. Wehe darum dem Bekenntnis, das der Träger des inneren Zwistes ist und das nicht ruht und nicht rastet, bis es ein religiöses Ziel auf Kosten des Wohlergehens eines ganzen Volkes erreicht hat! Eine solche religiöse Gruppe in Deutschland, die das Wohl ihrer Konfession höher stellt als das Wohl des Gesamtvolkes, bilden die ultramontanen Katholiken, die im Zentrum und anderen konfessionellen Parteien ihre politische Vertretung haben.[1]

Sie sind teils bewußt, mehr aber noch unbewußt, innere Feinde

[1] Was also hier vom Zentrum gesagt wird, gilt ebenso für die „Bayerische Volkspartei" und die „Christlich-soziale Partei", weil sie alle ultramontan eingestellt sind.

des deutschen Volke, mögen sie sich noch so national gebärden. Sie waren mitschuld an unserem Zusammenbruch! Sie alle, die nicht mit allen Fasern ihres Herzens am deutschen Volkstum hängen, die die Interessen ihrer Konfession höher schätzen, als das Wohl des Volkes. Sie können das Wort Goethes auf sich anwenden:

„So haben wir mit höllischen Latwergen
In diesen Tälern, diesen Bergen
Weit schlimmer als die Pest getobt."

Daß die hier dargelegten Forderungen auch für einen kirchentreuen Katholiken mit seiner religiösen Weltanschauung zu vereinbaren sind, geht schon aus einer Abhandlung hervor, die sich im „Katholischen Korrespondenzblatt" (Nr. 2, 8. 4. 21) findet, wo es u. a. heißt:

„Wir verkennen nicht, daß auch Angelegenheiten, die an sich rein politischer Natur sind, durch Umstände mit religiösen und kirchlichen Interessen in Zusammenhang gebracht werden können. In allen Angelegenheiten letztbezeichneter Natur sind wir gewillt und hatten wir uns verpflichtet, nicht aus mangelnder Hingabe an unsere Religion und Kirche, sondern im Hinblick auf die durch die konfessionelle Spaltung bedingten, ganz besonderen Verhältnisse unseres Vaterlandes, konfessionellen Motiven grundsätzlich einen Einfluß auf unser Verhalten nicht einzuräumen."

So denken nationale und zugleich kirchentreue Katholiken! Und man kann nur sagen: Hut ab vor solchen! Es ist begreiflich, daß solche Anschauungen von unentwegten Ultramontanen bekämpft werden, und daß solchen Vertretern des nationalen Katholizismus alle möglichen Prügel zwischen die Beine geworfen werden. So sah sich z. B. der Jesuit Reichmann bemüßigt, in den „Stimmen der Zeit" diese Anschauung als nicht angängig darzustellen. Ihm trat nun der katholische Breslauer Universitätsprofessor Ziesche entgegen, der („Kath. Korrespondenzblatt" 14. 1. 22) ausführte:

„Ich unterscheide und Reichmann selbstverständlich ebenso: Wo beide sich deshalb stoßen, weil das Staatsinteresse oder Vaterlandsinteresse sich mit einem streng verpflichtenden Gebot Christi stößt: da muß jeder Christ entweder Christus gehorchen oder aufhören Christ zu sein. Gehorcht er Christus, so wird er das wirkliche Wohl des Vaterlandes eben nicht verletzen, vielmehr fördern. Der Pflichtenkonflikt ist dann nur ein scheinbarer. Wo aber jene beiden, christlicher Eifer und Wohl des Vaterlandes sich stoßen, weil man das Gebot Christi in einer lichteren und umfassenderen Weise erfüllen möchte, oder wie das noch besser auszudrücken wäre, eben wo kein strenges, immer und überall zu erfüllendes Gebot Christi, sondern ein den Umständen nach zu erfüllendes Gebot vorliegt, politisch gesagt: wo kein strenges Recht, sondern ein bloßes Interesse der betreffenden Konfession vorliegt, **da hat man nicht ohne weiteres die Durchsetzung des konfessionellen Interesses zu fördern, sondern sich**

mit dem Wohl des anderen, auch notwendigen und von Gott geordneten Lebenskreises, hier des Staates oder der völkischen Gemeinschaft, bedächtig, gewissenhaft und opferbereit auseinander zu setzen, überzeugt, daß auch der Religion durch dieses vernünftige Verhalten ein wirklicher Schaden nicht erwachsen kann."

Man braucht diesen Worten nichts mehr hinzuzufügen. Klar ist es hier auch von streng katholischer Seite ausgesprochen: **Vaterländische Interessen stehen über Konfessionsinteressen.** Damit wäre die grundsätzliche Basis geschaffen, von der aus man in eine Untersuchung über die Tätigkeit des Ultramontanismus eintreten kann, um sich über sein wahres Wesen Klarheit zu verschaffen.

Das Zentrum, eine konfessionelle Partei!

„Ich verstehe auch nicht, wie man auf katholischer Seite sich bemüht zu beweisen, daß wir keine konfessionelle Partei sind? . . . ."
Zentrumsabgeordneter Roeren auf dem Parteitag in Trier (21. Okt. 1906).

Bismarck sagte am 3. Januar 1872 im preußischen Abgeordnetenhause: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn alle Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüberstellen müßte . . . Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkehrte, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer **Mobilmachung der Partei gegen den Staat.**"

Das hat ihm das Zentrum gar sehr übel genommen. Immer, wenn man diese Partei eine konfessionelle nennt, ist es, als steche man in ein Wespennest. Darum bietet auch das Zentrum alle verfügbaren Mittel an Dialektik und Sophistik auf, um zu beweisen, daß es „interkonfessionell" sei. Anscheinend empfindet es doch die Ungeheuerlichkeit, sich in einem konfessionell gemischten Staat zur Erreichung politischer Ziele konfessionell zu organisieren. Ein gutes Gewissen verrät es auf keinen Fall, wenn man eine doch offen auf der Hand liegende Tatsache einfach wegzuleugnen sich bemüht.

Es hat auch eine Zeit gegeben, da das Zentrum offen Farbe bekannte. So schrieb die „Germania" am 31. März 1907:

„Und sollte das Unwahrscheinliche eintreten, daß auch ein namhafter Teil der protestantischen Wählerschaft sich auf den Boden des Zentrums stellte, so wäre es eben das bisherige Zentrum nicht mehr, sondern eine ganz andere Partei."

Das war wenigstens ehrlich. Wie weit entfernt aber ist man heute in Zentrumskreisen von solcher Aufrichtigkeit! Unter der Fahne der „christlichen Weltanschauung" geht man bei Nichtkatholiken hausieren, um sie für die Ideen des Zentrums zu gewinnen, um sie als „Stimmvieh" für die ultramontanen machtpolitischen Ziele zu gebrauchen. Aber gerade diese vorgegebene „christliche Weltanschauung"

bildet heute ohne Zweifel den Grundpfeiler seiner Macht. Durch dieses Schlagwort, denn nichts anderes ist es, beherrscht das Zentrum die Gewissen von Millionen. Nur dadurch vermag es straffe Parteidisziplin aufrecht zu erhalten und wirtschaftliche und soziale Gegensätze zu überbrücken. Mit der „christlichen Weltanschauung" peitscht diese Partei in unverantwortlicher Weise den Fanatismus seiner Wähler auf und leistet den niederen Haßinstinkten der Massen Vorschub.

Da es nun aber recht viele „christliche Weltanschauungen" gibt, so kann unter der „christlichen Weltanschauung" nur die ultramontane gemeint sein. Die ultramontane mit der christlichen aber gleichzustellen, ist eine jener „Verwechselungen", von denen die Ultramontanen durch all die Jahrhunderte ausgiebigen Gebrauch gemacht haben. Eine für alle Konfessionen annehmbare christliche Weltanschauung gibt es also nicht. Klar und deutlich stellt dies die „Apologetische Rundschau" (Nr. 4 von 1911) fest:

„1. Die Grundlage der Weltanschauung ist der Glaube. Es gibt keine nichtkonfessionelle, allgemeine, christliche Weltanschauung, weil es keinen allgemeinen christlichen Glauben gibt.

2. **Die christliche Weltanschauung im eigentlichen und vollen Sinne ist die katholische Weltanschauung.**

3. Der Katholizismus und der Protestantismus haben gewisse christliche Grundwahrheiten nur materiell, d. h. inhaltlich gemeinsam, während formell d. i. bezüglich des Glaubensmotives, **nicht ein einziger Glaubenssatz gemeinsam ist.** Von **„gemeinsamen** christlichen Glaubenssätzen" kann also wegen des formalen Glaubensprinzips, welches als die Seele des Glaubens alle Glaubenssätze durchdringen muß, eigentlich keine Rede sein."

Was für uns hier notwendig ist, ist der Beweis, daß das Zentrum eine konfessionell-katholisch-politische Partei ist und als solche die ihr vorgeschriebene Politik treiben muß. Wie jede Partei ihren vermeintlichen Idealen durch parlamentarische Macht zum Siege verhelfen will, so will dies auch die katholische (richtiger ultramontane) Partei. Ihr Ideal ist also, der sogenannten „christlichen Weltanschauung" zum Siege zu verhelfen, d. h. der Kirche wieder zu jener mittelalterlichen Macht zu verhelfen, kraft der die weltliche, staatliche Gewalt der kirchlichen restlos unterworfen ist. Dieses Ziel ist natürlich so lange unerreichbar, als die protestantische Vorherrschaft in Deutschland nicht gebrochen ist. Das Luthertum zu beseitigen, das ist das Ziel des Ultramontanismus, sein Ideal, für das er mit staunenswerter Skrupellosigkeit, ohne Wahl der Mittel, unbeachtet aller Folgen für die Gesamtheit des Volkes, kämpft. Mag das Vaterland darüber zerschlagen werden, wenn nur Kirche und Partei über den Trümmern siegreich thront! Denn die göttliche Mission des Papsttums ist, die Welt zu erobern und zu beherrschen.

„Eine gewaltige gigantische Arbeit haben die katholischen Missionare zu leisten. Von der ganzen Menschheit ist erst ein Sechstel katholisch. Jahrhunderte wird es noch dauern, ehe die Welt ganz katholisch sein kann. Wir müssen und werden es erreichen."

So äußerte sich der Jesuit Huonder auf dem Missionskongreß während des Düsseldorfer Katholikentages 1908. Daß diese Missionstätigkeit sich nicht nur auf die Heiden, sondern auch die „Ketzer" erstreckt, ist selbstverständlich. „Wir verlangen", so heißt es in den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland" (Band 137, Seite 676), „daß unsere katholische Weltanschauung das gesamte öffentliche Leben wie ein Sauerteig durchdringt. Wir verlangen und erstreben die Durchführung der katholischen Weltanschauung im gesamten Leben unseres Staatswesens."

Und zu diesem Zweck „macht" das Zentrum seine „katholische" Politik. Dieselben „Historisch-politischen Blätter" (7. Heft 1920) gestehen in staunenswerter Offenheit:

„Ist die Politik die „Kunst des Möglichen", dann ist **katholische Politik die möglichst weitgehende, kluge Erstrebung und Verbreitung christkatholischer Grundsätze im staatlichen und öffentlichen Leben und die möglichste Beseitigung all der Hemmnisse, welche der Ausbreitung des katholischen Einflusses im Wege stehen.** Die Fundamente der katholischen Politik sind die **Entscheidungen des obersten Lehramtes,** sind für unsere Zeit besonders **die Enzykliken der letzten Päpste, vor allem Leo XIII.**"

Damit die schlafmützigen Deutschen sich klar werden, was dies bedeutet, müssen wir einen kurzen Blick auf jene Entscheidungen des obersten Lehramts werfen. Denn diese erstreckten sich bei weitem nicht etwa nur auf religiöse Dinge, sondern über das ganze staatliche Leben.

Am 3. Dezember 1873 gestand Windthorst offen, daß die Zentrumspolitik mit den Grundsätzen des Syllabus in Einklang stehe, der einen potenzierten Ausdruck der katholischen Weltanschauung darstellt. Nach dem Syllabus aber hat sich bekanntlich die staatliche Gewalt immer der päpstlichen zu beugen!

Hier greifen wir bereits an die Wurzel der nationalen Unberechenbarkeit des Zentrums; es ist das hörige und willige Werkzeug in der Hand des Papstes, der es gebraucht zur Erlangung seiner weitgesteckten weltlichen Ziele. Darum können die ultramontanen Parteien keine deutsche, keine streng nationale Politik treiben, weil ihre **Politik nicht nach Deutschland, sondern nach Rom orientiert ist.** Die Ultramontanen haben ihre geistige Heimat in Rom, und wenn sie für Deutschland so begeistert wären, wie für Rom, dann wäre in den letzten Jahrzehnten vieles anders gekommen. So aber sitzt in deutschen Parlamenten jene eigentlich vaterlandslose Gruppe, die mit allem, was nicht ihres Sinnes ist, in ewigem Kampfe liegt. Darum liegen der Zentrumspolitik immer konfessionelle, kirchenpolitische Gesichtspunkte zugrunde, seine ganze politische Einstellung ist eine rein konfessionelle. In politischen Entscheidungen ist immer die Antwort auf die Frage maßgebend, welchen Nutzen hat die Kirche, die Konfession davon. Das Zentrum will ja nach dem bekannten Ausspruch des Grafen Ballestrem (Katholikentag 1892) die „Garde seiner Heiligkeit in Rom" sein. So ist für den Geist des Zentrums kein Wort kennzeichnender als das des Zentrumsführers Lieber im Reichstag am 5. Mai 1893: „Selbst

wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigter und voller begründet wären, so ist meiner Meinung nach der **Fortbestand einer Partei, wie das Zentrum,** so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch **wichtiger** als die **Berechtigung der Militärvorlage.**"

Daß eine Partei mit solchen Grundsätzen ein Ferment der nationalen Dekomposition gleich dem Judentum sein muß, das ergibt sich von selbst und hat sich denn auch im Weltkriege deutlich genug gezeigt. Denn es ist eingetroffen, was Bismarck im Jahre 1892 (am 31. Juli) gesagt hat: „Ich halte die heutige Leitung des Zentrums für gefährlich, nicht nur in konfessionellen Fragen, sondern **hauptsächlich in nationalen. Sie bröckeln uns alles ab, was wir aufgebaut haben.**"

Diese Auflehnung gegen den modernen, nationalen Staat, der Rom schon immer ein Dorn im Auge war, findet darum immer eine mehr oder weniger verschleierte Billigung des Papstes. Auf dem Essener Katholikentag 1906 z. B. brachte der italienische Kardinal Vanutelli die Zufriedenheit des Papstes mit der deutschen katholischen Partei folgendermaßen zum Ausdruck:

„Sie stehen groß da in den Augen des heiligen Vaters, weil sie gern und bereitwillig auf das Wort ihrer Bischöfe hören und in ihrem ganzen Vorgehen, möge es sich auf Religion, **auf bürgerliche** oder **soziale** Angelegenheiten beziehen, ihrer (der Bischöfe) **und des heiligen Stuhles Autorität sich unterordnen.**"

Damit müssen wir zu den in Frage kommenden kirchlichen Lehrentscheidungen zurückkehren, um zu zeigen, welchen Einfluß der Papst auf unsere innerstaatlichen Verhältnisse ausübt, indem das Zentrum in seiner politischen Betätigung an den Papst gebunden ist. Schon die Erklärung Leo XIII. vom 10. Januar 1890 würde genügen, um eine politische Abhängigkeit von Rom zu erweisen: „Möge niemand die Ansicht hegen, als ob die Autorität der von Gott bestellten Oberhirten und namentlich diejenige des römischen Papstes nur dann Gehorsam beanspruche, wenn es sich um Glaubenssätze handelt, deren hartnäckige Leugnung die Schuld der Häresie nach sich zieht." Aber auch jene Enzykliken von Leo XIII., von den Ultramontanen als „Licht vom Himmel" gepriesen, reden eine eindringliche Sprache von der unüberbrückbaren Kluft zwischen dem Ultramontanismus und dem Deutschtum, das der Träger wahrer Freiheit ist.

In der Enzyklika „Immortale Dei" vom 1. November 1885 entwirft Leo XIII. ein seinen Idealen entsprechendes Bild vom Staat, verwirft die Gewissens- und Religionsfreiheit und erklärt, daß alle katholischen Politiker in ihren Bestrebungen seinen Anweisungen Folge leisten müßten. Es heißt da:

„368. In diesen schwierigen Verhältnissen werden die Katholiken, wenn sie, wie es notwendig ist, Uns Gehör schenken, ihre Pflichten sowohl bezüglich ihrer Meinungen als auch bezüglich ihres Verhaltens leicht erkennen!

369. Was ihre Meinung anlangt, so müssen sie mit Notwendigkeit alles, was die römischen Päpste gelehrt haben oder lehren

werden (also wohlgemerkt in der Politik! D. V.), mit unerschütterlicher Überzeugung festhalten und auch öffentlich, wenn es erforderlich ist, sich dazu bekennen. Und namentlich bezüglich der in der neuesten Zeit errungenen sogenannten Freiheiten müssen sie sich an die Entscheidung des apostolischen Stuhles halten und seiner Meinung muß sich jeder einzelne anschließen.

374. Sie (die Katholiken) müssen darauf hinarbeiten, daß die Freiheit nicht das von Gott und von der Natur gesetzte Maß überschreite, **und dahin streben, daß ein jeder Staat sich nach dem erwähnten christlichen Staatsideal** (d. h. dem ultramontanen D. V.) **gestalte.**"

Eine wertvolle Ergänzung dazu ist die Enzyklika „Sapientiae christianiae", worin der Papst noch deutlicher wird:

„408. Die politische Klugheit der Privatpersonen besteht also einzig darin, daß sie die Befehle der rechtmäßigen Obrigkeit getreulich befolgen. Diese Ordnung muß um so mehr in der Kirche herrschen, je ausgedehnter das Feld wird, über das sich die politische Klugheit des Papstes erstrecken muß; er hat ja nicht bloß die Kirche zu regieren, er hat überhaupt die Handlungen der Christen (also auch der Nichtkatholiken D. V.) so zu ordnen, daß ihr Wandel sie zur Hoffnung auf ihr ewiges Heil wohl berechtigt. Daraus geht klar hervor, daß außer der höchsten Eintracht im Denken und Handeln auch die **Achtung vor der politischen Klugheit der kirchlichen Obrigkeit unbedingt notwendig ist.** Wie also die Bischöfe notwendig mit dem apostolischen Stuhl in der Verwaltung ihres Amtes vereinigt bleiben müssen, so haben auch der Klerus und die Laien sich aufs engste im Leben und in ihrer Tätigkeit (d. i. Politik D. V.) an die Bischöfe anzuschließen."

Angesichts dieser Worte wird wohl kein Zentrumspolitiker mehr bestreiten wollen, daß er der „politischen Klugheit" des Papstes unterworfen ist. Wie nun die „politische Klugheit" in die Tat umgesetzt werden soll, das zeigt die Enzyklika „Libertas" vom 20. Juni 1888. Da heißt es:

„213. Richten wir zuerst unser Augenmerk auf das, was für die einzelnen verlangt wird und was so sehr der Tugend der Religion (wie sie der Ultramontanismus auffaßt D. V.) widerstreitet, nämlich auf die sogenannte Kultusfreiheit. Sie besteht in ihrem innersten Wesen darin, daß es einem jeden überlassen bleibe, eine beliebige Religion oder auch gar keine zu bekennen."

Das heißt also dem Sinne nach nicht mehr und nicht weniger, als jeder Staatsbürger muß zur katholischen Religion gezwungen werden, er darf nicht frei eine beliebige Religion wählen. Das wird auch durch das folgende vollauf bestätigt:

„215. Wird diese Freiheit betrachtet, wie sie im Staatsleben sich darstellt, so behauptet sie, — kein Kultus dürfe dem anderen vorgezogen werden, alle seien als gleichberechtigt anzusehen . . . . Ein gottloser Staat, oder, was schließlich auf Gottesleugnung hinausläuft (!), ein Staat, der wie man sagt, gegen alle Religionen

gleichmäßig wohlgesinnt ist und allen ohne Unterschied die gleichen Rechte zuerkannt, versündigt sich gegen die Gerechtigkeit, wie gegen die gesunde Vernunft."

Also der langen Rede kurzer Sinn: Gleichberechtigung der Konfessionen und Toleranz ist gottlos, ungerecht und unvernünftig dazu. Denn:

„216. Da im Staat notwendigerweise Einheit im religiösen Bekenntnis bestehen muß, so hat er sich zu der Religion zu bekennen, welche die einzig wahre ist. — Diejenigen, die an der Spitze des Staates stehen (da sind natürlich neben den führenden Staatsmännern auch die Parlamentarier gemeint D. V.), müssen demnach diese Religion erhalten und beschützen."

Was nun aber eintritt, wenn der Staat sich nicht zu der Religion bekennt, welche die einzig wahre ist, und nichts zu ihrem Schutze tut (wie sonderbar, daß eine allein wahre Religion noch des Schutzes bedarf!), das hat Leo XIII. in seiner Enzyklika „Immortale Dei" vom 1. November 1885 mit den Worten ausgesprochen:

„360. Da dies die Kirche nicht ruhig hinnehmen kann, so entstehen oft zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt Kämpfe."

Also auf deutsch: Da die allein wahre Kirche in jedem Lande die herrschende sein muß, so muß es in dem Lande, in dem sie nur geduldet wird, zum Kampf zwischen der geistlichen und weltlichen Macht kommen; was das für ein Land bedeutet, dafür spricht die Geschichte Bände!

Bismarck hat dem Zentrum im preußischen Abgeordnetenhause am 16. Januar 1884 mit Recht das Wort entgegengeschleudert: „Für Sie ist Nichtherrschen schon mit Unterdrücktsein gleichbedeutend."

Und nun noch einen Satz aus der Enzyklika „Libertas" vom 30. Juni 1888, der die Toleranz des Ultramontanismus und des Zentrums beleuchtet:

„239. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß es niemals erlaubt ist, die Gedankenfreiheit, Preßfreiheit, Lehrfreiheit und unterschiedslose Religionsfreiheit zu fordern, zu verteidigen oder zu gewähren, als seien dies ebenso viele Rechte, welche die Natur dem Menschen verliehen habe. Wo aber diese Rechte eingeführt sind, da sollen die Bürger (d. i. für uns die Zentrumsleute D. V.) darüber denken, was die Kirche darüber denkt."

Was aber die Kirche darüber denkt, das hat ja Leo XIII. mehr als einmal gesagt: Solche Rechte sind so weit wie möglich zu beseitigen, denn Kultusfreiheit ist ein Monopol des Ultramontanismus. Schon daraus geht hervor, daß man auch auf die zahlreichen Versicherungen der Ultramontanen, daß sie ganz auf dem Boden des Deutschtums stünden, nichts geben darf. Man darf solchen Beteuerungen der Treue zum Reich nur die zahllosen Huldigungs-Telegramme an den Papst entgegenhalten, dann weiß man genug.

Damit man nun später Behandeltes besser verstehen könne, sei hier noch ein Satz aus derselben Enzyklika hergesetzt, der die berech-

nende Diplomatie der Kurie beleuchtet, die nur auf die passende Gelegenheit lauert, um diese für ihre Zwecke auszunützen:

„231. Wenn es aber geschieht, daß die Kirche unter besonders gearteten staatlichen Verhältnissen bei gewissen modernen Freiheiten schweigt, nicht als ob sie dieselben an sich wünschte, sondern weil sie glaubt, die Duldung sei das Beste, so würde sie, wenn die Verhältnisse sich ändern würden, sich ihrer Freiheit wieder bedienen, um durch Rat, Mahnung und Bitten (??), wie es ihr Amt erheischt, für das ewige Heil der Menschen Sorge zu tragen."

Dieser letzte Satz erfährt durch die Ereignisse der Jetztzeit eine besondere Beleuchtung.

Soweit Leo XIII. Ergänzend sei nur noch darauf hingewiesen, daß nach dem von Pius IX. erlassenen Syllabus (Satz 24) „die Kirche das Recht hat, äußeren Zwang anzuwenden, sie hat auch eine direkte oder indirekte zeitliche Gewalt."

Die ultramontanen Parlamentarier sind also durch ihre oberste Kirchenbehörde verpflichtet, nach oben dargelegten Lehren zu handeln bzw. ihre Durchführung anzustreben. Zu diesem Zweck müssen sie möglichst die Macht im Staate zu erlangen suchen. Bischof Dr. Waitz, Feldkirch („Das neue Reich", Wien, 30. Oktober 1921), ist offenherzig genug, das zuzugeben:

„Was würde Leo XIII. der Gegenwart anraten? — — — Jedenfalls das eine würde der Papst empfehlen, daß die Katholiken eines Staates **alles daran setzen,** um vollständig geeinigt jedesmal in den Wahlkampf einzutreten und so in den **Parlamenten und in der Regierung die größtmöglichste Macht** zu erlangen. Das würde er **verlangen, daß dieses allem anderen voran gestellt wird.** Andere Fragen müßten an zweiter Stelle kommen — — —. So ist es naturgemäß Aufgabe des Heiligen Vaters, alle glaubenstreuen Katholiken so zu begeistern, daß sie bei den Wahlen festgeschlossene **Phalanxen, kompakte Einheiten** bilden."

Nach Erlangung größtmöglicher Macht im Parlament, die immer dort am größten ist, wo man das Zünglein an der Wage bilden kann, beginnt dann die eigentliche Arbeit im Sinne von Thomas von Aquin. So legen die „Historisch-politischen Blätter" (77. Band) das folgende herzerfrischende Bekenntnis ab:

„Es kann für uns Katholiken nicht leicht ein erfreulicheres Ereignis geben, als daß die Lehren eines heiligen Thomas, Bellarmin und der übrigen großen Theologen auf der Tribüne unserer Parlamente wieder erscheinen und zur Verteidigung der politischen und kirchlichen Freiheit benutzt werden." Zum bessern Verständnis lassen wir die Lehrmeinung des Thomas von Aquin folgen: „Die weltliche Gewalt ist der geistlichen unterworfen, wie der Leib der Seele unterworfen ist, und deshalb ist es keine Anmaßung, wenn der geistliche Vorgesetzte sich in das Zeitliche mischt in bezug auf das, worin ihm die weltliche Gewalt unterworfen ist. — — Dem Stellvertreter

Christi müssen alle christlichen Könige untertan sein, wie Christi selbst."

Daß das Zentrum nicht im geringsten daran denkt, von diesen den konfessionellen Frieden störenden Grundsätzen des Thomas von Aquin abzuweichen, beweist jene Erörterung der „Kölnischen Volks-Zeitung" (Nr. 243 vom 1. April 1921) über die Gründung des Stegerwaldschen Blattes „Der Deutsche":

„Es ist gewiß nichts Neues, wenn Stegerwald verlangt, daß der Staat der Zukunft den christlichen ethischen Geist und die Religion als Kulturmächte zu pflegen habe. Worauf es ankommt, das ist die Schaffung der ehrlichen Machtfaktoren, durch deren Kraft dieses Verlangen erfüllt werden kann. Das will Stegerwald und wollen auch wir. Wenn Stegerwald weiter sagt, der Staat könne seine staatlichen Aufgaben nicht bedingen lassen durch die Rücksicht auf Religionsgesellschaften, so glauben wir, ihn richtig zu verstehen, wenn wir annehmen, daß er damit Begriffe, wie z. B. „das deutsch-evangelische Kaisertum", das protestantische Preußen und die Bevorzugung der einen oder anderen Religionsgesellschaft hat ablehnen wollen. Völlig ausgeschlossen ist aber, daß ein Mann wie Stegerwald damit irgendwie hat andeuten wollen, als ob die ewigen und unveräußerlichen Rechte der Kirche dem Gutachten staatlicher Mächte unterlägen."

Der ultramontane Größenwahn, der aus diesen Worten spricht, ist Beweis genug, wie notwendig eine staatliche Kontrolle des Ultramontanismus ist. Wir haben auch schon bewiesen, daß unter der „Freiheit der Kirche" letzten Endes die Unterdrückung aller nichtultramontanen Staatsbürger zu verstehen ist, wozu diese „Freiheit" führen muß.

Trotz dieser unerschütterlichen, unanfechtbaren Tatsachen aber behauptet das Zentrum immer noch eine ganz harmlose, interkonfessionelle Partei zu sein. Hören wir was der „Fels", das Organ der Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse, dazu schreibt (Nr. 3 von 1920):

„Die Basis des Zentrums ist der Katholizismus, nicht im engeren Sinne als Komplex gewisser Glaubenswahrheiten betrachtet, sondern insofern er als Weltanschauung **die Dogmen und Morallehren der katholischen Kirche auf die Dinge des privaten und öffentlichen Lebens praktisch anwendet.** Das ist allerdings vom Parteivorsitzenden (auf dem Zentrums-Parteitag 1920 D. V.) offiziell nicht ausgesprochen worden, wohl aus taktischen Gründen, um dem Trugschluß auf Konfessionalität der Partei nicht Vorschub zu leisten."

Wo bleibt da die Logik? Wir übersetzen das ins Deutsche: Wir sind eine Partei, die auf dem Boden ultramontaner Weltanschauung steht und für deren Machtziele wir auch nichtkatholische Kräfte eingespannt haben, darum sind wir „interkonfessionell". Wirklich sehr schlau!

Als das Zentrum sich nach dem Rathenaumord 1922 plötzlich angeblich interkonfessionell durch Aufstellung nichtkatholischer Kandidaten umgruppieren wollte und in diesem Sinne langatmige Erklärungen und Aufrufe losließ, brach ein großer Entrüstungssturm von seiten der Wählerschaft und vor allem von seiten der „geistlichen Parteifunktionäre", der Geistlichen, los. Marx lehnte die angebliche Interkonfessionalisierung schroff ab, und auch Reichskanzler Wirth wollte von der Neuordnung begreiflicherweise nichts wissen. Der Zentrumsgeneral Marx blies nun zum Rückzug, und der Zentrumsabgeordnete Dr. Herschel gab noch zu diesem folgende Bände sprechende wörtliche Erklärung in der „Schlesischen Volkszeitung":

„Die Parteileitung, der wir nach wie vor volles Vertrauen entgegenbringen, wollte und will keine Parteireform. Sie will eine Parteierweiterung. Zu dieser soll die Aufstellung nichtkatholischer Kandidaten in weiterem Umfange das Mittel zum Zweck sein. Eine Änderung des Parteicharakters ist nicht beabsichtigt."

Also: Nichtkatholische Kandidaten wären nur das „Mittel zum Zweck" der Machterweiterung der ultramontanen Partei, deren Führung und Kurs derselbe bleibt! Das sagt wohl genug.

Den Nagel auf den Kopf trifft da der katholische „Fels" (Heft 8, 1921), wenn er schreibt:

„Seit Jahren mühen sich die Männer und Organe der „Kölner Richtung" ab, die katholische Parteibasis des Zentrums zu leugnen, um Protestanten anzuziehen und **das Zentrum regierungsfähig** zu machen. Man lasse endlich ab von einem so gefährlichen Beginnen. Wir können uns diesen Luxus wirklich nicht länger leisten. Und es ist nicht nur ein Luxus, sondern eine Unwahrheit, die den Namen Lüge nur deshalb nicht verdient, weil doch niemand daran glaubt."

Es ist da eine bittere Ironie, wenn es gerade Erzberger war, der in einer lichten Stunde das Wort schrieb („Politik und Völkerleben", 1913):

„Wer mit der Forderung der konfessionellen Partei kommt, verstößt nicht nur gegen die Grundsätze der modernen Staaten (z. B. Artikel 29 der Reichsverfassung), sondern versucht eine Überspannung des Autoritätsprinzips, die die Kirche selbst nicht fordert und welche in ihrer vollen Konsequenz gar nicht gezogen und eingehalten werden kann. Das Leben ist stärker als alle Spintisiererei."

Dieses Wort ihres Halbgottes müßten die Ultramontanen sich heute hinter die Ohren schreiben.

Der Beweis, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist, ist nach den bisherigen Darlegungen nicht mehr zu erschüttern. Daraus ergeben sich aber alle weiteren Folgerungen. Braucht es da noch einen Hinweis, zu welch unhaltbaren Zuständen es führen muß, wenn eine deutsche Partei die Richtlinien für ihr Verhalten, ihre Ziele von einer

fremden, ausländischen Macht' bezieht? Ist es nicht für ein Volk, das noch auf Ehre hält, eine direkte Achtungsverletzung, eine grobe Beleidigung, wenn diese auswärtige Macht in staatliche Verhältnisse eingreift (wie z. B. Pius IX.), die sie, soweit es sich nicht um Religion und Dogma handelt, von Haut und Haar nichts angehen? Es geht nie und nimmer an, daß Teile des Volkes auf zwei Befehlsgewalten hören, die sich zudem noch im schroffen Gegensatz befinden. Das will ja auch der Ultramontanismus nicht, darum ordnet er der staatlichen Obrigkeit die des Papstes über, indem erstere nur das Vollzugsorgan des letzteren werden soll. Um dies aber durchführen zu können, ertötet er in unserem Volke das nationale Empfinden, das völkische Bewußtsein, aus dem heraus sich die unabweisbare Notwendigkeit ergibt, nur der staatlichen Obrigkeit untertan zu sein, die allein die Verantwortung für Wohl und Wehe des Volkes zu tragen hat.

Papsttum und Zentrum.

„Jeder billig Denkende erkennt, daß der römische Papst von dem Lehramte, das er in bezug auf Glauben und Sitten besitzt, das Gebiet der Politik nicht trennen kann." Pius X. (Allokution 9. November 1903).

Unter der Ära von Leo XIII. und Pius X. erleben wir es, wie das Zentrum dem Befehle Roms in ganz innerdeutschen, rein politischen und nationalen Angelegenheiten gehorcht. Das Zentrum hatte 1887 zweimal geschlossen gegen die deutsche Militärvorlage (Septennat) gestimmt; da sah sich Bismarck gezwungen, den Papst um Hilfe anzugehen, damit dieser das Zentrum für das Septennat günstig stimme. Und in der Tat, der Papst legte sich ins Zeug. Der Kardinal Jakobini schrieb aus Rom unter dem 3. Januar 1887, daß „im Hinblick auf diese nahe bevorstehende Revision der Kirchengesetze, welche befriedigend ausfallen wird, der Heilige Vater wünscht, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats in jeder ihm möglichen Weise begünstige". Damit aber jedes Mißverständnis über den wahren Grund dieses Wohlwollens ausgeschlossen sei, fügt der Kardinal noch bei: „Durch die Zustimmung des Zentrums zur Septennatsvorlage würde aber die Regierung den Katholiken wie auch dem Heiligen Stuhle immer geneigter werden, und auf die Fortdauer der friedlichen und vertrauensvollen Beziehung zu der Berliner Regierung legt der Heilige Stuhl keinen geringen Wert." Aus dem Schreiben des Kar-

[1] Zwar regte sich der Zentrumsabgeordnete und Geistliche Dr. Lauscher darüber auf, daß von der „Deutschnationalen Korrespondenz" der Papst als auswärtige Macht bezeichnet wurde: „Ich muß gestehen, das hat mich ganz außerordentlich befremdet. Denn für uns Katholiken und für ein Staatswesen, das zum großen Teil zu mehr als einem Drittel aus Katholiken besteht, die im Papst ihr geistliches Oberhaupt verehren, ist der Papst keine auswärtige Macht" („Westfälischer Merkur", Nr. 83, 20. II. 21), aber man darf diese Frage auf Grund des hier verwerteten Materials ruhig jedem Denkenden zur Entscheidung überlassen, selbst wenn Bismarck einmal für den Papst als nichtauswärtige Macht eingetreten ist.

dinals geht einwandfrei hervor 1. daß der römische Papst das Zentrum zu vaterländischem Verhalten ermahnt, jedoch nur deshalb, weil eine kirchenpolitische Gegenleistung zugesichert war; 2. daß der Zentrumsführer Windthorst in rein politischen, nationalen Fragen mit dem römischen Geschäftsträger in Meinungsaustausch getreten ist (der Brief spricht von „Zweifeln, die Herr Windthorst in dem beigefügten Schreiben ausgesprochen hat" und die zurückzuweisen seien) beziehungsweise sich rechtfertigte; 3. daß Windthorst und mit ihm das Zentrum nur aus Mißtrauen gegen Bismarcks kirchenpolitische Zusicherungen, oder weil sie ihm zu gering erschienen, die Militärvorlage abgelehnt hat. Auf alle Fälle waren keine nationalen, sondern kirchenpolitische oder fraktions-egoistische Gründe dafür maßgebend. Nun hat aber Windthorst diesen Brief, der für die Zentrumsfraktion bestimmt war, glatt unterschlagen, und so kam es zur Ablehnung des Septennats. Es kam zur Auflösung, Neuwahl des Reichstages und zur erneuten Abstimmung. Der ganze Wahlkampf gestaltete sich zu einer wüsten Hetze gegen die Militärvorlage, da aber trat das Unerwartete ein: Kein einziges Mitglied der Zentrumsfraktion stimmte gegen die Militärvorlage! Wie kam das? Nur durch ein erneutes Eingreifen des Papstes. Sobald nämlich 1887 das Septennat zu Fall gekommen war, hatte das Zentrum durch seinen Vorsitzenden, den Abgeordneten von Franckenstein, beim Heiligen Stuhl anfragen lassen, „ob der Heilige Stuhl der Ansicht sei, daß der fernere Bestand des Zentrums im Reichstage nicht mehr notwendig sei." Aus dem Antwortschreiben des Kardinals Jakobini (veröffentlicht in der „Wiener Politischen Korrespondenz" vom 4. Februar 1887) seien die folgenden bemerkenswerten Sätze hervorgehoben: „Die Aufgabe der Katholiken, ihre religiösen Interessen zu schützen, kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden; man muß dabei die absolute und andauernde, sowie hypothetische und zeitliche Seite ins Auge fassen. Auf eine gänzliche Beseitigung der Kampfgesetze hinzuwirken, die legitime Auslegung der neuen Gesetze zu verteidigen, deren Ausführung zu überwachen: das bedingt jetzt die Aktion der Katholiken im Parlament. — Auch wollen Sie nicht verfehlen, hervorzuheben, daß eine katholische, parlamentarische Partei, die für die unhaltbare Lage des erhabenen Hauptes der Kirche Mitgefühl hat, passende Gelegenheiten benutzen kann, um die Wünsche ihrer katholischen Landsleute zugunsten des Papstes auszusprechen und zur Geltung zu bringen. Dem Zentrum in seiner Eigenschaft als politische Partei ist stets volle Aktionsfreiheit eingeräumt worden; als solche könnte es nicht auch direkt die Interessen des Heiligen Stuhles vertreten. Wenn der Heilige Vater geglaubt hat, dem Zentrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennats aussprechen zu müssen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Frage **mit Fragen von religiöser und moralischer Bedeutung** zusammenhängt."

Da haben wir's! Diese Militärvorlage berührte religiöse und moralische Fragen! Dieser Fall zeigt ganz deutlich, wie unbefangen das Oberhaupt der Kirche sich den Einspruch in politische Dinge sichert.

In politischen Dingen hat das Zentrum volle Freiheit, nur in „religiösen und moralischen" ist der Papst maßgebend. Ja, wenn es doch nur so wäre! Denn was mit religiösen und moralischen Fragen zusammenhängt, das bestimmt eben nicht die Zentrumsfraktion, sondern der Papst. Wenn schon Freiherr von Franckenstein sich bemüßigt fühlt, wie aus dem Schreiben hervorgeht, das Verhalten des Zentrums in rein politischen Fragen zu rechtfertigen und er das Weiterbestehen der Partei von der päpstlichen Zustimmung abhängig macht, so ist damit die Abhängigkeit und rückhaltslose Unterwerfung der Partei unter die Kurie mehr als erwiesen. Der zweite päpstliche Wink hatte nun seine Wirkung getan, die Militärvorlage gelangte zur Annahme.

Daß es nicht bei diesem einzigen päpstlichen Eingriff blieb, geht aus der Schrift von Martin Spahn: „Ernst Lieber als Parlamentarier" hervor. Es heißt dort Seite 34:

„Wiederholt seit 1880, je mehr die Fraktion als politische Partei in den Parlamenten mitarbeitete, hatte die Kurie auf Betreiben der preußischen Regierung auf ihre Entschlüsse Einfluß zu gewinnen getrachtet. Windthorst hatte sich dem bestimmt widersetzt. Eben jetzt, mit dem beginnenden Frühjahr 1893 wiederholte sich das Bemühen Roms. Die Gruppe um Huene ließ seine Gründe auf sich einwirken. Bei der prinzipiellen Bedeutung aber, die dem Verhältnis der Fraktion als politische Partei zu Rom zukam, ward nach der Meinung der Mehrheit unter ihren hervorragenden Mitgliedern von jenem Moment ab eine itio in partes bei der Abstimmung über die Heeresvorlage unmöglich; der Bestand der Fraktion schien in Frage gestellt, wenn man zurückwich, ohne daß zwingende nationale Gründe vorlagen."

Diese Ausführungen ergänzte Spahn im Januar 1907 im „Tag" mit den Worten: „Caprivi wandte sich nach Rom, um die Kurie zur Beeinflussung der Partei im Sinne der Annahme zu bestimmen. Die Kurie, vielleicht im Glauben, daß sie 1887 die Einmischung zu zaghaft betrieben hätte, wandte dieses Mal einen sehr viel stärkeren Druck auf die Fraktion an."

Welch ein erbärmliches Zeugnis ist es doch für eine sogenannte nationale Partei, wenn ein Reichskanzler sich gezwungen sieht, wegen der Halsstarrigkeit und Widersetzlichkeit einer Partei in Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe des Volkes handelt, deren außerhalb Deutschland wohnenden Spiritus rector um Hilfe anzugehen! Da sollte man meinen, in der Zentrumspartei wäre doch ein wenig das Schamgefühl rege geworden. Aber weit gefehlt! Stolz ist sie darauf, daß der Papst ihr zuliebe in die deutschen Verhältnisse zum Eingriff veranlaßt wurde. Und daran mag man am besten den deutschen und nationalen Geist dieser Partei erkennen. Bei ihr ist das ultramontane Gefühl zur zweiten Natur geworden, das Konfessionsbewußtsein hat das Nationalgefühl und den völkischen Ehrbegriff vollständig verdrängt. Ihr ist das Empfinden für das Unwürdige einer solchen Situation längst dafür abhanden gekommen, weil sie alles nur durch die tendenziös gefärbte ultramontane Brille schaut. Und so pries denn

der Zentrumsführer Graf Balleſtrem mit tönenden Worten die Einmiſchung des Papſtes auf die innerdeutſche Politik. „Warum ſoll man dieſe Tatſache nicht berühren?“ ſo ſprach er auf dem Katholikentage in Trier am 31. Auguſt 1887. „Wir können ſtolz darauf ſein, daß auch die mächtige deutſche Regierung in die Lage kam (!!), ſich in einer inneren, weltlichen Angelegenheit (die aber doch mit „religiöſen und moraliſchen“ Fragen zuſammenhängt!! D. V.) an das Oberhaupt der katholiſchen Kirche um Hilfe und Beiſtand (gegen das „nationale“ Zentrum!! D. V.) zu wenden, wie ſie es vordem bereits in einer auswärtigen Angelegenheit getan hatte. — Er (der Papſt) tut es als ein Staatsmann, der von der hohen Warte, auf welche die Vorſehung ihn geſtellt, die Ereigniſſe dieſer Welt ganz anders zu überſehen in der Lage iſt, als die gewöhnlichen Sterblichen. Solches Eingreifen des Papſtes **erhöht den Ruhm und die Machtſtellung (!) des Papſttums** vor allen Fürſten und Völkern.“

Man iſt angeſichts dieſer Worte verſucht, zu glauben, daß es die ultramontanen Parlamentarier abſichtlich darauf angelegt haben, daß die deutſche Regierung einen Gang nach Canoſſa machen ſollte. Das würde ganz zur Geiſtesverfaſſung dieſer Herren paſſen.

Man mag daran, daß eine Militärvorlage eine Frage von „religiöſer und moraliſcher Bedeutung“ iſt, ermeſſen, welch andere Dinge in den Machtbereich des Vatikans fallen. So erteilte z. B. Pius X. Verhaltungsmaßregeln für alle Zweige des öffentlichen (nichtkirchlichen) Lebens, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Privateigentum, bürgerliche Geſellſchaft, ſoziale Vereine, Schriftſteller, Zeitungen uſw.[1] Im Jahre 1903 erließ er ein „Motu proprio“ über die „Chriſtliche Demokratie“, dem er die ſtrenge Mahnung vorausſchickte: „Wir verlangen eine genaue und vollſtändige Beobachtung dieſer weiſen Vorſchriften, von denen abzuweichen keiner in Zukunft ſich erkühnen möge! Von den nun folgenden 19 Grundregeln ſei hier nur auf die 16., 17. und 18. hingewieſen, in denen von den katholiſchen Schriftſtellern verlangt wird, daß ſie ſich rückhaltslos dem Papſt und den Biſchöfen unterwerfen und alle ihre Schriften betreff Religion, Moral und Naturſittenlehre der Vorzenſur des Biſchofs unterbreiten. Dieſe Regeln ſollten „allen katholiſchen Komitees, Vereinen und Vereinigungen zur Kenntnis gelangen“. Der Schlußſatz lautet: „Wir ordnen ferner an, daß die katholiſchen Zeitungen ſie (die Regeln) vollſtändig abdrucken und die Erklärung abgeben, ſie beobachten zu wollen, und ſie ſollten ſie auch wirklich gewiſſenhaft befolgen, ſonſt erhalten ſie einen ernſten Verweis, und ſollte derſelbe nichts fruchten, ſo werden ſie von der kirchlichen Behörde verboten werden.“

[1] Daß die Anſprüche des Papſtes zu den reinſten Abſurditäten führen, geht aus dem Beiſpiel des „Weſtfäliſchen Merkur“ (9. Februar 1897) hervor, der dafür eintrat, daß dem Papſte, wenn es die Umſtände erforderten, auch das Recht zuſtehe, etwa die modernen Feuerverſicherungs-Geſellſchaften **umzugeſtalten**.

Also Vogel friß oder stirb! Daß dieser Erlaß eine vollständige Entmündigung der katholischen Presse und der katholischen Schriftsteller bedeutete, daß diese selbst außerhalb jeglichen religiösen Bereichs jeder Selbständigkeit beraubt waren, hatte man im katholischen Deutschland bald erkannt. Darum suchte die „Kölnische Volkszeitung" am 28. Dezember 1903 die Gefahr dadurch abzuwenden, daß sie erklärte, das „Motu proprio" gehe allein Italien an. „Wir wollen diese Feststellungen sofort machen, da manche Blätter wohl bald von der „Knebelung der Zentrumspresse" usw. reden werden," schreibt sie. Aber da war der Wunsch der Vater des Gedankens. Am 4. März 1904 mußte die Kölnerin eine Berichtigung des Bischofs von Lüttich (!) bringen, daß die im „Motu proprio" enthaltenen Lehrsätze und Bestimmungen für die Katholiken aller Länder gültig seien." Und damit war also die Zentrumspresse wirklich geknebelt; aber nicht ein Blatt hat sich dagegen gewandt, ein Zeichen von der restlosen Abhängigkeit des Zentrums von Rom. Und da rede noch jemand von der „politischen Selbständigkeit" der Ultramontanen. Diese Hundedemut kommt auch in einem Artikel der „Germania" vom 12. März 1905 zum Ausdruck. Es heißt da:

„Hier wird man nun vielleicht einen Vergleich anstellen wollen zwischen der Organisation der italienischen Katholiken und derjenigen der deutschen. Man wird einwerfen können, daß das deutsche Zentrum die Interessen der Katholiken selbständig vertrete, ohne daß die hochw. Bischöfe oder gar die höchste kirchliche Autorität in irgendeiner direkten Weise eingriffen. Dagegen muß aber aufs nachdrücklichste hervorgehoben und betont werden, daß es in Deutschland keinem Katholikenführer oder Organisationsleiter oder Vereinspräses einfallen würde, irgend welche Schritte oder Taten zu unternehmen, welche auch nur im geringsten den Geboten der kirchlichen Obrigkeiten widersprechen könnten. Niemand in Deutschland würde, wie in Italien, öffentliche Versammlungen und Veranstaltungen abends veranstalten, welche der Bischof morgens feierlich verboten hatte, ja sogar (!) eine „nationale Katholikenversammlung" einberufen (das wäre allerdings zu viel verlangt D. V.), nachdem eine päpstliche Kundgebung dieses verbietet, ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Heiligen Stuhles und das zu dem Zweck, um eine politische Partei zu gründen, für welche der Heilige Vater die Zeit noch nicht für gekommen hält."

Auch in der Sozial- und Handelspolitik ist das Zentrum von der Kurie abhängig. Da die soziale Gesetzgebung in allen Kulturstaaten nationalen Charakter trägt und die Arbeitergesetzgebung in Deutschland wenigstens vor dem Kriege die vorbildlichste war, so ist eine Einmischung einer fremden Macht um so unerwünschter. Aber trotzdem hat sich das Zentralkomitee der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands für die Sozialpolitik dem Befehle des Papstes unterstellt. Das Komitee (u. a. Hertling, Trimborn, Herold) wurde (laut „Germania" vom 8. 4. 04) von Pius X. empfangen, wobei es versprach,

„die soziale Aktion gemäß den päpstlichen Weisungen betreiben zu wollen."

Auch in der Handelspolitik geht es nicht ohne den Papst. Betreff Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages 1894 erklärte der Zentrumsführer Dr. Lieber am 26. März 1894 in Frankfurt a. M.: „Wir (das Zentrum) hatten **mehr nach Fulda und Rom, als in Berlin nach dem Schloß** und der Wilhelmstraße hin **den Beweis zu führen,** daß wir im neuen Reichstage nicht die demokratische Partei des nackten und unfruchtbaren Widerspruchs seien." Das ist ein vielsagendes Wort, das dem stets freimütigen Dr. Lieber dem Gehege seiner Zähne entflohen ist. Ärger als durch dieses Geständnis konnte die Zentrumspartei nicht bloßgestellt und ihr innerstes Wesen nicht verraten werden. Darum verlegte sich die stets wahrheitsliebende Zentrumspresse aufs Leugnen. Aber es half nichts. Dr. Lieber gab nachher in der „Germania" (12. 4. 94) die Wahrheit des Gesagten selbst zu.

Um ein Wesentliches wird dieses Geständnis durch das von Windthorst auf dem Katholikentage von 1885 ergänzt: „Meine Herren, wir haben aber auch in Berlin im Reichstage und im Landtag immer Vorsorge, daß wir Kontrolleure haben, die auf uns in diesem Punkt genau achtgeben, ob irgendwo etwas nicht Richtiges gesagt wird; und ich pflege niemals wenn ich gesprochen habe, es zu unterlassen, zu einem der Herren zu gehen und zu fragen, habe ich auch etwas Ketzerisches gesagt? Denn ich bin leider kein Theologe."

Nun werden im Parlament gewöhnlich keine dogmatischen oder theologischen Streitfragen erörtert, es kann sich also hier nur um „ketzerische Politik" handeln, d. h. um solche Politik, die nicht in das ultramontane Expansionsprogramm paßt. Denn das Zentrum ist ja, darauf muß immer wieder hingewiesen werden, nicht etwa in seinem wahren Charakter eine deutsche politische Partei, sondern nach des Grafen Balleſtrem eigener Aussage, „eine Garde seiner Heiligkeit in Rom". Wie das gemeint ist, kann man auch aus einer Rede von einem Benefizianten Krafft auf dem Katholikentag 1876 ersehen, wo dieser mit seltenem Freimut darlegte:

„Ich sehe keine Möglichkeit, wie wir unsere arglose staatliche Gesinnung anders beweisen können, als wenn wir eine öffentliche Demonstration zugunsten der Wiedervereinigung der Protestanten machen. Dadurch beweisen wir, daß unser letztes Ziel **keineswegs ein politisches ist,** sondern **vielmehr ein kirchliches.** Es liegt uns daran, **die Anerkennung der alleinigen Berechtigung der katholischen Kirche in Deutschland wieder herbeizuführen."**

Die Ziele, die dieser geistliche Herr als Katholikentagsredner in seiner „arglosen Gesinnung" enthüllt hat, gehören zum Erbgut des ganzen Ultramontanismus: der Kampf gegen den Protestantismus. Und dazu ist den Ultramontanen kein Mittel schlecht genug, das sie dem Enderfolge näher bringt. Ob darüber das deutsche Volk ins Unglück gerät, ob das Vaterland in seiner Einheit zerschlagen wird, was kümmert es diese „Patrioten", wenn nur die Konfession blüht und sich ausdehnt! Und so müssen wir heute mit Entsetzen feststellen, daß nach

dem blutigen Völkermord die Saat aufgeht, die von Rom aus in die Köpfe deutscher Menschen gesät wurde. Das ist und war der Angelpunkt aller päpstlichen Politik, so die Drähte zu ziehen, daß den preußischen „Ketzern" der Atem ausgehe. Ein fanatischer Haß brannte lange Jahrzehnte in den Herzen derer, die ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf einzustellen hatten, den Kampf gegen die „Häresie" zu führen. Mit dem ersehnten und erstrebten deutschen Zusammenbruch, da begann auch ihr Weizen zu blühen und seither arbeitet jene Clique der schwarzen Internationale mit unentwegtem Fleiße daran, die Ernte heimzubringen.

Bismarck sagte im preußischen Herrenhause am 25. April 1873:

„Die **Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat**; die Artilleristen, die sie leiten, die Ingenieure, die sie erbauten, wissen genau, was sie beabsichtigen. Es handelt sich um eine **Mobilisierung gegen den nationalen Staat.**"

Wer sind die Artilleristen, wer sind die Ingenieure, die diese Breschbatterie bedienen? Die guten Katholiken und Zentrumswähler ahnen es nicht, man hat ihnen vor diesen Leuten eine ehrfurchtsvolle Scheu eingeimpft, und doch wirken sie in ihrer Gesamtheit wie Bazillen. Die Jesuiten sind die nächsten Hintermänner des Zentrums, ein Glied jener Kette, die von Deutschland nach Rom führt. Es kann sich an dieser Stelle noch nicht darum handeln, auf die Jesuitenfrage näher einzugehen, sondern nur ein wesentliches Kernstück soll hier behandelt werden, das diesen Dunkelmännerorden in seinem innersten Wesen und seiner zersetzenden Tätigkeit enthüllt.

Es ist eine lange Streitfrage gewesen, ob der Jesuitenorden zur Vernichtung des Protestantismus gegründet worden sei; es kann sich hier um die theoretische Lösung dieser Frage nicht handeln, vielmehr wollen wir hier nur der Tätigkeit des Jesuitenordens einen Blick zuwenden.

Man muß hier vorausschicken — und das ergänzt das Bild des Jesuitenordens nur —, daß diesem jede politische Betätigung verboten ist. Darum erklärte auch im Jahre 1847 der Jesuitengeneral Johannes Roothan in einem Schreiben an den „Courier français" zu Paris: **„Politik ist der Gesellschaft Jesu völlig fremd.** — Ich warte noch immer auf den Augenblick, wo man mir zeigen wird, daß auch nur eines der mir untergebenen Ordensglieder in dieser Beziehung von den sehr bestimmten Vorschriften des Ordens abgewichen ist." Bei der den Jesuiten üblichen Kasuistik und Mentalreservation konnte der Jesuitengeneral wohl diesen Satz aussprechen. Wenn eine Militärvorlage eine Frage von religiöser und moralischer Bedeutung ist, dann gehört umgekehrt alles das, was die Jesuiten betreiben, selbstverständlich ebenfalls zur Religion und Moral. Ob also etwas Politik oder nicht Politik ist, das hat der Laie gewiß nicht zu entscheiden. Jedenfalls genügt hier schon ein Hinweis darauf, daß die politische Betätigung des Jesuitenordens selbst den Päpsten viel Sorge gemacht hat. Und in neuester Zeit zeigte die hochpolitische Rolle des Jesuiten Lehmkuhl, der sich den ständigen Einfluß auf das Zentrum und dessen

politische Entschließung gesichert hatte, was von obiger Versicherung zu halten ist. Und der „Herr", zu dem Windthorst nach seinen Parlamentsreden ging, um zu fragen, ob er auch nichts „Ketzerisches" gesagt habe, war vielleicht auch einer von diesem Orden. Jesuitische und Zentrumsziele liegen eben auf einer Linie; beide, Zentrum und Jesuitenorden, sind militantes ecclesiae! Der Ausspruch des Zentrumsführer Dr. von Orterer auf dem „Jubiläums-Katholikentag" in Köln 1903: **„Wir sind alle Jesuiten und ich bin ein Erzjesuit,"** der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, zeigt klar genug, wohin die Reise geht.

Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß zum Erbgut des ganzen Ultramontanismus, also auch des Zentrums und der Jesuiten, ein glühender Haß gegen Preußen und den Protestantismus gehört. Und das Zentrum als Werkzeug des Vatikans und der Jesuiten ist das Vollzugsorgan dieses jahrhundertalten Hasses. Und dieser Haß kann seine volle Befriedigun erst in der vollständigen Vernichtung der preußischen Vorherrschaft über Deutschland und in die Wiederherstellung des alten römischen Reiches deutscher Nation finden. Im Jahre 1872 (Nr. 1) schrieb das „getreue Echo des römischen Stuhles" (Breve Pius IX. vom 12. 2. 1866), die von Jesuiten geleitete „Civilta cattolica": „Darum scheint das neue Reich bestimmt zu sein, wie ein leuchtendes Meteor bald zu verschwinden. Es scheint, als ob Preußen mit dem Degen Napoleons III. in Sedan auch dessen antichristliche Politik geerbt hätte. Darum wird vielleicht schneller einer kommen, der auch ihm ein Sedan oder ein zweites Jena bereitet. Seiner Geißeln bedient sich Gott und dann bricht er sie. Und was anders ist das neue Reich, als eine Zornesgeißel in der Hand Gottes?" Der Freiburger katholische Kirchenhistoriker Franz Xaver Kraus berichtet in der „Riforma cattolica" des Professors Cassani von Bologna unter der Überschrift: „Was Deutschland von Leo XIII. erwartet," folgendes:

„Ich erinnere mich aus meiner Jugend, längst früher als irgend jemand an einen Kampf zwischen Rom und Preußen dachte, von einem hervorragenden Jesuiten die Worte gehört zu haben: **„Wir Jesuiten in Preußen haben vor allem die Aufgabe, die Grundlagen dieser protestantischen Monarchie zu unterminieren."**

Dies wird noch wesentlich ergänzt durch folgende Äußerung der „Civilta cattolica" (zitiert nach Rippolds Kirchengeschichte, S. 730):

„Der Kampf wird in Preußen, sei es in dieser oder einer anderen Gestalt fortdauern, so lange Preußen besteht; denn zu seinem wahren und Hauptgrund hat der Kampf die innerste Natur dieses Staates. Preußen steht sowohl seinem Ursprunge, wie seiner Entwicklung alle Stufen hindurch im geraden Gegensatz zu der katholischen Kirche. Es ist wegen dieser seiner Natur der **Haupt- und Todfeind Roms.** Preußen in seiner jetzigen Gestalt und Zusammensetzung beruht auf dem Protestantismus und seinen Lehren; Preußen ist der

Wall und die Festung des Protestantismus in Deutschland — — — mit Preußen steht und fällt der Kampf gegen die Kirche in Europa."

Ergo? — — — Borussiam esse delendam! Preußen muß vernichtet werden! Nun ist es auch nicht mehr verwunderlich, wenn der verstorbene Jesuitengeneral Wernz lange vor der Revolution in den „Stimmen aus Maria-Laach" (Band 10, S. 198) von der „Sehnsucht nach dem Wiederaufleben des mittelalterlichen Kaisertums" spricht, wenn er ferner meint: „Wir leben wirklich in einer kaiserlosen, einer schrecklichen Zeit." Das war freilich eine „schreckliche" Zeit, als das protestantische Kaisertum in seiner höchsten Blüte stand. Seit es hinweggefegt ist, haben wir natürlich eine „glorreiche" Zeit, weil das letzte Hindernis, das der schwarzen Internationale im Wege stand, beseitigt ist.

Aus all den genannten Äußerungen spricht ein aus „religiösem" Fanatismus und Größenwahn herausgeborener Haß, ein Haß, der seine Träger nicht ruhen und rasten läßt, bis sie ihr Ziel erreicht haben, ein Haß, der alle verblendet, sie vor keinem, in seiner Auswirkung noch so katastrophalen Unternehmen zurückscheuen läßt. Und einen solch infernalischen Haß hegen dieselben Leute um der Wahrheit willen! Kein Mittel ist ihnen im tiefsten Grund zu radikal, um nur das Ketzertum zu beseitigen.

Derselbe Haß gegen Preußen spricht aus den Ausführungen des „Fränkischen Volksblatts" in Würzburg wenn es am 26. September 1891 schreibt:

„In unserer Zeit bedeutet „nationale" Rücksicht nichts weiter, als Preußentreue. Deutschland bleibt immer, nur die Form muß wechseln; **die preußische Hegemonie ist reif für Vernichtung,** sie muß einer friedlichen, ehrlichen und befriedigenderen Gestaltung des deutschen Vaterlandes platzmachen."

Und warum dies? „Nichts ist so einleuchtend als der Satz, daß bei Königgrätz auch Frankreich und daß bei Königgrätz und Sedan die katholische Welt geschlagen wurde." („Historisch-politische Blätter" 1908, 142, I.). Da haben wir's! Die „Häresie" hat über die „Wahrheit" gesiegt! Das ist der Grund des Hasses, der heute noch ebenso lebendig glüht wie ehedem. Das „Ketzertum", die „Häresie" muß vernichtet werden, damit die Bahn frei werde für die „alleinige Wahrheit". Und das Zentrum scheint bestimmt, die Rolle des Scharfrichters zu spielen. „Die Verhängung der Todesstrafe über Häretiker ist wenigstens nicht ungerecht gewesen, da das Verbrechen der Häresie nur durch die Todesstrafe gebührend gesühnt und mit Erfolg für die kirchliche und bürgerliche Gesellschaft unschädlich gemacht wird. — Es lebe die kirchliche Inquisition!" so schreibt der Jesuit Wenig 1875 in seinem Buche über die kirchliche und politische Inquisition (S. 65 f.). Und der Jesuit de Luka, dessen Schriften Leo XIII. durch Breve vom 18. 10. 1898 „als den Lehren der Kirche genau entsprechend" gelobt hat, schreibt **1901**: „Die Darbietung materieller Gewalt (durch den Staat) bis zur Tötung z. B. des Ketzers ist ein notwendiges Mittel für das Seelenheil der Christgläu-

bigen ...“ Und die „Germania“ bläst natürlich in dasselbe Horn, wenn sie am 24. Mai 1902 unter dem Titel: „Das liberale Entsetzen vor dem kirchlichen Richtschwert“ schreibt: „Das eben zitierte Satzfragment (von Thomas von Aquin D. V.) will nur sagen, was die Häresie ist, daß sie in sich als Abfall von der klar erkannten Wahrheit ein todwürdiges Verbrechen ist. Dabei muß es bleiben!“

In seiner Schrift: „Die Grundirrtümer unserer Zeit“ (Herder, Freiburg, S. 103), schreibt der Jesuitenpater Roh:

„Toleranz: Schönes Wort für oberflächliche Leute ... Das Wort heißt auf deutsch einfachhin Duldung. Das Wort dulden brauchen wir nur, wenn von etwas die Rede ist, das eigentlich nicht sein dürfte, nicht sein sollte, was wir gerne beseitigt haben möchten. So duldet jedes Tier gewisse leidige Einmieter, die die Miete nie anders bezahlen, als durch Stechen und Beißen. So oft aber dieses Wort auf den Menschen angewendet wird, erweckt es in mir einen **unsäglichen Widerwillen**, es packt mich wie eisigkalt am Herzen. **Es muß geheimen Haß, tückischen, verhaltenen Groll in sich bergen.** Die Erfahrung zeigt es auch. **Fort mit der Toleranz!**“

Es ist nur gut, daß die Ultramontanen bei uns immer noch in der Minderheit sind, sonst wehe allen Andersdenkenden! Der Geist der Inquisition ist noch nicht tot, er ist noch ebenso lebendig wie ehedem, nur daß er in Schach gehalten wird. Weil sich aber die Flamme des religiösen Fanatismus offen nicht auswirken kann, darum brennt sie um so heißer im Dunkeln und zerfrißt langsam das deutsche Staatsgefüge. Der badische Zentrumsführer Buß († 1878) stieß die Drohung aus, „Berlin, diese Burg des Protestantismus, mit den Mauerbrechern der Kirche langsam zu zerbröckeln.“ Und wie er sich das dachte, das hat er mit den Worten ausgesprochen: „Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und die katholischen Provinzen, die zur Schmach aller Katholiken der Mark Brandenburg zugeteilt worden sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen.“

Auch aus diesen Worten spricht der unbändige Haß, der um so unberechtigter ist, als sowohl Leo XIII. wie Pius X. es offen ausgesprochen haben, daß Deutschlalnd (und damit Preußen) das Land sei, wo die Katholiken frei und ungestört ihrem Glauben leben könnten. Stammte dieses Urteil der Päpste auch aus einer Zeit, da Buß längst vergessen war, so hat sich doch in der Freiheit der Religionsübung (worunter allerdings ultramontane Politik nicht zu verstehen ist) für die Katholiken in dieser Zeitspanne nichts geändert. Man muß diese so gern vergessenen päpstlichen Geständnisse wieder in die Erinnerung zurückrufen, weil dadürch der ununterbrochene Haßgesang gegen Preußen eine besondere Beleuchtung erfährt. General von Loe, der als Gesandter des Kaisers in Rom weilte, sollte diesem im Namen des Papstes bestellen: „Das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit,

Achtung vor der Kirche, und **wo jeder Katholik ungestört und frei seinem Glauben leben könne, das sei das Deutsche Reich, und das danke er dem deutschen Kaiser.**" Das hat Kaiser Wilhelm II. im Aachener Münster am 19. Juni 1902 verkündet. Natürlich paßte dieses bedeutsame Geständnis des Hauptes der katholischen Kirche nicht in das Programm der hetzerischen Ultramontanen und rief deshalb großes Entsetzen hervor, das sich dann auch in Ableugnungsversuchen Luft machte. Das ist ja auch zu begreiflich, denn der Ultramontanismus mußte doch fernerhin die Rolle der „unterdrückten Unschuld" spielen können, weil ja für ihn das „noch nicht Herrschen" mit Unterdrücktsein gleichbedeutend war. Die „Kölnische Volkszeitung" unternahm es denn auch gleich am 21. Juni 1906, um diesem schwerwiegenden, aber unangenehmen Geständnis an Gewicht zu nehmen. „Wenn also der Heilige Vater wirklich gesagt haben sollte, das Deutsche Reich sei das Land, wo jeder Katholik usw. — —, so ist das mit Einschränkung zu verstehen. Es ist ja auch ganz unsinnig, zu denken, daß der Heilige Vater das Jesuitengesetz, das Klostergesetz, die Behandlung der Katholiken in Sachsen habe loben oder selbst nur unbeanstandet lassen wollen. Aber selbst der „Osservatore cattolico" (24. 6. 02) mußte zu diesem Streit zugeben, daß die deutschen Katholiken „über schlechte Behandlung sich wirklich nicht beklagen" können.

Dasselbe Spiel wiederholte sich 1908, als Papst Pius X. Herrn von Schorlemer-Lieser gegenüber seiner Befriedigung darüber Ausdruck verlieh, daß „unter der weisen Regierung des deutschen Kaisers die deutschen Katholiken in voller Freiheit ihrem Glauben leben können". Diesmal war es der heutige Zentrumsgeneral Marx, der auf dem Düsseldorfer Katholikentag von der „Pariastellung" der deutschen Katholiken sprach und meinte: „So kann es nicht weitergehen." Auch die „Kölnische Volkszeitung" begann wieder nach altgewohnter Weise umzudeuteln. Freilich wenn man alles als vorzüglich bezeichnet hätte, dann wäre ja der Zentrumspartei viel oder alles von ihrer Existenzberechtigung als konfessionelle Partei genommen worden, und die brauchte man doch so notwendig zur Durchführung weiterer Aufgaben. Man durfte sich deshalb absolut nicht zufriedengeben.

Wie sind nun die so zufriedenen Äußerungen der beiden Päpste zu erklären? Zunächst dürften wohl rein diplomatische Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen sein, denn Deutschland war zu Anfang des 20. Jahrhunderts zu großer Blüte und Macht empor gediehen, und eine nochmalige Reizung des deutschen Kaisers hätte gewiß nicht zum Besten der deutschen Katholiken ausgeschlagen. Somit war der Wille, im Frieden zu leben, so lange begründet, als weitere Errungenschaften auf religiös-kirchlichem Gebiet einfach ausgeschlossen waren. Man mußte also abwarten, bis Zeiten mit besserer Konjunktur kamen, die weitere Fortschritte und Machterweiterungen in Aussicht stellten. Die geheime Wühlarbeit der ultramontanen Pioniere ging ja ohnehin ununterbrochen weiter. Das große Ziel, den deutschen Protestantismus entscheidend zu treffen, war nie aus dem Auge gelassen worden.

* * *

In seiner Antrittsenzyklika vom 4. Oktober 1903 wendet Pius X. gleich Bonifaz VIII. die Worte des Propheten Jeremias auf sich an:

„Siehe, ich setze dich heute über die Völker und Reiche, daß du ausreißest und niederreißest, aufbauest und pflanzest."

Mit Recht schreibt Bischof Hefele in seiner Konziliengeschichte (VI, 299): „Wer das Recht besitzt, in einem Reiche zu ordnen, auszureißen, zu bauen, ist der wirkliche Obere desselben."

Wir werden uns also im Folgenden damit zu beschäftigen haben, wie Rom mit Hilfe des Zentrums in Deutschland aus- und niedergerissen hat und weiterhin, wie es heute „aufzubauen" und zu „pflanzen" sucht. Wir werden dann vollauf die Worte Friedrich Wilhelm Webers bestätigt finden:

„Dienen muß der faltenreiche
Kirchenmantel hundert Zwecken:
Ehrsucht, Habsucht, Machtgelüste,
Haß und Rache muß er decken."

Ultramontanismus und nationaler Gedanke.

„Wir sind zuerst Christen, zuerst Katholiken und erkennen in dem modernen Patriotismus ein Stück Barbarei, ein Vergehen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Nächstenliebe, einen Abfall vom Christentum .... den modernen Patriotismus überlassen wir also unserm alten Vetter, dem deutschen Michel, und der mag uns mit seinem Nationalitätsschwindel vom Leibe bleiben." Paderborner Bonifatiusbroschüre 1895.

Es wirkt wie ein blutiger Hohn auf einen, wenn man hört, daß die Zentrumspartei als parlamentarische Vertretung des Ultramontanismus mit einem ausländischen Oberhaupt eine nationale Partei sein will, eine Partei, die deutsche Politik treibt. Und daran erweist sich die ganze Falschheit dieser Partei, daß sie, die seit den ersten Tagen ihres Bestehens fortwährend in direkt schroffem Gegensatz zum deutschen Staat gestanden, die all das getan hat, was den Staat als solchen schädigen mußte, daß diese Partei die Stirn hat, zu behaupten, sie sei eine deutsche, eine nationale Partei. Freilich, wenn man politisch-katholisch, ultramontan gleich deutsch setzt, und nichts anderes als deutsch gelten läßt, dann freilich muß dieser Partei der Vorrang vor allen anderen gelassen werden. Sie, die sich dauernd in den Mantel der Scheinheiligkeit und Heuchelei hüllt (dabei soll gar nicht bestritten werden, daß viele überzeugungstreue Vorkämpfer mit reinen Händen das Zentrumsbanner hochhielten), die immer streng bemüht ist und war, sich nie in die Karten sehen zu lassen, die immer den Mantel nach dem Wind hängt und sich von allen Wogen hochtragen läßt, nur um immer oben zu sein, die immer in der Mitte, immer das Zünglein an der Wage bilden möchte. Diese Partei will für Wahrheit, Freiheit, Recht kämpfen! Und will dabei noch aufbauende, nationale Politik

treiben! Der Ultramontanismus ist eine schleichende Krankheit im Staat, die ihm seine nationale Kraft unterwühlt, und weil man ihren wahren Charakter nicht gleich erkennt, doppelt gefährlich ist. Der Ultramontanismus ist im Nationalstaat ein eitererregender Fremdkörper, der als solcher eben beseitigt oder lahm gelegt werden muß, wenn das Volksganze nicht Schaden leiden soll. Der Ultramontanismus hat sich vor seinen Anhängern mit einem Schleier des Nationalbewußtseins und der Religiosität zu umgeben gewußt, daß diese heute leider nicht mehr imstande sind, Religion von Politik zu unterscheiden. Wenn unser Volk, nicht bloß der protestantische Volksteil, sondern auch der katholische, das wahre Gesicht des Ultramontanismus erkennen würde, er würde sich ob dieses frevelhaften Mißbrauchs der Religion zu politischen Machtzielen aufbäumen. Das wissen auch die ultramontanen Drahtzieher, darum suchen sie auch mit allen Mitteln das Volk über ihre wahre Gesinnung hinwegzutäuschen. Darum suggerieren sie ihm das Märchen, sie seien national. Denn das haben sie eben immer noch nicht fertig gebracht, dem Volk jedes Nationalbewußtsein zu nehmen, um es damit ganz ihrem Willen gefügig zu machen. Eine gewisse mehr oder weniger große nationale Strömung geht durch die dauernde Berührung mit dem nationalen protestantischen Volksteil immer durch die katholischen Reihen zum Leidwesen der ultramontanen Führer. Denn ihr Streben ist darauf gerichtet, das Volk gänzlich loszulösen von allem, was mit dem Nationalbewußtsein zusammenhängt. Darum auch die zahllosen Vereinsgründungen, in denen ein direkt antinationaler Geist vorherrscht. Freilich ganz kann ein hermetischer Abschluß nicht gelingen, so wenig man von einem Raum die Luft oder die Bakterien fernhalten kann, man muß immer und überall mit ihnen rechnen; und so hat auch die nationale Atmosphäre die ultramontane immer etwas durchsäuert, weshalb in durchaus geschickter Weise mit der ersteren gerechnet wird, und man etwa vorhandene Nationalgesinnung für seine Zwecke nutzbar macht. Welch nationaler Zug geht gegenwärtig durch Bayern, und doch ist dort der Ultramontanismus obenauf. Man muß ein schlechter Kenner desselben sein, um zu glauben, das eine bedinge das andere. Ultramontanismus und wahres Nationalgefühl schließen einander aus, und ersterer lebt gegenwärtig auf letzterem gewissermaßen parasitisch, er baut das letztere langsam ab, indem er selbst sich streng national gebärdet, damit ihm seine Anhänger nicht verloren gehen. Er trägt jeder Strömung Rechnung, läßt die Zügel locker, um sie nachher wieder straffer anzuziehen, darum bleibt er überall obenan. In sich selbst starr und verknöchert, geht er immer mit der Zeit. Da ist das Rätsel seines Erfolges und seiner Macht.

Daraus ergibt sich, daß diese zeitweilige nationale Gesinnung des Ultramontanismus nur Mittel zum Zweck ist, daß eine etwaige Nationalgesinnung nicht aus innerster Überzeugung, sondern nur aus kluger Berechnung an den Tag gelegt wird. Wir finden diese Tatsache immer in der Geschichte des Zentrums vollauf bestätigt. Nur einmal schien die nationale Gesinnung quellstark hervorgebrochen zu sein,

nämlich im Kriege. Freilich in Rom hatte man daran wenig Freude, darum mußte mit dieser „heidnischen" Gesinnung alsbald aufgeräumt werden.

Doch spüren wir der vielgerühmten „Nationalgesinnung" des Zentrums bis in die letzten Winkel nach!

Die erste Voraussetzung für den, der national sein will, ist nun doch wohl, daß er sich darüber klar ist, was dieser Begriff alles in sich birgt. Und hier stoßen wir nun gleich auf eine Wurzel ultramontaner Vaterlandslosigkeit; für die Ultramontanen ist Nationalgefühl ein toter Begriff, mit dem sie nichts anzufangen wissen und dem sie Leben einzuhauchen absolut außerstande sind.

Die „Kölnische Volkszeitung" (Nr. 156 vom 21. 2. 09) nimmt in einem Artikel „Zur Naturgeschichte eines Schlagworts" auf einen Aufsatz des Dr. J. Bachem im „Tag" Bezug, in dem Bachem sich ganz mit dem Folgenden einverstanden erklärt: „Es sei unnatürlich und darum fast unmöglich, daß jemand sich in seinem innersten Wesen, in seinem Denken und Empfinden von der Nation loslöst, der er durch Geburt und Erziehung angehört; daß er nicht mehr **„national", d. h. freundlich für seine Nation denkt und empfindet."** Unnatürlich ist das freilich, aber darum keineswegs unmöglich, das beweisen zahllose Tatsachen. Wenn man so den Begriff „national" auslegt, dann kommen wir am Ende auch noch zu einem „nationalen" Zentrum.

Aber es gibt noch andere reizende Auslegungen, die beweisen, daß bei den Ultramontanen der nationale Gedanke kein Plätzchen gefunden hat. Das schwarze „Pirmasenser Tageblatt" berichtete einmal über ein Familienfest des „katholischen Männervereins St. Marien" in Kaiserslautern. Da hieß es u. a. (vergl. „Köln. Volksztg." vom 5. 1. 09): „Es ist eine beklagenswerte Erscheinung, daß selbst in katholischen Kreisen ein übertrieben nationales Bewußtsein immer mehr festen Fuß fasse. Der dümmste Stolz sei der Nationalstolz, da er nichts weiter als ein tierisches Rassenbewußtsein darstelle. Wohl sollen wir unser Vaterland lieben, aber auch die anderen Nationen achten und vor allem der Kirche dienen." Wie ist's nun aber mit dem Konfessionsstolz und mit dem päpstlich approbierten Größenwahn?? Ja, Bauer, das ist eben etwas anderes! Das „tierische Rassebewußtsein" findet seine Ergänzung im „Nationalitätsprinzip als zoologische Auffassung" der Jesuiten. Der Jesuit Cathrein schreibt in der 3. Auflage des von der Görresgesellschaft herausgegebenen Staats-Lexikons (III. Band, S. 1289): „Dem Nationalitätsprinzip — und damit berühren wir die eigentlichste und tiefste Quelle dieses Irrtums — liegt eine naturalistische, sozusagen rein naturhistorische oder zoologische Auffassung des Menschengeschlechts zugrunde. Im Tierreich allerdings beruht die Vereinigung nur auf physischen Trieben und Neigungen. Trotz aller Ähnlichkeit vereinigen sich die Bienen und Ameisen nur immer mit Individuen desselben Stammes. Fremde Bienen werden in einem Bienenschwarm nie geduldet. So wird das ganze Tierreich, soweit es eine Analogie des geselligen Lebens bietet,

nach den strengsten Forderungen des Nationalitätsprinzips eingeteilt."

Es würde diese reizvolle Auslassung des Jesuiten nur abschwächen, wollte man ihr noch einen Kommentar beifügen, sie spricht so für sich und für die ganze Gesinnung jener Kreise.

Man wird nach all dem wohl dem „Lorrain" rechtgeben müssen, der das Zentrum (laut „Deutsch-evangelische Korrespondenz" vom 27. 9. 11) mit den Worten rühmt: „Wir glauben, daß von allen Parteien das Zentrum noch am wenigsten von Egoismus und Deutschtum befleckt ist." Das will uns ganz auch so scheinen, wenn das ultramontane „Bayrische Vaterland", das in seiner Bezugseinladung zum letzten Vierteljahr 1908 versprach, daß „das Blatt nach wie vor weiter kämpfen wird für Bayern — — — für Kirche und Vaterland, für das 1866 zukurzgekommene göttliche Recht", wenn ferner eben dieses „Bayrische Vaterland" am 8. September 1895 sich in einer Weise über die Sedansfeiern ausließ, die heute den Marxisten wahrlich Ehre machen würde. Das Blatt schreibt: „Der Zeitungslärm der „Erinnerungstage" an die sieg- und glorreichen Massenschlächtereien in Frankreich wird nachgerade unausstehlich und langweilig. Alle Tage dieselbe breite Bettelsuppe tönender Phrasen und „nationaler" Schlagworte, immer der gleiche Schmarren von „des Reiches Größe und Herrlichkeit", täglich die nämliche gesinnungs- und charakterlose Großtuerei und Ruhmredigkeit von „Erfolgen", die sich inzwischen zum nationalen Jammer und allgemeinen Elend herausgewachsen haben — toujours perdrix, das wächst einem nachgerade „zum Hals heraus" und ist nicht mehr zum Lesen und Anhören. Sind wir denn Wilde, die über die Zahl der erschlagenen Feinde jubeln, während sie sich anschicken, sie aufzufressen? Ziemt es der „Nation der Denker"", über gewonnene Schlachten zu jubeln, die morgen mit verlorenen Schlachten vom blinden Kriesglück wettgemacht werden können? Überhebung und Hochmut ist noch immer vor dem Fall gekommen."

Diesmal ist es kein Jude, der die heiligsten Gefühle eines Volkes mit Füßen tritt, diesmal — und darin sind die Ultramontanen ebenso Meister — bewirft ein anderer Vaterlandsloser das deutsche Volk mit Kot. Zwischen Heinrich Heine, auf den „alles Deutsche wie Brechreiz wirkt", und jenem Skribenten des „Bayrischen Vaterlands" ist wahrlich kein Unterschied.

Damit die neueste Zeit nicht zu kurz komme, sei auch ein Beispiel „nationaler" Gesinnung aus dem Jahre 1920 angeführt. Die „Augsburger Postzeitung" (Nr. 516) schreibt: „Das Prinzip des reinen Nationalstaates ist direkt unchristlich; denn alle Völker sind Brüder. Und in seiner Auswirkung führt gerade dieses Prinzip zur gegenseitigen Abschließung, zu Mißtrauen, Mißgunst, Haß und Krieg. Das alte römische Reich deutscher Nation (!!) kannte daher keinen Nationalstaat." Daß gerade das wahre Nationalgefühl es ist, das die einzig mögliche Brücke über alle Völkergegensätze bildet, leuchtet in diesen Kreisen nicht ein. Ihr Ideal

ist das alte römische Reich deutscher Nation unter Vormundschaft des Papstes.

Anläßlich des Zeppelinunglücks zu Echterdingen im August 1908 hatten die Deutschen reiche Gelegenheit, ihre Vaterlandsbegeisterung an den Tag zu legen, aber kein Fall zeigte deutlicher, wie interesselos die Ultramontanen in vaterländischen Fragen sind. Damals stellte das konservative Organ „Deutsche Reichspost" in Stuttgart folgendes fest:

„Als in den letzten Wochen die Zeppelinbegeisterung durch Deutschland ging, da hat das eine der beiden großen norddeutschen Zentrumsorgane, die „Germania", nörgelnde Worte für den hilfsbereiten Eifer des deutschen Volkes gefunden, in dem einflußreichsten süddeutschen Organ, der „Augsburger Postzeitung", haben wir keine Aufforderung zu Gaben und kein Gabenverzeichnis gefunden, die „Kölnische Volkszeitung" mit ihrem riesigen und wohlhabenden Leserkreis hat knapp 2600 Mark aufgebracht, während z. B. die gleichgeordnete „Kölnische Zeitung" über ein volles Hunderttausend sammelte. Entsprechend liegen die Dinge beim württembergischen und badischen Zentrumsorgan. Ist das eben nicht doch wieder ein Zeichen, daß die Führer dem Aufflammen vaterländischen Eifers kühler gegenüberstehen und sich deshalb auch nicht mühen, ihn weiterzupflanzen?"

Der „vaterländische Eifer" hat bei diesen Herrschaften eine ganz andere Richtung, das zeigt ganz schlagend die Tatsache, daß die „Kölnische Volkszeitung" für den Peterspfennig mehr als das Zehnfache wie für Zeppelin, 28 000 Mark, Anfang 1908 aufgebracht hat. Ja man konnte sich bei der Zentrumspresse nicht entblöden, die Begeisterung für die Sache Zeppelins mit dem Spottwort „Zeppelinitis" zu belegen.

Aber nicht nur kein Verständnis für Vaterlandsbegeisterung haben die Ultramontanen, sondern in ihrer Seele ist eine tiefe Abneigung, ein Widerwille, ja ein Haß gegen alle wahrhaft vaterländische Betätigung. Ihre Brust ist schon so mit dünkelhaftem Konfessionsbewußtsein erfüllt, sie sind so damit übersättigt, daß sie für alles andere nicht nur kein Verständnis, sondern sogar einen tiefen Abscheu haben und diesen auch in die Herzen zu pflanzen suchen. Ein typisches Beispiel, wie man anstatt vaterländischer Gefühle religiöse zu setzen sucht, wie man echt deutsche Weisen aus Herz und Gemüt des katholischen Volksteiles zu reißen sucht, um sie gleichzeitig für „religiöse" Zwecke zu gebrauchen (besser mißbrauchen), bot der Paderborner „Leo" (Nr. 44 vom 30. Oktober 1910) in einer Anzeige von „neuen Festliedern für Papstfeiern". Hier zeigt sich einem wieder mit aller Deutlichkeit, worin das ultramontane Vaterlandsgefühl besteht, wenn man z. B. liest:

Nr. 1.	Gruß nach Rom;	10	Strophen;	Mel.: Ich hab mich ergeben.
„ 2.	Pius-Hymne;	6	„	„ Heil Dir im Siegerkranz.
„ 3.	Jubellied;	4	„	„ Strömt herbei, ihr Völkerscharen.
„ 5.	Die Kirche;	8	„	„ Was ist des Deutschen Vaterland? (sic!)
„ 6.	Ich bin katholisch;	6	„	„ Ich bin ein Preuße!

Wen würgt es da nicht in der Kehle? Die Auswahl ist ohne Zweifel systematisch getroffen und damit der Zweck dieser musikalischen Einkleidung mehr wie durchsichtig.

Daß bei solchen „nationalen" Volkserziehungsmethoden an den Katholiken alle Wellen vaterländischer Begeisterung, die doch nur ein Zeichen und „Ausfluß lutherischen Geistes" sind, spurlos vorüberrauschen, ja, daß ein solcher Katholik Äußerungen nationalen Bewußtseins feindlich und gehässig gegenübersteht, darf einen nicht wundernehmen. Hier haben wir ein typisches Beispiel jesuitischer Volkserziehung. Diese ist schon soweit fortgeschritten, daß selbst in weiten gebildeten katholischen Kreisen alles, was mit dem Nationalgefühl zusammenhängt, mit dem Luthertum, dem gehaßten, in einen Topf geworfen wird. National wurde so gleich lutherisch, und darum hüteten die deutschen Katholiken in heiliger Scheu sich vor allem Nationalen. In jedem Nationalgesinnten witterten sie einen Kirchenfeind. Ihr ganzer Haß gießt sich über ihn aus. In neuester Zeit werden auch die Alldeutschen als die Teufel in Menschengestalt hingestellt. Man macht die Zentrumswähler mit allem Nationalen kopfscheu — bekanntlich gibt es nur eine wahrhaft nationale Partei, die Zentrumspartei — und verhindert so, daß sie jemals einen Begriff von dem, was national ist, bekommen. Ja, auf dem Reichsparteitag des Zentrums, Januar 1920, gingen die Ultramontanen in ihrem pharisäerhaften Haß soweit, die katholischen Deutschnationalen als „Zerstörer des wahren Christentums" zu bezeichnen. Und der Prof. Schreiber schleuderte das bezeichnende Wort in die Versammlung: „Wer Antisemit ist, besorgt die Geschäfte der Deutschnationalen und fördert damit unsere Gegner. — Die deutschnationale Volkspartei ist keine christliche Partei, sie vertritt vorwiegend materialistische Interessen." Man sieht, was die Ultramontanen in ihrem ingrimmigen Haß den Nationalen alles anhängen. Und da soll dann die breite Volksmasse eine andere Meinung haben? Die Früchte dieser systematischen Verhetzung haben sich im Wahlkampf 1920 gezeigt. Unter dem 29. Mai 1920 meldet der „Reichsbote" folgendes:

„Die heute abend einberufene erste deutschnationale Katholikenversammlung ist mit großem Geschick und bestem Erfolge von Zentrumskolonnen gesprengt worden. Nachdem Verteiler der Einladungszettel am Sonntag vor katholischen Kirchen bereits verschiedenen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen waren, hatte man mit der Sprengung der Versammlung selber rechnen müssen. Sie ist, der Gründlichkeit wegen, von einem ganz offensichtlich organisierten Heere von Radaumachern gleich in ihrem Anfange erstickt worden. Man sah mehrfach festgeschlossene Korps heranrücken, die den Saal des Werner-Siemens-Real-Gymnasiums in der Hohenstaufenstraße in Schöneberg sehr zeitig besetzten. Schließlich war es zum Ersticken voll. Noch vor Beginn entstand an einer Tür ein Lärm. Dann plötzlich kam ein Flugblattregen über die Versammlung, der anscheinend organisiert war; denn während im Saale ganze Hände

voll geschleudert wurden, senkten sich auch von der Galerie ganze Mengen herab; es waren Zentrums-Flugblätter. Zugleich erhoben sich an verschiedenen Stellen des Saales Schreier, Männer und Frauen, die wie auf ein Zeichen Hochrufe auf das Zentrum ausbrachten, in das dessen Anhänger lärmend einstimmten. Jetzt holten die Deutschnationalen ihre Flugblätter heraus und warfen sie ebenfalls unter die Menge, was die Zentrumsanhänger mit einem furchtbaren Lärm begleiteten. Einige machten gleich Papierkugeln daraus und schleuderten sie entweder gegen die deutschnationalen Katholiken oder den Vorstandstisch. In der zweiten Reihe begann eine allzu eifrige und gellend schreiende Zentrumsfrau den Pressetisch mit Papierkugeln zu bombardieren, wohl in der Meinung, es mit einem Vorstandstisch zu tun zu haben. Nach schwerer Mühe gelang es dem Einberufer, Geh. exped. Sekretär Lossau, die Versammlung wenigstens zu eröffnen. Es habe den Anschein, sagte er, als ob man versuche, planmäßig die Versammlung zu sprengen. Den Versuch, mit anderen als geistigen Mitteln hier zu kämpfen, müsse er zurückweisen. Ein ohrenbetäubender Lärm war die Antwort. Verschiedene Führer der Zentrumsgruppen stürmten auf das Podium und drangen auf den Vorsitzenden ein, der sie vergeblich zum Verlassen des Podiums aufforderte. Die Herren leisteten Widerstand und einer erklärte, daß er sehen möchte, wer ihn hier herunterbringt. In den nächsten Minuten war auf dem Podium ein wüstes Handgemenge im Gange, während die Versammlung schrie, pfiff, tobte. Die Drohung mit der Sicherheitspolizei hatte neuen Lärm zur Folge. Auf der Galerie wurde mit einem Stocke schwer geklopft, bis eine Stimme von oben herabsprach: Wir Zentrumsanhänger wollen uns doch anständig benehmen. Der Vorsitzende sagte: Es handelt sich um eine Katholikenversammlung, die sich als deutschnational bezeichnet. (Tobender Lärm. Allgemeines Aha! Rufe: Gibt's ja gar nicht!) Der Vorsitzende sagte völlig freie Aussprache zu. Da wurde von einem Rufer die Losung ausgegeben: Wir wollen eine Zentrumsversammlung daraus machen! (Stürm. Beifall.) Zentrumsmänner und Frauen stürmten aufs neue das Podium und es gab weitere heftige Auseinandersetzungen. Der Führer des Berliner Zentrums verlangte Bürowahl, was verweigert wurde. Schließlich räumte die Sicherheitspolizei den Saal mit den tobenden Menschen."

Ohne zu denken, nur geleitet von dem ihnen eingetrichterten infernalischen Haß gegen alles, was nicht zum Zentrum schwört, durchdrungen von dem Glauben an das aufs Politische übertragene Dogma von der alleinseligmachenden Partei, ahmten diese fanatischen Träger des ultramontanen Gedankens das Beispiel der radikalsten Umsturzpartei nach und führten dadurch den Beweis, daß der Geist der Inquisition und Ketzerverbrennung, der maßlosesten Unduldsamkeit gegen alle Andersdenkenden heute noch ebenso lebendig ist, wie ehedem. Dieses Vorkommnis beweist, wessen die Ultramontanen heute noch fähig wären, würden sie nicht durch ein starkes Gegengewicht in Schach ge-

halten. Wehe allen Nichtkatholiken, wenn die ultramontane Hydra ihr Haupt erhebt! An diesem Vorfall kann man ersehen, wes Geistes Kind die Zentrumsleute sind, die dem Parteidogma alles unterordnen möchten, und die selbst vor den krassesten Gewaltmitteln nicht zurückscheuen. Eine besondere Beleuchtung aber erfährt dieser Skandal dadurch, daß es sich um die Sprengung einer deutschnationalen Katholikenversammlung handelt. Alles Nationale wirkt auf die schwarzen Internationalisten wie ein rotes Tuch auf den Stier. Angenommen, die Parteileitung habe ein solches Vorgehen mißbilligt (was immerhin dahin steht), so zeigt sich doch, daß die Bearbeitung der Massen des Ultramontanismus, um sie zum politischen Werkzeug desselben zu machen, vollen Erfolg gehabt hat. Hier haben wir die Früchte der ultramontanen Erziehung und an ihren Früchten wollen wie sie erkennen! Es sei hier nur die Frage erlaubt, hat solcher Fanatismus, solcher Haß noch etwas mit christlichem Geist zu tun? Ist dies nicht ein reiner Hohn auf denselben? Aber freilich, der „radikale Nationalismus" ist ja, wie das Stuttgarter Erzbergerorgan schreibt (14. 2. 20) „heidnischen Ursprungs" und das allein wahre Christentum haben ja die Ultramontanen mit Beschlag belegt.

Ein anderes ganz besonders starkes Stück „vaterländischer" Gesinnung ultramontaner Herren wurde im Jahre 1919 im Saarrevier bekannt. Am 24. Juni 1919 nahmen die fünf Dechanten des Saargebiets zusammen mit dem Vorsitzenden der Zentrumspartei von Saarbrücken, dem Abgeordneten zur preußischen Landesversammlung und Geheimrat Muth, Stellung gegen den Plan der Errichtung einer besonderen Saardiözese. Muth wurde bei dieser Gelegenheit in einer Eingabe nach Paris als geeignetes, einheimisches Mitglied der Regierung in Vorschlag gebracht, und in einem Begleitprotokoll versicherten die Herren „als Vertreter der Saarkatholiken und der ehemaligen (!) preußischen und deutschen Zentrumspartei" die neuen Machthaber ihrer vollkommenen Loyalität, sprachen von „Vorsehung", die ihnen die neue Behörde gesetzt habe und von der Hoffnung, daß die neue Regierung die „Rechte der Katholiken besser als das alte preußische Regime, die sie so grausam verletzt hätte, wahren werden". Auch von Ludwig XIV. „ruhmreichen Gedenkens" sprach die Muthsche Erklärung. (Muth unterhielt schon vor 1870 enge Beziehungen zu Paris, wurde 1870 ausgewiesen, weil er sich an einer Gedenkfeier für Marschall Ney beteiligte, was er später, als er Zentrumsabgeordneter werden wollte, ableugnete, während er sich heute dieser Beteiligung rühmt.) Das Zentrum beratschlagte nun, was zu tun sei. Die „Germania" (28. 4. 19) ging natürlich bei der Behandlung des Falles von dem Gedanken aus: „Was verlangt das Lebensinteresse und die Sicherheit der Fortexistenz der Partei?" Muths Stellung innerhalb der Partei wurde als unhaltbar anerkannt, während die übrigen geistlichen Landesverräter den Generalpardon erhielten, was nicht verwunderlich ist. Der erste habe das Schriftstück nur flüchtig überlesen, der zweite hätte niemals unterschrieben, wenn ihm der Inhalt bekannt gewesen wäre, der dritte konnte

gar kein Französisch!!! Darauf die Entschließung: Die Herren sind leider etwas unvorsichtig gewesen, aber den Vorwurf des Hochverrats und der Vaterlandslosigkeit weisen wir alle „mit Nachdruck zurück". Mohrenwäsche!

Ein Beweis dafür, daß in jemand der nationale Gedanke lebendig ist, ist die Achtung vor den Helden seines Volkes. Wenn man aber da beim Zentrum nachsieht, so findet man, daß es ganz faul steht. Das ist immer ein sicheres Kennzeichen für die sittliche Minderwertigkeit sowohl des einzelnen wie des ganzen Volkes, wenn Helden aus großer Zeit verachtet, ja mit Kot beworfen werden. Und nichts zeigt deutlicher, wie innerlich angefault auch das ultramontane Zentrum ist (das sich doch immer als einen Born der Erneuerung rühmt!), daß es mit den anderen Reichsfeinden, Sozialdemokratie und Judäodemokratie darin wetteifert, deutsche Helden herunterzuziehen. Ein Volk, in dem dies ungestraft geschieht, ist für den Untergang reif. Denn wenn es Heldisches nicht mehr achten, nicht mehr bewundern kann, sondern nur verachten, hat es in sich nicht mehr die Triebkraft nach oben, seine sittliche Schwungkraft ist erlahmt und damit alle Autorität und innere Freiheit beseitigt. Der Zügellosigkeit stehen Tür und Tor offen und das Chaos muß die Folge sein.

Das Zentrum kennt nun zwar auch eine Art von „Helden"verehrung. Seine Parteihelden umjubelt es mit staunenswerter Begeisterung und preist sie mit den tönendsten Phrasen (z. B. wurde Erzberger in Biberach vor kurzem ein Denkmal errichtet!). Da ist es auf einmal „national". Nichtsdestoweniger sind ihm nichtultramontane Helden gerade gut genug, sie mit seinem Geifer zu überschütten. So hat z. B. das „Deutsche Volksblatt", das nichts Höheres kannte, als Erzberger, und das ihm darum Tag für Tag Weihrauch spendete, absolut nichts dahinter gefunden, Hindenburg und Ludendorff als „Mörder am deutschen Volk" zu bezeichnen, die des Landes verwiesen werden sollten (vergl. „Schwäbischer Volksbote" Nr. 292 vom 18. Dezember 1919). Allein diese Tatsache spricht Bände für die abgründig tiefe Gemeinheit von Leuten, die nicht genug ihr Nationalgefühl betonen können. Dasselbe Erzberger-Blatt (Nr. 69 von 1920) macht sich nach dem Kapp-Putsch mit sichtlicher Wollust die Worte der „Frankfurter Zeitung" über Ludendorff zu eigen: „Immer wieder trieb er als Starknerviger, als Mensch ohne Gemüt und Gefühl, als Hasser und als Zerstörer zu Gewalttaten an. Von ihm ging der durch Oberst Bauer weitergegebene Befehl aus, Menschenleben nicht zu schonen. Das war der große Held während des Krieges, der jetzt ein Blutbad in Berlin unter seinen eigenen Volksgenossen anrichten wollte. Einem solchen Mann ohne Herz und Liebe war das Schicksal des deutschen Volkes während des Krieges anvertraut. An den Händen eines solchen Mannes klebt Blut, aber kein Glück. Sein Name wird in der deutschen Geschichte nur mit Abscheu genannt werden können. Wer Haß sät, muß Haß ernten. Das verbrecherische Werk ist zerschlagen worden durch das deutsche Volk. Es ist zerbrochen an der eigenen Unsittlichkeit.

Ausgestoßen aus der Volksgemeinschaft sollen die sein, die künftig diesen Verbrecher noch verteidigen wollen." Das ist sehr starker Tabak, aber hier zeigt sich die innere Wesensverwandtschaft und der innere Zusammenhang der schwarzen und der goldenen Internationale. Beide arbeiten mit denselben Schlagworten, mit derselben Verschlagenheit an der inneren Zermürbung des Nationalbewußtseins des deutschen Volkes, indem sie dieses an den Wurzeln seiner geschichtlichen Tradition loslösen und ihm die Ehrfurcht vor allem Heldentum aus dem Herzen reißen.

Dasselbe „Deutsche Volksblatt" mit seinem 100prozentigen ultramontanen Geist feierte am 27. Dezember 1919 die enge schwarz-rotgoldene Bruderschaft. „Welche Aufgabe," schreibt das Blatt, „ist darum auch größer und schöner und edler: die Aufgabe der drei großen Koalitionsparteien (Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie), die zusammenstehen und zusammenhelfen, um in positiver, praktischer Arbeit die Kriegswunden nach Kräften zu heilen und unseren Staat auf wahrhaft demokratischer Grundlage neu aufzubauen?" In demselben Aufsatz ruft das Blatt auch die jüdische Presse zum Kampfe gegen die Rechte auf und bricht zum Schluß in den Kampfruf aus: „Hände und Herzen frei für den gemeinsamen Kampf gegen die staatsgefährliche Opposition! Herzen und Hände frei für unsere wahrhaft staatserhaltende und nationale Koalition!"

Die nationale Koalition: Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie! Man traut seinen Augen nicht. Dieselben Brüder, die das Reich als tonangebende Parteien während des Krieges zugrunde gerichtet haben, werden eine nationale Koalition genannt! Man sieht, welchen Begriff das ultramontane Blatt von dem Wort „national" hat. In solcher Gesellschaft freilich, da kann man es von den Ultramontanen nicht besser erwarten, als daß sie mit einstimmen in den allgemeinen Haß- und Schmähgesang gegen alles Deutsche. Da darf man sich auch nicht wundern, wenn das „Deutsche Volksblatt" (in Nr. 78 von 1920) von Ludendorff die Verleumdung auszusprechen wagte, er habe religiöse Beeinflussung der Soldaten im Feld als Humbug erklärt. Als selbst der von diesem Blatt als Zeuge angeführte Kaplan die Äußerung Ludendorffs bestritt, da hatte das „Deutsche Volksblatt" noch die Stirn, trotzdem auf seiner Behauptung bestehen zu bleiben. Kein Wort der Entschuldigung, wohl aber will man eintreten für Wahrheit, Freiheit, Recht!

Man mag es drehen und wenden, wie man will, an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß das Zentrum nicht nur keine nationale, sondern sogar eine antinationale und zugleich internationale Partei ist. Gerade auf das letztere ist sie auch ganz besonders stolz. In Nr. 84 vom 19. Februar 1921 bespricht die „Germania" die völkerversöhnende Zentrumspolitik:

„Die Bedeutung und internationale Geltung des Zentrums wird noch in dem Augenblick wachsen, wo die hauptsächlich von Italien und der dem Zentrum so innig verwandten Volkspartei so mächtig angestrebte katholische interparlamen-

tarische Internationale Wirklichkeit geworden sein wird. Und Torini, der Vertreter der italienischen Volkspartei, der in dieser Mission Europa bereist, kann im „Momento" bezeugen, daß der Boden in Deutschland für die katholische interparlamentarische Internationale (I. I. C.) günstig sei (sic!) . . . In Verbindung mit dieser weltumspannenden Allianz wird dem Zentrum eine Rolle und ein Einfluß zustehen, der seine nationale Wirksamkeit noch durch seine internationale Geltung erhöht. Und um so nachhaltiger wird das Zentrum diese Politik verfolgen können, je mehr es durch das Vertrauen und die Einigkeit der Wählermassen unterstützt und zur Vormachtstellung (sic!!) und Führerrolle bestimmt werden wird."

Hier handelt es sich also lediglich um politische Tätigkeit, nicht um kirchlich-religiöse. Das Triumphgefühl über die neue Internationale, das aus diesen Worten spricht, ist auch eine treffliche Illustration zu dem Kapitel: Nationalgefühl des Zentrums. Hier sind wir offenbar auf eine Wurzel der unseligen Wirthschen Erfüllungs- und Versöhnungspolitik gestoßen, von der also das Zentrum auch eine Vermehrung seiner Macht erhofft. Die Partei steht also auch hier über dem Vaterland. Man muß bei dieser Gelegenheit an jene geharnischten und, wie man sieht, heute noch ebenso gültigen Worte des katholischen Grafen Matuschka erinnern, die er dem Zentrum anläßlich seines Austrittes aus der Zentrumsfraktion am 27. Mai 1893 entgegenschleuderte:

„Möchte auch das katholische Volk sich dreimal besinnen, bevor es sich rückhaltslos einer Führung preisgibt, die unter vielen schönen Phrasen schließlich doch nur die Geltendmachung der eigenen Personen und kleinlicher Herrschaftsgelüste bezweckt und die Sache, der sie zu dienen vorgibt, mitsamt dem Vaterland zugrunde richtet!"

Neuerdings hat ein katholischer Theologe in einer 1922 in Regensburg erschienenen Schrift (Dr. theol. Häuser, „Wir deutschen Katholiken und die revolutionäre Bewegung") sehr scharf mit dem Zentrum abgerechnet und dem ganzen Ultramontanismus wegen seines Verhaltens während und nach der Revolution den Spiegel vorgehalten und ihm die nationale Gesinnung und Handlungsweise des gläubigen Protestantismus als Vorbild hingestellt. Ja, dieser Theologe ist ehrlich genug, zuzugeben:

„Die Organe und Volksführer, welche so rasch nach links schwenkten, bekunden wiederholt ihre Freude darüber, daß mit der Revolution in Deutschland der Protestantismus einen Todesstoß erlitten habe. Diese Freude erklärt uns nun manches. Mit Hilfe der zur Tatsache gewordenen Revolution glauben manche Kreise ihre Position gegenüber dem Protestantismus günstiger gestalten zu können."

Wenn diese Behauptung ein Nichtkatholik aufgestellt hätte, hätte man ihm „konfessionelle Hetze" vorgeworfen. Derselbe Theologe zieht nun aus obiger Tatsache den Schluß:

„Es kommt wieder einmal eine Zeit nationalen Aufschwunges. Werden alsdann in dem von wahrhaft national gesinnten Männern geleiteten Reiche die Katholiken (wie schon in früheren Zeiten) in den Hintergrund treten müssen, dann werden sie es zum Teil sich selbst zuzuschreiben haben."

Zentrum und Wehrmacht.

Auf dem Zentrums-Parteitag (Januar 1922) führte Reichskanzler Wirth, der gelehrige Schüler Erzbergers, u. a. aus:

„Wo ist in den Tagen des Kulturkampfes, wo ist in den Tagen des Fürsten Bismarck und des Fürsten Bülow oder anderer, die mit dem Zentrum im Kampf gestanden haben, gerade in unseren Reihen auch nur einmal der Gedanke aufgekeimt, als ob wir daran dächten, die vaterländische Arbeit irgendeiner Regierung zu sabotieren?" („Germania" 18. 1. 22, Nr. 41.)

Wir schicken diese Worte Dr. Wirths diesem Kapitel und allen folgenden, die sich mit der politischen Tätigkeit des Zentrums befassen, voraus, weil wir die gestellte Frage sehr eingehend beantworten. Die Worte Wirths werden im Zusammenhang mit dieser Antwort zu einer ganz niederschmetternden Selbstcharakterisierung dieses Herrn werden, denn man kann wirklich nicht annehmen, daß er in der Geschichte seiner eigenen Partei eine solch bodenlose Unwissenheit aufweist. Alle Folgerungen ergeben sich daraus von selbst. Die Worte Wirths sind außerdem eine Charakterisierung unserer heutigen staatlichen Verhältnisse.

* * *

Es lag im Wesen des Deutschen Reiches, solange es noch nicht dank des Verrätertums in seiner Mitte zum Sklavenstaat herabgesunken war, daß es, vor allem wegen seiner geographischen Lage im Herzen Europas, eines starken Heeres bedurfte. Daß unser Heer noch nicht stark genug war, um einem Ansturm von zwei Seiten die Stirn bieten zu können, hat der Weltkrieg gezeigt. Die Marneschlacht 1914[1] war ein Wendepunkt im Weltkrieg, der viel dazu beigetragen hat, daß er ein so unglückliches Ende nahm. Es fehlten die nötigen Reserven, wodurch die Stoßkraft erlahmte. Darüber sind sich heute wohl die meisten Heerführer einig, daß wir auf ein so

[1] Vergl. dazu, was Oberst Bauer, die rechte Hand Ludendorffs im Weltkrieg, in seiner Schrift: „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen" darüber schreibt: „Die Heeresvorlage von 1913 — von Ludendorff entworfen — sah ursprünglich erheblich mehr neue Truppen (etwa drei Armeekorps) vor. Der damalige Kriegsminister einigte sich auf das niedrige Programm aus Furcht vor dem Reichstag. — Tatsächlich haben uns diese Armeekorps zu Beginn des Krieges ungeheuer gefehlt. Dem rechten Heeresflügel folgend, hätten sie die Marne-Katastrophe verhindert, wenn sie zur rechten Zeit und an der rechten Stelle eingesetzt worden wären."

gewaltiges Ringen bei weitem noch nicht vorbereitet waren, obwohl man schon immer ahnte, daß dieser seit langem in der Luft liegende Kampf zum Austrag kommen mußte. Der greise Generalfeldmarschall Moltke war es, der noch am 14. Mai 1890 zugunsten der damaligen Militärvorlage im Reichstag eine ergreifende, fast prophetisch klingende Mahnung aussprach. Er wandte sich u. a. auch gegen den Standpunkt der Geldknauserei in Sachen der Heeresfragen, indem er geltend machte, daß in einem europäischen Zukunftskrieg kein Privatbesitz mehr auf Sicherheit rechnen könne, daß es sich in einem solchen Kriege „um den Bestand, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung der Zivilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben" handeln würde. Nicht die Regierungen, meinte Moltke, sondern die blinden Leidenschaften der Völker bildeten die Kriegsgefahr. Der kommende Weltkrieg werde alles Frühere überbieten. „Wenn der Krieg," so sagte er wörtlich, „der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche gerüstet wie nie zuvor gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden."

Heute wissen wir, wie recht der Feldmarschall hatte. Aber schon damals konnte sich kein einigermaßen einsichtiger Politiker dieser Erkenntnis verschließen. Ein blühender Staat hat viele Neider. Und darum mußte dafür gesorgt werden, daß des Vaterlandes Glück und Wohlstand erhalten blieb. Dies lag im Interesse jedes einzelnen, wie auch im Interesse jeder Partei, die auf einem einigermaßen vaterländischen Boden stand. Mochten die Meinungsverschiedenheiten der Parteien sonst noch so groß sein, hier, wo es galt, Volk und Vaterland zu schützen, hätten sie alle einig sein müssen. Sie waren es nicht, heute haben wir die Folgen. Über der Frage der Wehrmacht mußte jeder Parteiegoismus, wenn nicht aller, so doch wenigstens der national sein wollenden Parteien zurücktreten, hier durfte von keiner nationalen Partei gebremst und gehemmt werden, denn hier galt es das Höchste: das Wohl und die Zukunft des Gesamtvolkes.

Man darf es heute wohl mit gutem Gewissen behaupten: Wenn die militärische Entwicklung Deutschlands seit dessen Bestand nicht immer und immer wieder gehemmt worden wäre, hätten wir 1914 anders dagestanden. Und andererseits, wenn es in militärischen Dingen ganz nach dem Willen der inneren Reichsfeinde gegangen wäre, dann wäre zum mindesten in den Grenzzonen des Westens und Ostens heute kein Stein mehr auf dem anderen, dann wären wir 1914 den feindlichen Völkerhorden schutzlos preisgegeben gewesen, und Deutschland in eine Trümmerstätte verwandelt worden. Daß

es nicht soweit gekommen ist, das verdanken wir vor allem dem Umstand, daß die nationalen Parteien immerhin noch einige Macht in Deutschland hatten. „Mir liegt die Führung Meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon früher deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glück gegen eine Macht zu führen gehabt hatten, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat," schrieb Kaiser Wilhelm I. am 18. Februar 1874 an Lord Russel. Diese Macht war das Papsttum, das in Deutschland den Kampf gegen den deutschen Staat mit der „Garde seiner Heiligkeit", dem Zentrum, führte.

Gerade auf dem Gebiete des Heerwesens zeigte das „nationale" Zentrum sein wahres Gesicht so unverkennbar. Hier erbrachte es den Beweis am schlagendsten, daß es einen Staat im Staate bildete, dem es nur um das Wohlergehen, was hier gleich Herrschaft ist, seiner Kirche zu tun war, und der für seine Politik nur diesen Zielpunkt hatte.

Gleich die ersten Militärvorlagen nach der Reichsgründung wurden vom Zentrum abgelehnt, weil es der „kulturkämpferischen Regierung keinen Mann und keinen Groschen" zu bewilligen entschlossen war. Nachdem das Zentrum schon 1873 das Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse an Offiziere usw. abgelehnt hatte, sah es sich 1874 der ersten grundlegenden Heeresvorlage gegenüber. Die Militärvorlage 1874 forderte eine 401 656 Mann starke Friedenspräsenzstärke. Die ultramontanen Herrschaften hielten es damals für absolut unnötig, sich an der ersten Lesung der Vorlage zu beteiligen. Sie wollten die Friedenspräsenzstärke jährlich festgestellt wissen. Dies war nach Überzeugung der Regierung mit den Interessen des Vaterlandes ganz unvereinbar. Sie einigte sich darum mit den nationalen Parteien auf eine Festsetzung von sieben Jahren (Septennat), was vom Zentrum ebenfalls abgelehnt wurde. Das erste Septennatsgesetz mußte gegen die Stimmen des Zentrums durchgebracht werden.

Im Jahre 1875 versagte das Zentrum dem Landsturmgesetz, daß im Falle schwerster vaterländischer Not alle Männer vom 17. bis 42. Lebensjahr vom Kaiser aufgeboten werden sollen, seine Zustimmung. Als Gründe für diese Politik nannte das Zentrum „Verfassungswidrigkeit" dieser Vorlage. Auch schob es der Regierung das Motiv unter, unter der Hand die Dienstzeit um zehn Jahre verlängern zu wollen usw. In der „Politischen Geschichte der Gegenwart" (Prof. Wilhelm Müller, Tübingen) heißt es darüber: „Ein westfälischer Zentrumsführer war es, welcher solche Verdächtigungen aussprach, die „Erschöpfung der finanziellen Kräfte" des Volkes prophezeite, die Schrecken des „Militarismus" an die Wand malte, ganz „Europa in Waffen starren" sah (ist es ein Zufall, daß dieselben Schlagworte und Phrasen 43 Jahre später von äußeren Feinden zur Beköderung des Volkes angewandt wurden? D. V.) und einem ehrgeizigen Staatsmanne zutraute, daß er mit solchem

Rüstzeug in der Hand zu einer Offensivpolitik stets geneigt sein werde."

Als dann im Jahre 1886 die dritte Septennatsvorlage kam, da wetterte die „Germania" (13. 10. 1886): „Wenn wir das Heerwesen auf eine Höhe emportreiben, welche nur mit Auspowerung (!) weiter Volkskreise erkauft werden kann . . . . dann erhalten wir immer mehr auch eine verdrossene und an Körperkraft und Ausbildung der Mannschaften zurückgehende Armee." Mit solchen Elaboraten wurde freilich die Stimmung im Heer eine verdrossene, so peitschte man die Anschauung aus den Köpfen, daß der Militärdienst in erster Linie nicht ein „muß", sondern eine Ehre ist. Die Vorlage wurde diesesmal vom Zentrum vereitelt und nur durch Reichstagsauflösung durchgesetzt.

Es handelte sich um 40 000 Mann, die mehr angefordert wurden. Die Öffentlichkeit war der Meinung, daß dem nationalen Interesse Genüge geleistet sei, wenn die 40 000 Mann bewilligt würden. Diesen Umstand beutete das Zentrum für seine Zwecke aus, indem es versprach, „jeden Mann und jeden Groschen" bewilligen zu wollen, aber nicht auf sieben, sondern allerhöchstens auf zwei bis drei Jahre. Diese bewußte Täuschung der Wähler, durch die das Zentrum sich erneut als nicht antinational hinstellen zu können glaubte, lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine Ablehnung der Vorlage, denn zwei- bis dreimal 40 000 Mann sind erheblich weniger als die geforderten und benötigten siebenmal 40 000 Mann. Das Zentrum wollte eben absolut die verhaßte Zentralgewalt nicht stärken und die „kirchenfeindliche" Regierung in alle möglichen Schwierigkeiten stürzen. Die dann nach der 1887 erfolgten Auflösung folgenden päpstlichen Eingriffe und die damit verbundene Änderung der Taktik des Zentrums, wurde schon an anderer Stelle eingehend behandelt. Bei der zweiten Abstimmung über die Vorlage stimmte kein Zentrumsabgeordneter mehr dagegen. Das frivole Spiel mit den nationalen Interessen hatte in Kreisen nationaler Katholiken einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, es galt darum für das Zentrum, sich vorzusehen und dieser Stimmung Rechnung zu tragen. So verlegte man sich in den folgenden Jahren auf eine Verschleierungsmethode. Bis zur Abstimmung tobte man mit zahllosen Resolutionen gegen die Entwürfe, um sie dann doch so anzunehmen, wie sie eingebracht wurden. Diese sehr schlaue Taktik hatte zur Folge, daß die Regierung über die Pläne des Zentrums im Unklaren blieb, und daß der Eindruck erweckt wurde, es hängt doch alles am Zentrum, man muß sich mit ihm gut stellen, wenn man etwas erreichen will. (Dieses „Sichgutstellen" war aber nur durch kirchenpolitische Gegenleistungen zu erreichen.) In dieser Taktik verharrte das Zentrum, als das Jahr 1890 eine neue Militärvorlage brachte. Als dann Caprivi mit seiner Vorlage 1892 kam, stimmte das Zentrum wieder dagegen und der Reichstag wurde wieder aufgelöst. Erst 1893 gelangte die Vorlage gegen die Mehrheit der Zentrumsfraktion des neugewählten Reichstages zur Annahme. Bei den Aussprachen um diese Vorlage schleuderte der Abgeordnete

Lieber[1] das schon angeführte Wort in das Haus: „Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigter und voller begründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage." Auf dieses schmachvolle, den Parteigeist ganz besonders kennzeichnende Wort, das man dem „nationalen" Zentrum nie vergessen darf, bemerkte Reichskanzler Caprivi mit Recht: „Das übersetze ich ins Deutsche: es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen, wenn nur die Zentrumspartei noch existiert. Vielleicht wird Herr Lieber in der Lage sein, mir das Körnchen von Patriotismus, welches in dieser Rede enthalten ist, nachzuweisen."

Die durchweg ablehnende Haltung des Zentrums bei Wehrvorlagen hatte seinen Grund vor allem in der Nichterfüllung seiner Wünsche auf kirchenpolitischem Gebiet. Bisher hatte man das nie auszusprechen gewagt, wohl in der klaren Erkenntnis, daß dadurch das Ansehen des Zentrums als nationale Partei auch für die ganz Unpolitischen (die politisch Einsichtigen wußten ja schon lange, was vom Zentrum zu halten war) einen entschiedenen Stoß erleiden würde. Darum hatte man die wahren Gründe der Ablehnung immer mit allerlei Ausreden zu verschleiern gesucht. Man wagte die Wünsche nicht öffentlich zu formulieren, damit man nicht den Vorwurf des Kuhhandels machen könne. Auf die Dauer ging das nicht, denn die Regierung ging auf die „stillen" und doch deutlichen Wünsche des Zentrums nicht ein. Darum ging es nun dazu über, die Regierung über seine Wünsche nichts weniger als im Unklaren zu lassen, indem es von nun an für alle seine Zustimmungen in Wehrvorlagen eine Gegenleistung auf kirchlichem Gebiet forderte und seiner Forderung durch allerlei Drohung Nachdruck zu verleihen suchte. Der „Kuhhandel" begann also sich in aller Öffentlichkeit abzuspielen. Dies zuerst 1904.

Doch zuvor soll noch der Beweis erbracht werden, daß schon früher der Grund der Ablehnung der Wehrvorlagen die Nichterfüllung stiller Wünsche war. Ein klassischer Zeuge hierfür ist der langjährige „Germania"-Redakteur und Zentrumsabgeordnete Dr. Paul Majunke. In seiner „Geschichte des Kulturkampfes" (S. 579) bestätigt er diese Kuhhandelspolitik mit folgenden Worten: „Das Zentrum hatte bis 1887 zweimal geschlossen — bis auf eine einzige Ausnahme — gegen das Septennat gestimmt, obschon manche Mitglieder der Fraktion an sich dafür gewesen waren. Indes zur Zeit des

[1] Es ist von Interesse, zu wissen, daß Lieber ein bewußter Rassejude war. In der zweiten Vereinsschrift der Görresgesellschaft Seite 37 heißt es in einem hier abgedruckten Briefe Liebers: „Diese Deutschen haben sich so gründlich blamiert, ich habe eine solche Verachtung vor dieser Nation gekriegt, daß ich Gott danke, daß ich nicht zu der Rasse gehöre, daß ich ein Semite, kein Jafetite bin!" Dies macht manches verständlich.

Kulturkampfes kam es vor allem darauf an, daß eine kirchenfeindliche Regierung nicht gestärkt wurde, und so hatten jene septennatsfeindlichen Mitglieder des Zentrums .... aus kirchenpolitischen Gründen mit der Mehrzahl ihrer Fraktionsgenossen zweimal gegen das Septennat votiert!" Sapienti sat!

Im Jahre 1904 stand nun der Reichstag vor der Entscheidung über eine Mehrforderung an Unteroffizieren. Unteroffizierersatz war eine Lebensfrage für die Armee geworden. Als Gegenleistung für die Bewilligung des Zolltarifs hatte sich vorher das Zentrum die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ausbedungen. Als die in Aussicht gestellte Aufhebung noch immer auf sich warten ließ, wollte das Zentrum nun ein Exempel statuieren und seine Rache fühlen lassen. Es lehnte die Erhöhung des Unteroffizierskorps ab. Vier Tage nach dieser Ablehnung wurde der § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben und drei Tage später kam die Militärvorlage (betreff Unteroffizierersatz) zur Abstimmung, und nun bewilligte das Zentrum ohne Begründung seines Umschwunges die Vorlage, die es einige Tage vorher mit Entschiedenheit abgelehnt hatte.

Diese Taktik durfte natürlich das Zentrum nicht in aeternum fortsetzen, wenn es nicht den Bestand der Partei ernstlich gefährden und damit seinen beherrschenden Einfluß einbüßen wollte. Ein Blick auf die Stimmung des katholischen Volksteils genügte, um ihm zum Bewußtsein kommen zu lassen, daß jetzt, wo sich die außenpolitische Lage immer mehr zuspitzte, das Maß voll war.

Auch bei den Marinevorlagen hat sich die „Nationalgesinnung" des Zentrums nicht bewährt. Auch hier ließ es sich von dem Satz leiten, den einmal Martin Spahn prägte: Die Zentrumspartei müsse sich bei allen Dingen fragen, „ob sie von einem gesetzgeberischen Akt als katholische Partei Nutzen habe oder nicht". So mußten auch die vorbereitenden und grundlegenden Entwürfe für die Flotte im wesentlichen gegen das Zentrum durchgekämpft werden.

Schon 1889, als die Regierung dem Reichstag den ersten größeren Flottenergänzungsplan vorlegte — es sollten zunächst bei der wachsenden Kolonialentwicklung und bei dem mangelhaften Küstenschutz vier Panzerschiffe gebaut werden —, meinte das Zentrum im Gegensatz zu den nationalen Parteien, ein Panzerschiff sei genügend und lehnte die übrigen drei ab, gemeinschaftlich mit Freisinn und Sozialdemokratie.

Als 1897 der erste Tirpitzsche Flottenentwurf kam, schlug das Zentrum wieder seine Kuhhandelspolitik ein unter Führung des Abgeordneten Lieber. Als vom 6. bis 9. Dezember 1897 die erste Lesung stattfand, gab Lieber eine offizielle Erklärung ab, in der es hieß: „Ein abschließendes Urteil ist im Augenblick völlig unmöglich. — Prüfung mit allem Wohlwollen, wenn auch mit schärfster Kritik. — Die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat den Bundesrat weder in seiner Sommerruhe gestört, noch in seinem Arbeitseifer angespornt. Ich unterdrücke beinah gewaltsam die Ausdrücke der Er-

bitterung, die im Volke vorhanden sind. — Aber wir sind trotzdem entschlossen, die Vorlage mit Objektivität zu prüfen. — Der Bundesrat wird also überlegen müssen, was er in Zukunft tun wird. Und wenn es nicht Catilina gewesen wäre, an den Cicero seine Worte richtete, so könne ich den Bundesrat fragen: Quousque tandem?"

Ob sich irgendwo in der Geschichte irgendeiner Partei ein ähnliches Beispiel solch übler Wegelagerer- und Erpresserpolitik findet? Wenn schon Deutschlands Weltstellung eine Flotte erforderte, sie mußte erst durch das Jesuitengesetz bezahlt werden! Das ist ganz im Sinne der edlen „Germania", die am 20. August 1900 drohend schrieb: „Macht freie Bahn im Reiche, so rufen wir den Herren vom Bundesrate zu, damit alle, die es mit dem Bestand des Reiches ernstlich meinen, sich zum Besten der großen Fragen die Hand reichen . . . . Die Aufhebung des Jesuitengesetzes — so sehr sie im Interesse der kirchlichen Freiheit liegt — ist doch noch viel mehr gerechtfertigt durch die Rücksichten auf die Gesamtinteressen des deutschen Volkes."

Doch diese erste Flottenvorlage 1897 zu Fall zu bringen, glaubte das Zentrum doch nicht wagen zu dürfen. Das stürmische Verlangen des Volkes nach Seegeltung war doch zu groß. Parteitaktische Überlegungen ließen dann das Zentrum sich doch für die Vorlage einsetzen. Martin Spahn läßt in diese „parteitaktischen Überlegungen" einen tiefen Blick tun in seiner Schrift: „Lieber als Parlamentarier." Es heißt da (S. 51): „Lehnte das Zentrum die Vorlage ab, wurde kalkuliert, so brachte es den Flottenplan fürs erste zu Fall und der Reichstag wurde aufgelöst. Doch jedes Wehrgesetz war noch dank des gesunden Sinnes der überwiegenden Mehrheit der Nation durch Neuwahlen nachträglich zur Annahme gebracht worden; und hier handelte es sich für das Zentrum um noch mehr. Es wäre voraussichtlich für fünf Jahre, wenn nicht für immer, aus der maßgebenden Stellung im Reichstage verdrängt worden und hätte die klerikale Entwicklung des Reiches unterbrochen bzw. in andere als Zentrumsbahnen gelenkt."

Das wäre nun allerdings ein Unglück, wenn nicht für das deutsche Volk, so doch für das Zentrum gewesen. So konnte nun durch Annahme der Vorlage die „klerikale Entwicklung" ungehemmt fortschreiten, und den Segen davon haben wir heute! Achtundzwanzig Zentrumsmitglieder haben trotzdem mit Sozialdemokraten, Polen und Welfen gegen die Vorlage gestimmt. Als die Vorlage nach vierteljährlicher Verschleppung durch das Zentrum angenommen war, da beeilte sich die „Germania" (24. 3. 98) mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die ultramontanen Wünsche wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wären:

„Eine Partei, die es überhaupt allein ermöglicht, daß im Reich die Maschine im Gang bleibt, darf man nicht länger behandeln, wie es in Preußen geschieht oder das katholische Volk wird wild."

Wer denkt da nicht an Bismarck: „Der Staat tut wohl, daß er sich vorsieht, auf daß der König Herr im Staate bleibe und nicht die Zentrumspartei.“? (24. 4. 1873 im preußischen Herrenhaus.) Hier zeigt sich wiederum das wahre Gesicht des Zentrums: Herrschen will es und es ist der Feind jedes Staates, in dem es bzw. seine Konfession nicht alles beherrscht. Es stürzt diesen feindlichen Staat solange in ein Meer von Gefahren und Verwicklungen, bis dieser sich gezwungen sieht, nur um seinen Bestand zu wahren, auf die Wünsche dieser Partei einzugehen, wodurch ihr die Wege zur vollendeten Herrschaft geebnet werden! Und darum ist es ein Fluch, daß der Kampf gegen diese Partei nicht durchgekämpft wurde mit allen Opfern und Mühen. Sie ist heute die tonangebende, in ihrer Hand liegen vornehmlich die politischen Zügel. „Die siegreiche Kraft unseres Programms muß die Gegner bezwingen,“ schrieb Spahn; was wir hier aber sahen, war nicht die Sieghaftigkeit des Programms, sondern Gauner- und Erpresserpolitik. Das war die Taktik des Wegelagerers und Landstreichers, der das Land unsicher macht.

Vor dem „Wildwerden“ des katholischen Volkes (soweit es dem Zentrum anhing) hat der Abgeordnete Lieber dieses doch noch bewahren können, als 1900 eine neue umfangreichere Flottenvorlage kam. Das Zentrum wollte eben seine Stellung als „regierende Partei“ endgültig befestigen und witterte hinter dem Entwurfe wohl mit Recht den kaiserlichen Willen. Darum gelangte die neue Flottenvorlange, wenn auch mit sehr starken Abstrichen, zur Annahme. Nur 65 Zentrumsabgeordnete waren für Bewilligung zu bewegen und diese nur dadurch, daß 13 Auslandskreuzer von der Vorlage gestrichen wurden. Wie man sieht, das Zentrum hatte die Stellung als tonangebende Partei, mit der man „rechnen“ muß, bereits errungen. Es zwang der Regierung bereits seinen Willen auf.

Man weiß nicht, über was man mehr staunen soll, über die eitle Selbstherrlichkeit und Selbstbeweihräucherung oder die bewußte Tatsachenverdrehung, die Peter Spahn in seiner „Geschichte des Zentrums“ (Windthorst-Kalender 1908) an den Tag legt, wenn er schreibt: „Über den Anteil der Fraktion an der Privatrechtsgesetzgebung, an den beiden Flottengesetzen und an dem Zolltarif und den Handelsverträgen, an der Militärstrafprozeßordnung ist kein Wort zu verlieren. Die Erinnerung an sie ist noch in uns allen lebendig. Ihre Erwähnung widerlegt (!!) den Vorwurf konfessioneller Befangenheit, konfessionellen Eigennutzes oder des Kuhhandels.“ Doch wenigstens ein Geständnis macht Spahn, das freilich trotz seiner Umwundenheit den vorigen Satz vollständig umstößt: „Sachliche Erwägungen waren es, welche unsere Entschließungen bestimmten. Zu diesen zählten allerdings auch die Rücksichten (das sind also sachliche Erwägungen!! D. V.), welche von uns auf die religiösen Gefühle unserer Wähler und auf den Einfluß zu nehmen waren, welche die freie Bewegung unserer Kirche und unserer Ordensleute und die Durchführung unserer Grund-

sätze nach unserer Überzeugung für Wohl und Wehe unseres Volkes hat."

Dieses gewichtige Geständnis wollen wir gewiß nicht mehr vergessen. Hier offenbart sich die ganze Meisterschaft dieser Herrschaften aus x ein u zu machen, und die Methode, mit der sie die Wähler über die Zentrumspolitik unterrichten, hier kommt die ganze jesuitische Geistesschulung zum Vorschein. Wie oben schon festgestellt wurde, erklärt der Sohn Peter Spahns, Martin Spahn, in seiner Schrift: „Lieber als Parlamentarier", daß nur der Bestand des Zentrums der Gesichtspunkt für die Annahme der Flottenvorlage von 1897 gewesen sei, während nun der Vater, Peter Spahn, die Teilnahme „an den beiden Flottengesetzen" u. a. rühmt, was den Vorwurf konfessioneller Befangenheit, konfessionellen Eigennutzes oder des Kuhhandels widerlege, denn sachliche Erwägungen hätten diese Entschließungen bestimmt, wobei er freilich auch als „sachliche Erwägung" die Berücksichtigung der Nichtaufhebung des Jesuitengesetzes bezeichnet. Was man unter „Durchführung der Grundsätze nach unserer Überzeugung zu verstehen hat, hat Martin Spahn klargelegt mit dem obigen Hinweis, daß durch den verminderten Einfluß des Zentrums die klerikale Entwicklung unterbrochen worden wäre, und Peter Spahn macht dasselbe Geständnis nur mit anderen Worten am Ende seiner Zentrumsgeschichte: „Die siegreiche Kraft unseres Programms muß die Gegner bezwingen, damit auch sie unserer Fahne folgen. So fest wir von der Richtigkeit unserer Grundsätze überzeugt sind, so gewiß ist uns auch, daß das Deutsche Reich Schaden leidet, wenn unsere Grundsätze nicht zur Durchführung gelangen." Das ist der Kernpunkt ultramontaner Politik, das ist das einzig Richtunggebende der „nationalen" Zentrumspolitik.

An dieser Stelle müssen wir nochmals kurz auf das Heerwesen zurückkommen, um speziell die Stellung der Jesuiten dazu einer Beleuchtung zu unterziehen. Dadurch wird die ehemalige „Staatstreue" der Ultramontanen in ein recht eigenartiges Licht gerückt.

Ein ehemals katholischer Geistlicher, der aus Gewissensnöten später Protestant wurde, Bachstein mit Namen, veröffentlichte am 31. August 1909 in der „Täglichen Rundschau" (Nr. 405) einen Artikel, dessen Zweck er, wie folgt, darlegt:

„Im Interesse der nationalgesinnten und staatstreuen Katholiken, denen eine mit ihrem Bekenntnisse und ihrer Anhängigkeit an Rom wohlverträgliche, wie in Rücksicht auf ihre Ehre unabweisbare Aufgabe erwächst, sei der Finger auf die Anschauung gelegt, in denen seit Jahrzehnten der katholische Klerus Deutschlands durch die bischöflich eingeführten Lehrbücher der Priesterseminare erzogen, in Wahrheit entdeutscht wird . . . An Stelle früherer Lehrbücher sind heute die gleichwertigen Lehrbücher des Jesuiten Lehmkuhl und des Redemptoristen Arndys getreten, in Wahrheit die führenden und unangefochtenen Hauptwerke, die doch für die Ehre wie für die wirkliche

Gesinnung der deutschen Katholiken nur einen Schlag ins Gesicht bedeuten; man höre:

„Die allgemeine Wehrpflicht ist die Sklaverei unserer freiheitsstolzen Zeit. Vollständig durchgeführt, steht sie im Widerstreite mit den allgemeinen menschlichen Grundrechten, ist sie eine Ungerechtigkeit, und es ist zu erwägen, ob nicht der Fahneneid an sich nichtig ist oder doch mit einer Fiktion oder Restriktion, mit einem innerlichen Vorbehalte, mit einem einschränkenden Zusatze oder nur als Scheineid zu schwören sei. Die allgemeine Wehrpflicht beraubt den jungen Mann für Jahre der freien Bewegung, die das Naturrecht ihm gewährleistet, und legt ihm vorübergehend das harte und gefährliche Joch unfreiwilliger Ehelosigkeit auf. Bei nachsichtiger Beurteilung stellt sich die allgemeine Wehrpflicht als reines Pönalgesetz dar, vollends freiheitswidrig und ungerecht, wo der Loskauf vom Dienste, die Erkaufung eines Stellvertreters nicht gestattet wird.

Söldnerheere sind meist tapfere (plerumque meliores milites) als die Armeen der allgemeinen Wehrpflicht. Sie sind kaum kostspieliger. Im Frieden ist der katholische Soldat zur Fahnenflucht berechtigt und verpflichtet, wenn der Ton in der Kaserne seinem Seelenheil nachteilig wird oder die Zahl der katholischen Militärpfarrer nicht ausreicht; der Beichtvater soll ihm da nicht abraten. Rückkehr zur Truppe soll der Beichtvater nicht verlangen, falls den Deserteur schwere Strafen erwarten. — In einem nach katholischer Anschauung ungerechten Kriege darf der katholische Soldat keine dem Feinde nachteilige Handlung ausüben, er hat zu hoch zu schießen (aerem verberare) und bei der ersten Gelegenheit überzulaufen. Verteidigung ist ihm (nach Lehmkuhl, der hier der mildeste Moralist ist) nur gestattet, wenn er vorher vergeblich versucht hat, sich gefangen zu geben. Wer nicht überläuft, soll vom Beichtvater haftpflichtig gemacht werden für den dem Feinde zugefügten Schaden."

„Welche Beschimpfung der deutschen Katholiken in der Armee," fährt Bachstein fort, „wenn erklärt wird, sie hielten Lüge und Betrug gegen die Ärzte bei der Aushebung für keine Sünde! Welche Schmach für das katholische Deutschland, wenn es seit Jahrzehnten durchweg und übereinstimmend als katholische Lehre hingestellt wird, daß die allgemeine Wehrpflicht nur eine „coactio" sei, ungerechter Zwang, der im Gewissen nicht bindet, dem das deutsche katholische Herz nur widerstrebt."

Die Folge dieser Enthüllungen war, daß Bachstein nicht etwa widerlegt, sondern von dem Herausgeber des Paderborner „Leo" in grober Weise angepöbelt wurde, ein Kampfmittel, das diese Herren immer anwenden, wenn sie am Ende ihres Lateins sind und sich nicht mehr zu helfen wissen. Bachstein leitete Beleidigungsklage ein, die zu einem Vergleich führte; der Herausgeber des „Leo", Dr. Mock, mußte die Kosten tragen und seine Beleidigungen zurücknehmen, wodurch die Richtigkeit der Bachsteinschen Enthüllungen erwiesen wurde.

Dieses beschämende Ergebnis brannte schwer auf dem ultramontanen Ehrenschild, weshalb sich die Presse für Wahrheit, Freiheit, Recht vergeblich abmühte, das Ergebnis des Prozesses ins Gegenteil umzukehren. Die „Kölnische Volkszeitung" hatte die Stirn zu behaupten, die „Tägliche Rundschau" hätte wissen müssen, daß der ultramontane Sachverständige im Prozeß Bachstein, Professor Mausbach, Münster „festgestellt habe, daß P. Lehmkuhl bzw. die Jesuiten, keineswegs lehren, der katholische Soldat dürfe unter den erwähnten Umständen desertieren."

In geschickter Weise parierte die „Kölnische Zeitung" (1911 Nr. 632) diesen Hieb: „Hauptsache ist doch einzig und allein, was der Jesuit Lehmkuhl selbst bzw. die Jesuiten lehren. Lehmkuhls Worte aber lauten:

„Wenn einem Soldaten etwas befohlen würde, was so wahrscheinlich ungerecht wäre, daß er den Gehorsam verweigern könnte, oder wenn er, durch die Schuld eines Vorgesetzten, solchen Gefahren für die Seele ausgesetzt würde, daß eher der Soldatenstand aufzugeben sei (ut pollius militia deserenda esset), als länger in der nächsten Gelegenheit zur Sünde zu verbleiben, so steht die eidlich übernommene Verpflichtung dem nicht entgegen, daß der Soldat desertieren kann oder auch den Umständen entsprechend desertieren muß. Ja, wenn jemand zum Militärdienst gezwungen wird, muß erwogen werden, ob der Zwang ein gerechter ist, oder ob nicht wegen ungerechten Zwanges der Eid ein ungültiger sei, oder ob eine wichtige Ursache, sei es zur Mentalrestriktion, sei es zur Täuschung bei Ablegung des Eides angetrieben haben." (Lehrbuch der Moraltheologie, Freiburg i. Br. 1910, 11. Aufl., I, Nr. 568, 4.)

„Ein Doppeltes," fährt die „Kölnische Zeitung" fort, „ist bei diesen, die bedingte Fahnenflucht klar aussprechenden Sätzen zu beachten: 1. die Entscheidung darüber, ob, wann und wie etwas „ungerecht" ist, ob, wann und wie „die Seele des Soldaten, und zwar des Gemeinen so gut wie jeden Offiziers, gefährdet wird", steht dem Beichtvater, Bischof oder Papst zu; 2. die Lehmkuhlsche „Moraltheologie" gilt als maßgebendes Lehrbuch, nach dem sich Tausende von Beichtvätern in Deutschland richten und das in allen Priesterseminaren in höchstem Ansehen steht. Warum legen übrigens die „Germania" und die „Kölnische Volkszeitung" nicht den Wortlaut der Lehmkuhlschen Lehre ihren Lesern vor?"

Ja dafür haben die Ultramontanen wohl ihre Gründe. Sie denken eben hier mit Kant: „Wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen." Selbst dann nicht, wenn man auf seine Fahne „für Wahrheit, Freiheit, Recht" geschrieben hat.

Es wäre in diesem Zusammenhang eine lohnende, wenn auch schwierige Aufgabe, zu erforschen, welche Rolle und welchen Einfluß die Jesuiten auf die Heere im Weltkriege ausübten, vor allem in dem durch und durch jesuitisierten Österreich-Ungarn, dessen Armee ja be-

kanntlich von der Seuche der Fahnenflucht ganz besonders heimgesucht war.

Es ist an dieser Stelle von Bedeutung, das Urteil des schon früher genannten badischen Katholikenführers Reinhold Baumstark über die Jesuiten anzuführen, weil sein Urteil nur eine wesentliche Ergänzung und Vertiefung des vorher Gesagten bildet. Er hat „seine Pappenheimer" gekannt und hat sich aber auch nicht gescheut, die Wahrheit auszusprechen. So schreibt er in seinem Buche: „Schicksale eines deutschen Katholiken": „Das historische Organ der spanisch-französischen Auffassung des Christentums, dieser beklagenswerten Verirrung, ist der Jesuitenorden. Ihm entspricht der Gedanke des Absolutismus, daß der allmächtige Beichtvater durch sein Tun oder Nichttun ewige Verantwortungen zu verschieben imstande sei. Es ist buchstäbliche Wahrheit, daß die sittliche Zügellosigkeit der romanischen Völker sich nur erklären läßt aus dieser religiösen Krankheit." (S. 144.) An dieser Stelle sei nur wieder an das übereinstimmende Wort Lagardes vom Materialismus, dem notwendigen Korrelat des Jesuitismus erinnert! Weiterhin sagt Baumstark: „Der Jesuitismus hat aus dem Beichtvater der katholischen Kirche den Seelenführer herausgebildet, der im Beichtstuhl und außerhalb desselben das ganze Tun und Lassen des einzelnen Menschen nicht unter dem Gesichtspunkt der Erlaubtheit oder Sündhaftigkeit, sondern auch unter den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit, der Klugheit, des Erfolgs, leitet und beherrscht. (S. 147.) Wo die Gesellschaft Jesu innerhalb zivilisierter, moderner Staaten auftritt, da ist ihre Wirksamkeit tatsächlich, sie mag wollen oder nicht, unvereinbar mit dem innersten Wesen unserer Zeit. Die zweifellose Wahrheit, daß die Jesuiten in Dogma und Moral das echte Christentum lehren oder wenigstens anstreben, ändert an dem Gesagten ebensowenig etwas, als die andere, nicht minder feststehende Tatsache, daß viele einzelne, namentlich auch deutsche Jesuiten ihre persönliche Vaterlandsliebe seit drei Jahrhunderten immer und überall, namentlich auch in dem großen Kriege zwischen Frankreich und Deutschland, durch heroische Taten und Leistungen bewährt haben. Denn höher als all die Tatsachen steht der entscheidende Umstand, daß der Jesuitismus sich nicht zu erheben vermag über einen Standpunkt, den die Kirche nach meiner festen Überzeugung — zum Glück der Menschheit — verloren hat, nämlich über den Standpunkt der weltlichen Macht, der politischen Macht, des äußerlichen Zwanges. Die fortgesetzte Bestrebung, diesen Standpunkt zurückzuerobern, bringt die Kirche notwendig in Konflikt mit den nationalen Staatsbildungen der Neuzeit; diese Bestrebung hat den Jesuitismus verleitet, sich dem Absolutismus in die Arme zu werfen und, was noch schlimmer ist, das unausgesetzte leidenschaftliche Ringen nach Beherrschung der Geister fördert schließlich die Regungen der Superstition. Auf diesen verhängnisvollen Wegen läuft

die Gesellschaft Jesu Gefahr, was sie sicherlich nicht will, fremdartigen und unchristlichen Elementen Einfluß zu gestatten auf den Kultus, auf die Disziplin und schließlich sogar auf Moral und Dogma. Ich vermag in dem Jesuitismus nichts anderes zu erblicken, als die mächtigste und echteste Verkörperung des Ultramontanismus oder, was für mich dasselbe ist, des politischen Katholizismus, also derjenigen Geistesrichtung innerhalb der katholischen Kirche, auf deren Überwindung mein ganzes geistiges Streben und Trachten gerichtet ist." (S. 87.)

Baumstark ist nicht der einzige Katholik, der so über die Jesuiten dachte, sogar der Kardinal Fürst Hohenlohe schrieb am 27. November 1879 an Bismarck: „Gut ist es immer, unser Vaterland vor dieser Landplage zu hüten." Doch solche Dinge enthält man den guten Zentrumswählern wohlweislich vor, damit sie nur ja im Glauben an die Partei nicht wankend werden!

Ist es nun nach dem ganzen Verhalten des Zentrums in Sachen Landesverteidigung zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß ein Großteil der Schuld an Deutschlands Zusammenbruch auf das Konto der Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht entfällt, die seit ihrem Bestand alles getan hat, um Deutschland so viel wie möglich wehrlos zu erhalten, die an der militärischen Entwicklung wie ein Hemmschuh wirkte, anstatt freudig und willig für das Wohl der Gesamtheit einzutreten? Aber nicht nur in Fragen der Landesverteidigung, die doch die erste nationale Frage ist, hat das Zentrum die denkbar traurigste Rolle gespielt, sondern auch in anderen, wenn auch nicht gleich wichtigen. In allen Fragen von nationaler Bedeutung finden wir die Wahrheit des Bismarckwortes bestätigt, das er am 28. Februar 1885 gesprochen hat: „Die Zentrumspartei hat für mich nur die Gefahr: man kann sich mit ihr nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben; man wird auf die Dauer davon erfaßt, und es kommt wieder der Moment, wo es heißt: Willst du jetzt fechten oder willst du weiter mit mir gehen."

Zentrum und Kolonialpolitik.

Wie alle Dinge dem Ultramontanismus zum Besten dienen müssen, so auch die ehemaligen deutschen Kolonien. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß für die Ultramontanen das volks- und weltwirtschaftliche Motiv, das doch aller Kolonialpolitik zugrunde liegt, gar nicht in Betracht kam. Vom nationalwirtschaftlichen Standpunkte aus waren die Kolonien für Deutschland eine unerläßliche Forderung, aber auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkt waren sie von höchstem Wert. Den Kolonien und der damit gegebenen weitgehenden Unabhängigkeiten vom Ausland durch die Möglichkeit, seine Rohstoffe aus ihnen billig zu beziehen, verdankte Deutschland vor allem sein schnelles Emporblühen; da ferner das deutsche Vaterland über

kurz oder lang bei seinem steigenden Bevölkerungszuwachs zahlreichen Staatsbürgern eine Existenzmöglichkeit nicht mehr hätte bieten können, so waren die Kolonien zugleich ein Notventil, durch das die eigenen Volkskräfte, die sich im Mutterlande nicht voll und ganz auswirken konnten und Gefahr liefen, entwurzelt zu werden, und die darum mehr oder weniger zum Auswandern gezwungen waren, ein Betätigungsfeld bekamen und unserem Volke erhalten blieben. Für solcherlei Erwägungen hatte man im ultramontanen Lager kein Verständnis. Die ultramontane Kolonialpolitik ist, das kann man sich denken, in erster Linie Missionspolitik. Die Kolonien sind Mittel für den ultramontanen Zweck, und in diesem Sinne hat sich das Zentrum denn auch der Kolonialpolitik hingegeben. Ultramontanisierung der eingeborenen Bevölkerung, das war das Ziel der Zentrums-Kolonialpolitik. Und wo dieses Ziel nicht mehr innerhalb der Grenzen der Erreichbarkeit war, da entpuppte sich das Zentrum auf einmal, wie in allen nationalen Fragen, als Feind der Kolonien.

In seinem Aufruf von 1884 versprach das Zentrum Unterstützung der Kolonialpolitik, „wenn und soweit die näheren und höheren Aufgaben des Reichs . . . es angezeigt erscheinen lassen". Was diese kluge Abfassung noch verhüllte, das kam dann im Wahlaufruf von 1903 deutlicher zum Vorschein: „Die Bewilligungen für die Kolonien, deren Hauptwert in der Ausbreitung des christlichen Glaubens und der Kultur beruht, haben ihr Maß in einer verständigen Würdigung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit." Was unter dem „christlichen Glauben und der Kultur" zu verstehen ist, bedarf keiner Aufklärung! Der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt der Kolonialpolitik wird ganz übersehen, so meint Peter Spahn (Windthorst-Kalender 1908): „Die Kolonien sind Schmerzenskinder für uns in bezug auf Gut und Blut. — Dabei zeigt sich immer klarer, daß die Kolonie als Ganzes recht wenig Wert hat." Also darum müssen sie ultramontanisiert werden, das ist das einzige, wozu sie zu gebrauchen sind: „Von Windthorst war die Zentrumsfraktion in die Kolonialpolitik eingeführt worden. Ihn leitete der Gesichtspunkt, daß ein Reich von der Größe des deutschen sich von den Bestrebungen der Zivilisation und der Christianisierung des schwarzen Erdteils nicht ausschließen dürfe, wenn nicht seine Abdankung als Kulturträger untersiegelt werden solle. Der Gedanke war richtig. Daß er nicht zu besserer Entwicklung gekommen ist, ist zu beklagen." (Spahn.) Also ultramontane Kirchenpolitik in den Kolonien! Daß mit der „Christianisierung des schwarzen Erdteils" nur dessen Ultramontanisierung gemeint war, hat Windthorst selbst auf dem Katholikentag in Münster 1885 mit den Worten zugegeben: „Der Umstand, daß in diesem Augenblick gerade die Kolonisation beginnt, ist für uns eine zwingende Notwendigkeit, nicht zurückzubleiben; denn sonst wird das Feld, welches wir erobern können, von anderen eingenommen und das kann uns nicht angenehm sein."

Und 1887 auf dem Katholikentag in Trier wies ein Kaplan

Goretzki hin: „Vor allem müssen wir hier (in den Kolonien) die Konkurrenz der Protestanten fürchten."

Die Kolonialpolitik des Zentrums war also ultramontane Eroberungspolitik zur Entfaltung und Stärkung ultramontaner Macht; die wirtschaftliche Blüte Deutschlands war Nebensache, ja man verwünschte sie vielleicht im Stillen. Wie anders wäre es sonst möglich, daß das Zentrum im Mai 1885 die Ablehnung der Subvention für die west- und ostafrikanischen Postdampferlinien veranlaßte, während es die ostasiatischen und australischen Linien unterstützte, die für koloniale Zwecke damals noch nicht in Betracht kamen. Das Zentrum begann nun gegen die Kolonialpolitik in Opposition zu treten. Als Auftakt dazu kann jene Anfrage gelten, die Reichensperger und Genossen am 28. November 1885 an die Regierung richteten und die wohl auch als Bedingung für die Unterstützung der Kolonialpolitik durch das Zentrum anzusprechen ist. Die Anfrage lautete, ob es wahr sei, 1. daß jede Missionstätigkeit der Jesuiten und verwandten Orden in den Schutzgebieten verboten und 2. ob überhaupt die Tätigkeit katholischer Missionen ebendort ausgeschlossen oder eingeschränkt werden solle.

Auf diese Weise suchte man natürlich den Jesuiten Zulassung nach Deutschland zu erwirken, was auch Bismarck wohl einsah, und weshalb er, auf die Gemeingefährlichkeit der Jesuiten hinweisend, zum Punkt 2 erklärte, „daß solche Missionsgesellschaften zuzulassen sein werden, welche einen deutschen Charakter tragen und ihren Einfluß auf die Eingeborenen voraussichtlich nicht gegen die deutsche Verwaltung verwerten werden."

Der wahrheitsliebende Windthorst dreht diese Zusage gleich dahin um, daß es sich nur um evangelische Schutzgebiete handle, und also nur protestantische Missionen zugelassen würden, woraufhin die gesamte Zentrumspreßmeute diese Brocken aufschnappte und uni sono in ein Wutgeheul ausbrach, das seinesgleichen sucht: „Der Teufel hole die ganze Kolonialherrlichkeit!" „Wenn es so geht, dann kündigen wir ihm (Bismarck) alle wieder den Krieg bis zum äußersten an." („Westfälischer Merkur".)

Das war das Signal zum Kampf gegen die „ketzerische" Kolonialpolitik. Im Jahre 1892 bereits war vom damaligen Kolonialdirektor der Bau einer ostafrikanischen Zentralbahn gefordert worden. Das Zentrum, das im Reichstag zur herrschenden Partei geworden war, war aber weder für die Ausführung der Bahn durch das Reich, noch dafür zu haben, daß eine Privatgesellschaft sich dieses Projektes annehme. Einen zweimalig von der Kommission durchberatenen Vertragsentwurf mit der Deutschen Bank ließ es einfach unerledigt liegen, obwohl es sich, dagegen konnte sich auch das Zentrum nicht verschließen, um eine Lebensfrage des ostafrikanischen Schutzgebietes handelte. Als nun die Regierung im Jahre 1901 endlich einen neuen Vertragsentwurf mit der Deutschen Bank zwecks Übernahme des Eisenbahnbaues durch eine Privatgesellschaft vorlegte, und der Reichskanzler Bülow sich entschieden für ihn einsetzte, da es sich um die wirtschaftliche Rettung der Kolonie handelte, die bei Nichtgenehmigung immer mehr

zurückgehe, da hob der Wortführer der Ultramontanen, die sich in ihrer Hoffnung um die Aufhebung des Jesuitengesetzes betrogen sahen, Abgeordneter Müller-Fulda, hervor, daß das Unternehmerkonsortium „günstigere" Bedingungen zu stellen habe, und auch im Falle, daß solche erreicht würden, müsse das Zentrum sich seine Entschließungen vorbehalten. Das war eine glatte Lähmung der Kolonialpolitik durch das Zentrum, auf das es nun einmal ankam. Was war damit erreicht? Man spiegelte den Wählern Opferfreudigkeit und Interesse in kolonialen Fragen vor, legte aber zugleich die koloniale Entwicklung lahm.

Nachdem die Regierung von dem Konsortium „günstigere" Bedingungen herausgeschunden hatte, stand der Entwurf am 7. März 1902 im Reichstag in zweiter Lesung zur Beratung. Aber die „regierende Partei" erzwang die Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung, um sie einstweilen völlig in der Senke verschwinden zu lassen. Bekanntlich handelte es sich 1902/1903 darum, beim Bundesrat eine Mehrheit für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu erlangen, welche man dem Zentrum *als Bezahlung* für seine Zustimmung zu dem Zolltarif in Aussicht gestellt hatte. 1902 aber war die Sache noch nicht soweit gediehen, und da nationale Forderungen vom „nationalen" Zentrum nur gegen Barzahlung bewilligt wurden, so konnte es dem neuen Entwurf ja gar nicht anders ergehen.

Nach abermaligen weiteren Zugeständnissen von seiten des Konsortiums stand der Entwurf am 5. Juni 1902 erneut zur Debatte, aber das Zentrum wirkte mit Erfolg darauf hin, daß der Entwurf überhaupt nicht mehr verhandelt wurde. Wieder blieb die Sache *zwei* Jahre liegen! Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Ostafrikas verschlechterten sich täglich. Da, am 8. März 1904, war die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erfolgt, am 25. April stand die ganze Angelegenheit erneut zur Lesung. Nun war Ostafrika auf einmal ein „Juwel" (Abg. Schwarze-Lippstadt), welches in Gold zu fassen die ultramontanen Herrschaften bereit waren. Und der Entwurf wurde (gleich der bisher verweigerten Vermehrung des Unteroffizierkorps) ohne Debatte angenommen, nachdem es das „nationale" Zentrum fertig gebracht hat, den Bau der Zentralbahn aus partei- und konfessionsegoistischen Gründen 10 *Jahre* zu hintertreiben. (Vergl. dazu Germanikus „Ein Spiegelbild des Zentrums".)

Ein ähnliches widerfuhr dem Ausbau der Usambara-Bahn durch das Zentrum. Die Geldforderungen für die Fortsetzungen dieser Bahn wurden 1901 durch die klerikal-polnisch-sozialdemokratische Mehrheit abgelehnt. Ein erneuter Versuch 1902 wurde wieder abgelehnt. Erst 1903 gelang es, das Zentrum zu gewinnen.

Das Zentrum, durch seine „Siege" übermütig, betrachtete die Kolonien als seine Domäne zur Befestigung der ultramontanen Weltmachtstellung. Mit der jedem Größenwahnsinnigen eigenen Selbstverständlichkeit glaubte es allmählich die ganze Kolonialverwaltung in seine Hände nehmen zu dürfen. Regierung und nationale Parteien waren sich darüber einig, daß die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zu einem selbständigen Reichskolonialamt auszubauen sei. Die

allmächtige und alleinseligmachende Partei wußte das zu verhindern, weil der Anwärter, der als Vorstand für dieses Amt in Aussicht genommen war (Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg), nicht sehr gut auf die Ultramontanen zu sprechen war. Daß durch das Kolonialamt eine gedeihliche Entwicklung des Kolonialwesens gewährleistet worden wäre, ist selbstverständlich. Aber der genannte Herr hätte wohl manche Eiterbeule aufgestochen, wie dies dann nachher Dernburg gemacht hat, darum mußte das Reichskolonialamt vom Zentrum abgelehnt werden.

Daß für diese Ablehnung sehr gewichtige Gründe für das Zentrum maßgebend waren, zeigte jener 1906 enthüllte Fall übelster Korruption eines Zentrumsbeamten, hinter den sich das Zentrum einmütig stellte. Auch hier finden wir, wie bei der gesamten Zentrumspolitik, daß diese nach dem Grundsatz eingestellt ist: „Der Zweck heiligt die Mittel." Diese Tendenz zieht sich unverkennbar wie ein roter Faden durch die ganze ultramontane Parteipolitik. Wenn sich dieser Satz auch bei den Jesuiten nicht direkt nachweisen läßt, denen er bekanntlich in die Schuhe geschoben wird, so sind doch die Taten der Zentrumsführer von diesem Geist durchtränkt. Ein typisches Beispiel ist also der schon genannte Fall Wistuba, den der Kolonialdirektor Dernburg am 3./4. Dezember 1906 ans Tageslicht zog.

Wistuba, ein Beamter des Kolonialamtes, mußte entlassen werden, und ein Disziplinarverfahren war gegen ihn eingeleitet worden, weil er, der als einziger von der mit der staatlichen Beamtenschaft in steten Reibungen lebenden katholischen Mission in Togo ein gutes Zeugnis ausgestellt erhalten hatte, eine Depesche des Auswärtigen Amtes an die Behörde in Togo geöffnet und sie der Mission ausgeliefert haben sollte. Der Zentrumsabgeordnete Roeren legte sich ins Zeug für diesen „treuen" Beamten und suchte beim Reichskanzler die Wiedereinsetzung des Mannes zu erwirken. Aber nicht etwa, wie es recht und billig gewesen wäre, durch gerichtliche Austragung des Falles, sondern durch seine Unterdrückung. Die Sache sollte unter den Tisch fallen, wie aus dem Schreiben von Roeren an den Reichskanzler unterm 11. Februar 1906 hervorging. Darin machte er auf die Gefahren aufmerksam, die die ganze Sache vor dem Reichstag haben könne: „Die ganze katholische Bevölkerung und namentlich die Zentrumsfraktion könnte dadurch für die Kolonien sehr ungünstig gestimmt werden."

Wie Roeren das meinte, legte er am folgenden Tage in einer Unterredung mit dem Reichskanzler dar. Nach dem Ausweis eines darüber aufgenommenen Geheimprotokolls sagte er: „Wenn die Wistubasche Angelegenheit nicht in der von uns (dem Zentrum) erwarteten Weise erledigt wird, so werden wir uns genötigt sehen, für die Kolonien überhaupt nichts mehr zu bewilligen."

Neben dieser Enthüllung erinnerte Dernburg noch an ein Gegenstück aus dem Jahre 1904:

„Just das Jahr, wo § 2 des Jesuitengesetzes fiel, und die Marianischen Kongregationen in die Gymnasien kamen! Schon damals

trieb Roeren den Sport der Nebenregierung nach den schwarzen Listen der Steyler Mission in Togo, von denen es einmal sehr ungeniert in der „Kölnischen Volkszeitung" hieß:

„Ja, wir haben eine Masse Material, und wir halten es über Euch, damit Ihr — womit die kaiserlichen Beamten in Togo gemeint waren — hübsch ordentlich unter der Fuchtel bleibt."

Ein Protokoll erzählt, mit welchen Mitteln Roeren die Versetzung von Beamten, die sich bei der Mission in Togo mißliebig gemacht hatten, beim damaligen Direktor Dr. Stübel durchsetzte. Wieder waren es Drohungen mit parlamentarischer Kritik seiner Partei, die den Chef des Kolonialamtes mürbe machten. Selbst Dr. Stübels (des Direktors der Kolonialabteilung) Äußerung, „die Versetzung des einen Beamten bedeute ein kaudinisches Joch, das man ihm nicht zumuten dürfe, rührte Herrn Roeren nicht. Romae voluntas suprema lex!"

Am 3. Dezember 1906 führten diese Enthüllungen über die auf ihren Schleichwegen ertappte ultramontane Nebenregierung zu einer stürmischen Debatte. Abgeordneter Roeren wirft Dernburg „rohe und plumpe Beleidigungen" vor. Offen und rücksichtslos erklärt nunmehr Dernburg der in Togo durch die Missionare eingerichteten Nebenregierung den Krieg. Ihre durch Roeren erneuten Versuche, auf die Verwaltung einzuwirken, ihr System, unfügsame und unbequeme Beamte mit allen Mitteln der „Einschüchterung, Pression und Intrigue zu vergewaltigen" und zu beseitigen, will er nicht mehr dulden. Das volle Licht der Öffentlichkeit soll in die durch das Zentrum „versumpfte Kolonialverwaltung" dringen. Roerens Enthüllungen enthüllt Dernburg als „Küstenklatsch", als häßliche Weitergabe der „Erzählungen kindischer oder verlogener Eingeborener durch Missionare". Dann enthüllt Dernburg die „Selbstlosigkeit und Unparteilichkeit des Zentrumsjuristen Roeren", wie sie aus amtlichen Schriftstücken und Protokollen hervorgehen. Abgeordneter Roeren ist „entrüstet" über die Verlesung amtlicher Schriftstücke und bestreitet, daß er den Fall Wistuba zur Bedingung für die Haltung des Zentrums gemacht habe; das betreffende Protokoll sei nicht glaubwürdig. Kolonialdirektor Dernburg aber beweist durch Verlesen weiterer amtlicher Protokolle und Schriftstücke und eines Schreibens eines hohen katholischen Geistlichen die unanfechtbare Richtigkeit seiner Darlegungen. Dernburg schilderte die Schreckensherrschaft, die unter den Vorgängern Roerens und durch ihn das Zentrum in der Kolonialverwaltung und die Missionare in Togo ausgeübt hätten. „Solche Dinge werden nie mehr passieren," ruft er dem Zentrum zu, „diese Eiterbeule mußte aufgestochen werden und sie ist aufgestochen!"

Diese Schlappe durfte natürlich das Zentrum nicht unheimgezahlt lassen. Es mußte sich dafür rächen, daß man seiner eigenartigen „Kolonialpolitik" gar kein Verständnis entgegen brachte. Und dazu kamen ihm die für Südwest geforderten Nachtragskredite gerade recht. 29,2 Millionen Mark wurden zur Stärkung der Schutztruppe und zur Heimbeförderung der alten Mannschaften angefordert. Der

Herero-Aufstand war mit großen Opfern an Gut und Blut zum großen Teil niedergekämpft worden, jedoch war zur Bewältigung des letzten Widerstandes noch ein Teil dieses Kredits notwendig geworden. Das Zentrum, das durch seine unverantwortliche koloniale Verschleppungstaktik die Hauptschuld an der großen Ausdehnung und der langen Dauer des Krieges in Südwest hat, hätte alle Veranlassung gehabt, nun seine Schuld gutzumachen. Denn daß es die Schuld des Zentrums vor allem war, ging aus einer amtlichen Denkschrift hervor, in der es u. a. hieß: „Wenn in früheren Jahren für nur die Hälfte der Summe, die uns jetzt der Krieg in Südwestafrika gekostet hat, Eisenbahnen im Lande gebaut worden wären, dann hätten wir wohl niemals einen so großen Aufstand erlebt und hätten dafür jetzt eine rasch aufblühende Kolonie mit einem Eisenbahnnetz, ein fertiges Neudeutschland in Westafrika."

Aber das Zentrum verweigerte nun erneut die Mittel zur vollständigen Niederwerfung des Aufstandes. Es mußte doch an der Regierung sein Mütchen kühlen! Was kümmerte es sich darum, daß Deutschlands Söhne in Südwest verbluteten? Der Wille der Partei über alles! Die Rache des gekränkten Zentrums sollte vor allem darin bestehen, daß Deutschlands nationale Ehre vor dem Ausland Schaden litte, und dieses sehen sollte, wie die allmächtige Partei selbst nicht vor Eingriffen in die kaiserliche Kommandogewalt zurückzuscheuen brauchte. Denn niemand anders als der Kaiser selbst hatte die Verantwortung für die ehrenvolle Beendigung des Kolonialkrieges zu tragen. Trotz der Mahnung des Fürsten Bülow verweigerte das Zentrum diejenigen 9 Millionen, die zur Erhaltung der nötigen Truppenmacht in Südwest erforderlich waren. Der kaiserliche Befehl zur Auflösung des Reichstages erst setzte diesem schamlosen, verräterischen Treiben der ultramontanen Partei ein Ende.

Man muß an dieser Stelle daran erinnern, daß der Feindbund nach Deutschlands Zusammenbruch den Raub unserer Kolonien damit begründete, daß Deutschland schwere Greuel an den Eingeborenen sich habe zuschulden kommen lassen und darum zum Kolonisieren sich unfähig erwiesen habe. Wörtlich hieß es in dieser Begründung der Entente:

„Es genügt auf die deutschen amtlichen und privaten Zeugnisse vor dem Kriege und auf die im Reichstag, besonders von den Herren **Erzberger** (!!) und Noske erhobenen Anklagen Bezug zu nehmen, um ein Bild von der Kolonienverwaltungsmethode, von den grausamen Unterdrückungen, den willkürlichen Zwangsbeitreibungen und den Formen der Zwangsarbeit zu erhalten, die weite Strecken in Ostafrika und Kamerun entvölkert haben, ganz zu schweigen von dem aller Welt bekannten Schicksal der Hereros in Südwestafrika. Deutschlands Versagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich zutage getreten, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Hand zu einem zweiten Versuch bieten und die Verantwortung dafür übernehmen könnten, 13—14 Millionen Ein-

geborene von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind."

Daß sich die Entente in ihrer amtlichen, von Lügen und Entstellungen strotzenden Erklärung ausgerechnet u. a. auf den Herrn Erzberger berufen konnte, zeigt erneut, daß innere Feinde den äußeren die Waffen geliefert haben. Heute erkennt man in englischen und sogar in französischen Kreisen die hervorragenden Leistungen der Deutschen auf kolonialem Gebiet an. Die ultramontane und marxistische Kolonienhetze mußte als Vorwand zu dem gemeinen Raub genommen werden. Man hat erreicht, was man wollte. **Deutschlands Ehre und Ansehen ist geschändet worden, geschändet von den Leuten, die nie genug ihre nationale Gesinnung betonen konnten.** Heute ist es soweit, daß man nicht einmal die mehr als Landesverräter bezeichnen darf, die den äußeren Feinden Rechtsgrundlagen in die Hand gaben zu unserer Beraubung und Ausplünderung!

Ultramontane Sozialpolitik.

Nach den vorangegangenen Ausführungen ergibt sich eigentlich die Stellung des Zentrums zur Sozialpolitik ohne weiteres. Wenn bisher immer der Grundsatz gegolten hat: „Romae voluntas suprema lex!", so muß er auf dem Gebiet der Sozialpolitik nicht minder gelten. Wollte man nach dem Zeugnis gehen, das sich das Zentrum selbst über seine auf diesem Gebiet geleistete Arbeit ausstellt, so könnte man den Eindruck gewinnen, als habe das Zentrum den Schwerpunkt seiner Politik auf dasselbe verlegt und habe die schweren Scharten wieder ausgewetzt, die es in Wehrmachts- und anderen nationalen Fragen geschlagen hat, indem es seine ganze Kraft der Lösung sozialer Fragen zuwandte. Dies könnte ja mit dem Vorausgegangenen einigermaßen versöhnen. Es gehört aber wirklich mehr als oberflächliche Kenntnis dieser Partei dazu, um aus dem Wust von demagogischen Schlagworten und Selbstbeweihräucherungen der Zentrumspolitiker die wahre Triebfeder ihrer Sozialpolitik zu erkennen und den tatsächlichen Sachverhalt festzustellen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt, das haben wir schon ein paarmal mehr wie deutlich gesehen, und um Wahrheit von Dichtung zu unterscheiden, ist es nötig, diese Partei all ihres glitzernden Schmuckes und ihrer fremden Federn zu entkleiden, dann kommt sie in ihrer ganz armseligen Nacktheit zum Vorschein, die so armselig ist, daß nicht mehr viel übrig bleibt, um ihre Blöße zu bedecken. Fürwahr, auf keinem Gebiet macht das Zentrum sich anheischig, so erfolgreich und grundlegend gearbeitet zu haben, wie in der Sozialpolitik, und es ist ihm auch wirklich gelungen, die öffentliche Meinung in diesem Sinne zu beeinflussen, ja sogar manche gegnerischen Politiker haben sich vom äußeren Schein und durch das „religiöse" Geschmeide täuschen lassen und ihre Anerkennung dem Zentrum ausgedrückt. Wenn schon das Zentrum eine Partei mit christlicher Weltanschauung sein

wollte, so mußte es, das war klar, sich vor allem hier als christlich erweisen, und nichts hätte dem Nimbus der Christlichkeit des Zentrums mehr Eintrag getan, als wenn es hier versagt hätte. Da es aber seiner ihm zufallenden Aufgabe absolut nicht in dem ihm entsprechenden Maße gerecht geworden ist, so mußte mit lauter Ruhmredigkeit nachgeholfen und verschleiert werden. Die Wählermassen, darauf kam es ja an, konnten Schein von Sein doch nicht unterscheiden.

Im Windthorst-Kalender 1908 werden verschiedene gegnerische Urteile über das Zentrum veröffentlicht, die natürlich äußerst günstig lauten und die für den urteilslosen Leser ohne Zweifel bestechlich sind. Da finden wir z. B. u. a. ein Urteil von Herrn von Gerlach: „Wenn ich den Abgeordneten Trimborn im Reichstage über Sozialpolitik reden höre, dann sage ich mir: Hut ab vor einer solchen energischen Sozialpolitik!" Auch der liberale Professor Herkner-Karlsruhe marschiert auf: „Unter den politisch stark ins Gewicht fallenden großen Parteien ist zweifellos das Zentrum noch am nachdrücklichsten für eigentliche Arbeiterinteressen eingetreten." Schön, sehr schön, wenn es nur auch wahr ist!

Es soll hier gar nicht bestritten werden, daß die Sozialpolitik das Gebiet ist, auf dem die Zentrumspartei am meisten geleistet und am wenigsten geschadet hat, aber wie alles nach den Motiven und innersten Beweggründen beurteilt und bewertet werden muß, so muß auch die Sozialpolitik des Zentrums unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden. Wir finden dabei im Gegensatz zum Staat, der die soziale Betätigung als Selbstzweck ansieht, daß die ultramontane Partei sie nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Nicht die Arbeiterwohlfahrt, die soziale, geistige und sittliche Hebung der unteren Schichten, sondern die Wohlfahrt Roms, die Sicherung und Erweiterung der Macht des internationalen Papsttums durch Unterstellung der deutschen Arbeiterschaft unter geistliche Führung, das ist und war das Endziel der Sozialpolitik des Zentrums. Die Ruhmredigkeit des Zentrums ist nicht nur aus diesem Grunde absolut unberechtigt, sondern auch deshalb, weil eine Triebkraft seiner sozialen Betätigung in der Furcht vor der Konkurrenz bestand. Der Bestand der Partei und die „christliche Weltanschauung" standen auf dem Spiel, wie später bewiesen werden soll. Nach ultramontaner Auffassung ist nämlich das soziale Heil niemals vom Staate, sondern immer nur von der Kirche zu erwarten, diese allein kann die Gesellschaft retten! Sie hat den göttlichen Beruf dazu, darum darf das soziale Rettungswerk nur von ihr ausgehen. Darum lautet der Kardinalsatz ultramontaner Sozialpolitik, den Bischof Ketteler aufgestellt hat:

„Alle Maßregeln, die ohne das Christentum oder sogar mit einer gewissen Mißachtung und Geringschätzung desselben im Interesse der Arbeiter gemacht worden sind, werden den Arbeitern nichts nützen. Ohne Berücksichtigung des Christentums werden alle Humanitätsbestrebungen der Arbeiterfreunde nicht zu verhindern vermögen, daß die Arbeiter wieder in den alten Stand des Heidentums zurücksinken." Damit aber jedes Mißverständnis ausgeschlossen

sei, fügt Ketteler noch bei: „Wenn wir aber vom Christentum sprechen, so verstehen wir die uns gegebene Form, den Katholizismus."

Das heißt also auf deutsch: Sozialpolitik ist das Monopol der Ultramontanen, und als logische Weiterung ergibt sich, daß Sozialpolitik letzten Endes nichts anderes ist, als Kirchenpolitik. Das geht auch klar und deutlich aus den Worten des Jesuitenpaters Seiler auf dem Katholikentag von 1906 hervor:

„Vielleicht das allerwichtigste Wort zu guter Letzt: Die soziale Frage ist endlich auch eine Frage der sozialen Stellung der Kirche, unserer heiligen, katholischen Kirche; denn unsere Kirche wird nur dann ihren Einfluß betätigen können zur Lösung der sozialen Frage nach ihrer idealen Seite hin, wenn sie mit vollem Ansehen und ausgerüstet mit ihrer Autorität von oben, im Staate, im Volke, in der Jugend und bei allen Volksschichten wirken kann im Namen des ewigen Gottes. Also, worum wir kämpfen müssen, das ist die soziale Gleichberechtigung, ja das soziale Ansehen unserer heiligen Kirche. Denn eine soziale Frage kann nicht gelöst werden, wenn nicht die wichtige soziale Frage der Stellung unserer Kirche gelöst wird!"

In ähnlichem Sinne drückt sich Graf Galen 1889 aus. Nach seinen Worten ist der Rosenkranz ein besseres Mittel zur Vertreibung der sozialen Nöte als Alters- und Unfallversicherung! „Es gibt nur ein einziges Heilmittel für die sozialen Nöte der Zeit und das besteht darin, daß jeder den Geboten Gottes und der katholischen Kirche gemäß lebt und dafür sorgt, daß diese Gebote nicht übertreten werden." Ein soziales Heilmittel ist auch der Kapuzinerorden. Der Abgeordnete Lieber z. B. dachte sich 1887 die katholischen Orden als das „souveräne Heilmittel für die Schäden der gegenwärtigen Gesellschaft" und der damalige Domkapitular Moufang ersteigt den Gipfel sozialpolitischer Weisheit mit den Worten: „Man muß den Armen wieder die Zufriedenheit geben, man muß sie lehren, wie sie ihre Not geduldig ertragen können, — wer vermag dies wohl besser als der Ordensmann?"

Damit tritt der Gegensatz zwischen der staatlichen Auffassung der sozialen Frage und der ultramontanen in voller Schärfe in Erscheinung. Der Staat ist bemüht, der notleidenden Bevölkerung den starken Arm der Volksgesamtheit zu leihen, der Ultramontanismus aber lindert die Not durch Abtötung und durch ein Hinwegtäuschen über die Not. Der Staat will die leidenden Volksschichten wieder zu freudigen und damit brauchbaren Staatsbürgern machen, indem er sie sittlich und wirtschaftlich hebt, der Ultramontanismus lehrt Geduld in der Not, nicht deren absolute Beseitigung oder wenigstens Linderung. Er will die Armen mit seinem Geist durchtränken und damit zu treuen Kindern der Kirche und Stützen ultramontaner Macht erziehen, um ihren Wert als nützliche Glieder eines Volkes und eines Staates ist es ihm nicht zu tun, außer wenn man, was ja nicht ohne Berechtigung ist, die Ultramontanen als eigenen Staat betrachtet. Doch

kann es dem Ultramontanismus nie ganz gelingen, da der Mensch auch ein sinnlich-leibliches Wesen ist, die unteren Schichten soweit abzutöten, daß sie jede Not willig hinnähmen, schon weil diese Not, das sieht der Dümmste ein, kein notwendiges oder gar gottgewolltes Übel und damit mehr oder weniger abstellbar ist. Aus diesem Grunde ist das Zentrum doch gezwungen, mehr praktisch-realer Sozialpolitik sein Augenmerk zuzuwenden.

Nach den oben angeführten, von Religion triefenden Reden sollte man meinen, daß das Zentrum sich seit den ersten Tagen seines Bestehens sozialpolitisch betätigt haben müßte, hat es doch nie versäumt, seine sozialpolitischen Verdienste an die große Glocke zu hängen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es unter den Ultramontanen eine Reihe verdienter, ehrlicher und zugleich selbstloser Sozialpolitiker gegeben hat, so kann man einem Mann wie Hitze († 1921) die Anerkennung nie versagen, trotzdem sind des Zentrums Verdienste um unsere ehemals direkt vorbildliche soziale Fürsorge recht mäßig, wenigstens kommen sie dem nie gleich, was das Zentrum sich selbst als Verdienst beizulegen beliebt. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man bedenkt, daß der kirchenpolitische Egoismus und die Furcht vor der protestantischen Konkurrenz die treibenden Kräfte für des Zentrums sozialpolitische Betätigung waren. Die gewaltige Leistung auf sozialpolitischem Gebiet kann ruhig der alte Staat als seinen Erfolg buchen, der *ohne Zentrum* 1883, 84 und 89 die drei großen, grundlegenden Arbeiterversicherungsgesetze durchgeführt hat.

Dies zu erweisen, müssen wir der ultramontanen Sozialpolitik im einzelnen nachgehen und sie auf ihre innersten Beweggründe untersuchen. Sind es etwa altruistische Motive für das Zentrum, wenn Trimborn auf dem Katholikentag 1890 sagte:

„Wieviele gibt es denn heutzutage, Gott sei es geklagt, die nicht mehr in die Kirche gehen und ohne jegliche Verbindung mit der Geistlichkeit sind! Zu diesen Schichten müssen Brücken geschlagen werden, an sie muß der kirchliche Einfluß gewissermaßen *indirekt und auf Umwegen* herangebracht werden, wenn sie dem Christentum und der Kirche zurückgewonnen und erhalten bleiben sollen. Die Brücke zu diesen Schichten, *das Mittel, sie zu gewinnen*, ist die Tätigkeit, *das Wirken für das wirtschaftliche und soziale Wohl dieser Klassen*."

Ebenso dachte Peter Spahn 1891, als er sagte: „Wir wollen und müssen die Arbeiter, die großen Massen für *unsere* Zwecke gewinnen, und das können wir nur dadurch, daß man sie moralisch und materiell unterstützt."

Wie diese moralische und materielle Unterstützung aussieht, darüber in einem späteren Kapitel, jedenfalls hatte es absolut keine Berechtigung, wenn der Zentrumsabgeordnete Marx im Jahre 1908 die katholische Kirche als die „*einzige Macht*" gepriesen hat, die imstande sei, die Gesellschaft vor dem drohenden Umsturz zu retten." Denn wenn diese Kirche ruhig zusieht, wie ihre politische Vertretung ein solch enges Bündnis mit der Umsturzpartei eingeht, wie es schon

immer und besonders 1907 zutage getreten ist, dann muß das Vertrauen zu ihr als Retterin vor dem Umsturz einen gewaltigen Stoß erleiden. Ebensowenig berechtigt ist die Behauptung Windthorsts (1883), „daß die Katholiken es gewesen sind, welche das Banner der sozialen Reform zuerst entfaltet und mit mutiger Hand weiter getragen haben," welche Behauptung sich vornehmlich an die Person des Bischof Ketteler knüpfte, der an der „Spitze der ganzen sozialen Bewegung unserer Zeit stehe". (Dr. Barth, Katholikentag 1904.) Ketteler hat wohl 1848 auf dem ersten Katholikentag „die Aufmerksamkeit auf die soziale Frage hingelenkt", aber in welcher Weise, das mögen ein paar Stichproben aus seiner Rede erkennen lassen: „Lassen Sie uns zeigen die Kraft unserer Kirche! — Die Schwierigkeit, die Größe, die Dringlichkeit dieser Aufgabe (der sozialen Frage) erfüllt mich mit der größten Freude. Nicht die Not freut mich, die ich in Wahrheit im tiefsten Herzen mitfühle, nicht das Elend meiner Brüder, — nein, sondern daß es sich jetzt zeigen wird und zeigen muß, welche Kirche die Kraft der göttlichen Wahrheit in sich trage. — Der Staat, mag er Bestimmungen treffen, welche er will, hat nicht die Kraft, die soziale Frage zu lösen. Es wird sich zeigen, daß der katholischen Kirche die endliche Lösung der sozialen Frage vorbehalten ist."

Also auf deutsch: Der Staat ist unfähig der Lösung der sozialen Frage, das Monopol darüber hat nur die katholische Kirche, darum muß der Protestantismus überflügelt werden. So lauteten die „Anregungen" des Bischofs Ketteler, die zwar vorausjagenden Sinn haben, aber bei weitem nicht in Erfüllung gegangen sind. Die soziale Frage im eigentlichen Sinne hat Ketteler weder angeschnitten noch gelöst. Trotzdem wird Ketteler als der eigentliche Pfadfinder in der Sozialpolitik gefeiert, er, der durch seine Schriften sich zwar die Zuneigung Lassalles errungen hat, aber als Feind des neuen Deutschen Reiches am Sedanstage das Glockenläuten in seiner Diözese verboten hat, aus welchem Anlaß deutsches Nationalempfinden von ultramontaner Seite durch das Spottwort vom „Heiligen St. Sedan" verletzt wurde. Als besonderes typisches Beispiel, wie die Zentrumsmassen beeinflußt werden, und wie man ihnen die „ultramontane Meinung" suggeriert, sei hier ein Teil des Lobeshymnus der „Lothringer Volksstimme" (Nr. 162 v. 1911) für Ketteler angeführt anläßlich des Katholikentages in Mainz 1911:

„So taucht heute das Bild dieses gewaltigen Mannes vor unserem geistigen Auge auf, ein Judas Makkabäus, der mit genialem Geiste den Feldzugsplan entwirft, den heidnisch-liberalen Geist niederzuringen. Sein Schwert ist seine glühende Beredsamkeit, seine gewandte Feder, diktiert von einem schöpferischen, weitschauenden Geiste, für den 50 Jahre sind eine weltgeschichtliche Stunde. Ketteler überragt an Erfolgen weit Bismarck. Dieser hat mit des Schwertes Schärfe die deutschen Stämme geeint, jener hat dem deutschen Katholizismus in dem auf christlicher Grundlage ruhenden Streben, allgemeine irdische

Volkswohlfahrt zu schaffen, ein erhabenes praktisch-soziales Einigungsmoment gegeben und hat die Formel gefunden, alle christlichen Elemente nach diesem hohen Ziele hinzuleiten. Bismarck ein Vertreter der Nützlichkeitstheorie, gestützt auf den Knauf des Säbels, Ketteler ein Idealist, gestützt auf die ewigen Prinzipien der Wahrheit und Gerechtigkeit. Da, wo beide sich messen — im Kulturkampf und in der Sozialreform — ist Bismarck der Geschlagene, Ketteler aber, der schon bei den ersten Stürmen fällt, der Sieger."

Was liegt da näher, als daß der Leser voll tiefer Ehrfurcht zu diesem großen Mann aufschaut und Bismarck als ganz unfähigen Stümper betrachtet? Hier haben wir ein klassisches Beispiel ultramontaner Verdrehung und Geschichtsfälschung. Wer die soziale Frage überhaupt praktisch in Angriff genommen hat, das war Bismarck, und die Ultramontanen haben lange nach ihm erst angefangen, sich praktisch dafür zu interessieren. Freilich wenn ultramontan gleich sozial ist, dann sind sie natürlich die ersten gewesen.

Wer sich jedoch noch nicht überzeugen läßt von des Bischofs Ketteler sozialpolitischer Bedeutung, für den hält das Zentrum gleich noch einen anderen Mann in Reserve, um die „sozialpolitische Priorität" zu erweisen, den Abgeordneten Grafen Galen, der am 19. März 1877 im Reichstag seinen berühmten Antrag stellte, den das Zentrum gern den ersten sozialpolitischen nennt.

Daß dies ganz unberechtigt ist, beweist die Tatsache, daß schon 1866 Bismarck mit dem Gelehrten Eugen Dühring in Verbindung trat und diesen zu einer Denkschrift über Maßregeln zugunsten der Arbeiter aufforderte. 1871 wurde dem Reichstag das Haftpflichtgesetz vorgelegt, das die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für Arbeiter bei Betriebsunfällen aussprach und in demselben Jahr noch Gesetzeskraft erlangte. In dem gleichen Jahr nahm der Reichstag drei Resolutionen an, in denen der Reichskanzler ersucht wurde: „in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches Normativbedingungen für die Errichtung von Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen für Gesellen usw. anordnet und die Beitragspflicht der selbständigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber regelt; Erhebungen über die Grundlagen eines auf gegenseitiger Versicherung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Beamten und Arbeiter gegen Körperverletzung und Tötung im Berufe beruhenden Gesetzes zu veranstalten." 1874 brachte die Regierung eine Vorlage ein, welche eine Neuauflage zur Gewerbeordnung darstellte. 1876 wurde Bismarcks Entwurf über eingeschriebene Hilfskassen, eine einheitliche Neuordnung im Krankenkassenwesen auf Grundlage der Gegenseitigkeit Gesetz. Erst 1877 erschien Galen mit seinem Antrag auf der Bildfläche. Er war aber nicht nur nicht der erste, sondern er war von einer inhaltlichen Bedeutungslosigkeit, da er voll philosophisch-christlichen Darlegungen, ohne jegliche praktische Anregung und ohne neue, richtunggebende Gedanken war. Gesetzgeber, Regierung und Parteien konnten mit ihm nichts anfangen, da ein praktischer Weg, auf dem die Ziele verwirklicht

werden sollten, nicht beigefügt war. In diesem Sinne bewegte sich auch die Aussprache damals über den Antrag.

Die Ultramontanen haben gar keine Veranlassung, sich ihrer sozialpolitischen Erfolge zu brüsten, denn ihre Zurückhaltung, Verständnis- und Interesselosigkeit in sozialen Dingen war, obwohl Ketteler schon 1848 den „Anstoß zur modernen Sozialpolitik" gegeben hatte, so groß, daß es noch volle 21 Jahre dauerte, bis die Katholikentage einen „ständigen Ausschuß für die Vorbereitung sozialer Anträge" einsetzten (1869). Dabei wird wiederum nicht bestritten, daß sowohl die katholische Kirche wie das Zentrum nie Mangel an Priestern und Laien gehabt hat, die mit Hingebung sich sozial betätigten. Aber trotzdem hatte man in breiten ultramontanen Kreisen die tiefeinschneidende (nationale) Bedeutung der sozialen Frage noch nicht erkannt, so daß noch 1881 der damalige Domkapitular Moufang feststellen mußte: „Die Lösung der sozialen Frage ist eine äußerst schwierige Sache; ebenso aber nur nicht ganz so schwer, ist das Präsidium des sozialen Ausschusses, wenn man nämlich Sitzungen halten will und hat keine Teilnehmer. Ich mußte die Sitzungen mehrmals vertagen, bis die Herren nachher so freundlich waren, zu kommen."

Wie man sieht, die ultramontane Gesinnung scheint doch nicht ganz identisch mit sozialer Gesinnung zu sein. Damals aber hatte Bismarck mit seinem Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes sein soziales Werk längst begonnen. Sieben Jahre später, als das dritte grundlegende Arbeiterversicherungsgesetz in Kraft trat, scheint in ultramontanen Kreisen das soziale Interesse noch nicht viel lebendiger geworden zu sein. Wenigstens klagte der Zentrumsabgeordnete Hitze damals:

„Unsere katholische Presse ist so arm an Artikeln über die soziale Frage, immer sind es dieselben Männer, die schreiben müssen, dieselben, die den Ruf erheben und die schon mit Arbeit überlastet sind." Der stenographische Bericht des Katholikentages verzeichnet hier ein „Sehr wahr!"

Die Gleichgültigkeit ultramontaner Kreise ging sogar soweit, daß die Verleger und Schriftleiter der einzigen damals existierenden katholisch-sozialen Blätter („Die soziale Frage im Lichte des Christentums", Amberg, und „Christlich-soziale Blätter", Aachen) einstimmig über Mangel an Beteiligung klagten und bei gleichbleibenden Umständen das Erscheinen einstellen zu müssen versicherten.

Aber nicht genug! In katholischen Fabrikantenkreisen brauchte man sogar protestantische Vorbilder sozialer Fürsorge. Im Jahre 1879 wurde ein Verband katholischer Fabrikanten und Arbeiterfreunde „Arbeiterwohl" ins Leben gerufen, um „die Arbeitgeber und Arbeiterfreunde des ganzen katholischen Deutschland in sich zu vereinigen". Dieser Verband „Arbeiterwohl" zählte nach neun Jahren, obwohl Windthorst für ihn rührig die Werbetrommel rührte, einschließlich der Geistlichen 600 Mitglieder!! Über diesen Verband machte auf dem Katholikentag 1881 Domkapitular Moufang folgende Mitteilungen:

„Die Fabrikherren von Ober-Elsaß haben auf der großen Ausstellung von Paris im Jahre 1867 eine Denkschrift drucken lassen, worin sie alles kurz aufzählen, was sie aus Privatmitteln zum Wohle ihrer Arbeiter getan haben. Sie behandelt in ungefähr 16 Kapiteln: Kirchenbauten, großartige Anstalten für Erziehung und Unterricht, Arbeiterwohnungen, Assekuranzen nach allen möglichen Richtungen, Zufluchtstätten für junge Mädchen, wohlfeile Anschaffung von gesunden Lebensmitteln, von Kleidern und Haushaltungsgegenständen, Bade- und Waschanstalten, Vorsichtsmaßregeln gegen Unglücksfälle, Vereine für gegenseitige Hilfe, Sparkassen, Abzugskassen, Unterstützung von Wöchnerinnen usw. Dort sind größtenteils protestantische Fabrikherren, aber ihr humaner Sinn hat sie dahin geführt, und zwar zu ihrem eigenen Vorteil, indem sie dadurch gesunde, treue und anhängliche Arbeiter und Arbeiterfamilien, eine tüchtige und ergebene Arbeiterbevölkerung erzogen haben, weil sie es möglich machten, daß die Leute dort ihr Auskommen und ihr freundliches Heim haben, und deswegen auch mit ihrer Lage zufrieden sind. Die Arbeiterbevölkerung ist größtenteils katholisch, darum die Kirchenbauten; die Herren waren einsichtsvoll und tolerant genug, zu sagen: Das will, das braucht der Mann, das braucht die Familie, darum müssen wir auch hierfür sorgen. In der jüngsten Zeit ist nun durch Industrielle am Niederrhein der Gedanke gefaßt worden, daß sich die Fabrikherren nicht nur in ähnlicher Weise, wie die in Ober-Elsaß, sondern in noch energischerer Art, wenn auch vielleicht nicht mit Aufwendung so großer Geldmittel, der Arbeiter annehmen müssen. Es ist ein Verein ins Leben gerufen worden, der sich den Namen gibt „Das Arbeiterwohl". Der Verein des Arbeiterwohles besteht aus Fabrikherren, und zwar aus solchen, die katholisch sind, und auch aus sonstigen Freunden der Arbeiter."

Man braucht dieser Erklärung nichts beizufügen, beleuchtet und widerlegt sie doch die pharisäerhafte ultramontane Anschauung, daß es nur eine Art wahrhafter sozialer Betätigung gäbe, nämlich die ultramontane.

Ein paar Schlaglichter zu diesem Thema aus neuester Zeit! In der „Christlichen Freiheit" (Nr. 41 vom 10. 10. 20) war folgender bezeichnender Fall zu lesen:

„Ausgerechnet in holländischen Zeitungen leistet sich ein Berliner katholischer Pfarrer, Theodor Grabe, folgende Kirchenverhetzung und Verleumdung, die auch in katholischen Kreisen peinlichst berühren wird. Wir möchten wissen, was z. B. die „Deutsche Katholikenzeitung" dazu sagt:

„In Berlin und seinen Vorstädten werden jährlich 3000 uneheliche Kinder von katholischen Müttern geboren. Viele von diesen sterben; von den Überlebenden wird ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz in katholischen Waisenhäusern oder bei katholischen Pflegeeltern untergebracht. Weitaus der größere Teil, und das sind wohl 2000 dieser

armen Wesen, kommen in die Hände von protestantischen Pflegeeltern oder in protestantische Waisenhäuser. Sie werden natürlich protestantisch erzogen. Das will leider in vielen Fällen sagen, daß sie in Unglauben und Sozialismus erzogen werden. Auf diese Weise gehen jährlich zahllose unschuldige Kinderseelen der Kirche verloren."

Das also ist der pfarramtliche Dank an die protestantischen Plegeeltern und Waisenhäuser, daß sie bei dem beschämenden Versagen der Katholiken sich der armen katholischen unehelichen Kinder annehmen."

Soweit die „Christliche Freiheit". In Nr. 50 vom 6. November 1920 nahm nun die „Deutsche Katholikenzeitung" zu diesem Fall Stellung, anerkannte die Richtigkeit des Gesagten, allein es will ihr „scheinen, daß nach Wortlaut und Absicht eine konfessionelle Verhetzung hier nicht vorliegt". Indes sie steckt den verdienten Hieb von dem beschämenden Versagen der Katholiken ruhig ein und ermahnt ihre Leser: „Wir möchten daran die Bitte an die Katholiken schließen, ihrerseits die katholische Diasporahilfe des Bonifatiusvereins mit allen Kräften zu unterstützen. Solange dies nicht der Fall ist, müssen wir den Protestanten immer noch Dank wissen für ihre Fürsorge, obwohl es richtiger wäre, diese Kinder auch katholischer Erziehung zuzuführen."

Ein ganz besonders typischer Fall ultramontanen sozialen Empfindens fand sich in Nr. 109 vom 19. Dezember 1920 des „Völkischen Beobachters". Unter dem Titel: „Die Not der kirchlichen Angestellten" hieß es hier u. a.:

„Nicht leicht eine Kategorie von Angestellten ist in letzter Zeit bei den leider notwendig gewordenen Lohnbewegungen so unberücksichtigt geblieben, wie die Kirchenangestellten. Man sollte es ja nicht glauben, aber es ist so. Auch diese können nicht von Versprechungen leben, die nicht gehalten werden. Darum ist es nicht zu verwundern, wenn den Kirchenangestellten allmählich der Geduldsfaden reißt und sie mit allem Nachdruck ihre Rechte fordern. Daß sie dabei auf kein oder nur wenig Verständnis bei den Münchener Kirchenverwaltungen stoßen, daß ihre Verhandlungen immer wieder hinausgezogen wurden, daß die von den Kirchenverwaltungen gewählte Lohnkommission es einfach „vorerst" ablehnt, mit den Angestellten zu verhandeln, daß dadurch die Kirchenangestellten sich gezwungen sehen, die Staatsaufsicht anzurufen und die Regierung von Oberbayern mit der Bitte um Eingreifen anzugehen, nachdem vor dem Schlichtungsausschuß kein Resultat erzielt worden war, ist überaus bezeichnend. In der Versammlung kam deutlich zum Ausdruck, daß die Kirchenangestelltenorganisation nunmehr jede Verantwortung ablehnt, schon weil sie jederzeit bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, nur um wenigstens einigermaßen der Zeit gemäß abgefunden zu werden. Was hier von seiten der Kirchenverwaltungen getrieben wurde, ist nicht mehr und nicht weniger als Ausbeutung der Arbeits-, Lebens- und Nervenkraft der Angestell-

ten, die ebensogut wie andere Arbeiter ein Anrecht darauf haben, menschlich zu leben. Die Stellungnahme einzelner Geistlicher zu den Lohnforderungen, wie sie teilweise zur Verlesung kamen, spricht ganz für sich. In einem der Schreiben heißt es, „daß Landkirchen mit ihrem knappen Vermögen solche Torheiten (!) nicht mitmachen können. Das ist Blutsaugerei gemeinster Art". Und Pfarrer Karl Elser (Kirchenverwaltung Hertshausen bei Aichach) schreibt: „Womit nun zahlen? Natürlich mit Kirchenumlagen, sagen Sie: Wissen Sie nicht, daß unsere Bevölkerung durch die nunmehr beginnende Steuererhebung ausgesaugt wird bis aufs Blut? Unsere Bauern können es nicht machen wie jene pflichtvergessenen Arbeiter, welche zwar das Maul aufreißen und das Reich regieren wollen, um die Steuer zu sabotieren." So denkt man in Kreisen der geistlichen Herren, die den Angestellten Radikalismus vorwerfen und behaupten: „Die christlichen Gewerkschaften sind genau so schlimm wie die roten." Mit Recht machte demgegenüber einer der Redner geltend, „daß die Geistlichen sich selbst nicht geschämt haben, vom Staat 75 Prozent Gehaltszulage zu nehmen". Die Untergebenen aber den Zeitverhältnissen gemäß abzufinden, weigert man sich. Es wurde darum mit Recht auf die grundlegende Enzyklika Leos XIII. hingewiesen, sowie auf die volkswirtschaftlichen Predigten des Herrn Erzbischofs Dr. Faulhaber, die dank dem Gebaren der Geistlichen leider Theorien geblieben seien. Aber wenn man schon solche Theorien vertrete, dann müsse man auch den Mut haben, sie praktisch zu verwerten. Mit 400—500 Mark monatlich kann heute niemand mehr mit seiner Familie leben. Es wurde auch der Fall angeführt, daß ein Pfarrer erklärte, sein Mesner bekomme doch 12 000 Mark Gehalt; als man aber den Mesner fragte, stellte sich heraus, daß davon mindestens 5000 Mark für kirchliche Zwecke abgehen; so sei es aber fast durchweg. Die Kirchenverwaltung scheue sich vor allem, ein Rechtsverhältnis in der Anstellung festzulegen. 40 bis 50 Kirchenverwaltungen seien ihren Versicherungspflichten nicht nachgekommen und seien deshalb strafbar."

Man braucht dem wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

Wie man heute auf Zentrumsseite für die Arbeiterinteressen sorgt, geht, auch aus einem Aufsatz eines Arbeitersekretärs Barkay (Bielefeld) hervor, der im „Deutschen Kurier" (Nr. 295 vom 15. 12. 20) schreibt:

„Ich habe in meiner früheren Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär Gelegenheit gehabt, das Verständnis für Arbeiterinteressen sowohl in Kreisen der früheren Konservativen wie auch in den Kreisen von Zentrumsarbeitgebern zu beobachten. Im vergangenen Jahre habe ich eine ganze Reihe von Tarifverträgen mit früheren konservativen Gutsbesitzern und Bauern Brandenburgs abgeschlossen. Wir sind verhältnismäßig leicht mit diesen Leuten zu anständigen Tarifverträgen gekommen. Die schwersten Kämpfe für die Arbeiterrechte und Tarifverträge hatten wir in den ausge-

sprochen katholischen Kreisen meines früheren Bezirks auszutragen. Strikte Ablehnung, schärfste Kampfansage, das war die Antwort, die wir von dem Kreisbauernverein, der unter der Führung eines extremen zentrümlichen katholischen Pfarrers stand, erhielten."

Doch genug des grausamen Spiels!

Kehren wir nun zurück zum Zentrum und untersuchen wir dessen sozialpolitische Leistungen im Reichstag des näheren. Hat vorher das Zentrum alles Nationale niedergestimmt, so muß es doch, müßte man annehmen, bei seinem so vielgerühmten sozialem Interesse und bei dem stark entwickelten sozialen Gefühl, das den Ultramontanen innewohnt, mit ganzer Kraft in die deutsche Sozialgesetzgebung eingegriffen haben. Aber hier kam wieder der ultramontane Größenwahn zum Vorschein, der nur eine ultramontane soziale Gesetzgebung als berechtigt anerkennt.

Im Jahre 1881 ging dem Reichstag bekanntlich der erste Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes zu, der mit dem heute geltenden allerdings wenig Ähnlichkeit hatte. Partikularistische Tendenzen waren damals im Zentrum maßgebend, so daß es unter Verständigung mit den Konservativen der vorgeschlagenen Reichsversicherungsanstalt sich widersetzte, und dafür Landesversicherungsämter unter Beseitigung des Reichszuschusses und unter Ausschluß der Privatversicherungsämter in Vorschlag gebracht wurden. Noch in dritter Lesung suchten die Nationalliberalen das Reichsversicherungsamt zu retten, aber das Zentrum bestand auf seinem Willen und so überließ ihm die nationalliberale Partei die Verantwortung und stimmte gegen das Gesetz. (Vergl. Paul Zimmermann: „Das Zentrum.") So „half" das Zentrum dem ersten sozialen Versicherungsgesetze „zur Annahme" nach dessen völliger Mißstaltung, jedoch mit dem Erfolge, daß der Bundesrat die Vorlage ablehnte.

Aber Bismarck gab nicht nach. In der neuen Vorlage war der Gedanke der Reichsversicherungsanstalt preisgegeben, aber anstatt der gewünschten Landesversicherungsämter erschien die Berufsgenossenschaft der Unternehmer, auch die Forderung von Reichszuschüssen war beibehalten worden. Aber auch dieser Entwurf mußte dank des Eigensinns des Zentrums aus der Kommission zurückgezogen werden. Erst ein dritter Entwurf gelangte 1884 diesmal unter Zustimmung des Zentrums zur Annahme.

Im Jahre 1889 kam das Alters- und Invaliditätsgesetz. Am 6. Dezember 1888 kam der Entwurf an den Reichstag, vier Tage später an die Kommission. Schon bei den Kommissionsberatungen machte das Zentrum erhebliche Schwierigkeiten und bei den Schlußabstimmungen im Mai 1889 stimmte die Mehrheit des Zentrums gegen und nur 13 Mitglieder für das Gesetz. Diese 13 „bösen" Außenseiter haben das Gesetz noch glücklich zur Annahme gebracht!

Aus welchem Grund hat nun die Zentrumsmehrheit abgelehnt? Wenn schon immer die Politik des Zentrums nur verkappte Kirchenpolitik war, so mußte es auch hier so sein. Und glücklich

im Juliheft 1912 der „Stimmen aus Maria-Laach“ wird das Rätsel enthüllt. Darin veröffentlicht der Jesuit Pfülf einen Brief Windthorsts, in dem folgende Stellen vorkommen:

„Die Hauptarbeit der letzten Session war die Durcharbeitung des Alters- und Invalidenversorgungsgesetzes für die Arbeiter. Dasselbe ist nur zur Annahme gelangt, weil 13 Mitglieder abweichend von der großen Majorität für das Gesetz stimmten. Ich halte das Gesetz für unheilvoll“. Als Grund für seine Ansicht gibt Windthorst an, „daß die Stellung der Kirche gegenüber den Arbeitern und der Einfluß der Kirche auf diese dadurch wesentlich geändert werde ... Auf diese Seite des Gesetzes muß ich wiederholt aufmerksam machen; die Kirche wird ihre Sorge für die arbeitende Bevölkerung zu verdoppeln haben, wenn sie ihren Einfluß auf dieselben nicht ganz auf den Staat übergehen lassen will.“

Da haben wir's wieder, so deutlich, wie man es sich nur wünschen kann. Der Staat, der böse Konkurrent, darf seine „ketzerische“ Sozialpolitik nicht weitertreiben, weil er eben dem Ultramontanismus Konkurrenz macht und dessen Nimbus schädigt. Sozialpolitik ist eben das Monopol der ultramontanen Herrschaften, sie allein haben die „göttliche Mission“, den Arbeitern zu helfen. Aber wie wenig Zutrauen und Überzeugung zur eigenen Sache spricht aus dieser Angst vor der Konkurrenz des Staates! Diese Angst Windthorsts spricht Bände! Nach all dem kann aber kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Arbeiterschaft sich mit den papierenen Enzykliken begnügen müßte und noch heute auf die vorbildliche soziale, staatliche Gesetzgebung, für die Bismarck den Grundstein legte, warten müßte, wenn das Zentrum alles zu entscheiden gehabt hätte.

Aus der Debatte, in der das Zentrum seine ganze Macht aufbot, um das Alters- und Invalidenversorgungsgesetz zu Fall zu bringen, müssen noch einige besonders bezeichnende Momente festgehalten werden. Auf den „sozialen“ Vorschlag Hertlings, der damals beantragte, das Gesetz nur auf die Arbeiter der Großindustrie zu beschränken und den anderen Industriearbeitern dessen Segnung nicht zuteil werden zu lassen, sei nur nebenbei hingewiesen. Man sieht hier die zielbewußten, verzweifelten Abbröckelungsversuche von dem Gesetz zur Stärkung der ultramontanen Sache! Besonders kennzeichnend waren die Ausführungen des Abgeordneten Orterer über die Stellung des Zentrums zum Gesetz, bei dessen Beratung ein kleines Häuflein Zentrumsabgeordneter unter Reichenspergers Führung Windthorst die Gefolgschaft versagte. Orterer meinte, es dürfe Reichensperger schwer fallen, mit seinen in Kirchen- und Schulfragen so konsequent festgehaltenen Ansichten die von ihm anläßlich dieses Gesetzes vertretenen zu vereinigen, daß der Staat der organisierte Verband des Volkes zur Pflege aller geistigen und körperlichen Güter sei. Er (Orterer) versichere, daß das Zentrum zu einer werktätigen Abhilfe der bestehenden Not bereit sei, aber in einem anderen Tempo und auf anderen Wegen.

Auch Windthorst suchte den aus der Rolle gefallenen Reichensperger bei der Stange zu halten. Reichensperger habe die Staatsomnipotenz in einer Weise proklamiert, die das Zentrum nie anerkennen könne und die auch Reichensperger selbst nie anerkannt habe. Nach Reichensperger soll der Staat auch die materiellen und geistigen Güter des Volkes schützen, aber er habe doch die anderen Faktoren, die diesen Schutz auch auszuüben hätten, nicht ausschließen wollen oder können. Wenn wir diesem Gesetz zustimmen, haben wir in mindestens 10 Jahren das Tabakmonopol, dadurch werde die Staatsmacht immer mehr gehoben. (sic!) Aber verlorene Liebesmüh! Reichensperger und seine Genossen ließen sich diesmal nicht einspinnen. Diese 13 gaben den Ausschlag an dem Zünglein der Wage. Insofern nur „verdankt" die Arbeiterschaft dem Zentrum die Alters- und Invalidenversicherung. Aber es ist echt ultramontan-jesuitische Schaumschlägerei, wenn heute das Zentrum sich ein Verdienst an diesem segensreichen Gesetz zuschreiben will. Während man auf der einen Seite im Zentrum klar zu erkennen gab, warum man das Gesetz ablehnte, sekundierte man auf der anderen Seite mit Verschleierung, indem man vorgab, deswegen gegen den Entwurf zu stimmen, weil die zeitweilige und teilweise Invalidität im Gesetz nicht berücksichtigt, und weil auch die Witwen- und Waisenversicherung nicht einbezogen war. (Diese kam bekanntlich erst in der Reichsversicherungsordnung von 1911 zustande!) Auf dem Katholikentage 1898 hat Gröber vorgegeben, seine Partei habe die Invaliditäts- und Altersversicherung deshalb abgelehnt, weil sie den Reichszuschuß als eine sozialistische Einrichtung nicht annehmen konnte. Da muß man nun doch fragen, seit wann hat denn die schwarze Partei einen solchen Abscheu vor dem Marxismus? Von dem liebevollen Zusammenarbeiten der beiden Parteien soll später noch eingehend die Rede sein.

Erst vom Jahre 1890 ab begann sich das soziale Interesse auf ultramontaner Seite lebhafter zu entwickeln. Im Februar gab dazu die Botschaft des jungen Kaisers Wilhelm II. den ersten Anstoß. Im September 1890 wurde der katholische Volksverein in Mainz gegründet, jene Massenorganisation, durch welche des Zentrums Kräfte gespeist werden. Als nun gar ein Jahr nach der Februar-Botschaft des Kaisers Papst Leo XIII. mit seiner „Arbeiter-Enzyklika" „Rerum novarum" (15. 5. 91) kam, in der das Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiter gnädigst „zugelassen" wurde, da begann man im ultramontanen Lager langsam zu erwachen und sich zu rühren. Auch diese Enzyklika spricht davon, daß „ohne Hilfe der Kirche die anderen Mittel wirkungslos bleiben würden". Daß diese Enzyklika wieder entsprechend ausgebeutet und für die Allzuvielen ausgeschlachtet wurde, war nicht anders zu erwarten.

„Heute in der allgemeinen Ratlosigkeit," so rief 1893 ein Katholikentagsredner aus, „haben sich die Blicke der Sozialreformer Europas und der ganzen gebildeten Welt hilfesuchend nach Rom gerichtet, und der Statthalter Christi kam ihnen zu Hilfe. In seiner

Enzyklika „Rerum novarum" weist er uns Katholiken umfassend und erschöpfend die Wege, um aus der sozialen Bedrängnis einen Ausweg zu finden. In ihr hat er uns ein Werk gegeben, das erste, welches wir als ebenbürtig der „Arbeiter-Bibel" von Karl Marx entgegenstellen können."

Welche Demagogie liegt in diesen Worten! Von den sozialen Botschaften der beiden Kaiser (November 1881 und Februar 1891), von den grundlegenden Gesetzen über die Krankenversicherung von 1883, über die Unfallversicherung von 1884 und die Alters- und Invaliditätsversicherung hören wir kein Wort! Hilfesuchend wenden sich die Sozialreformer nach — Rom! Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens; in Tat und Wahrheit wurde die deutsche Sozialgesetzgebung als richtunggebend und vorbildlich von den Sozialreformern Europas bewundert. Nicht nach Rom richteten sie ihre Blicke, sondern nach Deutschland!

Daß aber die deutsche Sozialgesetzgebung vornehmlich dem Staat, nicht der katholischen Kirche und nicht dem Zentrum zu danken war, daß infolgedessen die Gefahr vorhanden war, daß die Arbeiterschaft, soweit sie noch nicht auf dem marxistischen Leim saß, ihre Sympathien mehr dem Staat, dem sie so viel verdankte, zuwenden würde, darüber konnte man auch in Rom die Augen nicht verschließen. Darum galt es ein Mittel zu finden, um jener Entwicklung Einhalt zu gebieten und die Arbeiterschaft bei der Stange zu halten; da Rom in solchen Mitteln nicht wählerisch ist und von seiner Macht ausgiebigen Gebrauch macht, ohne auf irgend welche nationalen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, so war es kein Wunder, daß der Papst in die deutsche Gewerkschaftsbewegung eingriff, um sich seinen Einfluß zu sichern. Zwar hat dies Leo XIII. seinem Nachfolger Pius X. vorbehalten, der dann auch am 24. September 1912 mit seiner Enzyklika „Singulari quadam" den entscheidenden Schritt unternahm. Es würde hier zu weit führen, auf die Gewerkschafts-Enzyklika selbst und auf ihre Vorgeschichte einzugehen. Hier soll nur ihre Wirkung auf die „christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaften", gegen die sie ja gerichtet war, klar gelegt werden.

Das Ungeheuerlichste an dieser Enzyklika ist, daß katholische Arbeiter nur unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Verhältnissen den „christlichen Gewerkschaften" beitreten dürfen. Wegen der „Gefahren für die Reinheit ihres Glaubens" sollen Katholiken nicht in jene interkonfessionellen Organisationen eintreten, „die das Gebiet der Sittlichkeit und der Religion direkt oder indirekt berühren", und diese Vereinigungen sollen auch nicht verbreitet und gefördert werden. Doch steht es den Katholiken zu, „zur Erstrebung besserer Lebensverhältnisse für den Arbeiter, billigerer Bedingungen für Lohn und Arbeit oder zum Zwecke anderer berechtigter Vorteile gemeinschaftlich mit Nichtkatholiken, unter Anwendung von Vorsicht, für ihre gemeinsamen Interessen zu arbeiten." Die Duldung der Katholiken in den gemischten Vereinigungen kann bestehen, „solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig oder

zulässig zu sein. Dabei müssen jedoch geeignete Vorsichtsmaßregeln zur Fernhaltung der Gefahren angewendet werden." Eine der Hauptvorsichtsmaßregeln ist nun, daß die katholischen Arbeiter womöglich auch noch katholischen Arbeitervereinen angehören. Sodann aber, und das ist das Ungeheuerlichste, das die Enzyklika bietet, werden die „Christlichen Gewerkschaften" unter bischöfliche Aufsicht gestellt: „Ferner ist es notwendig, daß die Gewerkschaften, damit sie so sind, daß Katholiken ihnen beitreten können, von allem sich fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche wie der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht im Einklang steht; ebenso ist alles in Schriften oder Reden oder Handlungen zu meiden, was aus diesem Gesichtspunkt tadelnswert ist. Darum mögen die Bischöfe es als ihre heilige Pflicht ansehen, sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden erwächst."

Soweit die Enzyklika. Damit griff also Pius X. in ganz rücksichtsloser Weise in sozialorganisatorische Fragen Deutschlands ein, und zwar an ihrer empfindlichsten Stelle. Nur auf Bitten einzelner Bischöfe wurden die Gewerkschaften geduldet. Ein Keil wurde in diese nationale Gemeinschaft getrieben, neue Zersplitterung hervorzurufen versucht, ja man beschimpfte damit die Protestanten in übelster Weise, indem den Katholiken Quarantäne gegen Einschleppung protestantischer Seuchenstoffe zur Gewissenspflicht gemacht wird. Die Bedeutung der Enzyklika als Sprengmittel einer deutschen Organisation wächst noch durch die Tatsache, daß die „christlichen Gewerkschaften" das einzige wirksame Gegengewicht gegen die antinationale Sozialdemokratie bildeten, das nur als geschlossenes Ganzes seine Aufgabe zu erfüllen imstande war. Durch den Eingriff des Papstes wurde der nationale, der Geist der völkischen Gemeinschaft zu vernichten versucht, indem die Gewerkschaft in zwei Teile zu spalten versucht wurde. Und darin lag die große Gefahr. Bei der Zersplitterungssucht der Deutschen mußte man froh sein, wenn sich zwei Konfessionen in einer Vereinigung friedlich zusammenfinden, um an den gemeinsamen nationalen Aufgaben zu arbeiten. Ultramontaner Größenwahn ist aber es immer wieder, der mit Absicht diesen Frieden stört und dazu beiträgt, daß unser Volk innerlich nicht zur Ruhe kommt. Die unselige konfessionelle Spaltung[1] soll nie überbrückt, wohl aber immer mehr vertieft werden!

[1] Ein typisches Beispiel dafür ist auch der folgende Bericht der deutsch-evangelischen Korrespondenz:

„Wer die Beilage der „Germania", „Industrie- und Handelszeitung" Nr. 501 vom 16. September 1922 gelesen hat, wird dies wohl mit ernstem Kopfschütteln getan haben. Wird doch da von einer katholischen Messe berichtet, nicht etwa im liturgischen Sinne, sondern in regelrecht kaufmännischer Bedeutung, mit der Darbietung katholischer Quelle entstammender Schuhwaren, Spitzenwäsche, Damenhüte, Seidenbänder, Regenschirme usw. Die Messe ist veranstaltet vom Wirtschaftsdienst des katholischen kaufmännischen Vereins in Berlin. Es wird beteuert, diese

Dasselbe Schauspiel haben wir wenige Jahre später. Einträchtig marschierten Katholiken und Protestanten gegen den gemeinsamen äußeren Feind, bis es Rom wieder gefällt, neue Zwietracht in die Reihen zu säen, indem es durch das neue Ehegesetz von 1918 der nichtkatholisch eingesegneten Mischehe den Stempel des Konkubinats aufdrückte.

Es ist ein reiner Hohn, wenn man den Burgfrieden predigt und sich zugleich von Andersgläubigen absondert. Daß diese religiöse Absonderung nicht aufhört, daß ein Volksteil sich vom anderen hermetisch abschließt, um nicht „infiziert", zu werden, daß Konfessionen nicht ohne aneinander Anstoß zu nehmen, nebeneinander und miteinander leben können, daß nicht die Stimme des Blutes alle Glaubensgegensätze überbrückt, ist ein schlagender Beweis dafür, daß es Verräter unter uns hat, die aus der Uneinigkeit und Zersplitterung unseres Volkes ihre Gewinne ziehen. Religiöse Absonderung ist ein Verbrechen an unserem Volk, weil dadurch das Volk mit Absicht in zwei Teile zerlegt wird, die sich trotz aller Phrasen feindlich gegenüber stehen und bekämpfen.

Wir möchten dieses Kapitel mit einer außerordentlich bezeichnenden Auslassung eines „führenden Zentrumsmannes" abschließen, die beweist, wie das Zentrum mit Geschichtslügen parteipolitische Geschäfte macht und die konfessionelle Instinkte seiner Wähler aufpeitscht. Dieser „führende Zentrumsmann" beschwerte sich in der „Augsburger Postzeitung (Nr. 532 von 1921) darüber, daß sich unter Kaiser Wilhelm II. kein lebendiges Christentum" habe entfalten können, und daß darum die heutige staatliche Auflösung heraufbeschworen worden sei. Der Artikel beschäftigt sich mit Martin Spahn, der mit schuld sei an diesen „Verheerungen": Denn: „Diese ständige Beweihräucherung des Kaisers, der das preußische System der Aushungerung der Katholiken unentwegt fortsetzte, mußte alle Bemühungen der Katholiken, die volle Gleichberechtigung zu bekommen, durchkreuzen." Und weiter schreibt dieser führende Zentrumsmann: „Immer wieder haben die Zentrumsredner betont, daß nicht die staatliche Gewalt Ge-

neue Art der Konfessionsbetätigung bedeute keinen Boykott Andersgläubiger oder eine Kampfansage. Man wolle nur mit einem alten Vorurteil aufräumen. Man spreche „nur zu oft und immer noch und vielleicht auch mit einem gewissen Recht von der wirtschaftlichen Inferiorität der Katholiken". Dann soll ein weiteres Übel ausgerottet werden: „Gar mancher Groschen leichten Verdienstes gelangt heute in die Hände, die immer noch die Interessen der Katholiken mit Bewußtsein schädigen". Das ist nicht ganz deutlich gesprochen, klingt aber jedenfalls doch wie eine Kampfansage. Auch den erzieherischen Ton mit praktisch religiösem Einschlag weiß diese Anpreisung katholischer Verkaufsgegenstände anzuschlagen: „Leider ist in unseren katholischen Familien oft Geld für allen möglichen Tand vorhanden, während für Gegenstände, die nicht allein einen künstlerischen Wert haben, sondern auch zur Erbauung sich eignen, wie Heiligenstatuen, Kruzifixe, Rosenkränze, nicht immer die richtige Würdigung finden." — Wir sind der Meinung, daß wir des konfessionellen Zwiespalts und seiner jammervollen Folgen auf religiösem, politischem und kulturellem Gebiet genug haben, ohne daß es nötig wäre, ihn auf gewöhnlichste Dinge des alltäglichen Lebens auszudehnen."

sellschaft und Staat erhalte, sondern lebendiges Christentum und Gerechtigkeit, daß die Kirche daher von der geistlosen Bevormundung durch die Bureaukratie befreit, der Jesuitenorden ins Vaterland zurückberufen werden müsse usw." — — „Nicht wir haben den Kaiser im Stich gelassen, sondern er hat sich von uns isoliert, und so kam es, daß gerade unter seiner Regierung der Abfall vom Christentum, der Unglaube, die Leugnung jeder Autorität, die Anarchie der Geister so mächtigen Fortschritt machten, daß der Wagen in den Abgrund rollen mußte und den Kaiser mit hinabriß."

Diese Geschichtsfälschung leistet sich ein Führer der Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht! Wenn sich lebendiges Christentum dadurch zeigt, daß man Verständnis hat für die soziale Notlage gewisser Volksschichten und mit allen Mitteln die Behebung dieser Notlage anstrebt, dann **war es das Zentrum,** wie wir im vorliegenden Kapitel sahen, **in erster Linie, das sich schwer gegen den Geist des Christentums versündigt und damit der Anarchie der Geister Vorschub geleistet hat.** Dieses lebendige Christentum konnte sich nirgends und zu keiner Zeit ungehinderter entfalten, als in Deutschland unter Wilhelm II. **Das Zentrum aber hat den Atheisten und Anarchisten jahrzehntelang die Stange gehalten, sie gefördert und verhätschelt** (siehe Kapitel: „Ultramontane Saat"), **und darum fällt dieser schwere Vorwurf dieses führenden Zentrumsmannes mit seiner ganzen Wucht auf das Zentrum und seine führenden Männer zurück!**

Ultramontane Saat!

(Die Unterwühlung des deutschen Staates.)

Zu den traurigsten Kapiteln in der Geschichte des Ultramontanismus gehört die Rolle, die das Zentrum durch seine engen Beziehungen zu den ausgesprochenen Reichsfeinden spielte. Trotz seiner damit offensichtlichen Staatsfeindlichkeit pochte das Zentrum immer wieder auf seine „nationale" Gesinnung und wußte immer wieder mit staunenswerter Geschicklichkeit die Außenwelt über sein wahres Gesicht zu täuschen. Nur so konnte der geschichtliche Nimbus entstehen, der heute das Zentrum nach der Feier seines 50jährigen Bestehens umgibt. Immer aber war diese Partei bestrebt, die Zentralgewalt des Staates zu schwächen, und dazu war sie in der Wahl ihrer Mittel keineswegs wählerisch. Man sagt mit Recht: Das Vaterland der Juden sind die übrigen Juden, aber man kann ganz analog sagen, das Vaterland der Ultramontanen sind die übrigen Ultramontanen, deren Oberhaupt nicht nur in religiöser, sondern auch in politischer Beziehung der Papst in Rom ist. Für dieses ultramontane „Vaterland", da opfern sie Gut und Blut, da sind sie begeistert und voller Hingebung und ihr einziger Gedanke jahraus, jahrein ist nur der, wie sie den „Panultramontanismus" möglichst bald verwirklichen könnten. Dieselben Herrschaften, die deutsches Nationalbewußtsein nicht genug schmähen

können, sind in ihrer Art die größten Chauvinisten und „Annexionspolitiker". Und daraus erklärt sich ihre ganze Politik und ihr Gehaben, indem sie auch davor nicht zurückscheuen, mit den erbittertsten Feinden des deutschen Volkes einen Bund zu schließen, wenn nur der ultramontane Parteikarren über alle Berge und Hügel flott hinwegkommt und nie umkippt. Die Folge ist die Politik, die Bismarck einmal in bezug auf die Zentrumspresse (28. 2. 85) im Reichstag zusammenfassend festnagelte: „Finden wir nicht außerdem, daß in allen Verlegenheiten, die das Deutsche Reich im Ausland hat, von Spanien bis Rußland, von Polen, England bis nach dem griechischen Meere hin, daß überall, wo für das Deutsche Reich eine Verlegenheit auftaucht, wenigstens die „Germania" doch ganz sicher jedes Mißerfolges der deutschen Politik sich jubelnd freut, gern davon Notiz nimmt, ihn annagelt, ihn breittritt, jeden Erfolg benörgelt und bemängelt — kurz und gut, sehen wir sie nicht immer auf der Seite unserer Gegner?"

Allein schon diese Tatsache genügt, um den wirklichen Geist des Zentrums zu kennzeichnen und widerlegt die auch heute immer und immer wieder auftretende Behauptung, daß das Zentrum oder der Ultramontanismus ein „Damm gegen die rote Flut" sei oder gewesen sei. Im Gegenteil bei näherer Untersuchung werden wir finden, daß das Zentrum, wie es nicht vor Gewaltmitteln zurückscheut, sich des Umsturzes bedient, um seinem Ziele näher zu kommen. Die Revolution war in führenden ultramontanen Kreisen nicht das Schreckgespenst, das man mit Zittern und Zagen erwartete, vielleicht nach außen, innerlich jedoch hoffte man aus einem Umsturz nur Kapital zu schlagen, und so hat denn das Zentrum bei jeder Gelegenheit der Umsturzpartei mehr oder weniger offen in die Hände gearbeitet.

1894 hat das Zentrum die sogenannte Umsturzvorlage vereitelt, die als Hauptsache einen Paragraphen gegen die Anpreisung bestimmter Verbrechen enthielt. Spahn, Gröber usw. brachten allerlei unannehmbare Anträge ein (z. B. 100 Mark Geldstrafe für die Leugnung des Daseins Gottes!!) und in einigen Monaten war aus einem Gesetzentwurf gegen Anarchie und Umsturz eine ultramontane Vorlage geworden, die dann auch scheiterte.

Mit welchem Recht sich der Ultramontanismus als Stütze des Thrones aufwarf, dafür ein paar Beispiele. Nach dem stenographischen Bericht des ultramontanen „Westfälischen Merkur" legte Martin Spahn[1] (damals noch treuer Zentrumszögling) im Dezember 1908 auf einer Tagung des Windthorstbundes zu St. Johann folgendes Geständnis ab:

---

[1] Spahn ist heute bekanntlich Vorkämpfer für den monarchischen Gedanken, weshalb er in Zentrumskreisen mit dem großen Bann belegt ist. Die Zukunft wird zeigen, ob Spahn, der eine ungewöhnliche Wandlungsfähigkeit an den Tag gelegt hat, es im Lager des nationalen Katholizismus lange aushalten wird.

„Wenn die Frage vorliegt, ob eine Verfassungsänderung vorgenommen werden soll, um dem Parlament mehr Recht zu verschaffen und den **Einfluß des Monarchen beiseite zu setzen,** würden wir zu prüfen haben, ob **wir als Katholiken auch Nutzen davon haben würden,** oder ob wir nächst der Monarchie die Rechnung zu begleichen hätten." (Vergl. auch „Vossische Zeitung" Nr. 545 vom 20. 11. 10.)

So also sah der Wille aus, den Thron zu stützen! Die uns allen noch frischen Erlebnisse vom November 1918 haben bewiesen, daß der Nutzen der Partei die Norm für das Handeln der Ultramontanen war.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! Die Ereignisse im November 1918 bekommen eine eigenartige Beleuchtung durch jene mehr oder weniger versteckten Drohungen mit dem Umsturz von ultramontanen Führern.

Am 3. September 1885 drohte auf dem Katholikentag in Münster der damalige Mainzer Domkapitular Haffner öffentlich mit Revolution und Königsmord:

„Ich will nicht prophezeien, aber die Ähnlichkeit der Tragödie des vorigen Jahrhunderts mit der jetzigen in ihren ersten Akten deckt sich so sehr, daß man zu fürchten Anlaß hätte, daß auch der fünfte Akt das gleiche Schauspiel bieten könnte. Vier Jahre hätten wir noch bis zum Zentenarium der Proklamierung der Menschenrechte, also nur vier Jahre noch Zeit, das Reich Gottes zu verkünden, acht Jahre bis zum Zentenarium des Königsmordes; in dieser Zeit könnte sich das Königtum noch erproben als christliches Königtum, eingedenk des Wortes der Weisheit: Höret ihr Könige, von mir ist euch die Gewalt gegeben. Wenn ihr nicht recht richtet, so komme ich plötzlich und schrecklich! Zu dem fünften Akt liegt die Vorbereitung in der Sozialdemokratie, in dem Nihilismus klar zutage. Gewiß, noch ist es Zeit; man führe das Christentum in die Schulen zurück, man schließe die atheistischen (!!) Hochschulen, man gebe uns wenigstens die Freiheit, zu lehren, wie uns Christus es geheißen hat. Soll der Sturm doch über uns herbrausen, so tut es mir am meisten leid um die Fürsten und Staatsmänner, denn die Kirche hat die Verheißung, die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen; einer Dynastie ist diese Verheißung nicht geworden. Die Zukunft ist unser, wenn nicht hier auf Erden, so doch ganz gewiß im Himmel!"

Daß dies nicht nur eine Entgleisung eines einzelnen war, zeigte eine Äußerung des Abgeordneten Dr. Schädler, dem damaligen zweiten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, auf dem Regensburger Katholikentag (23. 8. 04). Er ließ sich wie folgt vernehmen:

„Vier Faktoren kommen bei der Schulfrage in Betracht: Familie, Gemeinde, Staat und Kirche. Der große Schlächter Danton hat es ausgesprochen: Das Kind gehört zuerst der Republik, ehe es den Eltern gehört. Und es ist nötig, gewissen. sehr hochstehenden Personen deutlich zu machen, wohin

es führt, wenn ein Staatswesen das Monopol auf das Kind verlangt; denn dieser Satz ist ein Lappen, herausgerissen aus dem blutigen Kleide der französischen Revolution, einer Zeit, in der die Köpfe von Königen über das Pflaster rollten."

Sonst hat man nie genug die „staatserhaltende Macht" des Ultramontanismus preisen können, im Ärger über so mancherlei, was nicht in seinem Plane lag, schütteten diese „Stützen des Thrones" ihr Herz mehr aus, als es ihnen immer recht war. Da benützte man die Gelegenheit, um seine „Königstreue" dadurch zu beweisen, daß man seinen Forderungen durch allzu deutliche Drohungen Nachdruck gab. Damit aber hat der Ultramontanismus sein wahres Gesicht enthüllt und seine innerste Wesensverwandtschaft mit der roten Partei dargetan.

Aber die Drohungen mit Revolution und Königsmord Haffners und Schädlers auf den Katholikentagen werden an Deutlichkeit noch übertroffen durch eine Äußerung des damaligen Königlichen Oberlandesgerichtsrats Marx, des heutigen Zentrumsgenerals, auf dem Augsburger Katholikentag 1910. Er sagte:

„Wir müssen eine freie katholische Kirche in jedem Bundesstaat und im ganzen deutschen Vaterlande haben und **allen Monarchen von ganz Deutschland und allen Regierungen** rufe ich zu: **Vestra res agitur! Ihr seid angewiesen auf die Unterstützung des katholischen Volksteils** . . . Darum weg mit allen einengenden und einschneidenden Fesseln! . . . Noch ist es Zeit, die nötigen Schritte zu tun, bevor das Unheil weiterschreitet."

Der letzte Satz fehlte allerdings im amtlichen Bericht, wurde aber von der „Deutsch-evangelischen Korrespondenz" Nr. 95 (26. 8. 10) als ausgesprochen bestätigt. Vergleicht man dann die Auslassungen in der roten Presse, so findet man wirklich keinem Unterschied, welche der beiden Parteien „königstreuer" war.

Als der unglückliche Kaiser Wilhelm II. in Gnesen am 9. August 1905 eine Rede, in der er seinen letzten Besuch bei Leo XIII. erwähnte und mitteilte, der Papst habe „im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind", gelobt und versprochen, daß „sie stets treue Untertanen des deutschen Kaisers und Königs von Preußen sein werden" und sich dann an die Herren vom Domkapitel wandte: „An Ihnen wird es sein, das hohe Wort des großen priesterlichen Greises zur Wirklichkeit zu machen, auf daß derselbe nicht dereinst noch nach seinem Tode wortbrüchig werde dem deutschen Kaiser gegenüber", da meinte die „Kölnische Volkszeitung":

„Es wird uns schwer, anzunehmen, daß die Worte genau so gelautet haben, wie der Kaiser sie angeführt; eine **feierliche Verpflichtung für die Untertanentreue aller Katholiken . . . würde doch erheblich über das hinausgehen, was der Papst zu verbürgen in der Lage war.** Daß das Gnesener Domkapitel **außerstande ist, die Er-**

füllung einer solchen Bürgschaft zu übernehmen . . . ., bedarf keiner weiteren Ausführung".

Diese Äußerung ließ recht tief blicken! Wer zweifelt etwa daran, daß der Papst bei seiner Macht, die er vor allem über die deutschen katholischen Geister hat, in der Lage gewesen wäre, jede revolutionäre Regung mit einem Wort zu unterbinden und die deutschen Katholiken zur Erfüllung aller ihrer nationalen Pflichten anzutreiben? Der Papst wäre es vor allem gewesen, der das Zentrum im Herbst 1918 hätte auffordern und anfeuern können, für das deutsche Kaisertum mit aller Macht einzutreten und den Revolutionären entgegenzutreten; damit hätte das Zentrum bewiesen, daß es wirklich die Stütze des Thrones ist, und wieviel Tränen und Unglück wären dadurch dem deutschen Volk erspart geblieben! Der Papst hätte vor allem das verräterische Paktieren von Sozialdemokratie und Zentrum verhindern können, weil dieses gegen die Religion verstößt.

Im Plane des Ultramontanismus lag freilich etwas ganz anderes, als die Stützung des Thrones, und darum ist Leo XIII. auch wirklich noch wortbrüchig geworden. Man muß hier an ein Wort erinnern, das schon weit zurückliegt, das aber deswegen nicht minder beweiskräftig dafür ist, daß man schon immer mit der Revolution gerechnet hat, die die ultramontane Machtgier befriedigen würde. In einer Unterredung des württembergischen Gesandten Freiherrn von Baur-Breitenfeld in München am 8. August 1868 mit dem päpstlichen Nuntius Meglia, tat letzterer die vielsagende Äußerung, die man den Ultramontanen nie vergessen darf und die am 5. Dezember 1874 vom württembergischen Minister von Varnbüler bestätigt wurde: „Die katholische Kirche kommt zu ihrem Recht nur in Amerika, in England etwa und in Belgien; **der Kirche kann allein die Revolution helfen.**"

Wie die Revolution der Kirche geholfen hat, das soll später beleuchtet werden.

Da darf man sich nun auch nicht wundern, wenn man von seiten der Ultramontanen Anschauungen über die Revolution zu lesen bekommt, wie die des verstorbenen Zentrumsabgeordneten und Professors Hitze in seinem Buch „Kapital und Arbeit" (1911) Seite 156:

> **„Die Revolutionen sind geistige (!) Taten, das sittliche Ferment überwiegt das materielle bei weitem.** Es ist ein Stück Weltgericht, das sich darin abspiegelt, ein Schauspiel von Tragik, das uns **ergreifen,** unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen muß. Es ist ein Kampf des historischen und des Vernunftrechts, ein **Kampf der freien Persönlichkeit gegen die verknöcherte Gesellschaft,** des ungeformten, ungezügelten Geistes gegen die **entgleiste Form, des Fortschritts gegen den Stillstand,** des erwerbenden Rechts gegen das erworbene Recht, des persönlichen Verdienstes gegen das vererbte Recht. Auf beiden Seiten stützt man sich auf sein Recht, und da eine friedliche Versöhnung nicht möglich, so muß

der blutige Kampf die Sache entscheiden. **Das ist fast Naturnotwendigkeit.**"[1]

Aus der Auffassung Hitzes aber spricht die schwarzrote Seelenharmonie; der gute Professor Hitze mußte sich denn auch vom „Vorwärts" quittieren lassen, daß der schwarze Bundesbruder recht viel mit den Sozialdemokraten gemein hat. **„Die umstürzlerische Sozialdemokratie ist hinreichend gerechtfertigt durch die umstürzlerischen Klerikalen"**, schrieb er. Man braucht dem weiter nichts hinzuzufügen.

Der innige Geisteszusammenhang der schwarzen mit der roten Internationale erweist sich auch aus einer 1908 in Paderborn erschienenen Schrift: Hohoff, „Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik, eine Apologie des Christentums vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft." Hohoff atmete in allen seinen Schriften einen glühenden Haß gegen Luther (z. B. „Die Revolution seit dem 16. Jahrhundert im Lichte der neuesten Forschung"). In seiner „Kapitalkritik" spricht er u. a. von den „Bulldoggengesichtern der deutschen Reformatoren", denen er den „geistvollen, bedeutenden Kopf" von Marx mit „seiner prächtigen und hohen Denkerstirn" entgegenhält! Ganz besonders wissenswert aus dieser Schrift ist, daß Hohoff den Nachweis zu erbringen versucht, daß schon die **Scholastiker die Marxsche Wertlehre** vertreten haben. Diese Feststellung, daß die Ahnenreihe der Sozialdemokratie bis auf Thomas von Aquino zurückgeht, entbehrt nicht des pikanten Reizes! Hohoff meint in seinem Buche Seite 105:

„Wenn man hüben und drüben wüßte, was in Wahrheit Marx und die Kirche lehrt, so wäre eine Verständigung möglich, ja selbstverständlich und geboten. So aber führt man vielleicht demnächst einen Kampf auf Leben und Tod gegeneinander — aus Unwissenheit und Mißverständnis."[2]

---

[1] An dieser Stelle ist es nun vielleicht von Interesse, wie Goethe, dessen „unbegreifliche Dürftigkeit" die „Germania" allerdings rügte, über die Revolution dachte. Ihm, dem man Heidentum, Gottlosigkeit und weiß Gott, was alles, vorwirft, spiegelt sich das Weltgeschehen ein bißchen anders in seinem Hirn wieder, als in dem Hirn eines ultramontanen Politikers, der die Welt sich nach dem Willen des Papstes drehen läßt. In den Gesprächen mit Eckermann sagt Goethe:

„Ich hasse jeden gewaltsamen Umsturz, weil dabei ebensoviel Gutes vernichtet als gewonnen wird. **Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen ist,** ohne Nachäffung einer anderen. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefsten Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher töricht, und alle beabsichtigten Revolutionen solcher Art ohne Erfolg; denn **sie sind ohne Gott,** der sich von solchen Pfuschereien zurückhält. Ist aber ein wirkliches Bedürfnis zu einer großen Reform in einem Volke vorhanden, so ist Gott mit ihm und sie gelingt. Er wird sichtbar mit Christus und seinen Anhängern, denn die Erscheinung der neuen Lehre der Liebe war den Völkern ein Bedürfnis."

[2] Daß Hohoff heute von weiten Zentrumskreisen abgelehnt wird, besagt wenig. Heute verurteilt das Zentrum dann und wann auch die Revolution, aber gelegen kam sie eben doch. Wenigstens den „Wissenden", den Führern.

Wirklich reizend! Auf den Kampf auf Leben und Tod müssen wir noch lange warten, das liegt eben in der Natur der beiden Parteien. Das beweist auch die Rechtfertigung, die ein Kooperator Lampersberger in Miesbach dem revolutionären Marxismus (laut „Augsburger Abendzeitung" Nr. 120 vom 1. Mai 1911) zuteil werden ließ. Der Herr Kooperator erklärt in öffentlicher Rede:

„Nun zu der Redewendung: Die Geistlichen essen aus der Staatskrippe. Ich behaupte: Die Geistlichen essen nicht aus der Staatskrippe, sondern **aus der Hand der Arbeiter.** Die Regierung verdient ja gar nichts, aber **Hunderttausende von Arbeitern verdienen etwas.** Wir haben eine christliche Gesellschaftsordnung, und ich will Ihnen sagen, wie diese heißt: **Der Arbeiterschaft gebühren zwei Drittel vom ganzen Einkommen des Betriebes,** und nur ein Drittel gebührt dem Unternehmer. Es ist anzustreben, diese zwei Drittel zu erringen, und **wäre es auch mit Hilfe von Streiks.** Damit ist doch auch das Koalitionsrecht gewährleistet. Um dies zu vollbringen, muß die Organisation sein, wer sich heute nicht organisiert, ist rückständig. Also hinein in die Organisation! **Erkämpft euch die zwei Drittel! Das steht euch zu Recht zu!"**

Könnte es ein Führer der heutigen USP. etwa besser machen, als dieser geistliche Herr? Arm in Arm, rechter Hand, linker Hand marschiert heute noch die schwarze mit der roten Internationale. Hilfreich, wie sie nun einmal sind, helfen sie einander in den Sattel und teilen nach der Treibjagd ihre Beute.

Noch radikaleren Anschauungen huldigte der Wirtschaftspolitiker der Zentrumswochenschrift „Christliche Politik". Zur Erfüllung des nun einmal vom Zentrum angenommenen Londoner Ultimatums schreibt er (Nr. 47 von 1921), Deutschland könne nur dann „Zug um Zug seine Vertragsverpflichtungen erfüllen," wenn „man den **Besitzenden ihren Besitz fast ganz fortnimmt und sie neue Mittel erarbeiten läßt."** „Beschreitet man diesen Weg", heißt es da, „und setzt sich die Regierung mit ihrem Wollen gegenüber sicherlich starken Strömen der Schwerindustrie und ihrer Trabanten durch, so erscheint die technische Erledigung der Angelegenheit winzig . . . Das gewaltige russische Reich zeigt den Weg, wohin Selbstsucht führt. In Rußland sind alle arm, die sich nicht rechtzeitig verflüchteten. **Auf dem Boden der Armut aber wird eines Tages die Morgenröte des größten aller Weltreiche erwachsen."**

Unbegreiflich ist und bleibt es, wie man bei solcher innerer Wesensverwandtschaft mit dem Marxismus immer noch von „christlicher Politik" reden kann.

Das badische Zentrumsorgan der „Acher- und Bühlerbote" schrieb 1900 in seiner jesuitischen Gesinnungstüchtigkeit:

„Wir möchten es denn trotz allem, was dagegen spricht, offen herausjagen: wo es sich darum handelt, einen **Blockmann mit Hilfe der Sozialdemokratie zu Fall zu bringen, sollte man es tun.** Man komme nur nicht und sage, das hieße die Ziele der Sozial-

demokratie fördern, sondern das heißt: den einen Gegner benutzen, um den anderen zu schlagen."

Nach diesem Rezept hat das Zentrum in unzählbaren Fällen gehandelt und damit die nationale Sache an den Marxismus verraten. Nur die am meisten in die Augen springenden Fälle mögen hier Verwertung finden.

1877 (Solingen)	Hauptw.: Soz.	11 325	Natl. 6 212	Zentr. 4 745
	Stichw.: „	10 641	„ 7 452	
Nachwahl 1879 (Breslau-Ost)	Hauptw.: „	5 115	„ 5 682	„ 2 933
	Stichw.: „	7 598	„ 6 360	
1881 (Offenbach)	Hauptw.: „	7 905	„ 4 376	„ 3 642
Fortschritt 1840	Stichw.: „	11 194	„ 5 596	
1887 (Solingen)	Hauptw.: „	8 629	Rchsp. 5 772	„ 4 599
Freisinn 735	Stichw.: „	10 474	„ 6 880	
1890 (Offenbach)	Hauptw.: „	10 334	Natl. 8 551	„ 4 099
Freisinn 117	Stichw.: „	13 131	„ 11 125	
1890 (München I)	Hauptw.: „	7 624	„ 6 683	„ 3 471
Freisinn 1235	Stichw.: „	10 430	„ 9 205	
Nachwahl 1895 (Dortmund)	Hauptw.: „	17 182	„ 17 117	„ 14 636
	Stichw.: „	24 632	„ 21 514	
1898 (Mannheim)	Hauptw.: „	15 244	„ 8 747	„ 4 667
Volkspartei 2319	Stichw.: „	19 052	„ 14 369	
1898 (Pforzheim)	Hauptw.: „	10 380	„ 7 272	„ 4 254
Konservativ 1509	Stichw.: „	12 972	„ 10 530	
1903 (Bochum)	Hauptw.: „	39 135	„ 33 423	„ 31 408
Polen 6208	Stichw.: „	50 063	„ 49 300	
1903 (München I)	Hauptw.: „	10 178	„ 5 984	„ 5 136
Christl. soz. 1075, Volksp. 712	Stichw.: „	12 102	„ 7 343	
1907 (Bielefeld)	Hauptw.: „	13 642	„ 14 277	„ 9 329
	Stichw.: „	18 409	„ 16 403	
1907 (Bochum)	Hauptw.: „	42 430	„ 40 390	„ 33 905
Polen 8683	Stichw.: „	59 738	„ 57 818	
1907 (Dortmund)	Hauptw.: „	38 849	„ 25 741	„ 22 246
Polen 5087	Stichw.: „	47 550	„ 32 523	
1907 (Pforzheim)	Hauptw.: „	15 583	„ 12 398	„ 6 892
	Stichw.: „	17 087	„ 14 764	
1907 (München II) . . .	Hauptw.: „	40 384	„ 20 754	„ 19 651
Bauernbund 1410	Stichw.: „	49 746	„ 27 855	
1907 (Speyer)	Hauptw.: „	18 539	„ 13 708	„ 8 169
(Das Zentrum hatte die Parole: Wahlenthaltung ausgegeben!)	Stichw.: „	21 826	„ 15 794	
1907 (Offenbach-Dirburg) .	Hauptw.: „	20 248	„ 13 479	„ 7 382
	Stichw.: „	21 093	„ 16 982	
1907 (Hanau-Gelnhausen) .	Hauptw.: „	17 923	„ 13 908	Freis. 4 290
Zent. 58 (bei der Vorw. 4814)	Stichw.: „	20 000	„ 18 878	

Hier hat sich also das Zentrum im ersten Wahlgang der Stimmen enthalten, um gleich dort dem roten Bruder zum Siege zu verhelfen. Als aber bei der Stichwahl der sozialdemokratische Kandidat in Gefahr kam, griff das Zentrum mit voller Wahlbeteiligung für den Sieg des Genossen ein. Aber eine Liebe ist der anderen wert, und so hat denn auch die rote Partei dem Zentrum etliche Mandate zugeschanzt, wir nennen von 1907 z. B. nur: Osnabrück, Hamm-Soest, Germersheim, Zweibrücken, Immenstadt, Donaueschingen, Freiburg i. B., Würzburg.

Ein besonders eklatanter Fall für den Verrat des Zentrums war die Reichstags-Ersatzwahl in Neustadt-Landau. Bei der Stichwahl hat das Zentrum nicht nur nicht sich der Stimme enthalten, um das Mandat für den roten Bruder zu sichern, sondern es hat für ihn bis auf den letzten Mann gestimmt, wie der Abgeordnete Dr. Lohmann am 2. März 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus an dem Beispiel des Ortes Edenkoben nachwies. Dort wurden beim ersten Wahlgang für die Nationalliberalen 536, für den Bund der Landwirte 4, für die Sozialdemokraten 335 und für das Zentrum 125 Stimmen abgegeben. Bei der Stichwahl errangen die Sozialdemokraten 461 Stimmen, d. h. also sämtliche Zentrumsstimmen waren dem Sozialdemokraten zugefallen. Neustadt-Landau hat damals das Zentrum dem nationalliberalen Kandidaten entrissen und dem sozialdemokratischen in die Hände gespielt. Doch wozu weiterhin Zahlenbeispiele, deren Folgerungen zudem vom Zentrum bestritten werden? Lassen wir Dokumente sprechen, die das bisherige Bild von der ehemaligen „Königstreue" der schwarzen Partei nur noch ergänzen!

Im Jahre 1898 hat das Zentrum u. a. auch in Mannheim treue Waffenbrüderschaft mit der roten Partei geübt. Beim ersten Wahlgang hatte der Genosse 15 244 Stimmen auf sich vereinigt, der Nationalliberale 8747 und der Zentrumsmann 4667, außerdem waren noch 2319 freisinnige Stimmen abgegeben worden. In der Stichwahl siegte der „Genosse" August Dreesbach, obwohl des Zentrums und des Freisinns Stimmen genügt hätten, um den Sieg des nationalen Kandidaten zu gewährleisten. Der Wahl des Genossen liegt folgendes Schreiben zugrunde:

Mannheim, 24. Februar 1898.

„Der Vorstand des kath. Männervereins Zentrum, Mannheim.

„Euer Wohlgeboren! Erlauben wir uns anmit Kenntnis zu geben, daß eine Deputation der hiesigen Zentrumsleitung gestern mit dem Provinzialkomitee unserer Partei für die 11., 12., 13., 14. badischen Reichstagswahlkreise in Heidelberg wegen der bevorstehenden Stichwahl im 11. Kreise Verhandlungen gepflogen, und ist unsere Losung auf der ganzen Linie: Gegen das Kartell! und werden demzufolge unsere Parteigenossen im ganzen Bezirke ihre Stimmen für Herrn Stadtrat Aug. Dreesbach abgeben, und zwar um so mehr, da unsere Parteileitung von der rechtlichen Ansicht ausgeht, daß der **sozialdemokratischen Partei** angesichts ihrer erheblichen Stimmenzahl in unserem Großherzogtum **eine Vertretung im Reichstag gehört.** Unsere Vertrauensmänner im Bezirk haben wir heute mit der diesbezüglichen Information betraut.

Hochachtungsvoll

J. A.: Enk. Engel."

Für Wahrheit, Freiheit, Recht, für Thron und Altar! Die Zentrumsleute Mannheims haben also eine recht bezeichnende Drohung der „Germania" (24. 11. 85) in die Tat umgesetzt, wonach

„bei fortgesetztem Notstand bezüglich des Gottesdienstes der Katholiken Wiesbadens diese bei den nächsten Reichstagswahlen **mit den Sozialdemokraten stimmen würden.**" Aber trotzdem sind diese Herrschaften national, deutsch bis auf die Knochen! Daß gegen eine solche Wahl eines atheistischen Genossen die kirchliche Obrigkeit nichts einzuwenden hatte, ist besonders bezeichnend.

Ein anderer typischer Fall ist der von Dortmund-Hörde 1895. Hier hat das Zentrum sogar einem Juden in den Sattel geholfen. 31 000 nichtmarxistischen Stimmen standen 17 000 marxistische gegenüber; man sollte also denken, daß dieses Mandat leicht zu halten gewesen wäre. Aber die „alleinseligmachende" Partei hatte anderes beschlossen. Sie hatte dafür gesorgt, daß der „Genosse" Dr. Lütgenau gewählt wurde. Als man der Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht diesen Verrat vorhielt, da tobte die Preßmeute in unflätigstem Geschimpfe: „Elendes Denunziantentum", „elendes Pharisäertum" („Germania"!) usw. Aber Lügen haben kurze Beine. In der von Dr. Lütgenau geleiteten „Arbeiter-Zeitung" war folgende Danksagung von ihm zu lesen:

„Weder Werben noch Hochdruck, mit dem sie auch heute wieder gearbeitet haben, hat den Nationalliberalen etwas geholfen. Diejenigen Arbeiter, die im ersten Wahlgange **für das Zentrum gestimmt haben, haben den Sieg der Sozialdemokratie entschieden.** Wir hätten den Sieg zwar auch dann errungen, wenn das Zentrum der Parole gemäß sich der Wahl enthalten hätte, aber diese Stimmenzahl wäre **ohne die Arbeiter des Zentrums** nicht erreicht worden. Unsere Partei hat um die Stimme des Zentrums vor der Wahl mit keinem Wort gebeten oder geworben. Jetzt nach der Wahl dankt der Gewählte an dieser Stelle **allen Zentrumswählern für ihre Stimmen.**"

Also es war reine Herzensneigung des schwarzen zum roten Bruder, weil nicht einmal eine vorherige Bitte oder Werbung nötig war. Welch' „glühende Liebe" die beiden verbindet, geht auch aus einer Äußerung der „Kölnischen Volkszeitung" hervor, die laut „Vorwärts" vom 25. 5. 98 ihren Gefühlen folgenden Ausdruck verlieh:

„Das preußische Abgeordnetenhaus ist unter den größeren Einzelstaatsparlamenten das einzige, in dem keine Sozialdemokraten sitzen. Daß es darum besser arbeite, ist nicht zu behaupten. Mit endlosen Reden wird gerade soviel Zeit vertrödelt wie im Reichstage. Manches, was man da redet, würde man wohl für sich behalten, wenn man von sozialdemokratischer Seite eine Antwort zu erwarten hätte. Ebenso würde etwas mehr sozialer Geist in die Gesetzgebung kommen, wenn sie unter fortgesetzter Kritik der Sozialdemokraten arbeitete. Denn diese fürchtet man doch einigermaßen, während man sich um die Einwände von Nichtsozialdemokraten wenig kümmert. **Ein paar sozialistische Hechte in dem Karpfenteiche könnten gar nichts schaden.**"

Nun, die Hechte sind gekommen, aber freilich nicht nur ein paar,

sondern in Massen. Das Zentrum hat die Geister gerufen. Das Loswerden ist freilich eine andere Sache.

Im Jahre 1907 hat das Zentrum an Beweisen für seine „Königstreue" den Rekord geschlagen. Es hatte seinen monarchischen und nationalen Charakter so vollkommen vergessen, wie es in der Geschichte einer national sein wollenden Partei noch nicht vorgekommen ist. Wenn man bedenkt, daß 1907 das Zentrum in zwölf Wahlkreisen mit der Sozialdemokratie zusammenging, 1912 aber plötzlich mit den Konservativen, so hat man ein Bild von dem wahren Wesen und der Charakterfestigkeit der Partei, der es, das geht auch daraus wieder hervor, absolut nicht um das Volkswohl, sondern um das Wohl und die Macht der Partei zu tun war. Darum suchte die ultramontane Partei noch all die schlimmen Erinnerungen aus dem Jahre 1907 wegzulügen, um die Bahn frei zu machen für ein Zusammenwirken mit den Konservativen, wodurch wiederum die Zentrumswähler über das Nichtvorhandensein eines nationalen Empfindens hinweggetäuscht werden sollten. Denn was die ultramontane Partei anstrebt, das haben wir nun schon oft gesehen, ist die Ultramontanisierung Deutschlands. Darin sieht diese Partei das einzige Glück unseres Vaterlandes, und darin sehen die Ultramontanen die Lebendigkeit ihres „nationalen Gedankens, daß sie dieses Ziel mit allen Kräften anstreben, um dem Vaterlande dieses „Glück" zuteil werden zu lassen. Um nun die Vergangenheit zu verschleiern, unternahm es die „Kölnische Volkszeitung" ein Jahr vor den Neuwahlen 1912, die letzte schwarz-rote Allianz hinwegzulügen. Am 3. März 1911 (Nr. 237) schrieb sie:

„Ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokraten hat in all diesen Kreisen überhaupt nicht bestanden. Es ist nur von den Nationalliberalen erfunden worden und wird trotz vielfacher Richtigstellung weiter behauptet, einesteils um gegen das Zentrum zu hetzen, anderenteils aber auch, um ihr eigenes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, mag es der Vergangenheit angehören oder der Zukunft vorbehalten sein, zu entschuldigen. **Die Behauptung von einem Bündnis** fußt nur darauf, daß in den angeführten Wahlkreisen die Sozialdemokratie bzw. das Zentrum siegte und in der Stichwahl die eine dieser Parteien ausschlaggebend war, oder wenigstens zu den ausschlaggebenden Parteien gehörte."

Nun kommt es freilich darauf an, was man unter einem „Bündnis" zu verstehen hat. Der jesuitisch Geschulte wird in seinem Hirnkasten schon für den Bündnisbegriff einen anderen Inhalt bereit haben, so daß er diese Behauptung ruhig aussprechen kann. Ob es nun ein Bündnis oder sonst etwas war, es kann sich nur um die Feststellung handeln, daß das Zentrum tatsächlich mit der Sozialdemokratie zusammengegangen ist; ein solches Zusammengehen beweist genug, ob es nun auf Grund eines Vertrages erfolgt ist, oder nicht. Jedenfalls „zufällig" haben sich die internationalen Brüder auf ihrem Weg auch nicht gefunden. Die Sozialdemokratie, die merkte, daß ihr

der schwarze Bruder die Treue 1912 zu brechen gedenke, glaubte ihn nicht mehr schonen zu müssen, und so veröffentlichte denn die rote „Dortmunder Arbeiter-Zeitung" auf die obigen Behauptungen der „Kölnischen Volkszeitung" zwei Stichwahlparolen aus dem Jahre 1907. In dem einen aus dem Wahlkreis Hamm-Soest vom sozialdemokratischen Wahlkomitee herausgegebenen Aufruf heißt es wörtlich: „— — — nachdem das Wahlkomitee der Zentrumspartei im Wahlkreise Hagen-Schwelm **eine Parole zugunsten unseres Kandidaten, Genossen Max König,** ausgegeben hat, empfiehlt das unterzeichnete Wahlkomitee im Einverständnis mit sämtlichen Vertrauensleuten den sozialdemokratischen Wählern, am Stichwahltage **für den Kandidaten der Zentrumspartei,** Herrn J. Wiedeberg, zu stimmen. — — — Alle Mann zur Wahl für Joseph Wiedeberg."

Die Stichwahlparole des Zentrums hatte folgenden Wortlaut:

„Unter Berücksichtigung des Verhaltens des Gesamtliberalismus erklärt sich das Wahlkomitee der Zentrumspartei des Kreises Hagen-Schwelm außerstande, für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei einzutreten. Es betrachtet in diesem Falle **den Kandidaten der Sozialdemokratie als das kleinere Übel** und überläßt den Zentrumswählern die Entscheidung. Eine anderweitige Parole ist nicht als maßgebend zu betrachten."

Das Zentrum leugnete trotz allem lustig weiter. Aber die Sozialdemokratie hatte keine Lust, sich dem Verdacht auszusetzen, als hätte sie um die Gunst des Zentrums gebuhlt; weil das Zentrum die dem roten Bruder zugefügten Zärtlichkeiten hartnäckig bestritt, machte Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1911 einige Andeutungen wegen dem (später behandelten) Pakt im Dom zu Speyer. Es half auch das nichts. Ja, um dem für 1912 geplanten klerikal-konservativen Ruf zur „Sammlung gegen die Sozialdemokratie" Nachdruck zu verleihen, und damit die „Feindschaft" des Zentrums gegen die rote Partei darzutun, gingen die Zentrumsabgeordneten Bell, Sittard und Lensing soweit, zu behaupten, von maßgebender sozialdemokratischer Seite sei dem Zentrum ein Abkommen für die Reichstags-Stichwahlen 1907 angeboten worden. Das „nationale" Zentrum, zudem als „Stütze von Thron und Altar" habe natürlich ein solches Anerbieten abgelehnt. Mit dieser „Enthüllung" glaubte die edle ultramontane Partei ihr Ehrenschild wieder gereinigt zu haben, auf daß es aufs neue dumme Gimpel anlocke. Aber da riß dem sozialdemokratischen Parteivorstand die Geduld und er schritt zur Veröffentlichung eines vertraulichen Briefwechsels zwischen Haupt- und Stichwahl 1907, aus dem die ganze Verlogenheit des Zentrums hervorging. Der Briefwechsel, der hier wegen seiner Bedeutung folgen soll, wird noch dadurch beleuchtet, daß er von Zentrumsseite vom Abgeordneten Müller-Fulda geführt wurde, der bekanntlich ein Intimus des Herrn Erzberger war, und für den er sich nach dessen Sturz aufs wärmste einsetzte, indem er letzteren begreiflicherweise mit einem Glorienschein von Tugenden umgab. Gleiche Herzen finden sich! Beweis: Das folgende Schreiben an den Abgeordneten Singer:

„Vertraulich. Fulda, den 27. Februar 1907.

Geehrter Herr Kollege!

Den Empfang Ihres Werten vom 21. d. Js. bestätige. Auf Stichwahlhilfe im Kreise Hünfeld-Hersfeld-Rothenburg will ich verzichten, weil ich in diesem Kreise gegen die Antisemiten, Konservativen, Freisinnigen und Liberalen doch nicht durchdringe.

Dagegen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährdete Gesamtlage lenken. Zwar kehrt das Zentrum nicht erheblich geschwächt zurück. Durch den Verlust Ihrer Partei in Sachsen, Thüringen usw. und durch das Zusammengehen der Freisinnigen mit der Reaktion erscheinen mir die Verfassungsrechte gefährdet und Zustände geschaffen, wie solche sich im Jahre 1887 nach den Wahlen ergaben, nur mit dem Unterschied, daß solche diesmal noch rücksichtsloser ausgenutzt werden könnten. Daß ich hieraus die Konsequenzen ziehe, versteht sich von selbst; es fragt sich jedoch, ob das Verständnis für die Situation allseitig, **besonders auch bei Ihren Leuten vorhanden ist,** und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir darüber einen kurzen Bescheid an eine Adresse (wo mich die Briefe am 29. und 30. d. Mts. treffen) zukommen lassen wollten.

Hochachtungsvoll

Richard Müller."

An Stelle des damals erkrankten Juden Singer antwortete Bebel eingehender das Folgende:

Berlin, den 28. Januar 1907.

Sehr geehrter Herr!

„In Ergänzung des Schreibens des Herrn Singer möchte ich Ihnen noch folgendes mitteilen. Wir sind der Ansicht, daß es bei den bevorstehenden Stichwahlen darauf ankommt, eine Mehrheit zu erhalten, die in erster Linie für die drei Punkte, die wir in unserem Aufruf für die engeren Wahlen näher bezeichnet haben, eintritt. Da Sie von den gleichen Gesichtspunkten ausgehen, sind wir bereit, in denjenigen Wahlkreisen, in denen Kandidaten Ihrer Partei anderen bürgerlichen Kandidaten gegenüberstehen und wir den Ausschlag geben, für die Kandidaten Ihrer Partei einzutreten.

Wir nehmen dabei an, daß Ihre Partei in bezug auf Wahlkreise, in denen wir mit Kandidaten anderer Kreise in Stichwahl sind und Ihre Partei den Ausschlag gibt, zugunsten unserer Partei zu entscheiden bereit ist.

Wir bitten Sie, uns mitteilen zu wollen, ob Sie und Ihre Freunde mit der dargelegten Auffassung konform gehen. Wir werden alsdann uns unverzüglich mit den für uns in Frage kommenden Wahlkreisen in Verbindung setzen.

Sie wollen Ihre Antwort an Herrn Paul Singer, Berlin NW 23, Brückenallee 26, richten; am liebsten telegraphisch. Herr Singer konnte wegen Unwohlseins unserer Sitzung nicht beiwohnen.

Hochachtungsvoll

A. Bebel."

An Singer schrieb dann Müller-Fulda folgendes:

„Fulda, den 30. 1. 1907.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich empfing Ihre und Herrn Bebels Mitteilung vom 28. und antwortete heute früh nach Köln telegraphisch:

„Auch wir stellen prinzipielle Bedingungen, von welchen Unterstützung abhängt."

Vorschlag B. ist unausführbar, weil Zeit zu kurz und bereits vielfach Verabredungen bestehen auf Ihrer und unserer Seite (Schlesien). Ich verspreche auch nichts, was ich nicht voll erfüllen kann.

Unsere Bedingungen sind den Ihrigen ziemlich angepaßt, sie werden heute veröffentlicht und es wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß alle **Ihre Kandidaten** eo ipso **diesen Bedingungen zustimmen,** der Mischmasch dagegen nicht.

Nun tue jeder nach bester Überzeugung seine Pflicht auch ohne gegenseitige Zusicherung.

Hochachtungsvoll

Richard Müller."

Aus diesen Schreiben geht die ganze Charakterlosigkeit und nationale Pflichtvergessenheit des Zentrums hervor. Und wie aus diesen Schreiben erhellt, ist die Anregung zum Zusammengehen nicht etwa von sozialdemokratischer Seite ausgegangen, sondern von Zentrumsseite und die Stichwahlbedingungen des Zentrums sind den sozialdemokratischen Bedingungen ohne irgend welche Verabredung und Zusicherung angepaßt worden. So hat das Zentrum die Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht, das „Anerbieten" des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie spröde „abgelehnt".

Wieder leugnete das Zentrum. Der sozialdemokratische Parteivorstand sah sich genötigt, angesichts der Ausflüchte der bloßgestellten Zentrumspartei am 11. Oktober 1911 im „Vorwärts" dem obigen Briefwechsel einige Ergänzungen hinzuzufügen, aus denen hervorgeht, daß Müller-Fulda nicht etwa als Privatperson gehandelt hat, wie das Zentrum behauptete, sondern als **geschäftsführendes Mitglied des Zentrumsausschusses,** weil er ja auch von „wir" spricht und sich die Antwort Singers nach dem Parteisekretariat erbat, wo der engere Parteivorstand zur Beratung der Stichwahltaktik zusammentreten sollte.

Aber weil wir schon einmal daran sind, die Gesinnungstüchtigkeit des Herrn Müller-Fulda zu beleuchten, so soll eine weitere „Tat" dieses Mannes Erwähnung finden.

In einer vom Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins in Wiesbaden 1907 veröffentlichten Schrift: „Aktenmäßige Beweise, daß Richard Müller-Fulda seine führende Stellung in der Zentrumspartei bei der Reichstags-Stichwahl im Wahlkreise Wiesbaden mißbraucht und sich zum erfolgreichen sozialdemokratischen Agitator gemacht hat", wird dargelegt, wie Müller am 24. Januar 1907 am Tage vor der

Hauptwahl an den nationalliberalen Führer in Höchst schrieb, er ersehe aus dem nationalliberalen Flugblatt, daß die Möglichkeit vorliege, den **„gemeinsamen Feind"** zusammen zu bekämpfen und gegen 17 Wahlkreise, darunter auch Wiesbaden, **„nicht an die Roten auszuliefern"**. In dem sich entspinnenden Briefwechsel zwischen Müller und Bartling, dem nationalliberalen Abgeordneten in Wiesbaden, und dem Führer in Höchst wurde eine Zusammenkunft in Köln verabredet. Am 29. Januar aber traf ein Telegramm des Zentrumsabgeordneten Cahensly ein, das Zentrum habe beschlossen, sich bei der Stichwahl in Wiesbaden „zu enthalten". Tags darauf hat Müller-Fulda telegraphisch mit Cahensly zu verhandeln, am 31. kam wieder eine Nachricht von Cahensly, Müller-Fulda habe „versehentlich" die Depesche einen Tag zu spät geschickt. Am 4. Februar aber erschien ein Flugblatt aus der Druckerei des Wiesbadener Zentrumsorgans mit folgendem Inhalt:

„Zentrumswähler des Wahlkreises Wiesbaden-Rheingau!

Für die Stichwahl am 5. Februar gilt die Parole: Keine Stimme dem Liberalen! Jede Stärkung des liberalen Blocks bildet eine Gefahr für die Volksrechte, insbesondere für das Reichstags-Wahlrecht und verstärkt die Möglichkeit eines neuen Kulturkampfes. Für die Zentrumswähler kann es deshalb nur eine Parole geben: **Nieder mit den Liberalen!** Tue jeder Wähler am 5. Februar seine Pflicht, dann wird auch diese Gefahr vorübergehen.

Fulda, 2. Februar 1907.

Richard Müller,
Mitglied des Reichstages und der Zentrumspartei."

Abgeordneter Bartling glaubte anfänglich an eine Fälschung des Flugblattes. Aber auf seine Anfrage bei Müller erwiderte dieser, das Flugblatt enthalte „seine Ansichten". Augenzeugen teilten mit, so berichtet die Schrift, daß Geistliche in den verschiedenen Orten des Rheingaues Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten verteilen ließen. In vorwiegend katholischen Orten erhielt darauf der Sozialdemokrat einen Stimmenzuwachs von 3134 Stimmen! „Auf diese Weise wurde", so schließt die Schrift, „der Wahlkreis Wiesbaden-Rheingau, der das National-Denkmal auf dem Niederwald bei Rüdesheim in seiner Obhut hat, durch die von Herrn Müller-Fulda verführten Zentrumsstimmen an die Sozialdemokratie ausgeliefert."

Der Erfolg der Tätigkeit Müllers lag vor allem darin, daß dieser edle Herr **zwölf Reichstagsmandate** der Sozialdemokratie zugeschanzt hat. **Die auf 43 Sitze zurückgedrängte Sozialdemokratie hätte ohne die ultramontane Hilfe nur 31 Mandate erreicht!** Trotzdem wagte es der Zentrumsabgeordnete Gronowsky[1] (heute Ober-

[1] Da der Abgeordnete Gronowsky sich auch noch im neuen Reichstag von 1920 als der Hüter der guten Sitte aufwarf und gegen rechts polemisierte, so sei zur Kennzeichnung dieses Ehrenmannes ein Stück aus seiner parlamentarischen Vergangenheit angeführt. Am 1. und 2. März 1910 holte der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert folgende Erinnerungen (laut „Vorwärts") hervor: „Früher waren wir für das Zentrum bündnis-

präsident in Münster!) 1910 in der 31. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, mit eiserner Stirn die schwarz-rote Verbrüderung zu bestreiten. Und eine solche Partei, in der solche „Ehrenmänner" sitzen, glaubt berufen zu sein, die alleinige Wahrheit zu verfechten!

Werfen wir einen Blick nach Bayern, das ja 1918 und 1919 ganz besonders von der roten Flut heimgesucht wurde!

Am 17. September 1899 sagte der Zentrumsabgeordnete Schädler in der Generalversammlung des „Bayrisch-Patriotischen Bauernvereins" folgendes:

„Statt Einkehr bei sich zu halten, macht man in sittlicher Entrüstung und mit einer ganz eigentümlichen Scheinheiligkeit wurde **das Bündnis zwischen Schwarzen und Roten verdonnert,** natürlich in einer gar nicht mißzuverstehenden Absicht gegen gewisse Stellen hin. Es ist richtig, wir haben mehrere Sitze in München, Speyer und Zweibrücken dadurch gewonnen, daß die Wahlmänner des Zentrums und der Sozialdemokratie zusammengingen. **Der Erfolg dieses Bündnisses war, daß das Zentrum zehn Mandate und die Sozialdemokratie 6 Mandate mehr gewann.**"

Erfolge ermutigen. Das Bündnis hatte sich rentiert und man gedachte die Taktik fortzusetzen. Am 7. März 1904 hielt in einer großen Zentrumsversammlung der Abgeordnete Pfarrer Kohl eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Mit dem neuen Wahlgesetz hätten wir ein Gesetz gehabt, mit dem wir jeden schnoddrigen Preußen hätten auf die Schnauze hauen können. Jetzt ist es gefallen, das herrliche Wahlgesetz, vernichtet der herrliche Traum des Volkes, aber jetzt kocht die Volksseele. Wenn sie nie gekocht hat, so kocht sie jetzt und schäumt über; der

---

fähig, und das hat gehalten bis 1908 zu den Landtagswahlen. Wenn die Abgeordneten **Gronowsky** und **Sauermann** im preußischen Landtag sitzen, **so war das nur möglich,** weil **wir** sie gewählt haben. Herr Gronowsky zitierte Bebels Worte von 1903. Wenn er also schon seit 1903 wußte, daß wir seine Todfeinde sind, wie konnte er, als der königstreue Mann, uns 1907 und 1908 in die Arme sinken? Wie konnte das Zentrum uns gegenüber sogar Verpflichtungen eingehen. Tatsache ist, daß vor der Abgeordnetenwahl von unserer Seite an das Zentrumskomitee geschrieben worden ist: daß unsere Wahlmänner im Kreise Dortmund Stadt und Land geschlossen für das Zentrum stimmen würden unter Voraussetzung eventueller Gegenleistung in Dortmund-Land. Am Tage der Wahl morgens wurde daraufhin unsrem Wahlkomitee telephonisch mitgeteilt, daß es **für die Zentrumspartei Ehrensache sei, diese Bedingungen zu erfüllen!** Ich kann Ihnen dafür, daß dies regelrechte Abkommen getroffen worden ist, drei Zeugen benennen. Wenn das Zentrum die Unterstützung, die es von uns erbeten und erhalten hat, und die wir von ihm erhalten haben, abstreitet, so müssen wir sagen: **eine niederträchtigere und so mit bewußter Heuchelei arbeitende Partei wie das Zentrum gibt es nicht mehr!**"

Gronowskys Kollege Sauermann sprach dann nach seiner Wahl durch die „Genossen" seinen „aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die überaus prompte Einlösung des Versprechens bezüglich der Wahlhilfe aus, bittet aber darum, daß nichts in die Zeitung kommen möge, weil ihm deswegen von anderer Seite große Schwierigkeiten entstehen mögen."

Hatte der Abgeordnete Leinert Recht oder Unrecht, als er das Zentrum die heuchlerischste und niederträchtigste Partei nannte?

glühweiße Gischt wird den Feinden des Volkes ins Gesicht spritzen! Daß kein Liberaler und kein Bündler mehr in den Landtag kommen darf, ist selbstverständlich. **Das Zentrum allein muß die nötige Zweidrittel-Mehrheit** haben und dem Volk den Traum vom neuen Wahlrecht erfüllen. **Nur die Sozialdemokraten kommen noch in Betracht als wackere Bundesgenossen.**"

Ja, die Sozialdemokraten sind dem Redner eine **„Fügung des Himmels"** zur Vernichtung der kulturkämpferischen Liberalen: „Wir gehen bei den nächsten Wahlen zusammen, wir und die anderen." (Die Sozialdemokraten.) Die Münchener Räterepublik war dann jedenfalls auch eine „Fügung des Himmels", an der aber die bayrische schwarze Partei ganz gewiß nicht unschuldig ist.

Auch der bayrische Zentrumsführer Dr. von Orterer stellte am 10. September 1904 in Tuntenhausen ein erneutes schwarz-rotes Bündnis für die Landtagswahl in Aussicht und am 23. Oktober 1904 erklärte Dr. Heim auf einer Nürnberger Versammlung das **Zusammengehen von Zentrum und Sozialdemokratie** „gegen die Wahlrechtsräuber" für „ganz selbstverständlich!"

Der sozialdemokratische Abgeordnete Körner kramte einmal in der zweiten bayerischen Kammer Erinnerungen aus früheren Tagen aus:

„Bei uns in der Pfalz, wo das Zentrum noch vor einigen Jahren bei den Wahlen mit uns gegangen ist, wundert man sich darüber, daß jetzt die Sozialdemokraten auf einmal so bitterböse Kerle geworden sein sollen. Ich will Ihnen doch ein Pfälzer Geschichtlein erzählen! Es war im Jahre 1905, als wir (die „Genossen") mit dem Zentrum in der Pfalz wegen Schaffung eines neuen Wahlgesetzes ein Kompromiß für die Landtagswahlen geschlossen haben. Auch im Wahlkreise Germersheim wurde ein solches abgeschlossen. Da haben wir uns zur Verabredung nach Mannheim hinübergeflüchtet und uns in einer Weinstube köstlich amüsiert! Unter den auf Grund des Wahlabkommens gewählten Wahlmännern waren Staatsbeamte, Geistliche usw. — — — Der jetzige Münchener Erzbischof war auch dabei, damals in Mannheim! Er hat sich auch gar nicht geniert und auch, nachdem er schon Erzbischof geworden, mir bei einer Besichtigung recht herzlich die Hand gedrückt. Und jetzt auf einmal diese Entrüstung!"

Also auf deutsch: Verbrüderung von Bischofshut und Ballonmütze! „Genosse" Roßhaupter ergänzte diese Erinnerungen weiterhin:

„Auch gelegentlich der Reichstagswahlen 1907 gab es eine **Siegesfeier mit einem Siegesmahl.** — — — Die Teilnehmer waren: **Der jetzige Münchener Erzbischof Dr. von Bettinger,** der Domkapitular Dr. Zimmern, der Zentrumsabgeordnete Dr. Jäger und die Sozialdemokraten Ehrhardt und Profit. Erzbischof Dr. Bettinger gab damals **seiner Freude Ausdruck,** daß es bei uns in Bayern eine **solche Behandlung der Sozialdemokratie** nicht gibt wie in Preußen."

Angesichts dieser Enthüllungen, die für sich selbst sprechen, ist auch die Erzählung über die Szene an den Kaisergräbern im Dom zu

Speyer (1899) in den Bereich der Glaubwürdigkeit gerückt. Der nunmehr verstorbene sozialdemokratische Abgeordnete von Vollmar, der Edelsten einer, bestätigte sie 1911 in der „Münchener Post" wie folgt:

„Ich kam zusammen mit dem damaligen Abgeordneten Franz Ehrhardt nach Speyer und wurde von diesem ersucht, am nächsten Tage einer wichtigen Wahlbesprechung mit einem Vertreter des Zentrums beizuwohnen, und zwar sollte diese im Dom stattfinden, weil dies doch am unauffälligsten für das Zentrum erfolgen könne. Wir traten durch eine Seitenkapelle ein, an deren Eingang ein Domgeistlicher uns empfing. Unter dessen Vorantritt gingen Ehrhardt und ich und noch einer durch die Reihen der knieenden Beter von der Seite in den Dom und dann wenige Schritte weiter in die Krypta, die der Geistliche persönlich öffnete und, nachdem wir eingetreten, wieder versperrte. In der Krypta befanden sich ein paar Altäre, vor denen einige Reihen von Betstühlen standen. Wir ließen uns auf ein paar derselben nieder, die sich nahe der Mauer der Krypta befanden. Hier wurden nun durchaus keine architektonischen oder sonstigen profanen Angelegenheiten besprochen, sondern man **unterhielt sich eingehend über das für die Pfalz abzuschließende Wahlkompromiß und die dazu gehörigen Dinge.**"

Daß von der ultramontanen Presse eine solch belastende Geschichte nicht unbestritten gelassen wurde, war vorauszusehen. Die „Allgemeine Rundschau" in München machte denn auch einen energischen Entlastungsversuch, so daß Behauptung gegen Behauptung stand. Jedoch bestätigte der bayrische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Huber wiederum in der „Pfälzer Post" (15. 5. 13) die Erzählung von Vollmar; der von Vollmar mit „noch einer" bezeichnete Unterhändler sei er, Huber, gewesen.

Nun ist es ja letzten Endes ganz gleichgültig, wo die „monarchische" Partei, die Stütze von Thron und Altar, dieses Bündnis abgeschlossen hat. Es genügt zu ihrer Kennzeichnung ja schon die Tatsache, daß sie es abgeschlossen hat. Und zwar fällt hier in Bayern die Schamlosigkeit und Selbstverständlichkeit auf, mit der die Ultramontanen von diesem Pakt sprachen. Hier war schon vollständig das Empfinden für eine solche gesinnungs- und würdelose Handlung abhanden gekommen. Während der Reichstagswahl 1907, nach dem ersten Wahlgang, prangten an den Münchener Anschlagsäulen mächtige Plakate mit folgendem bezeichnenden Aufruf:

„An die Zentrumswähler Münchens!

Gesinnungsgenossen! Die bayrische Sozialdemokratie hat uns **in treuer Waffenbrüderschaft zu einem Dutzend Mandate verholfen.** Erweist Euch dankbar und tretet morgen bei der Stichwahl in München **Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten** ein.

Das Zentrums-Wahlkomitee."

Dieselbe Parole wurde im Wahlkreis Erlangen-Fürth ausgegeben.

Nun fehlte es freilich nicht an Bedenken, die damals einigen bayrischen Bischöfen über diese von der katholischen Geistlichkeit besonders geförderte Stichwahlhilfe aufstiegen. Der Erzbischof von Bamberg führte in einer Erklärung an die katholische Geistlichkeit aus, er halte es bei der bekannten Stellung der Sozialdemokratie zu Staat, Kirche und Religion für ausgeschlossen, daß ein überzeugter Katholik, geschweige denn ein katholischer Priester, durch Abgabe seiner Stimme für die Sozialdemokratie diese direkt unterstütze und fördere. Und Erzbischof von Stein von München ließ erklären, daß es aus prinzipiellen, monarchischen und religiösen Gründen sehr bedauert werden müsse, wenn die vom Zentrum für die Sozialdemokratie ausgegebene Parole in München in Wirklichkeit befolgt werde. Aber diesmal überwog die Begeisterung für den roten Bruder die religiöse. Ja, das ist einzig dastehend in der Geschichte des Ultramontanismus, man scheute in der schwarzen Presse nicht vor schweren Beschimpfungen der beiden Bischöfe zurück, so groß war der ultramontane Fanatismus und der Haß gegen den liberalen Protestantismus. Daraus läßt sich am besten die Innigkeit der schwarz-roten Allianz erkennen.

Nicht genug! Man suchte in ultramontanen Kreisen das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie theologisch zu rechtfertigen. Die „Augsburger Postzeitung" berief sich 1907 auf den Jesuiten Lehmkuhl, der in seinen Werken folgendes festlegte:

„Die Moralisten stimmen überein, daß ein Katholik einem Sozialdemokraten gegen den Liberalismus die Stimme geben darf, wenn er den Sozialdemokraten als das kleinere Übel für Kirche und Staat ansieht. Ja, manche Theologen **verpflichten dazu, man müsse den Sozialdemokraten wählen,** andere, man dürfe ihn wählen, und kein Moralist ist, der in diesem Falle es nicht für erlaubt hält, einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben."

Die ultramontane Weltanschauung hatte ja in sich die „göttliche Kraft", durch die die schwarze Partei durch ein Paktieren mit der roten keinen Schaden leiden konnte. Sie war ja der „Schutzdamm gegen die rote Flut". „Die Katastrophe, welche die Sozialdemokratie herbeiführen kann", erklärte Freiherr von Schorlemer auf dem Katholikentag 1885, „wird eine furchtbare sein, und ich kenne nur einen Damm, welcher dieser Brandung Widerstand leistet; ich kenne nur eine Rettungsarche, welche auf den blutgetränkten Wogen schwimmen wird: Das ist die katholische Kirche." Das schloß nun, wie wir gesehen haben, den Liebesbund des doch immerhin katholischen Zentrums mit der Sozialdemokratie nicht aus; im Gegenteil, man glaubte die Sozialdemokratie benützen zu können, um zu immer größerer Macht zu gelangen und um so sicherer im Sattel zu bleiben. Die Innigkeit der schwarz-roten Verbindung fällt gerade in Bayern auf, in dem Bayern, in dem doch sonst der Ultramontanismus Trumpf ist. Gerade hier hat man wohl im Bewußtsein der eigenen „inneren Kraft" die Gefahr einer schwarz-roten Verbrüderung vollständig unterschätzt und diese für ganz harmlos gehalten. Aus dem Vorausgegangenen geht klar hervor, daß das zweifelhafte Bündnis von kirch-

licher Seite gefördert wurde, und daß man sich nicht gescheut hat, der Sozialdemokratie in den Sattel zu helfen, wenn ein eigener Gewinn dabei herausſprang. Auch hier heiligte der Zweck wieder die Mittel. Aber man hat die Schlange an der Bruſt großgezogen! Der rote Bruder wuchs ganz gewaltig, und bald mußte die Zeit kommen, da man die Geiſter, die man rief, nicht mehr los werden konnte. Man hat geglaubt, die rote Flut überwinden zu können, gehofft, ſie werde ſich an dem Felſen des Ultramontanismus brechen und wieder verebben. Aber die Ereigniſſe des Jahres 1918 und 1919 in Bayern haben gezeigt, daß jede Schuld ſich auf Erden rächt. Das bayriſche Volk, das heute nach Erlöſung vom roten Terror ſchreit, möge ſich auch bei denen bedanken, die der Sozialdemokratie ſeit Jahren und Tagen die Steigbügel gehalten haben. Und das waren die Ultramontanen, die glaubten, für ſie gebe es keine rote Gefahr. Aber kein Land hat ſich wenigſtens in der Revolution ſo erbärmlich bloßgeſtellt; wie das bayriſche; daran ändert auch ſein heutiges Erwachen nichts. Kein Land hat ſo der roten Flut nachgegeben und den Mantel nach dem jeweiligen Winde gehängt, wie 1918 das ultramontane Bayernvolk. Dort haben wir nichts von einem Schutzwall gegen die rote Flut geſehen, obwohl es dort doch nach ultramontaner Anſchauung in erſter Linie zu erwarten geweſen wäre.

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick nach Baden. Dort war es der katholiſche Pfarrer Wacker, der die ſchwarz-rote Verbrüderung herbeiführte. In der 37. Sitzung der Zweiten Badiſchen Kammer vom Jahre 1908 gab der ſozialdemokratiſche Abgeordnete Kolb folgendes zum Beſten:

„Im Jahre 1897 hat in Karlsruhe eine Landtagswahl ſtattgefunden. Damals galt es die Nationalliberalen zu dezimieren, und wir (die Sozialdemokraten) haben damals den erſten Kompromiß mit den Demokraten, in Wirklichkeit allerdings mit dem Zentrum abgeſchloſſen. Die Demokraten ſpielten nur die Rolle des Mediums für das Zentrum, um mit dem ſozialdemokratiſchen Geiſt in Verbindung kommen zu können. (Heiterkeit!) . . . . Eine große Reihe von Zentrumsmännern ſtand auf der Wahlmännerliſte unſerer Partei (der ſozialdemokratiſchen!), und zwar waren es nicht irgend welche obſkure Leute, die man gar nicht kennt, ſondern es waren die **Vorſtände und Vorſtandsmitglieder der Zentrumsvereine,** die ſich ohne weiteres zur Verfügung geſtellt hatten. Und als der Wahltag gekommen war, da haben nicht etwa wir, die wir die ungeheure Mehrheit der Wahlmänner geſtellt hatten, an die Zentrumswahlmänner das Anſinnen geſtellt, in unſer Lokal zu kommen, ſondern wir haben **der freundlichen Einladung des Zentrums Folge geleiſtet** und ſind in das **„Katholiſche Kaſino"** und von da in die Feſthalle gegangen. — — — Ich muß geſtehen, die Zentrumswahlmänner von damals haben ſich ſehr wacker gehalten, ſie haben **Mann für Mann für die zwei Sozialdemokraten** geſtimmt; und es iſt dieſerhalb **kein einziger aus der Partei ausgeſchloſſen worden,** keiner etwa ſeines Vertrauensamtes entſetzt

worden, sondern die Herren haben nach wie vor dieselbe Rolle in ihrer Partei gespielt wie damals."

Dies möge genügen für Baden. In Elsaß-Lothringen trieb man's noch toller. Es würde jedoch zu weit führen, auch darauf noch einzugehen. Das Bild ist überall dasselbe: Dieselbe Herabwürdigung der Religion, derselbe Zynismus, derselbe Haß und Fanatismus.

Am 26. Februar 1907 brandmarkte der damalige Reichskanzler Fürst Bülow den Verrat des Zentrums an der nationalen und bürgerlichen Sache mit den Worten:

„Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit demjenigen Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die für eine Partei Vorbedingung dauernden Einflusses ist. — — **Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was dem Christen heilig ist.** (Soll ich Ihnen das alles von den Führern der Sozialdemokratie vorlesen?) **Es war ein Unrecht, ein schweres, moralisches Unrecht,** zusammenzugehen mit einer Partei, **die in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist, für die Kommune, die einen Erzbischof füsiliert hat, die die unschuldigen Dominikaner vom Auteuil abgeschlachtet hat.** Für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole abgegeben. Dieser Partei hat das Zentrum zwölf Wahlkreise zugeschanzt, dieser Partei haben Zentrumswähler den Steigbügel gehalten. **Ohne Unterstützung von Zentrumsseite würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christentumsfeindlichkeit** — so nannte sie noch vor einigen Tagen ein großes, katholisches, ein Zentrumsblatt —, würde die Sozialdemokratie **auf zwei bis drei Dutzend Wahlmandate zurückgeworfen sein.**"

Es war aber nicht nur ein moralisches, sondern auch ein religiöses Unrecht, es war Verrat an der Religion, war eine grobe Verletzung des religiösen Empfindens von Tausenden. Wenn man zur Verbreitung oder zum Schutze einer Religion zu solch verwerflichen Mitteln greifen mußte, so stellte das nicht mehr und nicht weniger dar, als den Bankerott dieser Religion. Gerade diejenigen, die sich zum Träger und Verfechter wahrer Religiosität aufwarfen, haben diese in den Kot getreten und dazu beigetragen, daß das religiöse Ideal unseres Volkes diesem aus dem Herzen gerissen, profaniert und entweiht wurde. Jeder gesund denkende Mensch mußte sich durch eine solch denkbar widerlichste und gemeinste Verquickung von Religion und Politik abgestoßen fühlen. Und das hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß weite Volkskreise allem Religiösen entfremdet und so der immer mehr zunehmenden Materialisierung zugänglich wurden. Gerade die Leute, die heute nicht genug den Warnungsruf erheben können: Die Religion, die Kirche ist in Gefahr, haben am meisten zu der Entchristlichung und zur Erniedrigung der Religion beigetragen. Sie sind gewiß nicht unschuldig, daß weite Volksschichten der marxistischen Lehre zum Opfer gefallen sind. Heute merkt man in Zentrumskreisen, daß man sich ehemals ins eigene Fleisch geschnitten hat, und

ehrliche Leute geben dies auch zu; wenn man darum die gläubigen Massen wieder aufpeitscht mit dem Hinweis, daß die Religion in Gefahr sei, so heißt das nichts anderes als: unsere Macht, die Macht unserer Konfession ist gefährdet. Gefährdet deshalb, weil die Geister, die man rief, zu stark geworden sind. Warum hat man des Volkes heiligste Güter, die vaterländischen wie die religiösen in den Kot getreten? Warum hat man die Partei, die Konfession höher gestellt als das Wohl der Volksgesamtheit? Diese Schuld, diese schwerste Schuld kann nicht ungesühnt bleiben. Nicht nur die goldene, nicht nur die rote, sondern auch die schwarze Internationale (des politischen Katholizismus) mit ihrer beispiellosen Gewissenlosigkeit hat zur Entsittlichung unseres Volkes beigetragen. Wo die Religion nicht geschützt und umhegt wird vom nationalen Gedanken eines Volkes, wo sie nicht emporlodert als glühende, reine Flamme aus dem Boden des Volkstums, dem allein sie zu dienen hat, da muß sie zum Zerrbild werden. Wie kein Faktor, der ein Volk kulturell heben soll, international sein kann, sondern national sein m u ß und immer seit Menschengedenken national war, so muß es auch die Religion eines Volkes sein. (cf. Die französischen, polnischen, italienischen Katholiken.) Und ist diese Religion international verbreitet, so mußte sie trotzdem nationales Gepräge tragen, denn n u r durch dieses nationale Gepräge kann sie international sein.

Wohin es führt, wenn man die Religion zu politischen Zwecken mißbraucht, sie profaniert, entweiht und schändet, dafür ein paar Beispiele. Während heute die Zentrumspresse nicht genug triumphieren kann über die Erfolge und den Machtzuwachs des Ultramontanismus, gehen die Blätter, die der religiösen Vertiefung dienen, ein! Am 24. September 1921 hat die „Deutsche Katholiken-Zeitung" ihr Erscheinen eingestellt.

Die Erklärung, die die Schriftleitung und der Verlag dazu abgaben, müßte eigentlich allen Zentrumsparteidemagogen wie glühende Kohlen auf dem Haupte brennen. Die Religion wollen sie hüten und verflachen sie nur, weil sie dieselbe zur Aufpeitschung der politischen Leidenschaften mißbrauchen. In der Erklärung heißt es:

„Zwar wurde uns von vielen Seiten die Notwendigkeit eines solchen Organs, das bei dem gebildeten Katholiken kirchlich und religiös erziehend, kirchenpolitisch aufklärend wirken sollte, bestätigt. Aber entweder drang die „Deutsche Katholiken-Zeitung" trotz aller Werbetätigkeit und Opfer des Verlags nicht bis in jene Kreise, oder **der Gesichtskreis der deutschen Katholiken war in ihren Führern derart auf das politische Leben eingestellt, daß sich wohl die politischen Blätter, nicht aber ein führendes religiöses Organ** entfalten konnte. Es ist dies um so bedauerlicher, als unsere getrennten Brüder über so vornehme Zeitschriften, wie die „Christliche Welt", die „Evangelische Volkskirche" u. a. verfügen.

Der Breslauer katholische Theologieprofessor Ziesche hatte also schon recht, wenn er im „Gewissen" (Nr. 34 von 1921) den politischen

Katholizismus als „irreligiös" bezeichnet und dem die folgenden sehr wahren Betrachtungen anfügt:

„Man tröstet sich in katholischen Kreisen über die bedauerlich schwache kulturelle Auswirkung des Katholizismus nach innen mit der starken Anspannung der katholischen Kräfte zur äußeren politischen Organisation und Tätigkeit. Man hat allerdings einen erheblichen Teil der katholischen Massen zusammengehalten. Dies gelang aber **nicht mit den Mitteln politischer Erziehung,** die wahrhaft rudimentär geblieben ist . . . Es erfolgte **mit eigentlich konfessionellen Kräften,** die der Auswirkung, zu der sie von Gott bestimmt sind, **freventlich entzogen** wurden, und **auf dem politischen Gebiete Versumpfung und Unfruchtbarkeit** bewirkten."

Ist es da ein Wunder, wenn der Zentrumsmann, Professor Pfeiffer (nach „Kath. Korrespondenzblatt" 10. Dezember 21) in der „Augsburger Postzeitung" schreiben konnte: „Gerade auch in unseren christlichen Arbeitersekretärkreisen werden Anschauungen vertreten, die stark sozialistisch angehaucht sind. — — Man könnte fast meinen, es habe u. a. Papst Leo XIII. niemals gelebt." Die Saat beginnt also auch in eigenen Kreisen aufzugehen.

Weiterhin darf man sich auch nicht wundern, wenn man in katholischen Organen Berichte, wie den folgenden, aus den „Petrus-Blättern" (Nr. 48/49 vom 31. August 1920) lesen muß, in denen der Kurat der Berliner katholischen Augustinuskirche klagt:

„Von 124 standesamtlichen Trauungen in meiner Gemeinde während des vergangenen Jahres waren 109 Mischehen. Von sämtlichen 124 Paaren ließen sich nur 41 in der katholischen Kirche trauen; von 87 Kindern aus Mischehen wurden nur 37 in der katholischen Kirche getauft. Seit Wochen hat eine Abfallsbewegung eingesetzt, bei der nach vorsichtiger Schätzung binnen Jahresfrist in Berlin 6000 Katholiken oder zwei Pfarreien von je 3000 Seelen ihren **gerichtlichen Austritt aus der Kirche** erklären."

Denken wir auch hier wieder an das „Korrelat des Jesuitismus", den Materialismus, wie Lagarde so richtig erkannt hat. Im Zentrum aber finden wir den jesuitischen Geist in Reinkultur. Jener Geist, von dem Pfarrer Hansjakob („In der Residenz", Erinnerungen eines badischen Landtagsabgeordneten S. 516) schreibt:

„Der politische Katholizismus heißt: Stets recht haben und nie Unrecht leiden wollen, auch wenn die Religion noch so sehr darunter leidet. Er heißt: Nicht nachgeben, bis die Feinde und Gegner sich unterwerfen, und wenn indes noch viel zugrunde geht. Dieser politische Katholizismus ist es, der den Freund nicht mehr kennt, wenn er noch so viel für ihn getan und gearbeitet hat, und der rücksichtslos alles vergißt und einen noch von sich stößt, sobald man aufhört ihm blindlings zu folgen. Von ihm kann man mit Goethe sagen:

Anbet' Du das Feuer hundert Jahr,
Dann fall hinein,
Frißt's Dich mit Haut und Haar."

Daß dieser Geist zur Zerstörung der Religion führen muß, hat auch Hansjakob erkannt. Er schreibt weiter:

„Führwahr, es gehört ein starker, fester Glaube und treue Liebe zu seiner Kirche dazu, um nicht irre zu werden bei solchen Vorgängen. Da ist kein Wort der Milde, der Nächstenliebe, der wohlwollenden Belehrung gegen den, der nicht mittut in alleweg oder gefehlt hat, sondern er wird immer gereizt und immer gereizt. Ich begreife jetzt, **wie schon mancher hinausgetrieben wurde aus der Kirche, wie mancher Glaube und Glaubensübung beiseite warf,** weil **der politische Katholizismus ihn dazu brachte** durch die **Maßlosigkeit und Rücksichtslosigkeit** seiner Vertreter."

Nach den Reichstagswahlen von 1907 veröffentlichte der bisher zentrumsfreundliche, katholische Professor von Savigny in Münster eine Schrift mit dem Titel: „Des Zentrums Wandel und Ende". Er wendet sich darin an die bisherigen Zentrumsfreunde, die „zu zweifeln begonnen haben, ob die **jüngsten Irrungen des Zentrums** bloß zufällige und vorübergehende, ob sie nicht innerlich notwendige sind, denen schlimmere zu folgen versprechen: Die nach politischen Möglichkeiten Umschau halten, wie die bisher im Zentrum verkörperten Werte in anderer Form zu gewährleisten wären, die sich nach einem Ersatz des Zentrums durch Neubildungen umsehen." Savigny weist in dieser Schrift nach, daß das Zentrum als konfessionelle Partei sich als Selbstzweck betrachtet, wie es bei der letzten Reichstagswahl (1907) zutage getreten sei, wo die christ-katholischen Grundsätze frech mißachtet wurden: „Ich meine das **tief unsittliche Stichwahlbündnis** mit der Sozialdemokratie, das von der Zentrumspresse **in eklem Zynismus** mit dem bei Stichwahlen allein entscheidenden „Rechenstift" gerechtfertigt wurde."

In München trat Savigny der katholische Theologe Dr. Josef Müller an die Seite, der mit dem Zentrum in einer Versammlung folgendermaßen abrechnete:

„Das heutige Zentrum sei von dem früheren sehr verschieden. Die heutigen Führer der Partei seien mit den Gründern von Reichensperger, Mallinckrodt, Jörg, Windthorst nicht mehr zu vergleichen. Die Ursache des Niedergangs der Zentrumspartei liege darin, daß sie **alles vom konfessionellen Standpunkt** aus betrachte. Die katholische Kirche müsse nur zu oft für die Sünden dieser Partei büßen. **Die konfessionelle Abschließung sei eine große Einbuße für das gesamte Kulturleben.** Das Zentrum habe seine Herrschaft in übermütiger Art geführt, es habe sich durch seine **Unehrlichkeit** und **Unduldsamkeit** bei allen Parteien **verhaßt** gemacht. Es sei aber auch mit der kirchlichen Gewalt in Konflikt geraten und verlange, daß die kirchlichen Führer sich nicht in diese Politik mischen sollten. (?) Das **Bündnis mit ausgesprochenen Atheisten und Revolutionären** hätten aber die Bischöfe nie und nimmer gutheißen können."

* * *

Es ist kein schönes Bild, das hier vom Zentrum gezeichnet wurde, aber es mußte geschehen. Daraus erwächst ja dieser „Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht," dieser „Stütze von Thron und Altar" kein Vorwurf, daß sie in einen stinkenden moralischen Sumpf geraten, das kann schließlich, wie jedem Einzelmenschen, so auch jeder Partei einmal passieren, wenn die Parteiführung gewissenlos ist. Der größte Vorwurf erwächst der Partei daraus, daß sie sich in diesem Sumpf mit Wollust gewälzt hat, jeden Schamgefühls bar, ohne Reue. Wie tief muß eine solche Partei gesunken sein!

Es war klar, daß es sich für das Zentrum um den Fortbestand der Partei handelte, wollte es seine Taktik beibehalten. Die Rippenstöße, die es aus den Reihen ernster, wahrhaft religiösgesinnter katholischer Kreise erhielt, mußten ihm bedeuten: Bis hierher und nicht weiter! Man war nun einmal die „Stütze von Thron und Altar" und wollte es trotz allem auch fernerhin bleiben, da half nichts anderes als: heraus aus der Kloake!. Nationale Bewährung, Wiedergutmachung war nötig, wenigstens äußerliche, denn der dem Vaterlande angerichtete Schaden an sittlichen wie an materiellen Kräften war ja nicht mehr gutzumachen. Denn wenn das Zentrum sich als Breschbatterie, aufgeführt gegen den modernen Staat, die es nun einmal seinem Wesen nach war, mit der „Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft" verbündete, so mußte dem Staat daraus ein unwiederbringlicher Kräfteverlust entstehen. Und das war ja auch das Ziel des Zentrums: **Der moderne Staat hatte keine Existenzberechtigung!** Darüber konnte den Einsichtigen auch nicht die Rechtspolitik hinwegtäuschen, die 1912 das Zentrum mit den Konservativen zusammenführte. Das war nur Spiegelfechterei, die die Vergangenheit vergessen machen sollte, das war die Bewährungsfrist, die zeigen sollte, daß das Zentrum auch einmal anders konnte, als bisher. Das große Ziel war darüber nicht aus dem Auge gelassen worden, und wie alles, was das Zentrum unternimmt, nur Mittel zum Zweck ist, zum Zweck der Stärkung der Größe und Macht der Partei, so hat das Zentrum diesmal nur deshalb sich vaterländisch gebärdet, um sich nachher, wenn es seine Zeit für gekommen hielt, nur um so vaterlandsloser gebärden zu können. Das Zentrum wollte, durfte nicht national sein, denn wenn es sich in entscheidender Stunde hinter Volk und Vaterland mit eisernem Willen, die Zähne aufeinander gebissen, gestellt hätte, wenn es damit wirklich gewesen wäre der Schutzdamm gegen die rote Flut, den es zu sein vorgab, wenn es in Wahrheit gewesen wäre die Stütze des Thrones, dem sie zu unverbrüchlicher Treue verpflichtet war, dann, — — — ja **dann wäre Deutschland nie zusammengebrochen.** Und das wäre in den Augen Roms eben ein Fehler gewesen! Auf den Trümmern Deutschlands wollten das Zentrum und seine Hintermänner langsam ihre Herrschaft aufrichten, darum durfte es keinen deutschen Frieden geben und darum hat man der Entwicklung der Dinge freien Lauf gelassen!

Heute im novemberlichen Deutschland, ist es soweit gekommen, daß es schimpflich für den Katholiken ist, wenn er mit nationalen Kreisen zusammengeht, für den Katholiken ist aber das Zusammen-

gehen mit Revolutionären, Atheisten und Mordbrennern durchaus keine Schande mehr. Die „Kölnische Volkszeitung" (1. Dezember 1921) schreibt in diesem Sinn:

„Es mag Katholiken geben, die aus politischen Gründen sich zur deutschnationalen Volkspartei hingezogen fühlen. Sie müssen sich aber im klaren sein, daß sie dann in eine **geistige Nachbarschaft** geraten, **die für einen Katholiken von Ehrgefühl nicht angenehm sein sollte.**"

Welch abgrundtiefe vaterlandslose Gesinnung spricht aus diesen Worten! Ein Katholik von Ehrgefühl darf mit einem nationalbewußten Protestanten nicht mehr in politischen Dingen zusammengehen, wohl aber mit denen, die Deutschland durch ein Verbrechen, die Revolution, in größtes Elend gestürzt haben und die heute in Sachsen, wo sie tonangebend sind, in schärfster Weise gegen ihre ehemaligen schwarzen Bundesgenossen vorgehen.[1] Und Leute, die solche Sätze schreiben, wundern sich noch, wenn sie als Deutsche zweiten Grades bewertet werden!

Bebel hat einmal gesagt: „Wenn die Sozialdemokratie am Ruder ist, dann wird der Zentrumsführer seinen Zylinderhut aufsetzen, sich vor den sozialistischen Machthabern verneigen und ihnen erklären: Meine Herren, jetzt tun wir mit ihnen zusammen." Man hat Bebel daraufhin ausgelacht. Aber er hat recht behalten. So wohl wie heute in der geistigen Nachbarschaft von M.S.P. und U.S.P. haben sich die Zentrumsführer noch gar nie gefühlt!

Hat sich doch sogar der Reichsarbeitsminister Brauns, der katholischer Geistlicher ist, 1922 auf dem Kongreß der „freien", aber dafür um so mehr roten Gewerkschaften in Leipzig eingefunden, wo auch der Punkt „Heraus aus den Kirchen" auf der Tagesordnung stand. Ja, Minister Brauns sagte auf diesem Kongreß wörtlich:

„Ich hoffe, daß der heute eröffnete Kongreß der freien Gewerkschaften uns ein Stück weiter auf dem Wege zur richtigen Lö-

---

[1] Diese religions- und kirchenfeindlichen Erlasse in Sachsen müßten eigentlich dem Zentrum ein warnender Fingerzeig sein, in welcher Gesellschaft es sich befindet! Der sächsische Kultusminister Fleißner bestimmte u. a. in seinen Kulturkampferlassen (September 1922):

„Als Hilfskräfte zur Erteilung von Religionsunterricht im Sinne von Absatz 2 der Verordnung vom 30. September 1920 gelten nur Lehrkräfte, die unter der in Abs. 2 der Verordnung vom 15. Mai 1920 angegebenen Voraussetzung angenommen und eingestellt worden sind. Diese Voraussetzung trifft **nicht** zu für katholische Geistliche, die entweder außerhalb des planmäßigen Unterrichts Religionsunterricht erteilen oder planmäßige Religionsstunden übernommen haben, ohne daß sich die Einstellung von Hilfskräften aus dem in der zuletzt erwähnten Verordnung angegebenen Grund nötig gemacht hat. Planmäßiger katholischer Religionsunterricht ist — abgesehen von den noch bestehenden katholischen Schulen — nur in den Schulbezirken zu erteilen, in denen bis Ostern 1919 katholische Minderheitsschulen bestanden haben. Im übrigen ist es Sache der katholischen Kirche, für Religionsunterricht der katholischen Schüler im eigenen Bekenntnis zu sorgen. Für die Kosten dieses Unterrichts hat der Staat nach den geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen nicht aufzukommen."

jung der gewerkschaftlichen Probleme führen wird und wünsche der Tagung in diesem Sinne namens der Reichsregierung einen gedeihlichen Verlauf, zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes."

Wenn dies schon am grünen Holz geschieht — — —! Man hat nicht gehört, daß Minister Brauns über diese „geistige Nachbarschaft" Gewissensbisse bekommen hätte. Nach seiner eigenen Aussage ist ja das Zentrum keine Partei der Mitte mehr, sondern eine Linkspartei!

Ultramontane Polenpolitik.

Das Bild des Zentrums wäre unvollständig, wollte man nicht auch noch seiner Polenpolitik ein Augenmerk schenken. Gerade hier erweist sich die reine Konfessionalität der Partei am deutlichsten, die jedes nationalen Empfindens bar ist. Die Stärkung des deutschfeindlichen, aber katholischen Polentums stand dem Zentrum immer höher als die Stärkung des Deutschtums. Kein Geringerer, als der Zentrumsabgeordnete Roeren hat darüber am 21. Oktober 1906 gar deutlich aus der Schule geplaudert, wenn er auf dem Zentrumsparteitag in Trier sagte:

„Wir werden uns um so bereitwilliger dazu verstehen, für die Polen einzutreten, als es sich um katholische Glaubensbrüder handelt. . . . Ich verstehe deshalb auch nicht, wie man sich auf katholischer Seite abmüht, zu beweisen, daß wir keine konfessionelle Partei sind . . . Das Zentrum wird sich bewußt bleiben, daß es ausschließlich vom katholischen Volke in Deutschland gewählt worden ist, daß nur das katholische Volk es ist, das ihm das Vertrauen zur parlamentarischen Vertretung geschenkt hat." („Germania" 24. 10. 06.)

Fürst Bülow hat ehemals mit Recht als eine der brennendsten Fragen unserer inneren Politik die Sicherung des deutschen Ostens bezeichnet. Nachdem nun die für Deutschland lebenswichtigsten Teile Oberschlesiens durch die Willkür des Feindes Polen zugesprochen wurden, wissen wir, daß wir uns dafür vor allem bei denen zu bedanken haben, die die Sicherung der deutschen Ost-Grenzgebiete prinzipiell hintertrieben haben. Die systematische Polonisierung bereits deutscher Gebiete durch klerikale Elemente hat einen Hauptgrund für Bismarck zum Kulturkampf gebildet.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" schreibt er darüber: „Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. Seit dem Verzicht auf die Polenpolitik der Flotwell und Grolmann, seit der Konsolidierung des Radziwillschen Einflusses auf den König (Friedrich Wilhelm IV.) und der Errichtung der „katholischen Abteilung" im geistlichen Ministerium stellten die statistischen Data einen schnellen Fortschritt der pol-

nischen Nationalität auf Kosten der Deutschen in Posen und Westpreußen (die heute polnisch sind! D. V.) außer Zweifel, und in Oberschlesien wurde das bis dahin stramm preußische Element der „Wasserpolaken" polonisiert... In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in ihrer vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich Polen genannt worden ... Die katholische Abteilung war nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat." Und am 26. Juni 1877 sagte Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause: „Die Ziele und Erfolge des Ultramontanismus zeigten sich nun zunächst und besonders in Posen, Westpreußen usw., wo ganz große, längst deutsch gewordene Gebiete in klerikalem Interesse polonisiert wurden." Ferner in seiner großen Polenrede am 28. Januar 1886 sagte er: „In meiner Jugend kannte man gar keine polnischen Bestrebungen in Oberschlesien. Das Erste, was ich in dieser Richtung erlebt habe, ging von geistlicher Seite aus."

Römische und polnische Interessen liegen und lagen schon immer auf derselben Linie. Auf dem Freiburger Katholikentag 1859 erklärte ein Nationalpole, der Propst Dr. Alexius von Prusinowski, wörtlich:

„Die Stellung des polnischen Volkes zur katholischen Kirche ist schon wegen der geographischen Lage höchst wichtig, denn die Kirche in Polen ist **die Vormauer der katholischen Welt** gleichzeitig gegen das Schisma wie gegen die Häresie. Sie ist dort ein Keil, der den protestantischen Norden vom schismatischen Osten scheidet, eine doppelschneidige Waffe gegen zweiseitige Gefahren; es ist der letzte bis auf die äußersten Marken hinausgeschobene Vorposten der christlich-katholischen Wache in der streitenden Kirche. — Wir fühlen die Würde, aber wir tragen auch die Bürde dieser Mission." ... „Durch Gottes Fügung geschah es, daß die politische Macht der polnischen Nation gefallen ist. Aber bis auf den heutigen Tag trägt und erfüllt diese Nation ihren kirchlichen Beruf unverbrüchlich; bis auf den heutigen Tag steht sie da als Vormauer gegen Irr- und Unglauben, zwischen der Häresie und dem Schisma, und durch die Erfüllung ihres Berufes lebt sie in ungebrochener Kraft."

Daß diese „Vormauer gegen Irr- und Unglauben" von Rom aus und damit auch durch das Zentrum sich möglichst weitgehender Förderung erfreuen durfte, ist damit selbstverständlich. Im Jahre 1908 veröffentlichten die polnischen Blätter und die „Germania" eine Ansprache, die Papst Pius X. an polnische Rompilger gehalten hat. „Laut Deutsch-evangelischer Korrespondenz" (Nr. 52 von 1908) heißt es darin:

„Ihr seid Kinder eines unglücklichen und jetzt in jeder Hinsicht geprüften Volkes, und ebenso wie ein Vater, wenn

er auch alle seine Kinder in gleicher Weise liebt, doch diejenigen mit besonderer Liebe umgibt, welche von Leiden heimgesucht sind, so habt auch ihr, meine Söhne, auf diese besondere Liebe ein Anrecht. Aus ganzem Herzen gern wollte ich eure Leiden lindern und auf mich das schwere Kreuz nehmen, welches ihr tragen müßt und was nur in meinen Kräften steht, versäume ich nicht, um euch Hilfe zu bringen. Ja, alle Mittel, welche mir die Vorsehung an die Hand gibt, benutze ich, um euch zu helfen, und ich trage Verlangen, daß nicht nur ihr davon wisset, sondern auch, daß ihr von diesen Empfindungen des Papstes gegen euch auch eure Brüder in Kenntnis setzet."

Pius X. konnte sein Wort nicht mehr ganz, wie er es wünschte, einlösen, das blieb seinem Nachfolger, Benedikt XV., vorbehalten. Den großpolnischen Bestrebungen, deren eifriger Förderer Pius X. war, konnte er nicht mehr zum Siege verhelfen. Wie ehemals der sich gegen die preußischen Staatsgesetze auflehnende Erzbischof Graf Ledochowsky vom Papst Pius IX. mit dem Kardinalshut belohnt wurde, so bedachte Pius X. den ebenso fanatischen Erzbischof von Stablewski im Jahre 1906 mit einem aufmunternden Schreiben, in dem der Papst dem „Primas von Polen" seine Glückwünsche aussprach wegen des „ausgezeichneten Eifers", mit dem er so musterhaft seine Diözese leite.

Der „polnische Nationalverein" in der Schweiz veranstaltete im Sommer 1919 „zeitgemäße Vorträge". Dabei betonten die Redner immer wieder, daß Großpolen, so wie es heute dasteht, niemandi auf der ganzen Welt zu größerem Dank verpflichtet sei, wie dem regierenden Papst. Er und Clemenceau hätten, trotz allen zu überwindenden Schwierigkeiten, ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um das „feindliche Deutschland zu schwächen und Großpolen wieder herzustellen".

Nach all dem ist es nicht zu verwundern, wenn wir das Zentrum immer an Seite der Polen finden, besonders da, wo es galt, deutsche und nationale Interessen zu schädigen. Die preußische Ostmarkenpolitik wurde vom Zentrum zu einer Evangelisierung der Ostmarken gemacht und die Sache so dargestellt, als handle es sich um Unterdrückung des Katholizismus. Mit einem wahren Fanatismus hat es sich gegen die 1886 begonnene Ansiedlungspolitik gewandt. Immer und immer wieder forderte es die Besetzung des Posener Erzbistums mit einem waschechten Polen, damit die großpolnische Propaganda in ihm einen starken Protektor finde. Auch hier hat es nur wieder die weitere Machtentfaltung des Papsttums im Auge gehabt, denn die Not des Deutschtums war ihm Hekuba. Als es sich bei dem neuen Reichsvereinsgesetz darum handelte, der deutschen Sprache auch im Osten zum Recht zu verhelfen, da wurden die den Antrag befürwortenden Parteien von der ultramontanen Presse mit Unflat begossen. Es handelte sich hier um den sogenannten „Sprachenparagraphen" (§ 7 in der Gesetzesvorlage, § 12 im angenommenen Gesetz). Der Sprachenparagraph stellte die deutsche Sprache als Regel für das ganze Reich auf, überließ die Handhabung des Paragraphen jedoch den

einzelnen Landesgesetzgebungen. Gleich bei der ersten Lesung glaubte das Zentrum ablehnen zu müssen, weil es als Beschützerin der nichtdeutsch sprechenden Volksteile deren „Rechte beschränkt" sah. Jedoch ließ man sich zu einem Kompromiß drängen, das dem Gesetz die Fassung gab, daß in den Gebieten, wo mehr als 60 v. H. der eingesessenen Bewohner fremdsprachlich sind bei der Wahlbewegung usw. die nichtdeutsche Sprache statthaft sei. Aber dieses gewaltige Entgegenkommen genügte dem Zentrum noch nicht, obwohl dadurch für 47 Kreise polnischer Zunge der Zwang zum Deutschsprechen aufgehoben war. Bei der zweiten Lesung (4. 4. 08) sekundierte Spahn dem Polenfürsten Radziwill, der selbst den gemilderten Paragraphen als „Faustschlag gegen die christliche Weltordnung" bezeichnete, recht wacker und erklärte, die Polen würden im § 7 einen Kampfparagraphen gegen ihre katholische Religion erblicken. Die Tatsache aber, daß es sich hier weder um die Sprache im Religions- noch sonstigen Schulunterricht handelte, sondern lediglich um die Vereinssprache, zeigt, daß die ganze ultramontane Polenpolitik wie alles einen kirchlichen Hintergrund hatte. In dritter Lesung konnte es der Abgeordnete Gröber nicht unterlassen, sogar die „Völker des Erdkreises" zu Zeugen der Vereinsgesetzesschmach aufzurufen. Solch widerliche Szenen konnte man eben wieder nur im deutschen Parlament erleben, dessen Abgeordnete zum Teil schon in guten Zeiten durch nationale Ehrlosigkeit zu glänzen sich bemühten, zum Gaudium aller unserer äußeren Neider.

Im Mai 1908 kam zwischen Zentrum und Polen auch in Ost- und Westpreußen für die Wahlen ein Schutz- und Trutzbündnis zustande, das als die „reifste Frucht des Zentrumsgedankens" begeistert gefeiert wurde.

Daß das Zentrum auch die deutsche Sprache in den Schulen bekämpfte, war klar. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Cardauns erklärte z. B. im Jahre 1902 unter „stürmischen Beifall": „Wir erheben Einspruch gegen Maßnahmen, welche das Naturrecht der Muttersprache verneinen, eingreifen mit rauher Hand sogar in das heilige Gebiet der religiösen Unterweisung." Man forderte „polnischen Religionsunterricht", d. h. solchen „in allen Klassen und auf allen Stufen der Volksschule". Daß die Polen überall einen rücksichtslosen Kampf gegen alles Deutsche führen und von je geführt haben, fanden die Herren Ultramontanen aber ganz in der Ordnung. Gerade heute, wo das Großpolentum seinem Haß gegen das Deutschtum, dem es doch in erster Linie seine Wiederherstellung verdankt, die Zügel schießen läßt und in Oberschlesien bestialische Haßorgien feiert, einen rücksichtslosen Ausrottungskrieg gegen alles Deutsche in seinem Lande führt, zeigt es sich mit aller Deutlichkeit, daß auch mit den Polen das Zentrum eine Schlange an der eigenen Brust großgezogen hat. Auch diese vaterlandslose Haltung der ultramontanen Partei hat sich heute furchtbar bitter gerächt. Besonders bezeichnend ist es, daß es wiederum die deutschen Katholiken waren, die, als der Papst Benedikt XV. für die Polen in der ganzen Welt sammeln ließ, mit ihrer Polenspende an erster Stelle standen. 4 Millionen Franken wurden damals auf-

gebracht, wovon das katholische Deutschland (ohne Posen) 1 303 000 Franken beisteuerte. Die Sympathien des „katholischen" Frankreich für das „arme" Polen waren damals noch nicht arg groß, wenigstens steht Frankreich mit seiner Spende (104 000 Franken) an neunter Stelle! Heute ergehen sich die christkatholischen Polen zum Dank für die Hilfe der deutschen Katholiken in maßlosem Deutschenhaß, aber nicht nur gegen Protestanten, sondern ebenso gegen ihre deutschen Glaubensgenossen!

Viel weniger als die Polen selbst waren den Ultramontanen die „Vereine deutscher Katholiken in der Ostmark" von Interesse. Freilich sie sind ihrer Gesinnung nach deutsch-national, und das ist bekanntlich für einen Katholiken kein kleiner Fehler. Auf dem Katholikentag 1899 lag ein Antrag vor, daß man Sorge tragen müsse, daß die deutschen Katholiken im Auslande dürch deutsche Priester möchten pastoriert werden. Im Protokoll steht dazu folgendes: „Der Antragsteller war nicht anwesend, ein anderer hat den Antrag als den seinen nicht aufgenommen. Deshalb bittet die Kommission, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen." So sorgt die ultramontane Partei für die eigenen Volksgenossen!

Die „Germania" erklärte ferner im Dezember 1906 den erfreulichen Beschluß des „Verbandes deutscher Katholiken im Osten", die deutschen Kandidaten bei der Wahl zu unterstützen, „für eine außerordentlich bedauerliche und gefährliche Erscheinung, ja politischen Selbstmord." Kommentar überflüssig!

Um dem dauernd zunehmenden Verlust an deutschem Boden an Polen Einhalt zu gebieten, mußte das sogenannte Enteignungsgesetz geschaffen werden. Daß auch daran das Zentrum Anstoß nahm, bedarf keines weiteren Hinweises.

Im 6. Heft der Bonifatius-Broschüre (des Jahrgangs 1908) die „populäre Erörterungen über die Bedeutung der Zentrumspartei für das allgemeine Volkswohl Deutschlands", enthalten, heißt es zu der Enteignungsvorlage:

„Bauern des Ostens, des Westens, ihr alteingesessenen Bewohner von Rheinland und Westfalen: was im Februar 1908 euren polnischen Standesgenossen zugefügt worden ist, das kann in kurzer Zeit auch euch angetan werden! Der herrschende Patriotismus ist ein krankhafter Nationaldünkel. Fürst Bismarck war und ist noch heute das Vorbild aller „wahren Patrioten". Heinrich Heine hat's schon gesagt: Laßt schon das nächste deutsche Geschlecht mit Schweifen geboren werden."

Der katholische Abgeordnete Dr. Kolbe hat einmal im Reichstag (Januar 1909) wegen dieser Politik des nationalen Verrats mit seinen Glaubensgenossen im Zentrum sehr scharf abgerechnet. Er sprach davon, daß es „sogar ganze Parteien gebe, die lieber deutsches Volkstum gefährden und preisgeben, als daß sie Parteiinteresse, Parteiegoismus und Parteimachtsucht hintanstellten." Aufgefordert, die Partei namentlich zu nennen, sagte er: „Das ist selbstverständlich die Zentrumspartei auf Grund des Bündnisses, das sie im Osten mit den

Polen geschlossen hat und durch das sie dem deutschen Volkstum den harten Kampf noch schwerer gestaltet! Sie wissen ganz gut, wie der Kampf um den Boden gekämpft wird gegen die Slawen, und wie sie bei den Wahlen im Osten dem deutschen Volkstum in den Rücken fallen und unter den deutschen Katholiken Wirrwar anrichten, so daß sie nicht mehr wissen, was deutsch und was polnisch ist, wenn es nur katholisch ist!"

Die Folge dieser zielbewußten Verpolung war, daß nach einer Angabe der „Zeitschrift des Königl. Preußischen Statistischen Amtes" 1913 in der Provinz Posen allein 90 873 Polen deutscher Abstammung, also polonisierte deutsche Katholiken lebten. Wieviel mögen es im oberschlesischen Abstimmungsgebiet gewesen sein, die gegen ihr ehemaliges Vaterland stimmten und so zur Vergewaltigung des Deutschtums beitrugen?

Am 19. Januar 1910 erinnerte Reichskanzler Bethmann Hollweg: „Hat man denn vergessen, daß rein deutsche Gemeinden und rein deutsche Landstriche polonisiert worden sind? Sieht man nicht, daß es dem Großpolentum in Oberschlesien gelungen ist, eine polnische Bevölkerung, so staatstreu und vaterlandsliebend wie irgendeine andere, zu verhetzen und dem preußischen Staate zu entfremden?"

Weil nun der Reichskanzler selbst 1913 noch am Enteignungsgesetz festhielt, ließ die ultramontane Partei ihm mit Hilfe der Sozialdemokratie ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Heute haben wir die Früchte der ultramontanen vaterlandslosen Polenpolitik: Weite preußisch-deutsche Gebiete sind polnisch geworden und weitere drohen noch unter polnische Herrschaft zu kommen. Ostpreußen ist vom übrigen Deutschland abgeschnitten und auch dort sind Kleriker am Werk, um für Polen Propaganda zu machen. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 254 vom 26. Mai 1919) berichtete der damalige preußische Ministerpräsident über seine Eindrücke aus Ostpreußen: „Bemerkenswert ist das Verhalten des Klerus in den katholischen Bezirken. Im Gegensatz zu Oberschlesien, wo der Klerus sich für Deutschland ausspricht, weil die deutschen Geistlichen kulturell höher stehen als die polnischen, agitiert in Ostpreußen die katholische Geistlichkeit für den Anschluß an Polen, nicht aus sachlichen, sondern aus persönlichen Motiven." Es ist sicher kein Zufall, daß der Versailler Vertrag, der uns diese Aufteilung Preußens zugunsten Polens brachte, sich auf die Klagen und das „Unrecht", das den Inhalt der ultramontane Schlagworte bildete, stützt, und das darum „wieder gutgemacht" werden sollte. Auch hier finden wir wie schon früher, daß all das, was vaterlandslose Parteien zum „Unrecht" stempelten, das worauf sie vor aller Welt unter Wegwerfung jeglichen völkischen Ehrgefühls mit Fingern deuteten, später von den Feinden aufgenommen wurde, um die Strenge und Schärfe ihrer „Strafmaßregeln" moralisch zu rechtfertigen. Und daran zeigt es sich wieder, daß der Feind inmitten unseres Volkes sitzt, indem er dem äußeren Feind die Waffen lieferte.

Man darf an dieser Stelle eines Mannes nicht vergessen, der in

Oberschlesien als fanatischer Partei- und Konfessionsagitator den denkbar unheilvollsten Einfluß ausübte. Es ist dies der bekannte Pfarrer (natürlich!) Ulitzka, M. d. R. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, seine Parteischäflein in der Voreingenommenheit gegen „den preußischen, katholikenfeindlichen Hakatismus", gegen „die alten Feinde des katholischen oder schlesischen Volkes" zu erziehen. Zu diesem Zweck peitschte er die religiösen Leidenschaften auf, spielte und drohte mit dem Gedanken, aus Oberschlesien einen eigenen Staat zu machen oder wenigstens die Provinzialautonomie durchzuführen. Und das alles in Deutschlands tiefster Erniedrigung, wo die Ländergier und Großmannsucht der Polen wahre Orgien feierte. Aber dabei gebärdete sich Ulitzka, wie alle Leute seines Schlages, streng national. Am 16. Mai 1922 führte Ulitzka in einer Rede aus:

„Nun fragen wir: Bietet Preußen in seiner zurzeit geltenden Verfassung und Gesetzgebung ausreichende Gewähr für Erfüllung unserer berechtigten Forderungen? Nein! . . . Man bekämpft unsere Bestrebungen indem man uns auf die Provinzialautonomie bzw. die Erweiterung derselben vertröstet . . . Über drei Jahre hatte Preußen Zeit, hier Wandel zu schaffen. Darum sind wir in den Kampf für die Rechte des Volkes eingetreten und werden ihn unentwegt führen bis zum Siege. Jetzt oder niemals! Ein Verräter an unserem Volk ist daher, welcher die Front durchbricht oder uns in unserem heiligen Kampf in den Rücken fällt."

Diese Stilprobe genügt, um den Geist dieses Fanatikers zu kennzeichnen. Nach zwei Monaten heftigster Schimpfkanonade gegen jeden Autonomiegegner begnügte man sich auf einmal mit der „Erweiterung der Provinzialautonomie!"

Ulitzka, der — o blutiger Hohn! — Anspruch auf reines Christentum erhebt, muß man der Gerechtigkeit halber einen Konfrater gegenüber stellen, der Mut genug besaß, all den bewußten Lügen der Unterdrückung der Katholiken in Oberschlesien entgegenzutreten. In einer 1919 erschienenen Schrift: „Oberschlesien, Polen und Katholizismus" legt dieser Pfarrer Nieborowski, so heißt er, eingehend dar, daß die angeblichen katholikenfeindlichen Handlungen der früheren preußischen Regierung, die angebliche Imparität bei der Besetzung von Beamtenstellen, bei der Frage der Einführung der „polnischen Muttersprache" in der Schule usw. zum weitaus größten Teil grobe, tendenziöse Geschichtslügen darstellen, die, soweit etwas Wahres an ihnen ist, ihren Grund in der Gleichsetzung von „polnisch" und „katholisch" haben. Nieborowski sagt wörtlich: „Die von polnisch-nationalen Zeitungen stets verbreitete Meinung, die preußische Regierung hätte seit 150 Jahren das Polentum unterdrückt, ist ein großer, lediglich dem Agitationsbedürfnis entspringender Irrtum." Und weiter betont Nieborowski:

„Die vielen Fehler und Fehlgriffe der Oppelner Regierungen seit 1872 wurden bitter empfunden, aber die sozialen Wohltaten des Deutschen Reiches und die Unbestechlichkeit des preußischen Gerichtswesens, bei welchem auch der letzte Pole Gerechtigkeit gegen ungerechte

Polizei- und Regierungsverfügungen erlangen konnte, sicherte dem deutschen Staatswesen trotzdem die Anhänglichkeit des oberschlesischen Volkes."

Das sagt ein katholischer Pfarrer, sicher ein unverdächtiger Zeuge. Mit seinen Darlegungen sind aber alle jene verlogenen Behauptungen hinfällig, die das Zentrum seit Jahrzehnten in die Welt gestreut und damit nichts anderes erreicht hat, als daß wertvolle deutsche Gebiete durch feindlichen Machtspruch uns entrissen wurden. Das dürfen wir nie vergessen!

Und noch eins dürfen wir hier nicht vergessen. Nämlich die Haltung der Zentrumspartei in Ost-Oberschlesien nach der Übergabe an Polen. Kaum waren die Polen eingezogen, da erließ die „Katholische Volkspartei in der Wojewodschaft Schlesien" einen Aufruf, der an nationaler Ehr- und Würdelosigkeit nicht mehr zu übertrumpfen ist. Es heißt darin:

„Parteifreunde! Die neuen Schlagbäume sind niedergegangen; sie haben unsere oberschlesische Heimat in zwei Stücke zerrissen. Wir haben in der polnischen Regierung eine neue Obrigkeit erhalten. Jede Obrigkeit ist von Gott. Diese Forderung der christlichen Lehre erkennen wir vorbehaltlos an und werden der neuen Regierung gegenüber die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, lehnen daher auch, wir wiederholen es, jede Irredenta ab. Eine Regierung, die Gehorsam im Namen Gottes verlangt, kann unsere Rechte, die auch auf den Willen Gottes zurückzuführen sind, nicht abweisen. Wir wollen positiv mitarbeiten am Wiederaufbau unserer teuren Heimat, damit an die Stelle des Hasses und der Zwietracht Versöhnung und Eintracht, Ruhe und Ordnung zur Wohlfahrt des ganzen Volkes einkehren können. Feststehend auf dem Boden unserer Religion und einer darauf ruhenden christlichen Demokratie, unbekümmert um Lob und Tadel, wollen wir mit jedem, der dazu bereit ist, zur Erreichung dieses Zieles zusammenarbeiten, gleichgültig, welche Sprache er spricht, zu welcher Religion er sich bekennt."

Die katholische „Schlesische Volkszeitung" (18. Juli 1922) nannte dies eine „herrliche Kungebung", die man „nur mit seelischer Ergriffenheit" lesen könne. „Es ist die Sprache tief religiöser, echt christlicher und vaterländischer (!!) Gesinnung . . . die Sprache entschlossener Arbeitsfreudigkeit, die allen deutschen Volksgenossen zum Vorbild dienen kann . . ." Das „nationale" Zentrum!

Aber wen wundert es, daß in diesen Kreisen solch vaterländische Pflichtvergessenheit Platz haben kann inmitten einer von Nationalbewußtsein heiß durchglühten Welt, wenn selbst kirchliche Oberhirten hier mit schlechtem Beispiel vorangehen im schroffen Gegensatz zu italienischen, französischen, belgischen, englischen, polnischen Bischöfen? Am 3. Juni 1922 hatte aus Anlaß der Übergabe Ost-Oberschlesiens Kardinal Bertram von Breslau eine „oberhirtliche Mahnung an die Katholiken von Oberschlesien" losgelassen, in der kein Wort der Trauer

aus dem Munde dieses Deutschen über den Verlust von Land und Volk kommt, nicht einmal ein Wort des Abschieds, kein Wort des Protestes über die gewaltsame Zerreißung der Herde, keine Festnagelung der schamlosen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts! Der Kardinal begnügte sich mit der Feststellung, „daß am Tage, an dem die beschlossene Teilung ausgeführt wird, von Hunderttausenden mit froher Hoffnung (die Polen kommen also zuerst! D. V.), von vielen mit Besorgnissen entgegengeblickt werde." Während der evangelische Oberkirchenrat in Berlin anordnete, daß am Sonntag nach der amtlichen Übergabe des abzutretenden Gebietes in den Kirchen eine diesbezügliche Ansprache verlesen werde, daß ein halbstündiges Trauergeläute stattfinden solle, forderte Kardinal Bertram die Gläubigen des Abtretungsgebietes auf, für die neue Obrigkeit zu beten!! Das ist ein deutscher Bischof! Und da wundern sich gewisse Leute immer noch, wenn man sie als Deutsche zweiter Klasse ansieht. Geschieht dies nach all dem etwa zu Unrecht? Tausende von deutschen Männern haben um die Erhaltung Oberschlesiens geblutet und hier findet ein deutscher Kardinal kein Wort der Entrüstung über ein Unrecht, das zum Himmel stinkt. Man mag eben in diesen Kreisen froh sein, daß Teile deutscher Gebiete von der „preußisch-protestantischen Knute" befreit sind. Eine Objektivität kann es in dieser Frage auch für einen Kirchenfürsten nicht geben. In Sachen des Deutschtum kann es nur heißen: Wer nicht für mich ist, der ist wieder mich! Kardinal Bertram hat mit seinem Hirtenschreiben keinen Zweifel mehr darüber gelassen, auf welcher Seite er steht.

Damit ist aber die jämmerliche Haltung des Zentrums, vor allem des oberschlesischen Zentrums, verständlich. Man mag die Zentrumspolitik wenden, wie man will, man mag sie anschneiden, wo man will, immer wird man finden, daß nicht das Wohl des deutschen Volkes das Richtunggebende ist, sondern das Wohl der Konfession und die Vermehrung der ultramontanen Macht. Oder, wo findet man auch nur e i n e politische Maßnahme des Zentrums, bei der nicht kirchenpolitische Gesichtspunkte leitend gewesen wären? Das ist der tiefere Sinn der Parteidevise „für Wahrheit, Freiheit, Recht!" Alles, was die Ultramontanen bzw. die von ihnen im Parlament vertretene kirchliche Obrigkeit tut oder anordnet, ist alleinige Wahrheit, ist gerecht. Und eine Freiheit gibt es nur in den Grenzen, die diese Obrigkeit gestattet und diese Freiheit ist die allein rechte und gerechte! Nicht freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen, sondern absolute Freiheit der Kirche, ihre ungehemmte Entfaltung, die zuletzt zur vollkommenen Unterordnung der staatlichen Obrigkeit unter die kirchliche führen muß. Das ist das Ziel des Zentrums, das ist sein „nationaler" Gedanke, das ist seine deutsche Politik!

Denn noch immer gilt, was der frühere Justizminister Spahn in öffentlicher Wahlversammlung in Rheinsbach bei Bonn am 5. September 1909 gesprochen hat:

„Die Zentrumsfraktion ist bis in die Tiefe des Herzens durchdrungen von der Überzeugung, daß Ordnung ins menschliche Leben, in

seine sittlichen und materiellen Verhältnisse nur gebracht werden kann durch die Kirche... Die Lösung der dem Reichstage verfassungsmäßig zustehenden Aufgabe wird von uns erstrebt **gemäß unserer Weltanschauung**, welche in allen sittlichen Fragen, **von denen sich die wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen nicht lösen lassen, mit den Lehren der katholischen Kirche übereinstimmt. Vom Boden unserer Weltanschauung aus haben Partei und Fraktion politisch zu handeln.**" (Vergl. „Germania" vom 19. September 1909.) Durch parlamentarische Macht gedenkt also das Zentrum das sogenannte „christliche Kulturideal" zu verwirklichen. In Tat und Wahrheit kann aber hier von einem Christentum keine Rede mehr sein. Der große badische Katholikenführer Reinhold Baumstark schon hat diese Tatsache gebührend festgenagelt. Er schreibt:

„Der Ultramontanismus ist unchristlich, denn er führt in den Dingen des praktischen Lebens, in den wichtigsten Fragen der Moral nicht zu einer milden und versöhnlichen, sondern zu einer düsteren, zu einer fanatischen Auffassung." „Denn," so sagt er weiter, „durch christliches Entgegenkommen und durch selbstsuchtlosen Verzicht auf politische Machtfragen fördert man die Interessen der Kirche besser, als durch ultramontane Starrheit und politische Herrschbegierde." Und er zieht die Folgerung daraus: **„Ich betrachte den politischen Katholizismus der Zentrumspartei als ein religiöses Unglück für die katholische Kirche und zugleich als ein wahres Nationalunglück für das Deutsche Reich. — Ich bin fest davon überzeugt, daß die Politik des Zentrums zu immer größerer Zerrüttung und Zerstörung aller kirchlichen wie staatlichen Verhältnisse führen muß. — Diese Partei vertritt nicht die Rechte und Interessen der katholischen Kirche, sondern sie sucht die Erhaltung und Vergrößerung ihrer eigenen, unter dem Vorwand der Religion geschaffenen Macht, sie erstrebt politische Zwecke, sie ist recht eigentlich die Verkörperung des politischen Katholizismus, der gegenwärtig den schlimmsten Krebsschaden der kirchlichen Zustände bildet. — Diese Partei bekämpft den modernen Staat grundsätzlich.** Sie ist es, die unter der Fahne des politischen Katholizismus mit oder ohne Bewußtsein die Religion als Vorwand braucht für Erreichung politischer Zwecke und Befriedigung weltlicher Leidenschaften... Der bekannte Zentrumsabgeordnete und Journalist Majunke hat mir einmal in Konstanz im Beisein des Abgeordneten Lender die Ehre seines Besuches geschenkt und ich bin überzeugt, daß keiner der beiden Männer vergessen hat, mit welch schonungsloser, alle Rücksichten der Gastfreundschaft beiseite setzender Heftigkeit ich über Majunke losfuhr und seine Parteifürall das Elend verantwortlich machte, das infolge einer so unerhörten Volksverhetzung über unser Vaterland teils hereingebrochen sei, teils noch hereinbrechen werde. — **Der Ultramontanismus ist unpatriotisch, denn sein Streben nach der Kirche des Mittelalters ist unvereinbar mit dem Patriotismus.** Auch bei der besten Absicht und dem red-

lichsten Willen wird die ultramontane Anschauung es nie dahin bringen, daß ihre Anhänger in dem vollen Maße Patrioten sind, wie der moderne Staat es von seinen Bürgern verlangen muß."

So urteilt ein ehrlicher, treuer und gläubiger Sohn der katholischen Kirche, der Katholikenführer Reinhold Baumstark, in seinem schon genannten Buche „Schicksale eines deutschen Katholiken" (Straßburg, Trübner) über die Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht! Was Baumstark hier ausspricht, haben wir alles im Vorausgegangenen bewahrheitet gefunden. Die Wahrheit ertragen konnte auch das Zentrum nicht. Drum mußte niemand so viel Geifer und Unflat über sich ergehen lassen, wie gerade Baumstark. Voll Bitternis schreibt er darum einmal den Satz: **„Ich sollte bald erfahren, daß es eine Partei gibt, welche die giftigen Waffen allen anderen Waffen vorzieht."** (S. 261.) Das ist der echte ultramontane Geist, der heute alles überwuchern will, das ist der Geist, der überall, wo er sich breit macht, gehaßt wird, das ist der Geist, der Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, solange er sich in unserem öffentlichen Leben noch bemerkbar macht. Das ist derselbe Geist, wie der des jüdischen Pharisäismus, weil beide dem Rumpfe einer und derselben Hydra entspringen. Bevor das deutsche Volk nicht dieser doppelköpfigen Hydra endgültig das Haupt abgeschlagen hat, solange wird keine Ruhe werden in deutschen Landen.

Reifende Früchte!

Papsttum und deutsches Kaisertum.

„Luther ist es, der den Krieg verloren hat."
Papst Benedikt XV.
(nach Emil Ludwig in der „Weltbühne", 9. Febr. 1922.

Wie Wetterblitzen war der Weltkrieg über das deutsche Volk hereingebrochen. Pius X. starb, Benedikt XV. folgte ihm. Bis zum Jahre 1917 überwog das Gefühl der deutschen Zusammengehörigkeit, und das Band einer starken nationalen Opferwilligkeit umschlang beide Konfessionen in Deutschland. Vielleicht war dies ein Hauptgrund, warum die deutschen Katholiken von denen anderer Länder so begeifert wurden. Man hatte wohl nach ihrer politischen Vergangenheit darauf gerechnet, daß sie sich nicht für das im Hohenzollern-Kaisertum verkörperte Luthertum und den damit zusammenhängenden Militarismus rückhaltslos einsetzen würden.[1]

[1] Heute schämen sich die Ultramontanen jener Zeit, da sie noch nicht dem Verständigungswahn huldigten und sich tapfer für Deutschlands Sieg einsetzten. Am 23. Juni 1922 sah sich der Abgeordnete Helfferich veranlaßt, auf seine Haltung während des Krieges einzugehen. Er stellte fest, daß der Reichstag seinerzeit den U-Bootkrieg mit großer Mehrheit gebilligt habe für den Fall, daß die Oberste Heeresleitung ihn wünsche. Gleich erhob sich der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn und bestritt, daß im Hauptausschuß

Die deutschen Katholiken erhoben flammenden Protest gegen die anmaßende deutschfeindliche Kundgebung des französischen Episkopats. Man war entrüstet über das Verhalten der belgischen Geistlichkeit, besonders des Kardinals Mercier. Und als der Papst am 4. Dezember 1916 sieben Italiener und drei Franzosen zu Kardinälen ernannte, aber keinen Vertreter der Mittelmächte, da schrieb die ultramontane „Augsburger Postzeitung": „Wir deutschen Katholiken sehen uns damit heute auf eine Stufe mit Portugal gestellt, was die Stimmen betrifft, die uns im Rate des Papstes eingeräumt sind. Ebensowenig erfreulich ist für uns sehen zu müssen, daß Italien, gleichfalls ein Teilnehmer am Krieg gegen uns, während des Krieges seine Purpurträger um sieben erhöht sieht, während Deutschland unberücksichtigt bleibt." Sodann zieht dasselbe Blatt die strenge Neutralität des Heiligen Stuhles in Zweifel, als der Protestrummel gegen die Verschickung belgischer Arbeiter nach Deutschland eingeleitet wurde. Ferner erhob die „Kölnische Volkszeitung" Protest gegen die einseitigen Berichte über deutsche Greuel, die in den halbamtlichen Organen der Kurie[1] zu lesen waren. Und die „Augsburger Postzeitung" konnte am 18. Januar 1917 nicht umhin, ihr Mißbehagen auszudrücken, als der letzte Deutsche, Prälat von Gerlach, auf Drängen der französischen Kardinäle den Vatikan verlassen mußte. „Wir können," schrieb sie, „doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Netze und Ketten unserer Feinde sich immer dichter um den Vatikan ziehen, und wir können uns der bangen Sorge nicht erwehren, daß die systematische Bearbeitung des Papstes und seines Hofes durch die Vertrauensleute der Entente im Vatikan Stimmungen und Anschauungen aufkommen lassen könnte, deren Geltendmachung unserer Überzeugung von der Unverrückbarkeit der Neutralität des Heiligen Stuhles zu festigen nicht geeignet wäre."

Die „Kölnische Volkszeitung" gab ohne Kommentar die Worte einer Berliner Zeitung wieder: „Der Entente lag daran, daß kein wahres Wort über die tatsächlichen Verhältnisse bei den Zentralmächten zu den Ohren des Papstes gelangen sollte."

Man sieht aus diesen Äußerungen, das Zentrum fühle deutsch, ja

---

des Reichstages seinerzeit auf Anregung des Zentrums der Regierung unbeschränkte Vollmacht zur Einleitung des U-Bootkrieges gegeben worden sei. Helfferich hielt demgegenüber seine Behauptungen aufrecht. Dr. Spahn rechnete nochmals mit der Vergeßlichkeit des Volkes und beharrte auf seiner Behauptung. Nun griff Helfferich zum letzten Mittel um die „Jünger der Wahrheit" zu überzeugen und verlas die damals vom Zentrum abgegebene Erklärung:

„Für die politische Entscheidung ist der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung wird sich wesentlich auf die Entschließungen der Obersten Heeresleitung zu stützen haben. Fällt deren Entscheidung für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein."

Darauf tiefes Schweigen!

[1] Man lese darüber die ausgezeichnete Studie „Papst, Kurie und Weltkrieg". (Sämann-Verlag, Berlin W 35.)

wagte Kritik an der Kurie zu üben, was es sonst nie getan hatte, stellte die Volksgesamtheit höher als die Konfession und Partei.

Da kam die große Wendung. Im Februar 1917 nahmen führende Männer des deutschen Zentrums, vor allem Erzberger, in Zürich Fühlung mit dem Vatikan. Einen Monat später stand in den halbamtlichen päpstlichen Blättern eine scharfe Verurteilung des U-Bootkrieges, der seit 1. Februar 1917 uneingeschränkt geführt wurde. Durch die Erpresserpolitik des Zentrums wird das Jesuitengesetz aufgehoben. Im Mai 1917 erfolgte eine neue Friedenskundgebung des Papstes. Erzberger tritt in Beziehung zu dem jesuitisch-ultramontanen und deutschfeindlichen Wiener Hof. Am 6. Juli 1917 unternahm Erzberger seinen Vorstoß gegen den U-Bootkrieg. Erzberger bringt den Geheimbericht des Grafen Czernin über Österreichs Lage ans Licht. Und am 19. Juli setzt er seinem Treiben die Krone auf, indem unter seiner Führung die Friedensresolution für einen Verzicht- und Verständigungsfrieden zur Annahme gelangte. Dem folgte am 1. August 1917 die nichts weniger als unparteiische Papstnote. Und von diesem Zeitpunkt an zeigte es sich deutlich, daß der nationale Katholizismus durch den ultramontanen verdrängt worden war; die Einflüsse der Kurie hatten ihre Wirkung getan, der alte Ultramontanismus war obenan. Die kirchlichen Interessen überwogen die Sorge um Volk und Vaterland und so konnte die „Germania" am 30. September 1917 schreiben: „Eines läßt sich schon heute mit Sicherheit behaupten, daß nämlich die katholische Kirche nach außenhin durch den Krieg ganz erhebliche Vorteile erzielt hat." Und am 17. November 1917 schrieb die vorher über die Haltung des Papstes so unzufriedene „Augsburger Postzeitung" voll Hohn: „Wir freuen uns, daß die Wege nach Rom fester denn je gepflastert sind, und daß das Reich gewissermaßen katholisch und blauweiß angestrichen ist." Hertling war Reichskanzler geworden. Der Ultramontanismus hatte auf der ganzen Linie gesiegt!

In der kritischen Zeit vor dem Umsturz, am 10. Oktober 1918, da war es dieses Blatt, das die deutschen Katholiken aufforderte, zu überlegen, „ob in Zukunft ihr Heil nicht unter Verzicht auf gewisse nationale Aspirationen in einem stärkeren und bewußteren Anschluß an die Politik der Kurie liege." Denn:

„Die Politik der Kurie ist keine Augenblickspolitik . . ., sie rechnet mit Jahrhunderten, wo die Parteipolitik kaum mit Wochen oder Monaten zu rechnen vermag. Was bedeutet gegenüber diesen ins Unermeßliche gereckten Aufgaben das dürftige Soll und Haben der kleinen katholischen Filiale im protestantischen Deutschland? Die Welt malt sich eben im Kopf eines römischen Kurienkardinals ganz anders aus als im Gehirn eines deutschen Gesellenvereinspräses, und die politische Logik eines Lokalblattredakteurs geht nicht immer parallel mit der, deren sich der stolze Senat der Kirche bedienen muß."

Also zwischen den Zeilen zu lesen steht hier: Wir kleine katholische Filiale müssen uns der weitschauenden Kurie zur Durchführung aller ihrer Pläne fügen, auch wenn wir weder Zweck noch Ziel erkennen. Den Kern noch deutlicher herausgemeißelt aber heißt das, wir sind das Werkzeug der Kurie im protestantischen Deutschland. Und das in der Zeit, wo das deutsche Volk um seine Existenz kämpfte!

Wie ist nun diese Wandlung zu erklären? Im Frühjahr 1917 stand Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge: Rußland war zusammengebrochen, Serbien in deutscher Hand, ebenso fast ganz Rumänien. Der U-Bootkrieg brachte überraschende Erfolge. Andererseits war das katholische Haus Habsburg in kritischer Lage. Dem Papst mußte daran liegen, es zu erhalten.

Papst Benedikts XV. Gefühle waren schon immer auf der Seite derer, die diesen unheilvollen Krieg entfacht hatten, und so konnte er nur mit Schrecken an einen deutschen Sieg denken.

Unsere Gegner wußten das sehr genau, daß Benedikt XV. auf ihrer Seite stand. Als der Papst 1916 zum Frieden mahnte, da bestätigte es der Abgeordnete Raimondi in der italienischen Kammer, „daß die höchste geistliche Gewalt in den letzten Tagen über die Kriegsangelegenheit ein Urteil gefällt habe, das *im Lager der Entente Wohlgefallen erweckt habe.*“ Und in dem Briefe des päpstlichen Staatssekretärs Gasparri an den Bischof von Valence heißt es: „Die Gesinnung, welche Euer Gnaden und andere Mitglieder des französischen Episkopats hinsichtlich des letzten päpstlichen Appells für den Frieden bekundet haben, war dem Heiligen Vater *um so angenehmer*, je unerklärlicher die gegenteilige Haltung der französischen Zeitungen im allgemeinen ist; *denn wenn im päpstlichen Schreiben eine Nation begünstigt worden ist, so ist das Belgien und Frankreich.*“

Zwar erhob Benedikt XV. schon 1914 laut seine Stimme: „Gesegnet sei, wer zuerst den Ölzweig des Friedens erhebt und dem anderen die Hand entgegenstreckt“, aber als die siegreichen Mittelmächte dummerweise die Friedenspalme erhoben, da blieb der päpstliche Segen aus. Das preußische Luthertum durfte doch dem „Vater aller“ die Aufgabe, Frieden zu stiften, nicht aus der Hand nehmen. Noch weniger aber durfte es den Endsieg davontragen. Jedenfalls hat Papst Benedikt XV. genau so gedacht, wie sein treuer Schildknappe, der Jesuit Vaughan in London, der im Weltkrieg nur einen Krieg gegen das protestantische Preußen-Deutschland sah. Am 15. Dezember 1915 hetzte dieser laut „New-Yorker World“ vom 2. Januar 1916 folgendermaßen gegen Deutschland:

„Inzwischen bin ich mit Genugtuung davon überzeugt, daß der gütige Gott uns einen großen und glorreichen Sieg verschaffen wird gegen einen Gegner, der auszog, um Preußen zu verkaisern und Deutschland zu verpreußen und die ganze Welt zu germanisieren. Preußen wollte die Welt beherrschen oder untergehen. *Wohlan, es wird untergehen!* Wie unsere Kreuzzugsvorfahren auszogen, um für das Kreuz Christi zu sterben und die heidnischen

Sarazenen zu überwinden, so sind wir bereit, unser Leben für den Christusglauben hinzugeben, für den Untergang von Thor und Odin, den preußischer Militarismus höher als Christus verehrt. — Wenn der Siegesschrei von Petersburg nach Rom und von Paris nach England ertönt, dann werden wir ausrufen können: der Tod hat zum Siege geführt und ist in ihm untergegangen. So bleibe es für immer!"[1]

Daß in diesem Sinne der Papst den Krieg gegen Deutschland auffaßte und daß er alle diplomatischen Künste spielen ließ, um Deutschland nicht siegen zu lassen, kann man aus einem Aufsatz des Rektors des französischen Kollegs in Rom, P. Le Floch, entnehmen, der sich auf die Archive des päpstlichen Staatssekretariats beruft und feststellt, daß **der Vatikan** während des Krieges eine **Politik der traditionellen Sympathie für Frankreich** getrieben habe. Er schreibt in der „Civilta cattolica" (Nr. 1651, 5. 4. 19):

„Nicht nur Lehrgrundsätze, sondern auch natürliche Sympathien und historische Tatsachen wie auch die realen Interessen des Katholizismus machten es dem Papst unmöglich, sich auf die Seite der Mittelmächte zu stellen. **Keinesfalls** konnte er einen **Sieg der Mittelmächte erwünschen,** wo er doch tausend Gründe hatte, die Vernichtung und Verminderung der katholischen Nationen, wie Belgien und Frankreich, zu befürchten. Nicht ohne Schrecken konnte er an die Perspektive eines definitiven Sieges Deutschlands denken, eines Sieges, der den Triumph des Luthertums und des Rationalismus unter Zerschmetterung Frankreichs und Belgiens bedeutete."

Und das offizielle Organ der Kurie der „Osservatore Romano" (24. Mai 1919) bestätigte es in einer Polemik gegen Clemenceaus „Homme libre": **„Die Wirksamkeit des Heiligen Stuhles während des Krieges betätigte sich beständig zugunsten der Ententemächte, insbesondere zugunsten Belgiens, Italiens und Frankreichs."**

Das bedeutet aber so viel, wie: er arbeitete gegen Deutschland. An dieser Tatsache kommt niemand mehr vorbei. Frankreichs Ruhm

[1] Man muß an dieser Stelle an jene bedeutsamen Worte erinnern, die der katholische Abgeordnete von Fischer-Augsburg im Reichstag am 16. Mai 1872 über die Jesuiten gesprochen hat:

„Erlauben Sie mir, daß ich in Ihr Gedächtnis ein Wort zurückrufe, das vor wenigen Wochen ein berühmter Franzose, kein Jesuitenfreund, aber ein sehr guter Franzose, gesagt hat; es war Renan: „Wir müssen den Kampf gegen die Jesuiten aufgeben auf kirchlichem Gebiet; denn sie werden am Tage der Abrechnung mit Deutschland unsere Verbündeten sein." Meine Herren, wir haben alle Ursache, an die Möglichkeit zu denken, daß das, was in diesen Worten prophezeit worden ist, eines Tages wahr wird; wir haben alle Ursache, es zu verhindern, daß bis zu dem in Aussicht gestellten Tage der Abrechnung auf deutschem Gebiet sich eine Macht organisiert, die seinerzeit die Frage stellen wird, ob es ihren Interessen dienlicher sein wird, mit dem Deutschen Reiche Hand in Hand zu gehen, oder die Verwirklichung, die Salvierung ihrer Interessen in einem Bunde mit dem Auslande zu suchen. — Man schützt den Glauben vor, hat aber ein ganz anderes Ziel im Auge."

und Sieg, das war auch in den Augen des Papstes, wie der Erzbischof von Paris anläßlich der Einweihung der Herz-Jesu-Kirche sagte, der Ruhm und Sieg der ganzen Kirche (vergl. „Unita cattolica" Nr. 200, 4./5. 9. 1919).

Als der Papst am 6. April 1919 anläßlich der Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans bedauerte, daß er „nur Franzose dem Herzen nach" sei, da schrieb die „Augsburger Postzeitung" (Nr. 193 vom 4. Mai 19):

„Was wir von jenen, die Franzosen dem Herzen nach sind, zu erwarten haben, wissen wir. Es ist eine furchtbare, bittere Feststellung, die wir hier machen mußten, eine Feststellung, gegen die sich unser ganzes Gefühl sträubt, aber der es ins Auge zu sehen gilt. Es ist heute noch etwas in uns eingestürzt, was uns lieb und teuer war, um die Katastrophe zu vollenden."

Und dieselbe Zeitung schrieb (30. und 31. Dezember 1920): „Bis jetzt leben Rom und Versailles in äußerem Frieden. Als in den schwülen Julitagen 1919 die scheußlichste Mißgeburt der Geschichte das Licht der Welt erblickte, brachten die katholischen Zeitungen in Fettdruck die Nachricht: Der Heilige Vater wird einen Protest gegen den Friedensvertrag erheben. Mit wieviel innerer Zustimmung und dankbarer Hoffnung lasen wir damals diese Notiz. Es war jedoch eine leere Hoffnung!" Ja warum war es denn eine leere Hoffnung? Weil derjenige, der der geschworene Feind deutschen Sinnes, deutscher Freiheit war, der als Nichtdeutscher und „Franzose dem Herzen nach" deutsches Wesen eben nicht erfassen konnte, kein Interesse daran hatte, daß das so gefürchtete und jetzt so mit Füßen getretene Deutschtum in seiner alten Wucht und Kraft und Stärke wieder auflebt, außer unter der Bedingung, daß es sich unter die Fittiche des mittelalterlichen Papstkönigtums begibt, was allerdings einer Erdrosselung des Deutschtums gleichkäme. Deutschland soll leiden, es soll mürbe werden, das ist der Grund, warum Rom und Versailles auch heute noch im Frieden leben.

Diejenigen Leute haben aber am allerwenigsten Grund, sich über die Eintracht zwischen Rom und Versailles zu beklagen, die an erster Stelle dazu beigetragen haben, die deutsche Siegeskraft zu lähmen. Und das waren jene Leute, die unter dem Einfluß Roms und unter Führung Erzbergers jenen Plan des sogenannten „Verständigungsfriedens" ausheckten, der den Feinden neue Siegeshoffnungen gab, wie selbst der Jesuit Leiber in den „Stimmen der Zeit" Januar 1921 nachdrücklichst betont! Rom und der deutsche Ultramontanismus, dessen geschäftigster Vertreter Erzberger war, haben hier mit größtem Erfolg Hand in Hand gearbeitet! Nicht umsonst hat Erzberger den von Papst Benedikt ehemals getragenen Kardinalshut als besondere Huldverweisung geschenkt bekommen. (Vergl. „Kölnische Volkszeitung" Nr. 720, 14. 4. 1919.) Der Papst dachte und denkt gar nicht daran, gegen den Versailler Schandfrieden offiziell zu

protestieren. Im Gegenteil! Als der Erzbischof Ceretti als päpstlicher Delegat nach Paris zur Friedenskonferenz entsandt wurde, und Stimmen laut wurden, er habe die Aufgabe, für die Milderung der Friedensbedingungen zu wirken, mußte das offizielle Organ des Vatikans, der „Osservatore Romano" (Nr. 143 vom 1. 6. 1919) diese Meldung widerrufen. Einzige Aufgabe des päpstlichen Delegierten sei, die Interessen der katholischen Missionen zu wahren.

Da mag mancher sagen, es sei nicht Sache des Papstes bei seiner heutigen Stellung einem harten und drückenden Frieden entgegenzutreten. Allen aber, die so denken, seien hier die Worte eines namhaften österreichischen Katholikenführers, Dr. Joseph Eberle (in seinem Buch „De profundis", Tyrolia-Verlag, Wien 1921) entgegengehalten. Dieser appelliert an das „christliche Weltgewissen" und sagt (Seite 168/169):

„Immer war es der Stolz großer Hierarchen, großer christlicher Priester und Laien, in der Welt die Suprematie von Geist, Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe zu verfechten gegen die Anstürme der Materie, gegen Machtrausch, Rachedurst, Habsucht, gegen Barbarismus und Despotismus in allen Formen . . . Es war der Stolz großer Hierarchen und Christen der Vergangenheit, für Recht und Liebe einzutreten gegenüber Cäsaren und Plutokraten."

Wenn diese Sätze wahr sind, dann haben und hatten wir entweder keine großen christlichen Hierarchen oder aber sie sind ein niederschmetterndes Urteil an der Politik der gegenwärtigen Hierarchie. Besonders wenn Eberle fortfährt (S. 174):

„Nicht die violette Soutane und das goldene Brustkreuz macht den Prälaten aus, sondern der Heroismus im Dienste des Kreuzes. Das Kreuz aber ist nicht nur dazu da, um den Armen und Gedrückten Geduld zu predigen, es ist auch dazu da, das Gewissen der Reichen und Mächtigen zu erschüttern, den Frevlern ein Halt zuzurufen." — — — Wo bleibt der flammende Protest der Oberhäupter aller christlichen Kirchen gegen diese bewußte Verneinung des Christentums (Versailler „Friede!"). Wo bleibt der zielbewußte Kampf aller Moraltheologen gegen diesen neuen, teuflisch überlegten bethlehemitischen Kindermord?" (S. 199.)

Dieser Kampf wäre doch zum mindesten in erster Linie die Aufgabe dessen gewesen, der sich der „Vater aller" nennt. Er hat es aber nicht getan, im Gegenteil er hat den französischen Chauvinismus, dem der Vernichtungsfriede gegen Deutschland zum großen Teil zu danken ist, noch angestachelt! Benedikt XV. hat jenes vielsagende Wort schon 1916 gesprochen: „utinam renoventur gesta Dei per Francos" („mögen sich die Taten Gottes durch die Franzosen erneuern!") („Osservatore Romano" 7. Dezember 1916). Und am 7. Oktober 1919 schloß er seinen Brief, den er anläßlich der Einweihung der Basilika auf dem Montmartre an den Kardinal Amette in Paris schrieb: „Von Frankreich aus möge sich Gottes Gnade über die ganze Welt ergießen, was menschliche Klugheit auf der Versailler Konferenz begonnen, möge die göttliche Liebe

veredeln und vollenden." („Acta Apostolicae Sedis" Nr. 12, 3. November 1919). Seine Heiligsprechung der Johanna von Arc begleitete Benedikt XV. mit den Worten: „Wie für alle Franzosen, so liege auch für ihn die Bedeutung der Heiligsprechung der Johanna von Arc darin, daß sie eine Bürgschaft für die Vermehrung von Frankreichs Ruhm und Glück sei." („Osservatore Romano" Nr. 118, 17./18. Mai 1920.) Welche Wirkung diese Worte hatten, beweist ein Rundschreiben des Erzbischofs von Straßburg, in dem es hieß („Elsässischer Volksbote" 19. 2. 1921):

„Nicht nur verurteilt der Heilige Stuhl den Patriotismus nicht, sondern er lehrt, daß er eine christliche Tugend sei. Er hat diese Lehre feierlich erneuert, gelegentlich der Kanonisation der heiligen Jeanne d'Arc. Und alle Welt erinnert sich noch, wie Benedikt XV. im Jahre 1920, als er unsere Nationalheldin feierte, bei dem Gedenken an sie sagte, daß er bedauere, nur Franzose im Herzen sein zu können. — — → Die Herren Pfarrer können diese amtliche Veröffentlichung ganz oder teilweise nach ihrem Gutdünken den Gläubigen mitteilen."

Ist das nicht etwa eine Aufstachelung des Geistes von Versailles, des Geistes, der zur ewigen Schande des katholischen Frankreich uns die schwarze Schmach beschert?

Und ebenso wurde der Geist von Versailles aufgestachelt, wenn Benedikt XV. am 14. August 1921 öffentlich Frankreich mit Lob überschüttete, indem er — es klingt fast wie ein Hohn — sagte:

„Es scheint, als ob **Frankreich** sich um einen neuen Namen, um den beneidenswerten Titel: **„Mutter der Heiligen"** bewerben wolle." („Osservatore Romano" Nr. 193 vom 15. August 1921.)

Das deutsche Nationalbewußtsein anzuspornen, hat Benedikt XV. sich peinlichst gehütet. Ja, bei der Ernennung der beiden deutschen Kardinäle 1921 betonte er dreimal, daß sie vor allem „Priester von Rom" seien, die Nationalität habe zurückzutreten, wobei er noch den vielsagenden Satz beifügte: „Möge die Erhebung der Bischöfe von München und Köln zum Heiligen Purpur ein Trost sein unseren teuren Söhnen in Bayern und in Deutschland." Womit gesagt ist, daß in den Augen des Papstes Bayern nicht mehr zu Deutschland gehört!!

Der oben genannte Dr. Joseph Eberle schreibt u. a. auch in seinem Buch (S. 152): „Die Entente hat, wie Kardinal Mercier in Nordamerika sagte, den Krieg durch die Presse gewonnen. Wir sagen, sie hat ihn durch die lügnerische und verleumderische Presse gewonnen."

Man kann dem nur beistimmen. Aber war es nicht auch die amtliche und halbamtliche Presse des Vatikans, die mit der Ententepresse in der Vergiftung der Weltmeinung zu Ungunsten Deutschlands gewetteifert hat? Darüber schweigen sich die Leute in Deutschland wohlweislich aus, die heute nicht genug den Vatikan als letzten Retter aus der Not betrachten. Es war z. B. die „Civilta cattolica" (6. Januar 1915), deren Artikel (laut „Köln. Volkszeitung" Nr. 194 von 1916)

vor der Drucklegung der persönlichen Genehmigung des Papstes unterliegen, und die das folgende zusammenfassende Urteil über die deutsche Kriegführung abgab:

„Wahrhaftig die Zerstörungswut, die von Deutschland in diesem Kriege zum System erhoben wurde, die alle internationalen Abkommen verachtet und offene Städte beschießt, unschuldige Kunstdenkmäler zu ihrem Ziele macht, Spitäler und öffentliche Gebäude nicht verschont, in jammervoller Weise wehrlose Frauen und Kinder niedermetzelt, ist eines Volkes unwürdig, das ein Vorbild der Kultur und der menschlichen Gesittung sein will."

Dazu kommen noch zahlreiche hetzerische Ausfälle der Kurienblätter gegen deutsche und österreichische Luftangriffe, gegen den U-Bootkrieg usw. Nie aber haben diese Bläter auch nur einmal gegen die Aushungerung Deutschlands, gegen die zahllosen Bombenangriffe militärisch unwichtiger Städte (Freiburg, Karlsruhe), wo Hunderte von Menschenleben zu beklagen waren, und gegen zahllose andere Grausamkeiten unserer Feinde Einwendungen erhoben. Auch das beweist zur Genüge, daß der Vatikan seine ganze Macht für die Sache der Entente eingesetzt hat.

Damit aber ist der Vatikan einer alten Tradition treu geblieben. Um dies zu beweisen, wollen wir einen kurzen Blick in die nächstliegende Vergangenheit des 19. Jahrhunderts zurückwerfen.

Als dem päpstlichen Staatssekretär Antonelli die Kunde zu Ohren kam, daß in der Schlacht von Königgrätz das katholische Österreich aufs Haupt geschlagen worden war, rief er voll Bestürzung aus: „Die Welt stürzt in Trümmer." Als so etwas Ungeheuerliches empfand er den Sieg des lutherischen Preußen über das „rechtgläubige" Österreich! Das ging anscheinend gegen die Weltordnung, wie sie sich im Hirn des römischen Universalpolitikers ausmalte. Dieser Sieg mußte wieder wettgemacht, dem zu kurz gekommenen „göttlichen Recht" zum Siege verholfen werden! Und wie? Bismarck hat es im Reichstag am 5. Dezember 1874 folgendermaßen angedeutet:

„Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung, in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen als auf eine sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die — ich will nicht sagen „katholischen", sondern die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, . . . den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde, und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist; — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu

können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß."

Der Krieg von 1870 war also wieder eine Enttäuschung für Rom. Nun trat im Reiche das Zentrum Bismarck entgegen, hemmte seine Politik, wo immer es konnte. Im Jahre 1887 drohte ein erneuter Konflikt mit Frankreich, der unter Schürung französisch-klerikaler Elemente zum Ausbruch gebracht werden sollte. Damals war als russischer Botschafter in Paris ein Baron von Mohrenheim. Dieser weiß über die Tätigkeit vatikanischer Agenten in Paris folgendes zu berichten: „Merkwürdigerweise kamen die wertvollsten Informationen über Deutschland oder vielmehr über die Absichten Bismarcks bezüglich Frankreichs, die während dieser Zeit in Paris eingingen, von der päpstlichen Regierung und ihren Nuntien im Auslande. Während der Februarkrise ließ der mit dem französischen Geschäftsträger in München sehr befreundete päpstliche Nuntius in dieser Residenz genaue Aufschlüsse über die Tragweite der Verwicklungen, deren Möglichkeit damals deutlicher hervorzutreten schien, nach Paris gelangen. Ebenso fand man sich durch den Botschafter beim päpstlichen Stuhl, Lefevre de Béhaine, besonders seit der Rückkehr des Monsignore Galimberti nach Rom über den Kern der Bismarckschen Politik bestens unterrichtet." (Jules Hansen, Diplomatische Enthüllungen aus der Botschafterzeit des Barons von Mohrenheim, 1884 bis 1898, Übersetzung von E. Luerot, 1907, S. 40.)

Man muß diese Dinge heute wieder der Vergessenheit entreißen, um allen Illusionen so vieler, als komme aus Rom nur Friede und Versöhnung, zunichte zu machen. Nein, in Rom wirkt alles Deutsche wie ein rotes Tuch, wird wie nichts gehaßt und gefürchtet. Im „Wiener Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus" (Nr. 3 vom 10. Februar 1922) steht folgende Geschichte: „Ein österreichischer Gelehrter kommt nach Rom, um die Approbation seines Werkes zu betreiben und muß mit einem englischen Kardinal (Gasquet) verhandeln, wobei er seine Befürchtung ausdrückt, es könnte ihm und seinem Anliegen seine Herkunft schaden. Der Kardinal beruhigt ihn: **„Wir hassen nur die Deutschen."** Das sagt genug.

Erst 1918 ging der römische Zukunftstraum, der Vernichtung von Preußen-Deutschland in Erfüllung und es sei noch einmal ausgesprochen, an diesem Zusammenbruch ist Rom nichts weniger als unschuldig. Der deutsche Ultramontanismus hat ganze Arbeit gemacht. Der Zweck heiligt auch hier die Mittel.

Seit diesem Zusammenbruch arbeitet das Zentrum an der Aufteilung Preußens, aber immer natürlich unter dem Deckmantel vaterländischer Interessen. Ist es etwa ein Zufall, daß es gerade ultramontane Priester sind, die für die Autonomie des Rheinlands kämpfen? So z. B. Dr. Froberger, Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung" und Mitglied der Kongregation der „Weißen Väter", deren Aufgabe ist:

„travailler pour la France" (arbeiten für Frankreich)? Ferner Pater Herbert Schwanitz, Pfarrer Kastert, der Intimus des Dr. Dorten, und der sattsam bekannte Theologie-Professor Lauscher, der auf dem rheinischen Zentrums-Parteitag (11. Januar 1921) den Plan der Gründung eines neuen Rheinbundes entwarf, indem er ausführte:

„Gelänge es, aus den Westprovinzen Preußens, wo die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht zur Sozialdemokratie bekennt, ein selbständiges Reichsland zu bilden, so würde dieser westdeutsche Freistaat zusammen mit dem deutschen Süden die Position der christlichen Kultur im Reiche erheblich verstärken und gegenüber dem Radikalismus in Nord- und Mitteldeutschland ein Gegengewicht schaffen, dessen Bedeutung nicht zu verkennen ist."

Darum ist auch für Lauscher das Autonomiegesetz für die preußischen Provinzen in der Reichsverfassung nur „der erste Schritt auf einer neuen Bahn."

Diese „neue Bahn" hat der Geistliche Dr. Sonnenschein (Berlin) in einer Rede in Wien („Reichspost" vom 10. November 1920) genau umrissen:

„Das Bild Deutschlands wird in nächster Zukunft folgendes sein: Die bisherigen Bundesstaaten bleiben ungeteilt, während Preußen in drei bis vier gleichberechtigte Bundesstaaten gegliedert wird. Dies bedeutet das Ende der preußischen Vorherrschaft."

In ähnlichem Sinne spricht sich die Zentrumspresse aus („Sächsisches Tageblatt" Nr. 228 vom 12. Oktober 20, „Thüringer Volkswacht" Nr. 23 vom 9. Oktober 20).

Man denke ferner an Oberschlesien vor der Abstimmung! Dem Kardinal Bertram von Breslau wurde einfach die Einreise in das Abstimmungsgebiet verweigert. In dem Schreiben des Warschauer Ministeriums an Korfanty, das dieser dem oberschlesischen Klerus übersandt hat, werden als Gründe genannt:

„Nach den vom Herrn Kardinal Staatssekretär dem polnischen Gesandten beim Vatikan abgegebenen Erklärungen, hat der Nuntius Ratti (der jetzige Papst!) das Recht, jede kirchliche Anordnung des Kardinals Bertram zu suspendieren. Auch hat er das Recht, mit der ganzen Autorität des apostolischen Stuhles vom Breslauer Bischof die Ausführung jener kirchlichen Anordnungen zu verlangen, welche er für die Sicherung der Abstimmung für zweckentsprechend und notwendig erachtet."

Die „Ausburger Postzeitung" und die „Kölnische Volkszeitung" (Nr. 881, 11. November 1920), beides führende ultramontane Organe, veröffentlichten dazu einen „von besonderer Seite" zugekommenen Artikel über die „Stellung des apostolischen Nuntius in Oberschlesien". Da hieß es, die polnische Presse habe sich von Anfang an bemüht, den Oberschlesiern klar zu machen, der Papst habe seit jeher gar nichts anderes gedacht, als daß Oberschlesien „polnisches Land" und deshalb für Deutschland verloren sei. „Man kann nicht gerade sagen, daß Monsignore Ratti etwas getan habe, um diese Auffassung zu entkräften.

Im Gegenteil: Man hat allen Grund zu der Annahme, daß die Warschauer offiziellen und nichtoffiziellen Kreise in ihm ein verständnisvolles Werkzeug für ihre Pläne gefunden haben. Als der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, verhindert wurde, im oberschlesischen Teil seines Bistums kirchliche Amtshandlungen vorzunehmen, . . war es in unterrichteten Kreisen ein offenes Geheimnis, daß die empörende Maßnahme letzten Endes auf den Warschauer Nuntius selbst zurückzuführen sei. Zahlreiche Gründe zwingen zu der Annahme, daß die Beschuldigung gegen Monsignore Ratti sich nicht nur auf Vermutungen begründet."

Die Tätigkeit des ehemaligen Nuntius Ratti für Polen und die Entente war so auffällig, daß ihn der Papst abberufen und durch einen anderen Abstimmungskommissar ersetzen mußte. Immerhin erhielt Ratti für seine Betätigung einige Monate darauf den Kardinalshut und heute ist er — Papst!

Als seine Wahl dazu bekannt war und die französische und polnische Presse mit geringen Ausnahmen jubelte, schrieb die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz: „Obwohl Pius XI. eine den Polen freundliche Haltung einnimmt, dürfen wir von seiner Frömmigkeit und seinem Gerechtigkeitssinn erwarten, daß er als Papst unsere Lage zu würdigen weiß." Natürlich! Nun er Papst ist, ist alles in der Ordnung.

Ein typisches Beispiel, wie Gebietslosreißungen von Rom gefördert werden, ist der Fall Eupen und Malmedy, dessen Entreißung doch genau wie in Oberschlesien eine Vergewaltigung des Deutschtums und einen schamlosen Rechtsbruch darstellt. Papst Benedikt XV. kümmerte sich aber darum nicht im geringsten, sondern fand sich auffallend schnell mit der neuen Sachlage ab. Selbst ein unentwegtes Erzbergerblatt, das „Deutsche Volksblatt" (Nr. 172 vom 23. November 1918) gestand: „Der Heilige Vater hat es mit der Anerkennung der politischen und territorialen Veränderungen des Krieges sehr eilig gehabt."

Diese Eile bestand u. a. auch darin, daß Benedikt XV. in Eupen-Malmedy zwar ein neues Bistum zum Schein errichtete, dieses aber in Tat und Wahrheit durch Personalunion mit Lüttich und durch die Bestimmung, daß der Klerus von Eupen und Malmedy in die Lütticher Diözese und die Kleriker aus Lüttich in das neue Bistum versetzt werden können, vollständig unter belgischen Einfluß brachte. Die „Germania" schob dem belgischen Fanatismus die Schuld für die von der Bevölkerung so verwünschte Neuordnung zu. In Tat und Wahrheit aber hat der **Erzbischof von Köln zu dieser Knebelung des Deutschtums seine Einwilligung gegeben.** Ausdrücklich spricht die päpstliche Bulle („Acta Apostolicae Sedis" 1. Oktober 1921) von dem Einverständnis (consensus) des derzeitigen Erzbischofs von Köln; sie bedroht jeden mit schweren Kirchenstrafen, der gegen die verfügte Neuordnung ankämpft oder Widerspruch erhebt. Selbst der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Courant" im Haag muß

zugeben, es habe sich bei dieser kirchlichen Einrichtung unverkennbar darum gehandelt, den romanischen Einfluß in Eupen-Malmedy zu stärken. Die Kirche des Ortes Malmedy, der nur 4000 Seelen zähle, sei zur Kathedrale des neuen Bistums erhoben worden unter Umgehung der mit ihren 14 000 Einwohnern weit größeren Stadt Eupen. Der Grund sei klar. Malmedy sei überwiegend wallonisch, während drei Viertel der Einwohner Eupens deutsch seien. Deshalb solle gerade Malmedy zu einem Mittelpunkt des „neubelgischen" Gebietes gemacht werden. Die Bestrebungen Belgiens gingen dahin, den französisch-wallonischen Einfluß auf jede Weise auszudehnen, und die katholische Kirche habe mit der Ernennung Malmedys zum Bischofssitz diesem Streben einen großen Dienst erwiesen. Der kirchliche Einfluß solle erreichen, was die belgischen Behörden vergeblich versucht hätten.

Welche Ungeheuerlichkeit diese Maßnahme Benedikts XV. darstellt, zugleich wie es um das National- und Deutschbewußtsein des Kardinals Schulte von Köln bestellt ist, erhellt aus einer kirchenrechtlichen Betrachtung eines „bekannten Kirchenrechtslehrers" in der katholischen „Augsburger Postzeitung" (Nr. 563, 11. November 1921). Hier heißt es, daß eine Errichtung eines neuen Bistums „nicht willkürlich" vorgenommen werde, „sondern nur, wenn das kirchliche Interesse oder das geistliche Wohl der Gläubigen" es erforderlich mache. Eine Diözese werde nur dann geteilt, „wenn hierfür ein dauerndes Bedürfnis der Katholiken vorliegt und mit klugem Urteil vorhergesehen werden kann, daß die neue Diözese einen dauernden Bestand haben wird". „Bei der Errichtung eines Bistums herrscht sogar die Gewohnheit, daß der Papst eine solche **nur mit Zustimmung** des betreffenden Ordinarius vollzieht, von dessen Diözese das Territorium abgezweigt wird. So hat jüngst der Erzbischof von Köln seinen Konsens zur Dismembration der Gebiete Eupen und Malmedy von der Erzdiözese Köln gegeben. Nur **in allerseltensten Fällen** könnte es sich ereignen, daß der Heilige Vater die Zustimmung des betreffenden Bischofs aus eigener Machtvollkommenheit ergänzt oder suppliert."

Der Erzbischof von Köln brauchte also durchaus nicht seine Zustimmung zu geben. Tatsache ist, daß ein italienischer, englischer, französischer oder polnischer Kirchenfürst mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Neuordnung sich gewehrt hätte. Ein deutscher gibt seine Zustimmung und fördert dadurch die Vergewaltigung des Deutschtums!

Daß man in Paris die franzosenfreundliche und deutschfeindliche Einstellung des Vatikans für annexionistische und separatistische Zwecke ausbeutet, ist klar. Man kann hier mit vollem Recht von einem französisch-vatikanischen Zusammenspiel gegen Deutschland sprechen. Der „Eclair", eine von französischen Katholiken viel gelesene Zeitung, schrieb in diesem Sinne am 18. November 1920: „Das Frankreich Richelieus war nicht ohne Stolz, und doch ließ es die Ausnutzung

aller religiösen Kräfte nicht außer acht. Der große Minister spielte in Deutschland Protestanten und Katholiken zu unserem Vorteil gegeneinander aus. Wer weiß, ob wir alle Chancen in dieser Hinsicht verloren haben?"

Schon im Juli 1920 hatte Millerand es öffentlich ausgesprochen, „daß das Schicksal der Pfalz und der rheinischen Provinzen sich in Rom entscheidet." Und Briand befürwortete die Wiederherstellung der französischen Botschaft beim Vatikan damit, daß man im Rheinland wie in Bayern der Mithilfe des Papstes zur Einflußnahme auf den katholischen Volksteil bedürfe. Woraus hervorgeht, daß sowohl der Vatikan wie Frankreich die Aufteilung und Zerschlagung des Bismarckschen Deutschland erstreben. Das gab auch der zum Nuntius in Paris ernannte Erzbischof Ceretti Pressevertretern gegenüber offen zu, indem er erklärte („Germania" 21. 5. 22), er müsse der tiefen Genugtuung des Heiligen Stuhles für die edle Haltung Frankreichs Ausdruck geben. Die Wiederaufnahme der Beziehungen mache Frankreich alle Ehre, da Frankreich einsehe, wie sehr seine Interessen mit denen des Katholizismus verbunden seien. Der Vatikan sei geneigt, demnächst Beweise der Bereitwilligkeit seiner Mitarbeit in Palästina und Syrien — um nur diese Gebiete zu nennen — zu geben.

Große Hoffnungen setzen die französischen Nationalisten auf die Jesuiten in Deutschland, deren Tätigkeit entdeutschend sei und darum das Gelingen französischer Pläne zu fördern scheint. So berichtet z. B. der Deutschenhetzer Maurice Barrès voll Genugtuung über die Arbeit der unter jesuitischer Führung befindlichen Organisationen im Rheinland („Echo de Paris" Nr. 13 196 vom 3. Juli 1920):

„Augenblicklich gibt es in Deutschland und besonders in der Rheinprovinz unter den Intellektuellen, besonders der Jugend, eine bedeutsame katholische Bewegung, deren lateinischer Charakter nicht zu verkennen ist. Sie tritt in Gegensatz zu der Bewegung der protestantischen Nationalisten, die sogar Sonntags in ihren Kirchen „Deutschland, Deutschland über alles" singen. Bezeichnend ist ferner das Projekt der Rheinländer in Köln, ein philosophisches Institut zu gründen, wo nach dem Vorbilde des Kardinals Mercier in Löwen scholastische Philosophie gelehrt würde. Im allgemeinen sind augenblicklich die katholischen Akademiker und Intellektuellen sehr rührig. Diese rein religiöse apolitische Bewegung hat einen speziell liturgischen Charakter und bewegt sich folglich in durchaus lateinischem Fahrwasser. Es existieren schon etwa 100 Gruppen, welche 15 000 Akademiker umfassen. Die Gruppe Köln, von der die Initiative ausgegangen ist, umfaßt etwa 1000 Mitglieder. Ich erwähne ferner die Vereinigung Neudeutschland, welche sich an die Mittelschüler wendet und deren Programm erklärt: Zuerst Katholik, dann Deutscher . . ."

Zuerst Katholik, dann Deutscher! Das ist die Signatur, unter dem das neuzeitliche ultramontane Deutschland steht! In diesem Zeichen

stand die unselige Friedensresolution 1917, in diesem Zeichen stand auch der Zusammenbruch und — —, wenn nicht bald eine Umkehr folgt, wird Deutschland in diesem Zeichen auch aufgeteilt und für immer aus der Geschichte gestrichen werden.

Ultramontane Ernte.

„Vox temporis — vox Dei."
(Die Stimme der Zeit ist die Stimme Gottes)
Kardinal Faulhaber.

Von Papst Benedikt XV. wird berichtet, daß eines seiner letzten Worte gewesen sei: „Mit Gottes Hilfe wird es meinem Nachfolger gelingen, mein Werk zu vollenden."

Diese Worte klingen an sich sehr harmlos, allein wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht und die weltpolitischen Vorgänge genau verfolgte, der konnte nicht lange mehr im Unklaren darüber bleiben, was unter diesem „Werk" zu verstehen ist. Benedikt XV. schied in dem Augenblick aus dem Leben, als das gewaltige russische Reich, das seit 1917 unter der schrecklichsten Blutdiktatur steht, von grenzenlosem Elend heimgesucht, und als ferner Mitteleuropa infolge der sogenannten Friedensverträge immer mehr erdrosselt und der Anarchie entgegengetrieben wurde. Hier wie dort staatliche Auflösung, Hilflosigkeit, verzweifelt-düstere Stimmung, Apathie und Lethargie. Wo aber Not und verzweifelte Hilflosigkeit, grauenhaftes Elend herrscht, da hat der Ultramontanismus das Feld frei, den Boden, den er braucht, um Wurzel zu fassen und verlorene Positionen im Sturm wiederzugewinnen! In einem blühenden nationalen Staat kann der Ultramontanismus nicht gedeihen, er braucht, wie der Pilz das durchnäßte Erdreich, ein zertrümmertes und zerschlagenes Volkstum, kurz ein Volk in Not, dem er sich, wenn alles verloren scheint, als letzter Helfer und Retter anbieten kann. Dann ist ihm der Erfolg sicher. Dann kann er ernten!

„Wenn einst der Tag kommt, an dem dieselben Regierungen, welche jetzt die Kirche als staatsgefährlich bevormunden und knebeln zu müssen glauben, sie als die einzige Retterin aus der Not anrufen, wenn der Tag kommt, da das Narrenschiff der Zeit zerschellen wird an dem Felsen der Kirche, — an diesem Tage, hochansehnliche Versammlung, muß die Kirche gerüstet dastehen, sie muß eine Schar frommer, gelehrter Priester zu ihrer Verfügung haben, um den großen Aufgaben gerecht zu werden, die ihr dann gestellt werden, und um die Ernte einzuheimsen, die ihr dann erwächst", so verkündete ein Dr. Mosler auf dem Katholikentag 1885.

Dieser Tag scheint gekommen sowohl für das schismatische Rußland wie für das überwiegend lutherische Deutschland! Und kommen konnte er nur durch eine Revolution.

Blicken wir zunächst nach Rußland, wo die „Erntearbeiten" schon im Gange sind. Wir werden dadurch nur um so mehr Verständnis für

unsere eigene Lage gewinnen. Der Vatikan hat im Anschluß an die Konferenz von Genua durch Vermittlung des dortigen Erzbischofs am 10. Mai 1922 ein Abkommen mit der Sowjetregierung geschlossen, das es der katholischen Kirche ermöglicht, charitative und Missionstätigkeit in Rußland zu entfalten, mit dem klaren Ziel, das Schisma zu beseitigen.

In der ultramontanen Presse hat man dieses Abkommen mehr oder weniger laut bejubelt. Die „Germania" (Nr. 325, 1922) schrieb:

„Die große Aktion des Heiligen Stuhles in Genua bedeutet eine geschickte Steigerung, ein Crescendo, nach Inhalt und Form. Die ganze Aktion des Vatikans in Genua ist zweifellos sehr geschickt ins Werk gesetzt und nach der religiösen und kirchenpolitischen Seite von großer Bedeutung."

Das Blatt hütete sich wohl, zu sagen, was eigentlich hinter der ganzen Aktion steckt, was das Ganze eigentlich zu bedeuten hätte. Ganz anders das führende katholische Organ Bayerns, der „Bayrische Kurier" (Nr. 187). Er ist voll des Triumphes, und in solchen Gefühlen läuft einem bisweilen der Mund über und man plaudert gern aus der Schule. Über die vatikanisch-bolschewistischen Verhandlungen wußte dieses immer sehr gut informierte Blatt zu berichten, es handle sich um einen Versuch, „die russisch-orthodoxe Kirche in den Schoß der Mutterkirche zurückzuführen". Das sei „eine gewaltige Aufgabe, deren Bedeutung selbst geübte Augen kaum erfassen könnten." Das Ziel der „Zurückführung in die Mutterkirche" hätte die engere Verbindung mit der „russischen Regierung" (bisher nannte sie der „Bayrische Kurier" nur die „Sowjetjuden") zur Voraussetzung:

„Die großartige Hilfsaktion des Papstes für das hungernde Rußland bot die erste Gelegenheit dazu. Bei den Verhandlungen scheint die von den Sowjets durchgeführte Nationalisierung der Kirchengüter weniger Schwierigkeiten geboten zu haben. Ernster sind schon die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß das neue (russische) Kirchengesetz die Volkswahl für die Bischofswahlen festsetzt. Aber auch da werden die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein, eben wegen des großen moralischen Erfolges für Rußland, wenn es zwischen ihm und dem Vatikan zu einem Konkordat käme, ein Erfolg, der die tatsächliche Anerkennung Sowjetrußlands in sich schließen würde. Natürlich wird der Vatikan sich der Verantwortung bewußt sein, die er damit vor der ganzen Welt übernehmen würde, aber der Papst ist der Vater aller Christen, auch derjenigen Rußlands, und er hat die Pflicht, möglichst viele irrende Schäflein in seine Herde zurückzuführen. Für diese Zwecke muß er zu den schwersten Opfern bereit sein, und ist es auch, wie die Geschichte beweist."

Noch deutlicher wurde das Würzburger Zentrumsblatt „Das neue Volk" (Nr. 83). In einer fast an Sadismus grenzenden Weise kennzeichnet dieses Blatt die politische Verbindung des Vatikans mit der Sowjetregierung zwecks Eingliederung der russischen Kirche in die römisch-katholische:

„Die Sowjetregierung würde eine solche Entwicklung begrüßen, da sie damit auch zugleich die gegenrevolutionären (d. h. nationalen!! D. V.) Elemente absorbieren würde. „Si vince la Russia, vince le schisma," kennzeichnete einmal Pius X. die kirchengeschichtliche Bedeutung des Weltkrieges. Die Niederlage des zarischen Rußland war auch die Niederlage des Schisma!"

Also der Weltkrieg und der darauf folgende Bolschewismus waren gut genug dazu, die russische Nationalkirche, deren oberste Spitze der Zar war, lebensunfähig und damit zur Aufnahme in die internationale katholische Kirche reif zu machen. Darum fördern auch die Bolschewisten die römisch-katholische Propagandatätigkeit in Rußland!

Anfang August 1922 tagte in Luxemburg der internationale Kongreß der „katholischen Aktion", dem als Vertreter des Papstes Kardinal Maffi beiwohnte. Als einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung wurde die Abhaltung einer großen Volksmission genannt, „die den Zweck verfolgt, die Völker der modernen Kultur zur Kirche zurückzuführen, die Rückkehr des Proletariats und der Intellektuellen zum Glauben anzubahnen und das russische Volk dem Katholizismus zu nähern". „Dieser letzte Vorschlag," so läßt sich die katholische „Schlesische Volkszeitung" (27. Juli 1922) aus Rom melden, „geht auf die Absichten Pius XI. zurück, der es sich angelegen sein läßt, eine Verschmelzung der russischen Kirche — die sich auf apostolische Gründung zurückführen läßt — mit der römischen Kirche in die Wege zu leiten." Zu diesem Zweck wurde der Bischof Ludwig Keßler von Tiraspol nach besonderer Anweisung und Aufklärung durch Papst Pius XI. wieder nach Rußland geschickt, von wo er nach Ausbruch der Revolution nach Berlin geflohen war. (Die russisch-orthodoxen Kirchenhäupter haben der Revolution bis zum heutigen Tage die Stirn geboten!) Mit ihm reisen eine Anzahl Ordensmänner — Jesuiten, Salesianer, vom göttlichen Wort und von den Oblaten der Maria Immakulata. Auch sie wurden von Pius XI. empfangen, der an sie „herzbewegende Worte des Abschieds richtete und sie als Dolmetscher der Caritas des Papstes zugunsten der leidenden Menschheit begrüßte" („Schlesische Volkszeitung" 30. Juli 1922).

In der römischen Staatssekretarie wurde sogar eine besondere Abteilung „pro Russia" eingerichtet, „deren Aufgabe es ist, der Entwicklung des päpstlichen Hilfswerkes zu folgen."

Unter dem Mantel der christlichen Caritas wird also heute schon offiziell auf die Beseitigung des russischen Schismas hingearbeitet, und der Sturz des Zarentums, der Bolschewismus und die damit verbundene Zermürbung des russischen Volkes waren gut genug, römischen Weltherrschaftszielen dienlich zu sein.

Ist es etwa ein Zufall, daß zwei der zielbewußtesten Zerstörer russischen Volkstums römisch-katholische Polen sind? So der oberste Leiter der „Außerordentlichen Sowjet-Kommission zur Bekämpfung

der Gegenrevolution" (Tscheka), Dserschinsky, der Hunderttausende von nationalen Russen auf bestialischste Weise hinmorden ließ. Er wird einstimmig als das Gegenteil der schlemmenden jüdischen Sowjetdiktatoren geschildert: als kalter Fanatiker, in seinem Privatleben Asket! Sein nächster Gehilfe, Menschinsky, ist ebenfalls katholischer Pole! Ebenso merkwürdig ist, daß die „katholische Aktion" in Rußland gerade in dem Zeitpunkt ihre Tätigkeit aufnahm, als die russischen Kirchenhäupter den schwersten Verfolgungen von bolschewistischer Seite ausgesetzt waren und der Moskauer Patriarch Tichon ins Gefängnis geworfen und von den Bolschewisten abgesetzt worden war. Voll Erbitterung schrieb die in Paris erscheinende russische antibolschewistische Zeitung „Peßledinja Nowosti" zu diesen Vorgängen:

„Der Zar Nikolai II. und seine Familie sind ermordet, der Metropolit Wladimir und viele Tausende russischer Priester sind ebenfalls umgebracht worden, sowie Hunderttausende von Leuten aus dem Volk. Millionen von Kinder sind moralisch verdorben worden, das väterliche Herz des Heiligen Vaters ist nur von einem Gefühl entflammt: Vielleicht werden sie mich nach all diesem anerkennen!? Es gibt nichts Abstoßenderes, als das Schauspiel der vulgären Falschheit, in listige scholastische oder in lügenhafte offizielle Phrasen gekleidet. Heute bietet uns dies Schauspiel der „Nachfolger Petri" und der Schüler Calvins (?), die bereit sind, jedem Mörder und Dieb ihre Freundschaft zu bezeigen, falls sie nur irgendeinen Vorteil für sich dabei herausschlagen können."

Hier arbeiten sich also Bolschewisten, Anhänger der 3. Internationale, die die Vernichtung aller christlichen Kultur auf ihre Fahne geschrieben haben, und die Vertreter des mittelalterlichen Papstkönigtums in die Hände.

Diese Abschweifung nach Rußland war insofern nötig, als dadurch die Tätigkeit des Ultramontanismus im „ketzerischen" Deutschland in ein ganz neues Licht gerückt wird, neue Perspektiven sich ergeben, und politische Möglichkeiten in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt werden.

Zunächst müssen zwei ziemlich unscheinbare und doch in diesem Zusammenhang schwer ins Gewicht fallende Tatsachen der Vergessenheit entrissen werden.

Am 17. Oktober 1918 hatte die Petersburger „Prawda" geschrieben: „Jetzt von Worten zu Taten übergehend, will die Sowjetregierung, ungeachtet der härtesten Verpflegungskrisis, dem deutschen Proletariat mit Brot und Waffen und Revolutionserfahrungen zu Hilfe kommen. Zu diesem Zwecke wird das sozialistische Rußland seine besten Mitarbeiter nach den Ländern des Westens schicken, wo sie fruchtbaren Boden vorfinden werden." Ferner hatte der Unabhängige Zubeil in einer Charlottenburger Rede Ende Oktober 1918 gesagt: „Die russische Regierung hat durch einen Vertreter offiziell den Unabhängigen mitteilen lassen, daß sie die unvermeidliche deutsche Revolution mit allen Mitteln unterstützen werde". Diese Tatsache benützte nun der konservative Abgeordnete Professor Werner-Gießen zu einer

Anfrage beim Reichskanzler, welche er zunächst dem Präsidenten des Reichstages, Fehrenbach, zuleitete, damit der sich vorbereitenden Revolution noch wirksam begegnet werden konnte. Es handelte sich also um eine Sache, — darüber konnte sich auch Präsident Fehrenbach keine Minute im unklaren sein — von deren sofortiger Erledigung der Bestand des Reiches offensichtlich abhing. Was tat aber Herr Fehrenbach? Er bestimmte, daß die Anfrage bis zum Zusammentritt des Reichstages zurückgelegt werde, um sie dann mit dem Abgeordneten Werner-Gießen zu besprechen. Dadurch wurde aber die ganze so überaus wichtige, nach sofortiger Erledigung drängende Angelegenheit verschleppt und vereitelt. Ob mit Absicht, bleibe unerörtert.

Allein diese Tatsache gibt insofern zu allerlei Mutmaßungen Anlaß, als Fehrenbachs Konfessions- und Fraktionsgenosse Erzberger mit einem führenden Revolutionsmacher und Wegbereiter des Bolschewismus, Barth, in dessen Sinne ohne die geringsten Bedenken durch dick und dünn ging und darum von Barth in seinem Buch „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" in den Himmel gehoben wird. Aus den Verhandlungen der Volksbeauftragten berichtet Barth (S. 73):

> „Ich beantrage, bedingungslosen Frieden anzubieten; alle traten entrüstet gegen mich auf; nur zur Schande meiner Parteigenossen sei es gesagt — **Erzberger stellte sich voll und ganz auf meinen** (Barths!) **Standpunkt**; mit fünf gegen eine Stimme (Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann gegen Barth) wurde mein Antrag abgelehnt."

In welch' sonderbarer Gesellschaft befand sich doch hier der Liebling der „Germania"! Aber noch bei anderer Gelegenheit zeigte sich die Liebe Erzbergers zu den Bolschewisten. Dem Rat der Volksbeauftragten wurde mitgeteilt, daß Polen ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an Ober-Ost gestellt habe, in dem die sofortige Auslieferung von 10 000 Gewehren und 500 Maschinengewehren von der Wilnafront zur Bekämpfung der Bolschewisten verlangt wurde. Auswärtiges Amt, Kriegsministerium, Oberkommando Ost waren ebenso wie die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten der Meinung, daß dem Ersuchen entsprochen werden müsse, die drei unabhängigen Volksbeauftragten aber aus „prinzipiellen wie taktischen Gründen" dagegen. „Wir legten", so schreibt Barth (S. 109), „erneut eingehend unsere Stellung dar und wurden hierbei von den Soldatenräten und — Erzberger auf das kräftigste unterstützt."

Da drängt sich einem doch unwillkürlich die Frage auf, erstens, welches Interesse hatte wohl Erzberger an einem bedingungslosen Vernichtungsfrieden, und zweitens, welches Interesse hatte er daran, daß der Bolschewismus sich ungehindert entfalten und gedeihen könne? Fragen, deren offene Beantwortung einen heute ins Gefängnis bringen würde. Man braucht wirklich kein Seher mehr zu sein, um diese Zeichen und Wunder zu deuten.

Woher kam es denn, daß das angeblich früher grundsätzlich monarchische Zentrum keinen Finger rührte, als es um die Throne

ging? Auf dem Katholikentage zu Aachen 1912 erklärte doch der Jesuit Cohauß:

„Und eben, weil wir Katholiken den Gottesglauben hochhalten, darum sind wir kaisertreu!"

Und der deutsche Episkopat erklärte in einem Hirtenschreiben vom 1. November 1917 noch:

„Seiner ganzen Vergangenheit getreu, wird das katholische Volk alles zurückweisen, was auf einen Angriff gegen unsere Herrscherhäuser und unsere monarchische Staatsverfassung hinausläuft. Wir werden stets bereit sein, wie den Altar so auch den Thron zu schützen gegen äußere und innere Feinde . . ."

Ferner hat das Zentrum wenige Monate vor dem Umsturz noch, am 30. Juni 1918, in seinem von Gröber, Porsch und Held unterzeichneten Parteiprogramm den Satz aufgestellt:

„Wir stehen ein für eine starke Monarchie!"

Als dann der unselige 9. November 1918 kam, da zeigte sich, was diese Gelöbnisse wert waren, und daß der katholische Kirchenhistoriker F. X. Kraus recht hatte, als er 1892 dem Zentrum schrieb: „Es ist die jammervollste Illusion, von dieser Partei eine Stütze für den Thron — insbesondere den eines Hohenzollern — zu erwarten." (Südd. Monatshefte Januar 1920.)

Hatte doch der päpstliche Nuntius Meglia es schon 1868 offen ausgesprochen, daß der „Kirche" nur die Revolution helfen könne (vergl. S. 77), das heißt aber so viel, daß die ultramontanen Ziele nur nach einer Revolution zu erreichen seien. Darum war für das Zentrum nach der Wahl der Nationalversammlung 1919 plötzlich die republikanische Staatsform Selbstverständlichkeit, und führende Männer der Zentrumsfraktion gaben wiederholt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Deutschland Republik sei und bleiben müsse, so z. B. Stegerwald in Köln, Gröber in Heilbronn, Giesberts in Duisburg und Essen, von Kiene in Tübingen und ebenso Fehrenbach bei der Vereidigung Eberts. Und die Gründe für seine Republikbegeisterung formulierte Fehrenbach auf einer Zentrumstagung in Oldenburg („Kath. Korrespondenzblatt" 19. 9. 21) folgendermaßen: „Er könne die Begeisterung der katholischen studentischen Kreise für die Hohenzollern-Monarchie nicht verstehen. Durch die Republik erst hätte die katholische Kirche die Freiheit erhalten; die Monarchie hätte ihr diese nie gegeben." Recht bezeichnend ist auch, daß Peter Spahn die Annahme der angeblich gottlosen Weimarer Verfassung mit den Worten empfahl: „Nach Kant ist die Republik die beste Regierungsform." Nun mußte auf einmal der sonst viel gelästerte Kant herhalten, während man selbst der absolutesten Monarchie, dem Papsttum, unterworfen ist.

Die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland", die einzige monarchisch gebliebene katholische Zeitschrift, hatten also schon recht, wenn sie (S. 63, 1920) schrieben:

„Kann es eine schärfere Verurteilung aller jener Zentrumspolitiker geben, die mit fliegenden Fahnen ins republikanische Lager

übergegangen sind und die Erinnerung an ihre Vergangenheit durch möglichst lautes Schimpfen auf das alte System, auf Monarchie und Kaisertum zu verwischen suchen?"

Konnte man aber von dem Zentrum politische Grundsatztreue verlangen wenn selbst der damalige Papst, Benedikt XV., sich selbst zu der Politik der Anpassung bekannte und sich auf den Boden der Tatsachen stellte? Er tat dies, als man ihm z. B. vorwarf, er habe den Sieg des habgierigen und räuberischen Italien unangenehm empfunden, wogegen er sich entschieden wehrte und betonte („Osservatore Romano" Nr. 311 vom 10. November 1918):

„Die Kirche ist eine vollkommene Gesellschaft, die die Heiligung der Menschen jeder Zeit und jeden Landes zum Endzweck hat, die sich den verschiedenen Regierungsformen anpaßt wie sie auch ohne irgendwelche Schwierigkeit die gesetzlichen territorialen und politischen Veränderungen der Völker anerkennt."

Gleich machte sich ein ultramontanes Organ „Der Fels", „Zentralorgan der katholischen Presse" (Nr. 3 von 1919/20) die sonderbare Anschauung zunutze, um des Zentrums Wandlungsfähigkeit zu entschuldigen:

„Das Spezifikum des Zentrums ist eben nichts Politisches, sondern etwas Religiöses, nämlich die katholische Weltanschauung, und gerade die Anpassungsfähigkeit der Partei, die wir nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem, ja selbst auf schulpolitischem Gebiet mehrfach beobachten, entspricht vollkommen der katholischen Auffassung, die alle Dinge vom katholischen Standpunkt aus betrachtet, die jeweilige Form aber, unter der sich die Dinge präsentieren, als unwesentliches Moment ansieht."

Benedikt XV. hätte obige Worte nicht aussprechen dürfen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, der Inkonsequenz geziehen zu werden. Denn einer seiner Vorgänger — Clemens XI. — war es doch, der seinerzeit dem Kurfürsten Friedrich III. die Anerkennung der preußischen Königswürde verweigerte. Dieser Papst nannte die Erhebung Preußens zum Königreich (1701) öffentlich eine „Beleidigung des apostolischen Stuhles". Und was tat Benedikt XV.? Nach dem Sturz der Hohenzollern, und nachdem der Sozialdemokrat Fritz Ebert die Leitung des Deutschen Reiches übernommen und dem Papst davon Mitteilung gemacht hatte, sandte dieser „dem ausgezeichneten ehrenwerten Manne Friedrich Ebert Gruß und Segen" und wünschte ihm Glück zu der hohen Würde. („Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 237, 17. 5. 1919.) Man kann also ganz gewiß nicht sagen, daß dem Papst die Neuordnung der Dinge in Deutschland, hervorgegangen aus dem Verbrechen der Revolution, etwa unangenehm gewesen wäre. Wenn darum das Zentrum nach gelungener Revolution die Republik feierte, so befand es sich ganz im Einklang mit seinem kirchlichen Oberhaupt in Rom.

Zu der hier sich aufdrängenden Frage, ob das Zentrum aktiv oder

passiv an dem Umsturz gewesen sei, wurde schon oben jene merkwürdige Handlungsweise Fehrenbachs erwähnt. Hier soll nur noch auf einen schwerwiegenden Vorwurf eines führenden Zentrumspolitikers hingewiesen werden, der die insgeheime Mitbeteiligung des Zentrums an der Revolution mindestens in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückt. Die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland" (2. Heft 1920) berichten darüber:

„Gegen einzelne Zentrumsabgeordnete z. B. den jetzigen 2. Vorsitzenden der Partei, den Abgeordneten Becker-Arnsberg, erhebt kein geringerer als Dr. Eisele, damals Berliner Berichterstatter und Mitredakteur der „Köln. Volkszeitung", den schwerwiegenden Vorwurf, daß sie den **Ausbruch der Revolution nicht ungern gesehen,** vielleicht sogar **begünstigt** hätten und damit **mitschuldig** geworden wären an dem völligen Zusammenbruch des deutschen Volkes."

Läßt sich auch vorerst die Mitwirkung an der Revolution nicht beweisen, sicher ist, daß das Zentrum der Umsturzpartei jahrzehntelang (nach Peter Spahn) „den Steigbügel gehalten" hat und darum mitschuldig ist an dem Verbrechen der Revolution. Und ebenso sicher ist, was die „Historisch-politischen Blätter" an derselben Stelle dem Zentrum ins Stammbuch schreiben:

„Der *fürchterliche*, aber *berechtigte Vorwurf*, den Hindenburg erhebt, er habe in der Heimat statt Unterstützung und Mitarbeit Versagen und Schwäche gefunden, trifft in seiner *vollen Wucht* auch die *Zentrumsfraktion* und einen *Teil der Zentrumspresse*. Daß maßgebende Kreise des Zentrums zusammen mit Freisinn und Sozialdemokratie an die von Wilson und den Westmächten ausgestreckten Angelruten „Verständigungsfriede, Völkerversöhnung, Völkerbund" usw. angebissen haben, mag mit guter Absicht entschuldigt werden; *bedenklich* macht nur, daß manche Politiker deshalb so blind vertrauend zugeschnappt zu haben scheinen, weil die angesteckten Lockbissen, „demokratische Regierungsform, Parlamentarismus, Abschaffung des Militarismus und der Junkerherrschaft", *ihnen aus innerpolitischen Gründen sehr schmackhaft waren*."

Wie berechtigt dieser Vorwurf war, beweist jener Bericht des stellvertretenden Generalkommandos Karlsruhe über die unterwühlende Tätigkeit gewisser Leute während des Krieges. Voll Entrüstung hat der badische Finanzminister Köhler 1922 diesen Bericht der Öffentlichkeit übergeben, wähnend, dadurch dem „fluchbeladenen, alten System" wieder eins anhängen zu können. Tatsächlich blieb aber das Zentrum schwer belastet, denn in dem Bericht wird neben dem Namen Wirths auch der Erzbergers in nichts weniger als anerkennendem Sinne genannt. Der Sachverhalt ist folgender:

Das stellvertretende Generalkommando von Karlsruhe berichtete im Herbst 1917 nach Berlin: „Die gesamte der *Zentrumspartei* zur Verfügung stehende Organisation (*Geistliche*) *korrumpiere die Stimmung des deutschen Volkes*.

Die Beweise dafür seien einwandfrei erbracht." Weiter schrieb das Generalkommando nach Berlin: „Die Organisation dieser Flaumacher sei im Volke, vom kirchlichen Sinn der kleinen Leute getragen, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers. Ihre Arbeit vollzieht sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Versammlungen, und sei deshalb für das Generalkommando unmittelbar nicht zu fassen. Nur von der Zentrale und im ganzen Deutschen Reiche könne dieser ungeheuren Schädigung begegnet werden. Es dürfe dabei aber nicht daran vorbeigegangen werden, die unheimliche Geschlossenheit der Organisation zu kennzeichnen und ihren objektiv landesgefährlichen Charakter aufzudecken."

Es ist ungemein interessant, daß der Name Erzberger schon im Herbst 1917 im Zusammenhang mit landesgefährlichen Machenschaften genannt wird. Man muß da noch an mancherlei Vorgänge erinnern, die uns heute in einem planmäßigen Zusammenhang erscheinen. Um jene Zeit hielt Erzberger in Süddeutschland seine Vorträge für den „Verständigungsfrieden", deren Verbreitung in der Presse zwar unterdrückt, aber doch nie vollständig unterbunden wurde.

Um dieselbe Zeit spielte auch, nach dem im Oktober 1917 erfolgten Tode des Reichstagsabgeordneten Gräfe, bei der Ersatzwahl in Bautzen-Kamenz Erzberger, der als Zentrumszählkandidat bei früheren Wahlen dort Einfluß besaß, eine verhängnisvolle Rolle. Diese Ersatzwahl sollte, wie die Linksparteien betonten, eine Machtprobe darstellen zwischen Friedensfreunden und Kriegsverlängerern, um diese Schlagworte zu gebrauchen. Und da konnten die Sozialdemokraten einen Brief Erzbergers vorzeigen, in dem er die Katholiken im Kreise aufforderte, für die Sozialdemokratie als die Friedenspartei zu stimmen. Was dann tatsächlich den Erfolg hatte, daß gerade die katholischen Dörfer beim Kloster Marienstern, die als die sicherste Stütze der Rechten gegolten hatten, dem Sozialdemokraten zum Siege verhalfen. Das stellvertretende Generalkommando von Karlsruhe war also anscheinend sehr gut unterrichtet, und die ultramontanen Herrschaften haben gar keinen Grund, sich so aufzuregen, im Gegenteil, wie man sieht, hätten sie allen Grund, etwas weniger selbstherrlich und anmaßend zu sein.

„Innerpolitische Gründe", schrieben die „Historisch-politischen Blätter" seien für jenes Flaumachertum im Sinne Wilsons maßgebend gewesen.

Was das u. a. für „innerpolitische Gründe" waren, darüber gewinnt man einige Anhaltspunkte, wenn man jene haßglühenden Auslassungen des Grafen Strachwitz (im „Neuen Reich" Nr. 43, 1920) gegen die Hohenzollern liest. Es sind wohl dieselben Gründe, die einen Erzberger aus dem glühendsten Annexionisten und Monarchisten nach Fühlungnahme mit dem Vatikan 1917 zum Republikaner und Versöhnungspolitiker werden ließen. Graf Strachwitz schreibt:

„Noch nie hat ein protestantischer Hohenzollernfürst die katholische Kirche in Wirklichkeit geschützt oder gefördert.[1] **Preußen ist der natürliche Gegner der Katholiken** . . . Durch die Revolution kamen die deutschen Katholiken in politischen Zwiespalt untereinander. Die Katholiken, die Geschichte studiert hatten und zwischen den Zeilen preußischer Gesetzgebung zu lesen verstanden, und schließlich auch die Katholiken der neueren Provinzen konnten dem Untergange der Hohenzollern nicht nachtrauern. — — Sie (die kaisertreuen Katholiken) überlegten nicht, **daß für eine katholische Monarchie erst durch Weltkatastrophen Platz geschaffen werden mußte, die allein den Wegfall der Hohenzollern herbeiführen konnten.**"

Also nun ist es heraus! Das protestantische Kaisertum mußte weg; die Zertrümmerung dieses Kaisertums ist dazu noch ein Werk Gottes, um die Bahn freizumachen für eine katholische Monarchie! Und darum hat das Zentrum auf die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands hingearbeitet. Darum vertrat auch die Kurie während des Krieges vorwiegend die Interessen unserer Gegner und darum mußte durch pazifistische Beeinflussung des Zentrums Deutschland das Rückgrat gebrochen werden. Die Katastrophe sollte Deutschland mürbe und zugänglich machen für die Ultramontanisierung, die man „Freiheit der Kirche" nannte. „So wenig wohl sich der Katholik," schreibt Graf Strachwitz weiter, „bei den jetzigen Zuständen fühlen kann, so darf doch nicht geleugnet werden, daß das republikanische System bisher der Kirche mehr genützt als geschadet hat, vor allem durch die vollkommene Freiheit der Ordensniederlassungen. Ich glaube das Erbe der Hohenzollern wird erst dann wieder gesegnet sein, wenn seine Verwaltung in die Hände eines weisen, weitherzigen, gottesfürchtigen und katholischen Monarchen übergegangen sein wird."

Dieselbe Freude über den Zusammenbruch des protestantischen Kaisertums empfand jener Franziskanerpater Heribert Schwanitz, als er in Bingen zum Rochusfest 1919 in seiner Festpredigt zu sagen sich erkühnte („Reichsbote" 29. 8. 1919):

„Der Schöpfer aller Welten, der den fürchterlichsten aller Kriege

---

[1] Zum guten Glück stehen solchen Auslassungen, die einer fanatischen und gehässigen Gesinnung entspringen, zahlreiche andere gegenüber. Als im Jahre 1864 ein englischer Staatsmann den päpstlichen Kardinalsstaatssekretär fragte, wie die englische Regierung die katholische Geistlichkeit in Irland befriedigen könnte, erhielt er zur Antwort: „Das kann ich ihnen mit einem Wort sagen: Führen Sie die preußischen Kirchengesetze ein!"

Ein weit bekannter und hochgeschätzter Katholik, der frühere Reichsgerichtspräsident Dr. Hamm sagte im Dezember 1907 in einer Rede: „Die Hohenzollern haben sich, wie durch Geschlossenheit ihres Staates überhaupt, so insbesondere auch dadurch, daß sie von allen deutschen Landesherren am entschiedensten und rückhaltlosesten die volle Glaubensfreiheit durchführten, den Rechtstitel erworben zu der ihnen 1870 gewordenen Stellung an der Spitze des neuerstandenen Deutschen Reiches." An solche Geständnisse erinnern sich die ewig „unterdrückten" Ultramontanen natürlich nicht gern.

von Anbeginn voraussah, und trotzdem nicht das Übel abgewandt hat, weil er nicht in den freien Willen des Menschen eingreifen will, hat auch die Niederlage zu unserem Besten gewollt. Ein höherer Offizier sagte mir beim Zusammenbruch: „Es hat so kommen müssen. Das Preußentum wäre geplatzt vor Stolz, wenn es den Sieg errungen hätte." Ja, Gott hat alles wohlgemacht. Der Stolz des Preußentums wäre unerträglich geworden. Hätten wir gesiegt, dann wäre der Kampf des Evangelischen Bundes mit größter Kraft gegen uns geführt worden. Jetzt schweigt er sich vollständig aus, nachdem der Papst der Landeskirche, der sie subventioniert, unterstützt und bevorzugt hat, vom Thron gestürzt ist. Jetzt bröckelt das ganze Gebäude zusammen. Ja, der alte Geist lebt noch! Wir haben das Jubeljahr der Reformation bei uns gesehen. Hätten wir gesiegt, dann wäre bis zum Jahre 1946 — dem Todesjahr des Reformators — gejubelt und gefeiert worden. Luthergeist hat uns entgegengeweht, Geist des Mannes, der als Mönch von der Kirche abgefallen ist. Ja, Gott hat alles wohlgemacht. Christliche Pilger! Ihr betet so oft für die Heiden, ihr vergesset dabei aber vielleicht zu beten für die Brüder und Schwestern, die noch nicht zu uns zurückgekehrt sind."

Ganz in demselben Sinne schrieb der katholische Pfarrer Wächter in einer Zuschrift an den „Reichsboten" (29. Juli 1919): „Ja, Rom ist schuld an unserem Zusammenbruch, aber nicht in Ihrem Sinne; das Schifflein der deutschen Fürstenhäuser ist zerschellt am Felsen Petri."

Hier haben wir die tiefsten Gründe, warum der Ultramontanismus sich so schnell der neuen Lage anpaßte. Er hielt seine Stunde für gekommen! Darum hat Gott alles wohl gemacht! Das Ziel des Ultramontanismus, das dieser seit Windthorsts Zeiten zäh im Auge behalten hat, war nunmehr erreicht. Und darum der Jubel der „Germania" über die „Weimarer Verfassung" (Nr. 480, 11. August 21):

„Wer ehrlich ist, wird nicht bestreiten könen, daß in dieser Zeit allerhand erreicht worden ist, was sich getrost sehen lassen kann. — Im Gegenteil dürfen wir zum Ruhm unserer Reichsverfassung sagen, daß die Gedanken und Prinzipien, die ihr zugrunde liegen, uns nicht nur vor dem Schlimmsten bewahrt, sondern auch den Fortschritt ermöglicht haben, den ein unbefangener Rückblick auf die letzten Jahre feststellen muß. Die Reichsverfassung ebnete den einzig möglichen Weg, auf dem eine Wiedererholung möglich ist."

Darum mußte man aber auch das Verbrechen des 9. November zum Recht umprägen, denn aus einem schweren Verbrechen, wie die Revolution, kann doch wohl nicht ein Segen für die Kirche ausgehen! Freilich, um dies dem Volke mundgerecht zu machen, mußte man einige Kirchensätze „vergessen". Die „Germania" vom 17. Dezember 1921

unternimmt nun diesen Umprägungsversuch im Anschluß an den Jagow-Prozeß, indem sie drei Syllabussätze kurzerhand dem rotgefärbten Parteidogma opfert. Sie schreibt:

„Wie ist es nun eigentlich mit dem Recht vom 9. November 1918, über das Herr von Jagow so verächtlich sprach, und das auch Herr Kapp nicht gelten lassen will? Der Oberreichsanwalt hat sich in seinem Plädoyer klipp und klar darüber geäußert, wenn er sagt, daß aus der Macht vom 9. November Recht geworden ist. Jede Staatsumwälzung, sofern sie wirklich durchdringt, ist und muß Rechtschaffend sein. So ging auch am 9. November der Weg von der Revolution zur Gesetzlichkeit. Dieser Weg ist in seinem ersten und wichtigsten Stadium am 11. August 1919 durch Schaffung der Weimarer Verfassung beendet worden . . . Wenn man so die Umwandlung von der Macht zum Recht betrachtet, kann man sich fragen, ob es überhaupt vollendeten Hochverrat gibt. Denn eben dieser vollendete Hochverrat ist bereits Recht schaffend geworden . . . Es gilt das Wort aus dem Wallenstein: Entworfen nur, ist's ein gemeiner Frevel, gelungen ein unsterblich Werk."

Man sieht auch hier, wie weit die Verwachsung zwischen Schwarz und Rot schon gediehen ist, denn sonst könnte die „Germania" nicht solche Theorien aufstellen, die als Irrlehre durch den „Syllabus" Pius IX. in folgenden drei Sätzen verworfen wurde:

Satz 59: „Das Recht besteht in einer Tatsache. Alle menschlichen Pflichten sind ein leerer Name und alle menschlichen Taten haben Rechtskraft."

Satz 61: „Eine geglückte tatsächliche Ungerechtigkeit tut der Heiligkeit des Rechtes keinen Abbruch."

Satz 63: „Gehorsamverweigerung, ja auch Auflehnung gegen rechtmäßige Fürsten ist erlaubt."

Diese drei Sätze verwirft Pius IX. im Syllabus, der „dogmatisch unfehlbar" ist. Doch die „Germania" handelt ganz nach diesen Sätzen, wenn es sich darum handelt, gegen die „Räuber des Kirchenstaates" zu geifern. Da wird Unrecht auf einmal nicht zu Recht, obwohl das Unrecht „erfolgreich" war und ein halbes Jahrhundert diesen Erfolg bestätigt hat.

Allerdings ist auch der Erfolg der Revolution von 1918 durch „allerhand" Errungenschaften bestätigt worden. Darum kann man über die „Syllabus-Sätze" sich schon hinwegsetzen.

Was das Zentrum durch die Revolution und die Republikanisierung Deutschlands erreicht hat, erhellt am besten aus der Tatsache, daß heute die wichtigsten und einflußreichsten Stellen und Ämter von Ultramontanen besetzt sind, und das Zentrum unentwegt bestrebt ist, seine Leute auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an eine möglichst einflußreiche Stelle zu bringen. Wie das Zentrum bei dieser systematischen Stellenbesetzung vorgeht, erhellt aus jenem „Fall Hermes" im

Herbst 1920. Durch die Presse ging damals folgender Bände sprechender Bericht (vgl. „Frankfurter Zeitung" Nr. 777 vom 20. Okt. 1920):

„Ende 1919 haben drei sehr einflußreiche Zentrumsabgeordnete sowohl dem preußischen Ministerpräsidenten als auch dem damaligen Finanzminister Erzberger eine Denkschrift überreicht, die von dem letzteren „zur Berücksichtigung" weitergegeben worden ist. In dieser Denkschrift wird Dr. Hermes, der im Dezember 1919 noch Sektionsleiter im Reichswirtschaftsministerium war und zu dieser Zeit vor der Ernennung zum Ministerialdirektor stand, aufs wärmste als künftiger Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium empfohlen, und zwar mit folgender Begründung: „Abgesehen von den allgemeinen Eigenschaften, die von einem Beamten in der exponierten Stellung eines Unterstaatssekretärs verlangt werden müssen, ist für diesen Posten im Reichswirtschaftsministerium unerläßliche Vorbedingung repräsentative Erscheinung, Redegewandtheit und diplomatische Beweglichkeit. Gerade auf diese Eigenschaften ist besonders Wert zu legen." Von Dr. Hermes wurde behauptet, daß er diese Eigenschaften besitze. Den Kernpunkt dieser Denkschrift bildeten aber folgende Sätze, die als entscheidend dafür angeführt werden, daß Hermes zum Unterstaatssekretär gemacht werden sollte: **„Endlich muß aber auch Wert darauf gelegt werden, daß der neue Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Katholik und Zentrumsmann ist.** Bereits seit langem wird es in katholischen Kreisen unangenehm empfunden, daß es der **Zentrumspartei** trotz ihres **ausschlaggebenden Einflusses in der jetzigen Regierung noch nicht gelungen ist, Katholiken in einflußreichen Stellen der Ministerien unterzubringen.** Bisher dürfte, abgesehen von den parlamentarisch besetzten Regierungsstellen, **noch kein katholischer Unterstaatssekretär** im Amte sein. **Es muß aber der Zentrumspartei daran liegen, hervorragend tüchtige Kräfte der eigenen Partei in Stellen der beamteten Unterstaatssekretäre unterzubringen,** damit einmal **der Einfluß der Partei gesichert bleibt,** wenn sie selbst **vorübergehend** infolge anderer politischer Konstellationen **von der Regierung ausgeschlossen sein sollte,** ferner, **um das Ansehen der Katholiken überhaupt zu heben, und weiterhin, um die Unterbringung des Nachwuchses in entsprechenden Stellen sicherzustellen.** Gerade der **einflußreiche Posten des Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium** dürfte hierfür besonders geeignet sein, **zumal den katholischen Kreisen dadurch Gelegenheit gegeben würde, auch in Einzelfragen maßgeblichen Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben auszuüben."**

Daß die vorgesetzten Dienststellen über die Beförderung des Herrn Hermes anderer Meinung waren als die Verfasser der Denkschrift, geht aus einer Randbemerkung hervor, die der damalige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, zu der Denkschrift machte. Sie lautet: „Dieser Mann ist nach dem Schriftstück ein Juwel. Nach meiner Kenntnis und Information hat er nicht das erforderliche Ausmaß, vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der

Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparates. **Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden.** Die Kandidatur wird auch **zu heiß** betrieben."

Bekanntlich hat das Zentrum trotzdem seinen Willen durchgesetzt.

Erst in diesem Zusammenhang wird einem klar, was es zu sagen hatte, wenn Peter Spahn im Windthorst-Kalender 1908 davon sprach, daß die „siegreiche Kraft des Zentrumsprogramms die Gegner bezwingen müsse, damit auch sie der Fahne des Zentrums folgen", denn ohne die Durchführun des Zentrumsprogramms müsse das Deutsche Reich Schaden leiden. Hier haben wir den tiefsten Grund, warum die Zentrumsminister trotz ununterbrochenen Fiaskos ihrer Politik so zäh an ihren Ministersesseln kleben. Solche Gesinnungstüchtigkeit wäre in der viel gelästerten kaiserlichen Zeit allerdings nicht möglich gewesen. Vermutlich sind alle ultramontanen Minister von der göttlichen Mission des Zentrums in Deutschland überzeugt. Hat doch selbst Reichskanzler Wirth auf dem Zentrums-Parteitag 1922 das Zentrum ein „dienendes Mittel", ein „großes Mittel, geradezu ein Mittel der Vorsehung" genannt, um die deutsche Nation zu retten (!!) und „die christliche (d. h. die ultramontane!?) Gedankenwelt im öffentlichen Leben zu verteidigen und sicherzustellen". („Germania" Nr. 41, 18. 1. 21.) Und der Zentrumsgeneral Marx war es, der es offen (laut „Kath. Korrespondenzblatt" Nr. 23 1922) aussprach:

„Die jetzige Regierung ist auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung gebildet, also zweifellos die rechtmäßige, legale Regierung des Deutschen Reiches. Damit ist sie für Christen die von Gott eingesetzte Obrigkeit, also richtig verstanden: von Gottes Gnaden, mag sie sich dessen bewußt sein oder nicht. Wir sind ihr deshalb auch vor unserem Gewissen Gehorsam schuldig."

Und das bayrische Zentrumsorgan („Das neue Volk" Nr. 204 7. 9. 21) schrieb in demselben Sinne: „Die bestehende republikanische Regierung ist nach christlicher Glaubenslehre von Gott, auch die Reichsregierung Wirth."

Die Tatsache, daß dieses neue Gottesgnadentum, mit dem die ultramontanen und zum Teil roten Minister umgeben werden, mit der auch vom Zentrum geschaffenen und anerkannten „Weimarer Verfassung", nach der alle Gewalt vom Volk ausgeht, in schroffstem Widerspruch steht, scheint dem Zentrum keine Schmerzen zu bereiten. Wenn aber eine Regierung „von Gottes Gnaden" ist, dann hat sie eine besondere Mission. Welcher Art nun die „Mission" der ultramontanen Regierung ist, hatte u. a. der Konflikt Bayerns mit dem Reich im Herbst 1921 gezeigt. Der aufrechte Ministerpräsident von Kahr, der aller Erfüllungs- und Versöhnungspolitik abhold war, war schon lange der Reichsregierung ein Dorn im Auge gewesen. Er war zudem national gesinnt und Protestant. Das war der Hauptgrund zu seinem von den Ultramontanen herbeigeführten Sturz, nicht der Umstand, daß er den Ausnahmezustand in Bayern nicht aufheben wollte. Was

hatte die Reichsregierung für ein Interesse an der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern?

Wie hat man in der Zentrumspresse gegen das Regiment von Kahr gehetzt! „Das System Kahr ist innerlich erledigt . . . Länger läßt sich so ein solch unchristliches (!) System, vor allem dem katholischen und christlichen Volk Bayerns nicht mehr länger aufzwingen. Der Wauwau mit dem Umsturz von links wird heute nicht mehr geglaubt", so das „Neue Volk" am 7. September 1921. Und die „Germania" ruft am 16. September 1921: „Reichskanzler handle." Der gordische Knoten müsse endlich durchhauen werden.

Es war sicher kein Zufall, daß die Treibereien gegen Kahr gleich nach dem Katholikentag in Frankfurt (1921) begannen, auf dem der Führer der ultramontanen bayrischen Volkspartei, Geheimrat Held, Vorsitzender war; Nuntius Pacelli nannte den Katholikentag („Osservatore Romano" Nr. 209, vom 4. September 1921) doch nicht umsonst einen „Tag des Papstes!" Die Fraktion der bayrischen Volkspartei stellte sich denn auch gleich hinter Held, als dieser Kahr zur großen Enttäuschung der Wählerschaft zum Rücktritt zwang.

Eine Sitzung des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei brachte bald einiges Licht in die dunkle Angelegenheit. Der Zentrumsabgeordnete Schreiber rechtfertigte hier die Politik des Kanzlers Wirth und sprach von dessen Erfolgen. Unter diesen nannte er auch nach dem katholischen „Westfälischen Volksblatt" (Nr. 242, 19. Oktober 21):

> „In Bayern sei endlich heute erst ein zuverlässiger Zentrumsmann Ministerpräsident, während von Kahr von deutschnationalen Tendenzen gewesen sei. Das alles seien positive Erfolge von Dr. Wirth."

Also das katholische Bayern, das ja in den Augen Roms nicht mehr zu Deutschland zählt, mußte mit einem Ultramontanen, mit einem Zentrumsmann, besetzt werden, der der „von Gott gesetzten" Regierung Wirth keine Ungelegenheiten bereitete. Gegenüber solchen „Erfolgen" treten natürlich alle anderen in Hintergrund, wie z. B. der, den Dr. Schreiber auch betonte: „Auch die oberschlesische Frage könne insofern nicht als Mißerfolg angesprochen werden, als Oberschlesien unserem Reiche ursprünglich ganz abgesprochen worden sei."

Das wagt ein deutscher Parlamentarier dem deutschen Volke zu bieten, nachdem der Feindbund die für Deutschland lebensnotwendigsten Gebiete diesem aberkannt hat! Aber viel wichtiger ist eben, daß ein Ultramontaner in Bayern an der Spitze steht!

Eine ihrer Hauptaufgaben erblickt die „Regierung von Gottes Gnaden" sowohl in Bayern, wie im Reich vor allem darin, mit dem Vatikan ein möglichst vorteilhaftes Konkordat abzuschließen. Bedenklich ist dabei, daß Bayern neben der eigenen Nuntiatur auch ein eigenes Konkordat bekommen soll. Wenn man auf das gehen kann, was in der ultramontanen Presse über dieses Konkordat geschrieben wurde,

steht dieses „vor dem Abschluß". Da diese Nachricht nun aber schon seit Herbst 1919 immer wieder in die Presse lanziert wird, das Konkordat aber nicht zum Vorschein kommen will und auch vorerst nicht zum Vorschein kommen dürfte, so muß man annehmen, daß Deutschland noch nicht „reif", d. h. mürbe genug für dieses deutsch-vatikanische Abkommen ist, um sich ganz damit abzufinden. Die Ankündigungen des Konkordats in der ultramontanen Presse werfen eigenartige Schatten voraus. Im Neujahrs-Artikel (1. 1. 20) stellte die „Germania" voll Begeisterung fest, „daß die intensiveren staatlichen Beziehungen zum Vatikan in nächster Zukunft einen ungeheuren Aufstieg des Katholizismus vorbereiten". Und die „Schlesische Volkszeitung", das Breslauer Zentrumsblatt, macht (2. 2. 20) die vielsagende Bemerkung, daß der heilsame Einfluß, den der Verkehr mit Rom biete, auch den Andersgläubigen zugute komme.

Nach welchen Grundsätzen man in Rom ein solches Konkordat auch heute noch geregelt wünscht, zeigt ein Artikel der halbamtlichen „Civilta cattolica", die im 7. Heft 1673—1682 des Jahrgangs 1920 die Grundlagen eines solchen Konkordates darlegt:

1. Es gibt keine Kirchenhoheit des Staates, weder eine direkte, noch eine indirekte. Rechte in kirchlichen Dingen stehen dem Staate nur dadurch und insoweit zu, als die Kirche sie gewährt. Alleinige Rechtsquelle ist also die katholische Kirche bzw. der Apostolische Stuhl. Toleranz, Gewohnheit und Präskription begründen kein Recht.

2. Die einem Staatsoberhaupt gewährten Privilegien sind nicht ohne weiteres der Regierung oder dem Volk verliehen. Bei einem Wechsel der Staatsform wechselt das Rechtssubjekt. Ebenso beim Übergang eines Staates oder Gebietes unter eine andere Staatshoheit. Das bedeutet in der Praxis unserer Tage, daß in keinem der neuen Staatsgebilde oder in den alten Staaten mit neuer Staatsform die in Konkordaten, Breven oder Bullen enthaltenen Privilegien, Bewilligungen usw. zu Recht bestehen, es sei denn, daß die katholische Kirche die praktische Anwendung der in Frage stehenden Konzessionen ausdrücklich zugestanden habe.

3. Grundbedingung vor Abschluß neuer Abmachung ist die Anerkennung der völligen Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche auf dem eigenen Rechtsgebiet, sowie die Anerkennung ihrer Oberhoheit als alleiniger Rechtsquelle etwaiger Einräumungen. Der Kirche steht das Recht zu, bewilligte Konzessionen bei gerechten Gründen aus eigener Machtvollkommenheit zu widerrufen.

Der konfessionelle Gesichtspunkt dieser Grundsätze bleibe hier ganz unberührt, daß diese aber in Deutschland durchgeführt, die schwersten religiösen Kämpfe auslösen müßten, ist selbstverständlich. Sollen sie darum doch anerkannt werden, dann kann das nur geschehen, wenn Deutschland innerlich noch mehr mürbe und geschwächt wird, daß an

eine nennenswerte Auflehnung gegen ein solches Konkordat nicht mehr zu denken ist.

Wie dann ein solches Konkordat aussehen würde, zeigt uns das Beispiel Lettlands. Lettland hat mit der Kurie einen Vertrag abgeschlossen, der in der lettischen Landesversammlung von der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit (!) angenommen wurde. Über dieses Konkordat berichtet der „Reichsbote" (Nr. 377, 26. 8. 22):

„Während die evangelische Kirche, deren Angehörige zwei Drittteile der Bevölkerung Lettlands ausmachen, und die russisch-orthodoxe Kirche in der neuen lettischen Republik noch keine sichere Rechtsstellung erhalten haben, ist es der rührigen katholischen Diplomatie gelungen, für die kleine katholische Bevölkerung einen Staatsvertrag zu erzielen, der ihr überraschende Vergünstigungen einräumt.

Die katholischen Priester erhalten Staatsbesoldung, während die anderen Kirchen ihre Geistlichen selbst unterhalten. Ein neues Bistum, das entsprechende Einkünfte erhält, wird errichtet, eine Kathedralkirche überwiesen. Vermutlich wird die ehrwürdige lutherische Jakobskirche zu diesem Zwecke den Protestanten geraubt. Der Jesuiten-Orden darf katholische Privatschulen errichten, ohne an die Bedingungen für andere Privatschulen gebunden zu werden, und für den katholischen Kultus werden — darin zeigt sich die ganze Ungeheuerlichkeit der einseitigen Bevorzugung — im Staatshaushalte 4 Millionen Rubel ausgeworfen, während für alle anderen Kulte zusammen nur 1½ Millionen Rubel eingesetzt werden."

Dieses Konkordat ist natürlich unter dem Druck politischer Schwierigkeiten zwischen Polen und Lettland abgeschlossen worden! Man muß in diesem Zusammenhang nochmals an die obige Prophezeiung der „Germania" erinnern, wonach sich durch das Konkordat „ein ungeheurer Aufstieg des Katholizismus" vorbereite. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

Daß von Rom aus bei Abschluß des Konkordats auf die nationalen Interessen nicht die geringste Rücksicht genommen wird, beweist die Einführung des verschärften katholischen Mischehengesetzes 1918. Ungeachtet aller völkischen Not wird die Kluft zwischen den Konfessionen dadurch vertieft. Und hohnlachend antwortet der Jesuit Reichmann auf die evangelischen Proteste gegen diese Herausforderung: Einzig um des konfessionellen Friedens willen von dem (von Rom) als richtig Erkannten ablassen, wäre nicht Weisheit, sondern Schwäche." („Stimmen der Zeit" Mai 1921.)

Wie der neue Ehekanon sich praktisch auswirkt, erhellt am besten aus einer Mitteilung des „Bamberger evangelischen Gemeindeblattes" (Dezember 1920), wo es wörtlich heißt: „Gelegentlich der großen Missionswoche, die am Beginn des Monats in allen katholischen Pfarrkirchen abgehalten wurde, kam eine katholische in evangelischer Ehe lebende Frau, die ich im Frühjahr in unserer Stephanskirche getraut

hatte, in den Dom zur Beichte. Die erste Frage des Beichtigers, eines Paters, war, wie die Frau verheiratet sei. Die Frau berichtete und hat das Folgende zu Protokoll gegeben, daß der Pater auf ihre Antwort, sie sei evangelisch verheiratet, ihr gesagt habe: sie könne nicht absolviert werden, sie solle gleich morgen zum Amtsgericht gehen und ihre Scheidung beantragen. Sie solle sich aber nicht zurückhalten lassen, sondern fest darauf bestehen und sich eine Bescheinigung darüber geben lassen. Auf die erregte Einsprache der Frau, sie lebe gut mit ihrem Mann und erwarte demnächst ihr erstes Kindlein: wie sollte sie dann Mann und Kind verlassen? ihr Mann sei auch gegenwärtig nicht hier, sondern auswärts, würde ihr zur Antwort: Das könne ihr gleich sein, was der Mann mache, sie solle nur an ihr Seelenheil denken; sie könne bis zur Entbindung eine Stelle annehmen oder heim zur Mutter gehen; hernach möge sie für ihr Kind arbeiten, der Mann solle nur für ihr Kind zahlen; sie sei nur der Spielball für die Leidenschaft ihres Mannes; in den Augen der Kirche sei sie nicht Frau, sondern nur Mädchen, sie solle nur daheim ihre Sachen aus der Wohnung nehmen, diese abschließen, den Schlüssel hinterlegen und dem Mann einen Brief hinterlassen, daß sie von ihm weggehe und warum sie es tue."

Mit vollem Recht schreibt das „Evangelische Gemeindeblatt für Essen-West" (laut „Reichsbote" Nr. 77 vom 16. 2. 21):

„Die deutschen Männer beider Konfessionen haben Seite an Seite gekämpft als treue Kameraden. Jetzt reißt die römische Kirche durch ihre Mischehenbestimmungen einen tiefen Graben zwischen den Blutsbrüdern auf und zerstört die so bitter nötige Einheit der Deutschen. Dagegen schreit das gemeinsam vergossene Blut, das ist eine Sünde wieder die treuen Toten! In offiziellen Reden hört man schöne Worte von konfessionellem Frieden. Bischof Keppler schrieb: „Niemand soll den anderen um seines Glaubens willen verachten." Ganz unsere Meinung. Das wäre der konfessionelle Friede. Nur wollen wir nicht friedsame Worte hören, sondern Friedenstaten sehen. Aber der Friede wird schnöde gebrochen, wenn die nach evangelischem Ritus geschlossenen Ehen und erfolgten Taufen als unchristlich erklärt und verächtlich gemacht werden. Dagegen wehren wir uns als Christen und als Deutsche."

Sehr klar und scharfsinnig hat Professor Mirbt in Göttingen den Geist des Mischehengesetzes in seiner Schrift: „Das Mischehenrecht des Codex Juris Canonici und die interkonfessionellen Beziehungen in Deutschland" (Verl. J. C. B. Mohr in Tübingen 1922) charakterisiert:

„Die konfessionelle Beziehung zwischen den beiden Ehegatten einer Mischehe werden nicht nach dem Grundsatz der Parität geregelt, sondern von dem Gedanken der Inferiorität des evangelischen Bekenntnisses aus normiert. Der Evangelische soll seinen Ehebund ausschließlich durch den Geistlichen der anderen Konfession einsegnen lassen; er soll durch das Versprechen der katholischen Kindererziehung die Überlegenheit dieser anderen Konfessionen durchaus anerkennen; er soll das eheliche Leben nach einer seiner wichtigsten Seiten unter katholischen Einfluß gestellt sehen.

Die auf diesen Bestimmungen aufgebaute und durchgeführte Mischehe ist daher nicht die Ehe zwischen zwei gleichstehenden Personen, die sich gegenseitig als solche anerkennen, sondern die Verbindung von zwei Personen, von denen die eine das Recht auf diese Ehe sich nur dadurch erwerben kann, daß sie sich einer konfessionellen Degradation unterwirft und es auf sich nehmen muß, sie selbst zu vollziehen. Eine dem Wortlaut und dem Geist der Bestimmungen des Kodex voll entsprechende Mischehe stellt demnach an den evangelischen Teil Anforderungen, die sich mit den Pflichten eines evangelischen Christen und mit evangelischem Ehrgefühl nicht vereinigen lassen. Die strikte Durchführung der übernommenen Verpflichtungen kann von ihm nicht geleistet werden, ohne daß er selbst innerlich von der evangelischen Kirche losgelöst und die von ihm eingegangene Ehe in fortschreitendem Maße katholisiert wird. Hinter den Gesetzesbestimmungen des Kodex steht also ein klarer, fester und zielbewußter Wille. Wenn anders die Mischehen trotz aller Abschreckungsmittel nicht aus der Welt zu schaffen sind, sollen sie wenigstens so gestaltet werden, daß ein bewußter Protestant sie nicht eingehen kann!"

Zu gleicher Zeit, da von Rom eine nichtkatholisch eingesegnete Mischehe als Konkubinat und für jederzeit löslich erklärt wird, wird vom Zentrum gegen die im Deutschen Reich durch Gesetz vom 6. 2. 1875 eingeführte Zivilehe Sturm gelaufen. Der § 67 des bezeichneten Reichsgesetzes bestimmt, daß die kirchliche Trauung nur nach der vor dem Standesbeamten vollzogenen bürgerlichen Eheschließung stattfinden darf. Die „Germana" (Nr. 653, 25. Oktober 21) fordert die gesamte deutsche katholische Geistlichkeit auf, entsprechende Eingaben an die Reichstagsfraktion zu machen. Auch auf diesem Gebiete solle alles abgebaut werden, was an die Zeit des „protestantischen Kaisertums" erinnert.

In der „Schlesischen Volkszeitung" (Nr. 454, 29. Sept. 1922) nimmt ein katholischer Theologe zu dieser Frage Stellung. Er meint, der Tag sei „längst noch nicht da, wo man Aussicht auf Erfolg im Kampf um die obligatorische Zivilehe hätte". Daran anschließend fordert er die katholischen Geistlichen zum Ungehorsam gegen das Gesetz auf, indem er schreibt:

„Tun Sie Ihre Pflicht als katholischer Seelsorger, unbekümmert um die Folgen, welche sich aus § 67 des Reichs-Personenstandsgesetzes ergeben, wonach ein Geistlicher, welcher kirchlich traut, bevor ihm der Nachweis der Ziviltrauung erbracht ist, mit Strafe bedroht ist (Geldstrafe bis zu 300 Mark oder Gefängnis (!) bis zu drei Monaten). Der katholische Klerus wird heut wie einst im Kulturkampf auch in dieser Frage stolz und freudig vor aller Welt das Heilandswort verwirklichen: Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen!"

Eine solche Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz kann sich heute ein ultramontaner Theologe schon leisten, ohne befürchten zu müssen, deshalb zur Verantwortung gezogen zu werden.

Ein sicheres Zeichen, daß der Ultramontanismus die große Zeit der Ernte für gekommen hält, geht auch aus der Zahl der Jesuiten in Deutschland hervor. Nach dem Jesuiten-Kalender 1923 sind 1922 in Deutschland 687 Priester der Gesellschaft Jesu, insgesamt 1257 Mitglieder tätig, während in den Missionen nur 1312 Priester, insgesamt 2002 Mitglieder tätig sind! Das beweist schlagend, ein wie wichtiges „Missions"-Gebiet Deutschland ist! Neuerdings wurde auch ein Jesuit ins Dozentenkollegium der Frankfurter Universität aufgenommen!

In Bayern wagte der ultramontane Abgeordnete Held 1921 im Staatshaushaltsausschuß des bayrischen Landtages den Antrag einzubringen, für den jeweiligen bayrischen Kardinal eine Summe von 20 000 Mark als besondere Aufwandsentschädigung zu bewilligen. Dem Antrag wurde natürlich stattgegeben. Die Ungeheuerlichkeit liegt darin, daß diese Summe aus Steuergeldern, zu denen auch Nichtkatholiken beigetragen haben, entnommen wurde. Bei weitem nicht so großzügig sind nämlich die Ultramontanen in Bayern, wenn es sich um Staatsleistungen für evangelische Kirchenzwecke handelt. 1922 treffen auf 3,21 Mark für katholische Zwecke nur mehr 1 Mark für evangelische Zwecke. Im Haushaltsausschuß des Landtages rechnete der Abgeordnete Dr. Hammerschmidt aus, daß bei wirklicher Parität auf die evangelische Kirche 30 Millionen Mark mehr als bisher entfallen müßten. Das Mißverhältnis sei auf die Dauer nicht erträglich. Ein Antrag von protestantischer Seite, daß Wandel geschaffen werden möchte, wurde gleichwohl von der ultramontanen bayrischen Volkspartei abgelehnt!! Das kann sich die ultramontane Partei ja leisten, wo sie sich in der Macht fühlt.

Auch gegen die deutsche Sprache soll nun von ultramontaner Seite ein entschiedener Kampf geführt werden, um aus der „ketzerischen" Atmosphäre herauszukommen. Es ist eine treffliche Kennzeichnung ultramontaner Methoden, wenn der vielgefeierte Dichter Dr. Richard Kralik im „Rheinischen Merkur" (30. November 1921) unter dem Titel: „Unsere katholische Muttersprache" betont, daß wir auch in der Sprache zurück zum Mittelalter müßten, und zu diesem Zweck die Forderung aufstellt, von nun an anstatt die katholische Vereinsjugend im Sport, Tanz und Theaterstücken sich betätigen zu lassen, sie im scholastischen Latein, im Kirchenlatein zu unterweisen, um hierauf die Lektüre der liturgischen Bücher und Kirchenväter vorzubereiten. Zu diesem Zweck wurde (schreibt Kralik) bereits ein tüchtiger Philologe veranlaßt, ein möglichst kurz und klar gefaßtes Lehrbüchlein des scholastischen Lateins zu verfassen. Kralik hat für seinen Vorschlag folgende Begründung:

„Der unerhörten Geistesöde und Geistesverwirrung unserer Zeit läßt sich nicht unwesentlich steuern durch Rückkehr des katholischen Klerus und katholischen Volkes zur liebevollen Pflege jener Sprache, welche das katholische Mittelalter als die Sprache unserer geistlichen Mutter, der römisch-katholischen Kirche, verehrt — das Kirchenlatein oder das scholastische Latein. — — Das scholastische

Latein ist die Sprache, in welcher auf den Trümmern der von der Völkerwanderung zerschlagenen alten Welt die Katholisierung und damit die Zivilisierung der Welt vollzogen wurde. Seine feste, bestimmte, klare und wahre Terminologie und Struktur ist allem Zweideutigen Unklaren, Verschwommenen, Phrasenhaften ebenso feind, wie es stets den einfachen Wahrheitsurkunden der echten Bildung und des wahren katholischen Glaubens günstig gewesen ist. Die neueren Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, waren die Träger aller der Sophistenphrasen, welche seit Luther, Kant, Rousseau, Adam Smith, die Welt in ständigen Aufruhr versetzten und ins Chaos führten. Je mehr sich die wissenschaftliche Welt von der Wahrheit des katholischen Glaubens entfernt, desto mehr wandte sie sich von der alten lateinischen Sprache ab und den modernen Sprachen zu; an Stelle der einen, allen verständlichen lateinischen Weltsprache trat das Sprachengewirr der verschiedensten Landessprachen. Wollen wir aus dem Revolutionszeitalter, das mit dem Humanismus und Protestantismus seinen Anfang genommen, wieder herausgelangen, dann kann dazu kaum etwas dienlicher sein, als die Rückkehr zu den klaren und wahren Begriffen der scholastischen Philosophie und Theologie, welche durch das scholastische Latein vermittelt wird. — Den Geist der Kirche lernt man nur durch die Sprache der Kirche kennen, und mit der Kirche betet, wer durch die Kirche, d. h. mit ihren eigenen Worten, betet."

Es hieße die Wirkung dieses geistreichen Elaborats nur abschwächen, wollte man auch nur ein Wort beifügen.

Wenn wir das Mittelalter in der Sprache haben, dann wird es auch in geographisch-politischer Beziehung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Daß das „heilige römische Reich deutscher Nation" von den Ultramontanen immer noch für ein erstrebenswertes Ziel gehalten wird, wurde schon an anderer Stelle dargetan. Hier sei nur noch ein schlagender Beweis dafür angeführt. Als Kaiser Karl IV. noch lebte, ließ die führende ultramontane „Augsburger Postzeitung" keinen Zweifel darüber, daß in ihren Kreisen eine süddeutsche Donaumonarchie unter Habsburgs Führung durchaus nicht als Illusion betrachtet werde. Und jedenfalls ist das auch heute noch der Fall.

Die „Augsburger Postzeitung" schrieb (laut Wiener „Neues Reich" vom 30. Oktober 1921): „Die Begründung für die Bekämpfung des habsburgischen Herrscherhauses lautet neuerdings, nachdem die Anschuldigungen des Verrats an Deutschland nicht mehr ziehen, die Errichtung einer Donaumonarchie unter den Habsburgern bedeute eine Gefahr für das Deutsche Reich, das beim Zustandekommen einer Donaukonföderation auch nach Südosten abgeriegelt würde. Es sind also scheinbar deutsche Interessen, die die Deutschnationalen zur Bekämpfung der Habsburger und zur Förderung der Anschlußbewegung an das Deutsche Reich veranlassen. In Wirklichkeit sind auch diese Gedanken rein preußisch eingestellt. Es ist eine kleinliche Auffassung des „großdeutschen Gedankens", und käme einer neuerlichen kleindeut-

schen Lösung nahe, die alten großen Traditionen des römischen Reiches deutscher Nation einfach zur Seite zu schieben und auf jede Einwirkung auf die östlichen Kleinstaaten, über Deutsch-Österreich hinaus, zu verzichten. Staaten, die wohl momentan von Frankreich beeinflußt werden können, wie das von deutschnationaler Seite befürchtet wird, deren wirtschaftliche Bedürfnisse aber immer wieder zwangsweise auf Deutschland hinweisen. Wir Süddeutschen haben jedenfalls kein Interesse daran, uns auf das eng nationalistische Deutschland festzulegen."

Die „Augsburger Postzeitung" hätte auch sagen können, auf ein Deutschland mit preußischer Hegemonie. Denn preußische Hegemonie und „Freiheit der Kirche"[1] in Deutschland, was nicht Herrschaft des religiösen Katholizismus, sondern des politischen, des Ultramontanismus, praktische Auswirkung des mittelalterlichen römischen Machtgedankens bedeutet, ist und bleibt unvereinbar mit einem Staate in der Prägung Bismarcks. Darum ist man in führenden ultramontanen Kreisen in Berlin unitaristisch, d. h. man strebt den Einheitsstaat an, welcher ideell dem Kopfe Erzbergers entstammt. Im Süden, vor allem in Bayern, ist man föderalistisch. Diese Gegensätze werden sehr geschickt gegeneinander ausgespielt (man denke nur an den an sich sehr berechtigten Kampf gegen die Gesetze zum Schutze der Republik!). Tatsächlich aber streben die ultramontane „Bayrische Volkspartei" und das Zentrum letzten Endes ein und dasselbe an, sie marschieren getrennt und schlagen vereint, denn sie sind von demselben Fleisch und Blut. Nach dem Tode Erzbergers sandte die „Bayrische Volkspartei" an das Zentrum ein Beileidstelegramm des Inhalts:

„Die Landesvorstandschaft der „Bayrischen Volkspartei" hat den Verstorbenen stets hoch geschätzt als einen Mann von hohen geistigen Anlagen, von tiefer religiöser Überzeugung und unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit, welcher sich um die katholische Sache in Deutschland die größten Verdienste erworben hat."

Daß man in Rom mit Bayern etwas ganz Besonderes vorhat, geht nicht nur daraus hervor, daß Bayern neben der Reichsnuntiatur noch eine besondere Nuntiatur haben muß, und ein besonderes Abkommen mit dem Vatikan abschließen wird, sondern auch aus der Tatsache, daß nach der vatikanischen Geographie Bayern schon lange nicht mehr zu Deutschland gehört. Nach den „Acta Apostolicae Sedis" (25. Juli 1922), dem offiziellen Kurienorgan, wurden als Leiter des

[1] Welch sonderbare Blüten die vielgefeierte „Freiheit der Kirche" treibt, zeigt die Tatsache, daß bei der deutschen Botschaft im Vatikan eine Neuerung durchgeführt wurde, die, wie die „Katholische Kirchenzeitung" (Nr. 4, 1922) jubelnd bekennt, „unter den alten Verhältnissen undenkbar gewesen wäre." Ein katholischer Priester, der seine Ausbildung in Rom erhalten hat, wurde — man höre und staune! — zum „geistlichen Konsultor" des Botschafters ernannt!! Der deutsche Botschafter läßt sich also von der Macht „beraten", bei der er die Deutschen Belange zu vertreten hat! Vielleicht gibt auch bald Poincaré dem deutschen Botschafter in Paris einen Berater an die Hand. Das wäre dieselbe Logik!

internationalen Vereins zur Verbreitung des katholischen Glaubens neu ernannt u. a. ein besonderer Leiter für Deutschland und ein besonderer für Bayern und Österreich! Das sagt genug!

Wenn Rom schon nicht den Wunsch hat, daß Bayern zum Reiche gehört, wie naheliegend ist es dann, daß es seinen ganzen Einfluß aufbietet, um die Loslösung durchzuführen, sobald ihr keine wirtschaftlichen Hindernisse mehr im Wege stehen, die heute wohl allein noch Bayern zum Reich stehen lassen. Der bayrische Nationalismus wird heute auch von ultramontaner Seite aufgepeitscht und gefördert, einerseits von der Reichsregierung in Berlin durch ihre Erfüllungspolitik und durch recht weitgehende Bevormundung Bayerns, andererseits aber auch in München selbst von der tonangebenden „Bayrischen Volkspartei." Mag diese Partei noch so sehr ihre „Reichstreue" betonen, wenn der entscheidende Zeitpunkt kommt, wird diese Partei eben einzig und allein auf das zu hören haben, was ihre geistlichen Hintermänner von ihr verlangen. Man täusche sich wegen des bayrischen Nationalismus darüber nicht hinweg, er wird unter den gegebenen Umständen nur das Sprungbrett für den Ultramontanismus bilden, dessen er sich zur Erreichung seiner machtpolitischen Ziele bedient.

Konnte doch Nuntius Pacelli auf dem Katholikentag 1921, auf dem die Vertreter des preußischen und des deutschen Volkes zum ersten mal wieder vor dem Stellvertreter des Papstes auf den Knien lagen, von der Arbeit und den Erfolgen des deutschen Ultramontanismus rühmend sagen:

„Die Organisationsarbeit habe Erfolge aufzuweisen, wie in kaum einem Lande. Vorbedingung auch für die Zukunft sei, daß der Katholizismus weiter arbeite im katholischen Geiste und in **unentwegter Treue gegen die Weisungen und Vorschriften des Heiligen Stuhles**. Die Stellung der deutschen Katholiken im politischen Leben verdiene Achtung und Bewunderung. Daß die Katholiken dies inmitten der Revolution erreicht haben, sei die Frucht der jahrzehntelangen konsequenten Organisationsarbeit. Das sei auch die Gewähr für weitere Erfolge."

Was Windthorst begonnen, indem er (am 3. Dezember 1873) „den Einklang der Zentrumspolitik mit den Grundsätzen des „Syllabus" offen erklärte, was das Zentrum Erzbergerscher Prägung in dem Jahrzehnt von 1910—1920 zum Reifen gebracht hat, das soll nun also seiner Vollendung entgegengeführt werden. Denn was ein schwäbisches Zentrumsblatt, der „Ulmer Volksbote" (Nr. 215 von 1910), „zum 20. September" triumphierend schrieb, das gilt auch heute noch:

„Dem Papste innewohnt nicht wie dem Fürsten Souveränität nur aus dem Rechtstitel des territorialen Besitzes, sondern in Kraft seiner göttlichen Mission als Oberhaupt und Regierer der Kirche, des Reiches Gottes, das zwar nicht von dieser Welt, aber in dieser Welt und für diese Welt ist — jene universale Oberherrlichkeit der Päpste, welche der Dichter Virgil (Aeneis VI, 85) in seiner stolzen Charakteristik des Weltherrschaftsberufes der alten Römer mit den großen Worten vorbedeutet

hat: „Du sollst, Rom, die Völker des Erdkreises beherrschen; das ist deine Bestimmung; des Friedens sollst du pflegen, den Unterdrückten in Schutz nehmen und dem Frevler Einhalt tun!“

Schluß und Ausklang.

Bismarck hat einmal gesagt: „Wir haben bei uns im Reich Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Aber was liegt diesen Leuten daran, wenn nur die Parteidoktrin siegreich bleibt.“

Zu diesen Fraktionen hat Bismarck, wie wir heute sehen, mit Recht auch das Zentrum gezählt. Die Parteidoktrin ist siegreich geblieben, die deutsche Macht, deutsche Größe ist zertrümmert, und auf den Ruinen thronen drei Internationalen, jene drei, denen deutsche Ehre und Würde, deutsche Kraft und Macht, deutsche Einigkeit und Geschlossenheit, deutsche Vaterlandsliebe und nationaler Opfermut schon immer ein Stein des Anstoßes und ein Gegenstand des Spottes war. Heute liegt unser deutscher Volkskörper von dem Gift des Internationalismus mit seinen verschiedenen Spielarten in schwersten Fieberschauern, und wir wissen nicht, ob er sich aus seiner schweren Krankheit nochmals erheben wird. Aber wir hoffen es. Eines jedoch steht absolut fest, gesunden kann Deutschland nur durch den deutschen Geist, durch den erneuernden Blutstrom nationalen Denkens, das unausrottbar ist und schon mehr als einmal das deutsche Volk in neuer Kraft hat wieder erstehen lassen.

Der entscheidende Endkampf zwischen Nationalismus und Internationalismus hat schon in seiner vollen Wucht eingesetzt. Der Kampf wird aber nur dann zugunsten des deutschen Volkes ausfallen, wenn auch der katholische Volksteil sich zu wahrem nationalen Denken durchringt, was aber damit gleichbedeutend ist, daß es sich frei macht in politischer Beziehung von all den Volksverführern, die ihn seit Jahren und Tagen für ihre machtpolitischen Zwecke mißbraucht haben.

Freilich ob dies überhaupt möglich ist, ist eine andere Frage. In manchen nichtkatholischen Kreisen gibt man sich in dieser Beziehung Illusionen hin, die einer ganz unglaublichen Verkennung der tatsächlichen Grundkräfte des Ultramontanismus entspringen. Man beruft sich dabei auf jene offizielle Abkehr des Kardinals Faulhaber von der Revolution auf dem Münchener Katholikentag 1922, wo der Kardinal ausführte:

„Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen. Wo die Gebote Gottes nicht mehr gelten, werden 10 000 Staatsgesetze

die Ordnung nicht aufrichten. Wenn die Staatsgesetze mit den Gottesgesetzen im Widerspruch sind, gilt der Satz: Gottesrecht bricht Staatsrecht.

Katholisch sein heißt ein Charakter sein auf dem Boden der christlichen Lehre, heißt Grundsätze haben. Kompromisse sind zum Ausgleich der Gegensätze mitunter nötig, über allem aber stehen die Grundsätze. Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte ewiglich belastet und gezeichnet mit dem Kainsmal, auch wenn sie gute Erfolge neben den schlechten, wenn sie Vorteile brachte da und dort. Eine Untat kann aus Grundsatz nicht heilig gesprochen werden."

So erfreulich diese Ausführungen an sich sind, so muß man doch leider sagen, daß sie wohl zum größten Teil der lokalen Mentalität und den Verhältnissen in Bayern angepaßt sind. Denn unglücklicherweise kam wenige Tage vorher auf dem 31. märkischen Katholikentag Fürstbischof Kardinal Bertram auch auf die Revolution zu sprechen, wobei er ganz den Zentrumsverhältnissen angepaßte Töne anschlug und u. a. sagte: „Man muß vor allen Dingen die Staatsordnung achten. Es ist dabei gleichgültig, wie diese zustande gekommen ist."

Man kann aus diesem deutlichen Gegensatz so recht ersehen, wie man selbst in führenden katholischen Kreisen sich immer den jeweiligen, örtlichen und zeitlichen Stimmungswellen anzupassen versteht. Das Beispiel ist dafür geradezu typisch, und es zeugt von wenig Erkenntnis des Ultramontanismus und seines wahren Wesens, wenn Dr. Max Maurenbrecher, sicher das Beste wollend, in der „Deutschen Zeitung" (31. August 1922) zum Münchener Katholikentag schreibt:

„Ich schreibe dies als Protestant und in der klaren Erkenntnis, daß es in religiöser Beziehung zwischen Protestantismus und Katholizismus in absehbarer Zeit keine Verschmelzung gibt. Aber gerade wenn wir uns das rückhaltlos klar machen, dann müssen wir nationalen Protestanten einen Weg finden, bei voller gegenseitiger Religionsfreiheit mit unseren katholischen Volksgenossen wenigstens zu einem einheitlichen nationalen Grundwillen zusammenzuwachsen. Es gibt in unseren Kreisen noch so manchen, der von der alten Kulturkampfstimmung nicht los kann, und der am liebsten sagen möchte: Rom ist der Feind! Solsche Stimmungen dürfen wir gerade jetzt in unseren Kreisen nicht aufkommen lassen. Im Reich sind zwei Fünftel der Volksgenossen katholisch, in Österreich ist es fast das gesamte Deutschtum. Das Großdeutsche Reich der Zukunft wird mindestens zur Hälfte von Katholiken bewohnt sein. Und diese Katholiken werden nicht Namens- oder Schein- oder Minimalkatholiken sein wollen, sie wollen im vollen und ganzen Sinne des Wortes Kinder ihrer Kirche, Gefolgschaft ihrer Bischöfe und ihres Heiligen Vaters sein. Man darf sie darin nicht stören. Man soll sich vielmehr freuen, wenn Charakterfestigkeit und Ehrenhaftigkeit der Gesinnung aus katholischem Glauben heraus in ihnen neu gegründet wird. Wir Protestanten mögen in der Religion andere Wege zum gleichen Ziele versuchen. Wir dürfen uns aber durch

unsere religiöse Verschiedenheit nicht dazu führen lassen, in nationaler Beziehung einen Unterschied zwischen einem kirchenstrengen Katholiken und irgendeiner Spielart des Protestantismus anzuerkennen. Je fester wir uns darin erziehen, den deutschen Katholizismus als gleichberechtigte Ausprägung deutschen Wesens neben uns anzuerkennen, um so mehr helfen wir den katholischen Freunden und der katholischen Kirche, die demokratische Verwilderung des Katholizismus in der gegenwärtigen Zentrumspolitik zu überwinden und den katholischen Volksteil als eine der Säulen aufzurichten, auf denen ein neuer Staat der Autorität, der Zucht und der Kraft wieder zu ruhen vermag."

Es ist ein schönes, ideales Ziel, das hier vorgezeichnet wird, und jeder Deutsche könnte die Verwirklichung desselben nur von Herzen wünschen. „Wir nationalen Protestanten müssen einen Weg finden", schreibt Dr. Maurenbrecher, das „wie" und „wo" freilich ist eine andere Sache. Man könnte angesichts dieser Zeilen meinen, es gäbe kein verschärftes katholisches Mischehengesetz, das doch allein Bände dafür spricht, wie groß der „Versöhnungswille" auf der anderen Seite ist. Solange nicht der gesamte Katholizismus mit seinen Bischöfen an der Spitze gegen solche Peitschenhiebe in Rom Protest einlegt, wie dies der ungarische Katholizismus mit seinen Bischöfen in der gleichen Sache getan hat, solange der ganze Katholizismus in allen Fragen von tief einschneidendem nationalen Belang Rom willenlos zu Füßen liegt, wie es orientalischer Hofbrauch vorschreibt, solange es möglich ist, daß weite Stücke deutschen Landes ohne flammenden Protest, ja sogar mit Einwilligung gewisser katholischer Kirchenfürsten von dem Mutterlande losgerissen werden können, solange ist der Zeitpunkt nicht da, um Ziele zu verwirklichen, wie sie die „Deutsche Zeitung" vorgezeichnet hat. Wir wollen in Deutschland gewiß keinen Katholizismus und keinen Episkopat nationalen Hasses nach außen, aber wir müssen verlangen, daß der Katholizismus in Deutschland die vaterländischen Interessen nicht mit dem Maßstab konfessionellen Nutzens mißt und damit zum Ultramontanismus wird. Man muß mit Baumstark einen religiösen Katholizismus ohne jede machtpolitische Beimischung fordern, dem das nationale Wohl über das Konfessionswohl geht, der überzeugt ist, daß wenn er sich voll und ganz in erster Linie fürs deutsche Vaterland ohne konfessionelle Hintergründe und Spekulationen, also selbstlos, einsetzt, dem Wohl seiner Kirche am meisten gedient ist, und dieser Kirche und ihrer kulturellen Macht am ehesten die Achtung von nichtkatholischer Seite gesichert wird. Denn es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Abneigung gegen die katholische Kirche in Deutschland eine Hauptwurzel hat, nämlich die nationale Indifferenz ihrer Anhänger, die automatisch herauswächst und getragen ist von dem Machtgedanken in konfessioneller Beziehung. Und solange diese Erkenntnis in katholischen Kreisen sich nicht mehr als bisher Bahn bricht, solange wird es in Deutschland nie zu dem ersehnten Burgfrieden kommen. Die Frage des Burgfriedens wird vor-

wiegend eine Frage der nationalen Zuverlässigkeit des deutschen Katholizismus sein. Worte, wie sie der Zentrumsparteisekretär Bauer-Karlsruhe auf dem Zentrumsparteitag 1922 auszusprechen nicht schämte: „Den Nationalismus als den schweren Feind des deutschen Volkes müssen wir ablehnen," dürfen keinem katholischen Politiker über den Mund, noch auch in den Sinn kommen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß es im deutschen Ultramontanismus heute schwer kriselt, daß sich eine nationalere Richtung hier und dort bemerkbar macht, aber man darf diese Symptome nicht überschätzen und nicht vergessen, daß die Ultramontanen in ihrer Gesamtheit durch rein religiöse (aufs Politische übertragene) Kräfte zusammengehalten und geführt werden. Wahrhaft nationale Katholiken werden darum auch gern als Verräter an ihrer Kirche bezeichnet oder wenigstens als solche angesehen. Was wir bisher an nationalkatholischer Bewegung sahen, nimmt sich noch wie ein Zwerg dem Riesen Ultramontanismus gegenüber aus, und darum kann man wohl mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß, solange nicht der deutsche Episkopat sich geschlossen für national-katholische Ziele einsetzt, nie daran zu denken ist, daß die nationale Katholikenbewegung eine Bewegung des katholischen Volkes wird. Und weil die nationalen Katholiken nur eine kleine Schar bilden, darum wagen sie sich auch nicht so zu rühren, wie es notwendig wäre. Man kann in dieser Beziehung nur pessimistisch in die Zukunft blicken, was jedoch noch nicht ausschließt, daß man die verdiente Anerkennung den deutschen Katholiken zuteil werden läßt die den Mut haben, das Kind beim Namen zu nennen. Der Gerechtigkeit und Vollständigkeit halber seien hier noch einige katholische Zeugnisse angeführt, die immerhin geeignet sind, die Hoffnung auf Lösung des ultramontanen Problems — und dies zu lösen, ist vorwiegend Sache der Katholiken selbst — zu beleben.

Auf dem Zentrumsparteitag 1920 führte Graf Praschma, aus

„Wir hören viel Schlagworte über politische Errungenschaften wir hören von Demokratie und parlamentarischem Regime, aber von dem, was wir hören wollen, was geschieht, um das sittliche Gefühl des Volkes wieder zu wecken, was für unsere wirtschaftliche Gesundung getan wird, davon hören wir blutwenig eben deshalb, weil durch die Koalitionspolitik der Partei die Hände gebunden sind. Und das ist es, was weite Kreise unserer Studentenschaft, unserer Frauen und auch in den Erwerbsständen, ich spreche speziell von der Landwirtschaft, in der Politik unserer Fraktion nicht befriedigt und verwirrt."

Dieser Zwiespalt, der hier zum Ausdruck kommt, hat sich in noch verstärkter Form — und das ist auch ein Lichtblick — auf dem Münchener Katholikentag 1922 gezeigt. Man sucht allgemein nach der festen nationalen Basis, die alle Zweideutigkeiten und Unklarheiten in politischer Beziehung ausschließt.

Sehr zu begrüßen ist auch, was ein katholischer Theologie-Pro-

fessor — Dr. Andreas Posch, Graz — im „Neuen Reich" (6. November 1921) den deutschen Katholiken zu sagen hat:

„Da verweist man auf den Sturz der Hohenzollern und des „protestantischen" Kaisertums. Doch dieses Kaisertum war erstens nie in dem Sinne protestantisch, wie das mittelalterliche katholisch war, es war einfachhin deutsch und national. Und dann traf sein Sturz besonders den konservativen Protestantismus. Aber haben wir diesen heute, wo die Wogen konfessioneller Gegensätze längst verebbt sind, nicht eher als Bundesgenossen, denn als Feind anzusehen? Heute, wo der Schlachtruf nur mehr lautet: Hier Gott, hier das religiöse Nichts, möchte ich wenigstens jede Schwächung des konservativen Protestantismus eher beklagen als begrüßen, denn, wenn er seine Macht über die Volksmassen gänzlich einbüßt, so ist es ein Wahn, zu hoffen, der Katholizismus werde sein Erbe sein. O nein, der lachende Erbe ist nur der sozialistische Materialismus, das Antichristentum, wie es die sittliche und geistige Verrottung weiterer Kreise ja schon deutlich genug dartut.

Kindlich naiv weist man in diesem Zusammenhang, zur höheren Ehre der Demokratie öfter hin auf manches unbedachte Wort, das der letzte Hohenzoller gegen die katholische Kirche gesprochen haben soll. Aber was wiegt dies neben der Tatsache, daß er eben jener Kirche und ihrer kulturellen Bedeutung vor aller Welt in herrlichster Weise huldigte, neben der Tatsache, daß er ein bekenntnisstolzer, christusgläubiger Charakter war?

Ich wenigstens hielte die katholische Kirche und ihre höchsten Güter bei ihm tausendmal besser gewahrt, als in der sozialistischen Republik . . . Man weist hin auf die früher wohl noch vorkommende Paritätsverletzung, weist hin, daß nunmehr gerade Katholiken höchste Stellen bekleiden. Aber haben diese Männer auch die Macht, in diesen höchsten Stellen neben den dunklen Gewalten des Geldes und des Terrors, die dem Unglauben und der Sittenlosigkeit alle Schleusen öffneten, ihrer Kirche und deren Idealen zu nützen? Und sind Männer, die sich selbst mit deutlicher Betonung des zweiten Wortes als „christliche Sozialdemokraten" (Reichskanzler Wirth! D. V.) bezeichnen, die offen erklären, in einem eventuellen Ringen zwischen Bürgertum und Proletariat, also zwischen den bodenständigen Hütern der religiösen und vaterländischen Ideale und der entseelten, materialisierten Masse auf Seite letzterer zu stehen, sind dies überhaupt vertrauenerweckende Hüter des katholischen Religionsgutes?"

Zieht man zu diesen erfreulichen Äußerungen, die wie ein Aufleuchten am Horizont unserer nationalen Zukunft sind, noch in Betracht, daß die große Not, die über uns noch kommen wird, uns anstatt dem ultramontanen Gedanken näherzubringen, wie erhofft wird, doch langsam aber mit wuchtigen Schlägen den nationalen Gedanken einhämmern wird, so hat man immerhin Grund zur Hoffnung, daß auch das ultramontane Problem in Deutschland einer entsprechenden Lösung zugeführt wird. Paul de Lagarde, der große Deutsche, sagt einmal:

„Deutschland muß voll deutscher Menschen und deutscher Art werden, so voll von sich wie ein Ei: dann ist für Palästina kein Raum in ihm," wir können hinzufügen, auch für den Ultramontanismus nicht mehr.

An diesem deutschen Geist würde auch jenes verlogene und unsittliche System des Parlamentarismus sterben, dem allein der Ultramontanismus seine Erfolge verdankt, und dank dessen er heute seine ganze Macht ausübt. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht war, was sogar Bismarck leider zu später eingesehen hat, das Sprungbrett für die drei Internationalen, vor allem aber für den Ultramontanismus. Wenn er sich nicht mehr auf demagogisch verhetzte und fanatisierte Massen stützen kann, ist seine Macht dahin. Oswald Spengler nannte wohl nicht mit Unrecht das Parlament eine „Bierbank höherer Ordnung". Darum ist aber auch heute die Abkehr von ihm allgemein. Die Überwindung des heutigen Parlamentarismus wird gleichbedeutend sein mit dem Zusammenbruche der drei Internationalen. Ein immerhin gangbarer Weg zur Befreiung vom Demagogen-, Schreier- und machtlüsternen Strebertum ist das Ständeparlament, die berufsständische Volksvertretung, deren Abgeordnete nicht mehr nach religiösen, konfessionellen oder parteipolitischen Gesichtspunkten wie heute gewählt werden, sondern darnach, was sie für das Volksganze innerhalb ihres Berufskreises leisten, kurz nach ihrer Persönlichkeit. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" Damit würde endlich einmal ernst gemacht werden. Die Führer des Volkes sollen die Besten und Fähigsten des Volkes sein und vor allem sollen es diejenigen sein, zu denen das Volk das wirkliche Vertrauen haben kann, daß sie die jeweiligen Standesinteressen im Rahmen des Volksganzen vertreten und nicht nur, um eine Rolle zu spielen und Diäten zu schlucken.

Wenn der Gedanke der berufsständischen Volksvertretung durchgeführt würde, dann wäre damit auch das ultramontane Problem wesentlich gelöst. Auf ultramontaner Seite wird man sich gegen die Durchführung der ständischen Gliederung des Parlaments mit Macht anstemmen, obwohl sie dem wirklichen und natürlichen Bedürfnis des Volkes entspricht. Dadurch wird er aber den Beweis erneut erbringen daß er nicht das Wohl des Volkes, sondern seine eigene Macht im Auge hat. Auf die Dauer wird sich aber ein gesunder und rettende Gedanke nicht aufhalten lassen, er wird und muß sich Bahn brechen wenn er in das durch den Massenwahn so aufnahmefähige Erdreich der deutschen Menschen gesät wird; dann werden sich unserem Volke die Zukunftspforten wieder öffnen müssen, so daß wir mit Goethe im Faust sagen können:

„Tor und Türe find' ich offen!
Nun, da läßt sich endlich hoffen
Daß nicht, wie bisher im Moder
Der Lebendige wie ein Toter
Sich verkümmere, sich verderbe
Und am Leben selber sterbe."

Druck von Paul Steinke, Breslau 1, Sandstraße 10.

1/75

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

JN
3946
Z5M5
1923

Miller, Alfred
Ultramontanes Schuldbuch

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 09 10 11 013 8